

P. b. b. Erscheinungsort Wien, Verlagspostamt 1030 Wien

# Stenographisches Protokoll

63. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich

XIV. Gesetzgebungsperiode

Freitag, 1. Juli 1977

## Tagesordnung

1. Außenpolitischer Bericht über das Jahr 1976
2. Bericht der österreichischen Delegation zur Parlamentarischen Versammlung des Europarates über die XXVI. Sitzungsperiode
3. Bericht der österreichischen Delegation zur Parlamentarischen Versammlung des Europarates über die XXVII. Sitzungsperiode
4. Bericht der österreichischen Delegation zur Parlamentarischen Versammlung des Europarates über die XXVIII. Sitzungsperiode
5. Vertrag mit Rumänien über die gegenseitige Förderung und Sicherung sowie den gegenseitigen Schutz von Investitionen
6. Abkommen mit dem Iran über die Zusammenarbeit auf den Gebieten der Erziehung, Kultur, Wissenschaft und Forschung
7. Abkommen mit Ungarn über die Zusammenarbeit auf den Gebieten der Kultur und Wissenschaft

## Inhalt

### Nationalrat

- Schlußansprache des Präsidenten Benya (S. 6144)  
Ersuchen, die ordentliche Tagung 1976/77 für beendet zu erklären (S. 6144)

### Personalien

- Krankmeldungen (S. 6073)

### Verhandlungen

Gemeinsame Beratung über

- (1) Bericht des Außenpolitischen Ausschusses über den Außenpolitischen Bericht des Bundesministers für Auswärtige Angelegenheiten (III-69) über das Jahr 1976 (572 d. B.)  
Berichtersteller: Dr. Fiedler (S. 6073)
- (2) Bericht des Außenpolitischen Ausschusses betreffend den Bericht der österreichischen Delegation zur Parlamentarischen Versammlung des Europarates (III-62) über die XXVI. Sitzungsperiode (573 d. B.)
- (3) Bericht des Außenpolitischen Ausschusses betreffend den Bericht der österreichischen Delegation zur Parlamentarischen Versammlung des Europarates (III-63) über die XXVII. Sitzungsperiode (574 d. B.)
- (4) Bericht des Außenpolitischen Ausschusses betreffend den Bericht der österreichischen Delegation zur Parlamentarischen Versammlung des Europarates (III-64) über die XXVIII. Sitzungsperiode (575 d. B.)  
Berichtersteller: Kinzl (S. 6074)

Redner: Dr. Taus (S. 6075), Czernetz (S. 6083), Peter (S. 6091), Dr. Karasek (S. 6097), Luptowits (S. 6104), Dr. Mock (S. 6109 und S. 6120), Bundesminister Dr. Pahr (S. 6117), Dr. Fiedler (S. 6120), Anneliese Albrecht (S. 6124), Dr. Ermacora (S. 6128), DDr. Hesele (S. 6133), Steinbauer (S. 6136) und Dkfm. Gorton (S. 6137)

Kenntnisnahme der vier Berichte (S. 6140)

- (5) Bericht des Außenpolitischen Ausschusses über die Regierungsvorlage (387 d. B.): Vertrag mit Rumänien über die gegenseitige Förderung und Sicherung sowie den gegenseitigen Schutz von Investitionen (576 d. B.)

Berichtersteller: Heinz (S. 6140)

Redner: Dr. Blenk (S. 6140)

Genehmigung (S. 6143)

- (6) Bericht des Ausschusses für Wissenschaft und Forschung über die Regierungsvorlage (444 d. B.): Abkommen mit dem Iran über die Zusammenarbeit auf den Gebieten der Erziehung, Kultur, Wissenschaft und Forschung (578 d. B.)

Berichtersteller: Dipl.-Ing. Dr. Frühwirth (S. 6143)

Genehmigung (S. 6143)

- (7) Bericht des Ausschusses für Wissenschaft und Forschung über die Regierungsvorlage (460 d. B.): Abkommen mit Ungarn über die Zusammenarbeit auf den Gebieten der Kultur und Wissenschaft (579 d. B.)

Berichtersteller: Maderthaner (S. 6143)

Genehmigung (S. 6144)

## Eingebracht wurden

### Anfragen der Abgeordneten

Dr. Mock, Dr. Karasek, Dkfm. DDr. König und Genossen an den Bundesminister für Auswärtige Angelegenheiten betreffend die Zurverfügungstellung der notwendigen infrastrukturellen Einrichtungen für jene internationalen Beamten, die von den Vereinten Nationen an das IAKW in Wien kommen (1319/J)

Dr. Schwimmer und Genossen an die Frau Bundesminister für Wissenschaft und Forschung betreffend Schaffung von Arbeitsplätzen für Jungakademiker in der Österreichischen Studiengesellschaft für Atomenergie (1320/J)

Dipl.-Ing. Riegler, Dipl.-Ing. Dr. Leitner, Ing. Gassner und Genossen an den Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft betreffend „Büro für Grundsatzfragen und Koordination“ im Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft (1321/J)

6072

Nationalrat XIV. GP - 63. Sitzung - 1. Juli 1977

Dr. Feurstein, Hagspiel, Dr. Blenk und Genossen an den Bundesminister für Bauten und Technik betreffend die Errichtung eines neuen Landesgendarmeriegebäudes in Bregenz (1322/J)

Helga Wieser, Dipl.-Ing. Dr. Zittmayr und Genossen an die Frau Bundesminister für Gesundheit und Umweltschutz betreffend die noch immer nicht erfolgte Novellierung des Tierseuchengesetzes (1323/J)

Huber, Dr. Halder und Genossen an den Bundesminister für Bauten und Technik betreffend die Sanierung der Franz-Josefs-Kaserne in Lienz (1324/J)

Dr. Ermacora, Westreicher, Dipl.-Ing. Dr. Leitner, Regensburger und Genossen an den Bundesminister für Verkehr betreffend Zugs-garnituren und Zugsverkehr auf der Westbahn-strecke (1325/J)

Regensburger, Neumann, Hietl, Dr. Hafner und Genossen an den Bundesminister für soziale Verwaltung betreffend Verbesserung des Unfallversicherungsschutzes der Freiwilligen Feuerwehrmänner (1326/J)

Dipl.-Ing. Dr. Leitner, Dipl.-Ing. Riegler und Genossen an den Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft betreffend Personalstand im Büro des Bundesministers (1327/J)

Dr. Schranz und Genossen an die Frau Bundesminister für Wissenschaft und Forschung betreffend Institut für Altersforschung (1328/J)

Dipl.-Ing. Hanreich, Dr. Scrinzi und Genossen an die Frau Bundesminister für Gesundheit und Umweltschutz betreffend Mitterndorfer-Senke - Umweltverschmutzung (1329/J)

Dipl.-Ing. Hanreich, Meißl und Genossen an den Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft betreffend Mitterndorfer-Senke - Wasserverunreinigung (1330/J)

## Beginn der Sitzung: 9 Uhr

Vorsitzende: Präsident **Benya**, Zweiter Präsident **Minkowitsch**, Dritter Präsident **Probst**.

**Präsident:** Die Sitzung ist eröffnet.

Das Amtliche Protokoll der 61. Sitzung vom 29. Juni 1977 ist in der Parlamentsdirektion aufgelegt und unbeanstandet geblieben.

Krank gemeldet sind die Abgeordneten: Deutschmann, Radinger und Dr. Scrinzi.

### Behandlung der Tagesordnung

**Präsident:** Es ist vorgeschlagen, die Debatte über die Punkte 1 bis 4 der heutigen Tagesordnung zusammenzufassen.

Es werden daher zuerst die Berichterstatter ihre Berichte geben; sodann wird die Debatte über alle vier Punkte unter einem durchgeführt.

Die Abstimmung erfolgt selbstverständlich - wie immer in solchen Fällen - getrennt.

Wird gegen diese Vorgangsweise Einspruch erhoben? - Das ist nicht der Fall.

**1. Punkt: Bericht des Außenpolitischen Ausschusses über den Außenpolitischen Bericht des Bundesministers für Auswärtige Angelegenheiten (III-69 der Beilagen) über das Jahr 1976 (572 der Beilagen)**

**2. Punkt: Bericht des Außenpolitischen Ausschusses betreffend den Bericht der österreichischen Delegation zur Parlamentarischen Versammlung des Europarates (III-62 der Beilagen) über die XXVI. Sitzungsperiode (573 der Beilagen)**

**3. Punkt: Bericht des Außenpolitischen Ausschusses betreffend den Bericht der österreichischen Delegation zur Parlamentarischen Versammlung des Europarates (III-63 der Beilagen) über die XXVII. Sitzungsperiode (574 der Beilagen)**

**4. Punkt: Bericht des Außenpolitischen Ausschusses betreffend den Bericht der österreichischen Delegation zur Parlamentarischen Versammlung des Europarates (III-64 der Beilagen) über die XXVIII. Sitzungsperiode (575 der Beilagen)**

**Präsident:** Wir gehen in die Tagesordnung ein und gelangen zu den Punkten 1 bis 4, über die die Debatte unter einem durchgeführt wird.

Es sind dies die Berichte des Außenpolitischen Ausschusses über den Außenpolitischen Bericht des Bundesministers für Auswärtige Angelegenheiten (III-69 der Beilagen) über das Jahr 1976 (572 der Beilagen) und betreffend die Berichte der österreichischen Delegation zur Parlamentarischen Versammlung des Europarates (III-62 bis III-64 der Beilagen) über die XXVI., XXVII. und XXVIII. Sitzungsperiode (573 bis 575 der Beilagen).

Berichterstatter zu Punkt 1 ist, da Abgeordneter Radinger erkrankt ist, Dr. Fiedler, der an seiner Stelle die Debatte eröffnen wird.

Berichterstatter Dr. **Fiedler:** Hohes Haus! Da der Herr Obmann des Außenpolitischen Ausschusses nicht die Berichterstattung für den erkrankten Berichterstatter Radinger übernimmt, habe ich mich bereit erklärt, diese nun namens des Außenpolitischen Ausschusses dem Hohen Haus vorzulegen.

Die gegenständliche Vorlage betrifft den Außenpolitischen Bericht des Bundesministers für Auswärtige Angelegenheiten über das Jahr 1976 (III-69 der Beilagen).

Mit dem vorliegenden Außenpolitischen Bericht wird der Versuch unternommen, die österreichische Außenpolitik im Jahr 1976 darzustellen. In der Betrachtungsweise wird von den Grundlagen der österreichischen Außenpolitik und einer knappen Skizzierung der wesentlichsten Tendenzen der Weltpolitik im Berichtsjahr ausgegangen.

Der gegenständliche Bericht gliedert sich in die folgenden Abschnitte, die ihrerseits untergliedert sind:

I. Grundlagen und Voraussetzungen der österreichischen Außenpolitik

II. Bilaterale Beziehungen

III. Multilaterale Zusammenarbeit in Europa

IV. Weltweite multilaterale Zusammenarbeit

V. Andere Bereiche der Außenpolitik

Im Rahmen des Abschnittes I „Grundlagen und Voraussetzungen der österreichischen Außenpolitik“ werden auch die wichtigsten Entwicklungen der Weltpolitik im Jahr 1976 dargestellt.

Der Abschnitt II „Bilaterale Beziehungen“ ist den Beziehungen Österreichs zu den ständigen

**Dr. Fiedler**

Mitgliedern des Sicherheitsrates, den übrigen Staaten der Welt sowie den Neuregelungen diplomatischer Beziehungen und Anerkennungen gewidmet.

Fragen der KSZE, die Belgrader Folgetreffen 1977 sowie die Probleme der europäischen Integration und des Europarates gelangen im Abschnitt III „Multilaterale Zusammenarbeit in Europa“ ausführlich zur Darstellung. In diesem Abschnitt werden auch die Probleme der OECD, das internationale Energieprogramm und die Weltraumforschung sowie Ausführungen über die Wirtschaftskommission der Vereinten Nationen für Europa (ECE) und die Donaukommission behandelt.

Die Vereinten Nationen, die Nord-Süd-Problematik, Fragen der Entwicklungshilfe, die internationale Atomenergiebehörde und Verkehrsfragen werden im Abschnitt IV „Weltweite multilaterale Zusammenarbeit“ eingehend behandelt.

Im Abschnitt V wird umfassend über Auslandskulturpolitik, Amtssitzfragen (Wien als Konferenzstadt, IAKW), humanitäre Aspekte der Außenpolitik, konsularische Aufgaben und die Organisation des auswärtigen Dienstes berichtet.

An den Bericht schließen sich die folgenden fünf Beilagen A bis E:

A. Vortrag des Bundesministers für Auswärtige Angelegenheiten, Dr. Willibald Pahr, vor der Österreichischen Gesellschaft für Außenpolitik und Internationale Beziehungen, am 4. November 1976

B. Erklärung des Bundesministers für Auswärtige Angelegenheiten, Dr. Willibald Pahr, vor der 31. Generalversammlung der Vereinten Nationen, am 12. Oktober 1976

C. Tabelle sämtlicher von der 31. Generalversammlung der Vereinten Nationen verabschiedeten Resolutionen, unter besonderer Berücksichtigung der Miteinbringung durch Österreich und des österreichischen Stimmverhaltens

D. Rede des Bundesministers für Auswärtige Angelegenheiten, Dr. Willibald Pahr, vor der 19. Generalkonferenz der UNESCO am 1. November 1976

E. Erklärung des österreichischen Delegierten vor der 20. Ordentlichen Tagung der Generalkonferenz der IAEO

Der Außenpolitische Ausschuß hat den gegenständlichen Bericht des Bundesministers für Auswärtige Angelegenheiten in seiner Sitzung am 15. Juni 1977 in Verhandlung gezogen. Nach den Ausführungen des Berichterstatters sowie Wortmeldungen der Abgeordneten Dr. Fiedler,

Dr. Scrinzi, Dr. Karasek, Luptowits, Dr. Ermacora, Kinzl, Dr. Schranz und Treichl sowie des Bundesministers für Auswärtige Angelegenheiten Dr. Pahr wurde einstimmig beschlossen, dem Nationalrat die Kenntnisnahme des gegenständlichen Berichtes zu empfehlen.

Der Außenpolitische Ausschuß stellt somit den Antrag, der Nationalrat wolle den Außenpolitischen Bericht des Bundesministers für Auswärtige Angelegenheiten über das Jahr 1976 (III-69 der Beilagen) zur Kenntnis nehmen.

Ich bitte den Herrn Präsidenten, General- und Spezialdebatte unter einem durchzuführen.

**Präsident:** Danke. Berichterstatter zu den Punkten 2, 3 und 4 ist der Herr Abgeordnete Kinzl. Ich ersuche ihn um seine drei Berichte.

Berichterstatter **Kinzl:** Hohes Haus! Ich bringe den Bericht des Außenpolitischen Ausschusses betreffend den Bericht der österreichischen Delegation der Parlamentarischen Versammlung des Europarates über die XXVI. Sitzungsperiode (III-62 der Beilagen).

Der Bericht der österreichischen Delegation der Parlamentarischen Versammlung des Europarates über die XXVI. Sitzungsperiode des Europarates umfaßt den Zeitraum vom 6. Mai 1974 bis zum 21. April 1975. Diese Sitzungsperiode zerfiel in 3 Teile (Plenarsitzungen):

1. Teil vom 6. bis 10. Mai 1974
2. Teil vom 24. bis 30. September 1974
3. Teil vom 22. bis 29. Jänner 1975.

Nach einer Anführung der ordentlichen Mitglieder und Ersatzmitglieder in den drei Teilen der XXVI. Sitzungsperiode wird über die wesentlichsten Tätigkeiten der Parlamentarischen Versammlung des Europarates berichtet. Die Ausführungen behandeln die politischen Debatten, Wirtschaftsdebatten, Fragen der Entwicklungshilfe, das Zwischenstaatliche Arbeitsprogramm, Wirtschaftsfragen, Probleme der Demographie, die Lage der Frau, den Denkmalschutz, die Kulturdebatte, Angelegenheiten der Agrarwirtschaft sowie des Sozialwesens und Probleme der wirtschaftlichen Entwicklung.

Der Außenpolitische Ausschuß hat diesen Bericht in seiner Sitzung am 15. Juni 1977 in Verhandlung gezogen. Nach den Ausführungen des Berichterstatters wurde einstimmig beschlossen, dem Nationalrat die Kenntnisnahme dieses Berichtes zu empfehlen.

Der Außenpolitische Ausschuß stellt somit den Antrag, der Nationalrat wolle den Bericht der österreichischen Delegation der Parlamentarischen Versammlung des Europarates über die

**Kinzl**

XXVI. Sitzungsperiode (III-62 der Beilagen) zur Kenntnis nehmen.

Weiters bringe ich den Bericht des Außenpolitischen Ausschusses betreffend den Bericht der österreichischen Delegation der Parlamentarischen Versammlung des Europarates über die XXVII. Sitzungsperiode (III-63 der Beilagen).

Der Bericht der österreichischen Delegation der Parlamentarischen Versammlung des Europarates über die XXVII. Sitzungsperiode umfaßt den Zeitraum vom 21. April 1975 bis zum 3. Mai 1976. Diese Sitzungsperiode zerfiel in drei Teile (Plenarsitzungen):

1. Teil vom 21. bis 25. April 1975
2. Teil vom 1. bis 9. Oktober 1975
3. Teil vom 26. bis 30. Jänner 1976.

Nach einer Anführung der ordentlichen Mitglieder und Ersatzmitglieder in der gegenständlichen Sitzungsperiode wird über die wesentlichsten Tätigkeiten der Parlamentarischen Versammlung des Europarates berichtet. Die Ausführungen behandeln unter anderem die Wahl des Abgeordneten Karl Czernetz zum Präsidenten der Parlamentarischen Versammlung sowie Fragen der Politik, der Kultur und Erziehung, Wirtschaft und Entwicklung, Probleme des Sozialwesens, des Budgets, Fragen der Nichtmitgliedstaaten, der Bildung sowie Angelegenheiten der Wirtschaft, Wissenschaft und Technologie, der Landwirtschaft, Bevölkerungs- und Flüchtlingsfragen sowie Sozial- und Gesundheitsfragen und juristische Fragen unter besonderer Berücksichtigung der Bekämpfung der Folter.

Der Außenpolitische Ausschuß hat diesen Bericht in seiner Sitzung am 15. Juni 1977 in Verhandlung gezogen. Nach den Ausführungen des Berichterstatters wurde einstimmig beschlossen, dem Nationalrat die Kenntnisnahme dieses Berichtes zu empfehlen.

Der Außenpolitische Ausschuß stellt somit den Antrag, der Nationalrat wolle den Bericht der österreichischen Delegation der Parlamentarischen Versammlung des Europarates über die XXVII. Sitzungsperiode (III-63 der Beilagen) zur Kenntnis nehmen.

Der Bericht der österreichischen Delegation der Parlamentarischen Versammlung des Europarates über die XXVIII. Sitzungsperiode umfaßt den Zeitraum vom 3. Mai 1976 bis zum 25. April 1977. Diese Sitzungsperiode zerfiel in drei Teile (Plenarsitzungen):

1. Teil vom 3. bis 7. Mai 1976
2. Teil vom 15. bis 22. September 1976
3. Teil vom 24. bis 28. Jänner 1977.

Nach einer Aufzählung der von Österreichern in der Parlamentarischen Versammlung des Europarates eingenommenen Funktionen werden im gegenständlichen Bericht zunächst die ordentlichen Mitglieder und Ersatzmitglieder der österreichischen Delegation angeführt. Im folgenden werden die wichtigsten von der Parlamentarischen Versammlung des Europarates behandelten Themen, wie Politik, Wirtschaft und Entwicklung, Kultur, Rechtsfragen, Probleme der europäischen Nichtmitgliedstaaten, Fragen des Erziehungswesens und der Menschenrechte, Rechtsfragen, Bevölkerungs- und Flüchtlingsfragen, Sozialfragen und Gesundheitswesen, Landwirtschaftsfragen, Angelegenheiten der Regionalplanung der Gemeinden und anderes mehr behandelt.

Der Außenpolitische Ausschuß hat diesen Bericht in seiner Sitzung am 15. Juni 1977 in Verhandlung gezogen. Nach den Ausführungen des Berichterstatters wurde einstimmig beschlossen, dem Nationalrat die Kenntnisnahme dieses Berichtes zu empfehlen.

Der Außenpolitische Ausschuß stellt somit den Antrag, der Nationalrat wolle den Bericht der österreichischen Delegation der Parlamentarischen Versammlung des Europarates über die XXVIII. Sitzungsperiode (III-64 der Beilagen) zur Kenntnis nehmen.

Falls Wortmeldungen vorliegen, stelle ich den Antrag, General- und Spezialdebatte unter einem abzuführen.

**Präsident:** Ich danke den Herren Berichterstattern für ihre Ausführungen.

Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Dr. Taus.

Abgeordneter Dr. Taus (ÖVP): Herr Präsident! Hohes Haus! Der Außenpolitische Bericht über das Jahr 1976 beginnt mit der schönen Feststellung, die ja – und ich sage, Gott sei Dank – zu den Stehsätzen der österreichischen Außenpolitik gehört, und zwar lautet dieser schöne Satz: Der Staatsvertrag, die immerwährende Neutralität, die pluralistisch-demokratische Staatsform des Landes sowie die geopolitischen Gegebenheiten sind und bleiben die Grundlagen der österreichischen Außenpolitik.

Gegen diesen Satz ist nichts einzuwenden, ebenso wie ich es – das möchte ich hier in aller Deutlichkeit festhalten – für durchaus vernünftig halte, wenn es gelingt, in der Außenpolitik soweit wie möglich konfliktfrei zu bleiben. Ich halte das gewissermaßen für ein Lebenselement eines neutralen Staates, daß es, wenn es irgendwo möglich ist, in den Bereichen der Außenpolitik ohne besondere Konflikte aus parteipolitischen Gründen abgeht.

**Kinzl**

XXVI. Sitzungsperiode (III-62 der Beilagen) zur Kenntnis nehmen.

Weiters bringe ich den Bericht des Außenpolitischen Ausschusses betreffend den Bericht der österreichischen Delegation der Parlamentarischen Versammlung des Europarates über die XXVII. Sitzungsperiode (III-63 der Beilagen).

Der Bericht der österreichischen Delegation der Parlamentarischen Versammlung des Europarates über die XXVII. Sitzungsperiode umfaßt den Zeitraum vom 21. April 1975 bis zum 3. Mai 1976. Diese Sitzungsperiode zerfiel in drei Teile (Plenarsitzungen):

1. Teil vom 21. bis 25. April 1975
2. Teil vom 1. bis 9. Oktober 1975
3. Teil vom 26. bis 30. Jänner 1976.

Nach einer Anführung der ordentlichen Mitglieder und Ersatzmitglieder in der gegenständlichen Sitzungsperiode wird über die wesentlichsten Tätigkeiten der Parlamentarischen Versammlung des Europarates berichtet. Die Ausführungen behandeln unter anderem die Wahl des Abgeordneten Karl Czernetz zum Präsidenten der Parlamentarischen Versammlung sowie Fragen der Politik, der Kultur und Erziehung, Wirtschaft und Entwicklung, Probleme des Sozialwesens, des Budgets, Fragen der Nichtmitgliedstaaten, der Bildung sowie Angelegenheiten der Wirtschaft, Wissenschaft und Technologie, der Landwirtschaft, Bevölkerungs- und Flüchtlingsfragen sowie Sozial- und Gesundheitsfragen und juristische Fragen unter besonderer Berücksichtigung der Bekämpfung der Folter.

Der Außenpolitische Ausschuß hat diesen Bericht in seiner Sitzung am 15. Juni 1977 in Verhandlung gezogen. Nach den Ausführungen des Berichterstatters wurde einstimmig beschlossen, dem Nationalrat die Kenntnisnahme dieses Berichtes zu empfehlen.

Der Außenpolitische Ausschuß stellt somit den Antrag, der Nationalrat wolle den Bericht der österreichischen Delegation der Parlamentarischen Versammlung des Europarates über die XXVII. Sitzungsperiode (III-63 der Beilagen) zur Kenntnis nehmen.

Der Bericht der österreichischen Delegation der Parlamentarischen Versammlung des Europarates über die XXVIII. Sitzungsperiode umfaßt den Zeitraum vom 3. Mai 1976 bis zum 25. April 1977. Diese Sitzungsperiode zerfiel in drei Teile (Plenarsitzungen):

1. Teil vom 3. bis 7. Mai 1976
2. Teil vom 15. bis 22. September 1976
3. Teil vom 24. bis 28. Jänner 1977.

Nach einer Aufzählung der von Österreichern in der Parlamentarischen Versammlung des Europarates eingenommenen Funktionen werden im gegenständlichen Bericht zunächst die ordentlichen Mitglieder und Ersatzmitglieder der österreichischen Delegation angeführt. Im folgenden werden die wichtigsten von der Parlamentarischen Versammlung des Europarates behandelten Themen, wie Politik, Wirtschaft und Entwicklung, Kultur, Rechtsfragen, Probleme der europäischen Nichtmitgliedstaaten, Fragen des Erziehungswesens und der Menschenrechte, Rechtsfragen, Bevölkerungs- und Flüchtlingsfragen, Sozialfragen und Gesundheitswesen, Landwirtschaftsfragen, Angelegenheiten der Regionalplanung der Gemeinden und anderes mehr behandelt.

Der Außenpolitische Ausschuß hat diesen Bericht in seiner Sitzung am 15. Juni 1977 in Verhandlung gezogen. Nach den Ausführungen des Berichterstatters wurde einstimmig beschlossen, dem Nationalrat die Kenntnisnahme dieses Berichtes zu empfehlen.

Der Außenpolitische Ausschuß stellt somit den Antrag, der Nationalrat wolle den Bericht der österreichischen Delegation der Parlamentarischen Versammlung des Europarates über die XXVIII. Sitzungsperiode (III-64 der Beilagen) zur Kenntnis nehmen.

Falls Wortmeldungen vorliegen, stelle ich den Antrag, General- und Spezialdebatte unter einem abzuführen.

**Präsident:** Ich danke den Herren Berichterstattern für ihre Ausführungen.

Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Dr. Taus.

Abgeordneter Dr. **Taus** (ÖVP): Herr Präsident! Hohes Haus! Der Außenpolitische Bericht über das Jahr 1976 beginnt mit der schönen Feststellung, die ja – und ich sage, Gott sei Dank – zu den Stehsätzen der österreichischen Außenpolitik gehört, und zwar lautet dieser schöne Satz: Der Staatsvertrag, die immerwährende Neutralität, die pluralistisch-demokratische Staatsform des Landes sowie die geopolitischen Gegebenheiten sind und bleiben die Grundlagen der österreichischen Außenpolitik.

Gegen diesen Satz ist nichts einzuwenden, ebenso wie ich es – das möchte ich hier in aller Deutlichkeit festhalten – für durchaus vernünftig halte, wenn es gelingt, in der Außenpolitik soweit wie möglich konfliktfrei zu bleiben. Ich halte das gewissermaßen für ein Lebenselement eines neutralen Staates, daß es, wenn es irgendwo möglich ist, in den Bereichen der Außenpolitik ohne besondere Konflikte aus parteipolitischen Gründen abgeht.

6076

Nationalrat XIV. GP - 63. Sitzung - 1. Juli 1977

**Dr. Taus**

Aber, meine sehr geehrten Damen und Herren, der Herr Außenminister macht es uns nicht leicht, diesen Kurs zu steuern und diesen Kurs zu gehen, der für Österreich sicherlich viele Vorteile gebracht hat. Ich glaube, daß er es uns deshalb besonders schwer macht, weil wir manchmal den Eindruck haben, daß er etwa wie ein Elefant im Porzellanladen durch die österreichische Außenpolitik trampelt. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Ich möchte jetzt gar nicht die lange Liste aller der Probleme und der Stellungnahmen, die der Herr Außenminister im Zusammenhang mit außenpolitischen Fragen abgegeben hat, hier aufzählen, denn so lange möchte ich nicht reden. Ich möchte aber doch auf einige Punkte hinweisen, die uns allen besonders am Herzen liegen.

Erstens bin ich sehr froh, daß nun schon einige Monate nichts über den Staatsvertrag gesagt wurde. Ich hoffe, daß es auch dabei bleibt und daß wir nicht irgendwelche Äußerungen, wie oder wie nicht der Staatsvertrag zu interpretieren wäre, aus dem Mund des Herrn Außenministers hören.

Die zweite Frage, die uns hier bewegt, ist die Südtirolpolitik. Wir haben seinerzeit wegen einiger Südtiroläußerungen des Herrn Außenministers die Einberufung einer Sitzung des Außenpolitischen Rates verlangt und von dort die Versicherung vom Herrn Bundeskanzler erhalten, daß sich an der Südtirolpolitik der Regierung nichts ändern wird, an einer Politik, die von den Außenministern der Österreichischen Volkspartei entworfen und erfolgreich durchgeführt wurde. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Ich möchte hier aber in aller Öffentlichkeit vor dem Parlament sagen: Wir sind bestürzt, daß ein neuer österreichischer Außenminister in seinen Handlungen auf dem Gebiet dieser für uns wichtigen außenpolitischen Frage, die Österreich mit seinen Nachbarstaaten zu lösen hat, ebenfalls herumtrampelt.

Herr Minister, es wäre nicht notwendig gewesen, die Rolle Österreichs als Anwalt - ich sage es noch deutlicher: die Schutzmachtrolle Österreichs - in einer Weise in Frage zu stellen, wie Sie dies ohne jeden sichtbaren Grund getan haben. *(Lebhafte Zustimmung bei der ÖVP.)*

Und ich sage Ihnen auch offen: Die Eile, mit der Sie nach Italien gefahren sind, so sehr wir an guten Beziehungen mit unserem südlichen Nachbarstaat interessiert sind, hat uns auch ein wenig überrascht, umso mehr als ja auch der Herr Landeshauptmann Wallnöfer - das war ja ein deutliches Zeichen - Ihrer Einladung, mit ihm zu reisen, nicht gefolgt ist.

Aber ich gestatte mir hier noch etwas: Ich nehme vor einiger Zeit, vor ungefähr drei Wochen, die schweizerische Zeitung „Der Bund“ in die Hand, und da sehe ich, daß es eine dreiteilige Aufsatzserie über Österreich gibt.

Im Rahmen dieser Aufsatzserie hat der Journalist Dr. Mayer auch mit Ihnen gesprochen, Herr Minister. Und da finde ich im Zusammenhang mit Südtirol wieder eine Äußerung - das ganze war abgedruckt am 24., 25., 26. Mai -, nach der Sie gesagt haben, daß die Südtiroler Bevölkerung gegenwärtig ruhig und weitgehend zufriedengestellt ist.

Herr Außenminister! In einer Situation, wo die Südtiroler Politiker in schwierigen Verhandlungen sind, halte ich es nicht für angebracht, daß man in einer ausländischen Zeitung ein Interview gibt, in dem man sagt, daß die Südtiroler Bevölkerung weitgehend zufriedengestellt ist. Herr Außenminister, da sagt man überhaupt nichts in einer solchen Situation, wenn man schon keine andere Äußerung machen will. Es ist für uns unverständlich - unverständlich! -, daß Sie in dieser Situation, wo Sie doch ohnedies wissen, wie die Dinge stehen, wie die Verhandlungen laufen, ununterbrochen weiter über Südtirol Äußerungen abgeben, und das noch dazu in ausländischen Zeitungen, von denen Sie annehmen können, daß es überall gelesen wird und daß das die Verhandlungsposition der Südtiroler natürlich nicht erleichtert. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Sie wissen - das möchte ich auch hier festhalten -, das Problem Südtirol ist in Österreich einfach eine Herzensangelegenheit. Das geht sicherlich über unsere Partei weit hinaus, das ist in allen Parteien eine Herzensangelegenheit. Ich glaube, daß wir diese Frage nur dann befriedigend lösen können, daß wir in dieser Frage nur dann ein befriedigendes innenpolitisches Klima haben, Herr Außenminister, wenn Sie wenigstens aufhören, über dieses Problem zu reden. Seien Sie ruhig im Zusammenhang mit Südtirol, wenn Sie schon sonst nichts anderes tun wollen! *(Zustimmung bei der ÖVP.)*

Meine sehr geehrten Damen und Herren, lassen Sie mich eine zweite Sache sagen. *(Zwischenruf des Abg. Blecha.)* Herr Kollege, ich kann mich noch nicht erinnern, von Ihnen irgendwelche lichtvollen außenpolitischen Äußerungen gehört zu haben. Bitte schön, ich warte noch darauf. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Die zweite Frage, die mich ein wenig irritiert hat ... *(Abg. Dr. Tull: Der Blecha ist jedenfalls kein Hansdampf in allen Gassen! - Heiterkeit bei der ÖVP.)* Also ich habe immer den Eindruck gehabt, was gar nichts Abwertendes ist, er ist der

**Dr. Taus**

Allzweckzentrasekretär der SPÖ. (*Abg. Dr. Tull: Zum Unterschied von Ihnen!*)

Verehrter Herr Kollege! Ich möchte Ihnen hier eines ganz klar und eindeutig sagen. Ich habe gar nichts gegen jemanden, der sich mit mehreren Themen beschäftigt; überhaupt nichts habe ich dagegen. Ich habe auch dem Herrn Zentralsekretär Blecha nie vorgeworfen, daß er ein Fachmann für alles ist. Hier hat er schon in sehr vielen Dingen gesprochen, das ist manchmal eben so möglich. Aber wenn das nun hier ausgestellt ist, muß ich deutlich festhalten: Ich habe den Eindruck, Sie sind Fachmann für alles, Herr Kollege Blecha, für jede Frage, die hier auftaucht. Ja, selbstverständlich, Fachmann für alles. Aber bitte schön, solche Leute muß es geben, es hat ja auch anderswo solche schon gegeben. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Lassen Sie mich noch eine andere Frage ... (*Abg. Dr. Tull: Karasek ist aber nicht mehr Bereichssprecher für Außenpolitik!*) Herr Kollege! Sie werden uns nicht vorschreiben, wer zur Außenpolitik redet. Das möchte ich deutlich sagen! (*Neuerlicher Beifall bei der ÖVP. - Abg. Dr. Tull: Fragen wird man doch noch dürfen!*)

Die zweite Problematik, um die es hier geht und die mich persönlich auch sehr berührt hat, ist die Problematik der Minderheitenfragen, und zwar die Slowenenfrage. Darf ich hier einen Punkt aufzählen. Ich möchte nicht alles aufzählen, was hier passiert ist, ich möchte nicht auf das Gespräch von Udine zu sprechen kommen, wo es noch etliches Ungeklärtes gibt. Aber eines wieder in der gleichen Artikelserie, die im „Bund“ erschienen ist. Da muß ich folgendes lesen, wieder eine Äußerung des Herrn Außenministers: Man hoffe zwar auf Entschärfung, und er würde unter Umständen eine internationale Kontrollkommission einladen, dies für den Fall, daß sich die jugoslawische Regierung weiterhin nicht mit den Gegebenheiten abfinden sollte.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich möchte nur fragen: Warum spricht der Außenminister jetzt im Zusammenhang mit der Durchführung des Pakets, das alle drei Parteien beschlossen haben, von einer internationalen Kontrollkommission? Ich sehe nicht die geringste Notwendigkeit, so ein Thema jetzt an die Öffentlichkeit zu bringen. Wozu bitte soll das gut sein? Wir sind durchaus selbst in der Lage, in unserem eigenen Haus unsere Dinge zu regeln. (*Beifall bei der ÖVP.*) Wir haben ein Abkommen der drei Parteien geschlossen, und ich glaube, man soll auch in dieser Frage ruhig sein.

Herr Außenminister! Ich möchte eine weitere Frage an Sie richten. Wir haben hier vor einiger Zeit einen EFTA-Gipfel gehabt. Ich persönlich

habe durchaus begrüßt, daß sich die Rest-EFTA-Staaten einmal treffen, einmal zusammensetzen, der Gipfel kam über Anregung von Dr. Kreisky zustande. Aber noch interessiert mich etwas: Mich interessiert nun, wie geht das weiter. War das ein einmaliges Treffen, das Show-Effekten gedient hat, oder gibt es hier nun einfach eine Abfolge, gibt es hier weitere Gespräche, im Rahmen welcher Institutionen finden diese Gespräche statt, welche Themata sind hier interessant? War das eine Eintagsfliege, Herr Außenminister, oder gibt es hier auch so etwas wie einen Kalender der weiteren Zusammenarbeit? Ich könnte mir durchaus vorstellen, daß so etwas vernünftig ist. Wir haben bislang noch nichts darüber gehört. Ich hätte die Bitte, daß Sie uns darüber informieren. Vor allem: Wird es periodische Zusammenkünfte geben? (*Abg. Peter: Herr Taus, das hat eher nach einem EFTA-Begräbnis und nicht nach einem EFTA-Gipfel ausgesehen!*)

Na ja, ich würde jetzt zunächst einmal noch nicht so weit gehen, aber Sie wissen, in einer sehr guten Situation ist natürlich die Rest-EFTA-Gruppe nicht. Daher ist unser Interesse natürlich ganz besonders groß, was passiert. Wenn ich schon die Rest-EFTA-Gruppe zusammenfasse, einen Gipfel hier in Wien zusammenrufe - der Gipfel kommt auch zustande -, dann muß man doch fragen, wie das weitergeht. Denn ich glaube, mit der Feststellung, daß es sich um ein Begräbnis gehandelt hat, würde ich mich nicht zufrieden geben. Das möchte ich also auch hier deutlich festgehalten wissen.

Herr Außenminister! Gestatten Sie mir, daß ich nun zu Ihrem Bericht übergehe, und zwar gab es in diesem Bericht eine ganze Menge von Dingen, die mir eigentlich nicht gefallen haben. Sie haben darin sehr, sehr kurz die Grundlagen und Voraussetzungen der österreichischen Außenpolitik skizziert. Im ersten Absatz, den ich voll akzeptiere, im Bericht auf Seite 9, lautet es: „Grundlagen und Voraussetzungen der österreichischen Außenpolitik.“ Zu dem möchte ich nichts weiter sagen.

Aber dann kommen zwei weitere Absätze, Herr Außenminister, über die wir uns doch unterhalten müßten, zumindest müssen wir darüber Aufklärung verlangen. Hier lautet der zweite Absatz:

„Ein immerwährend neutraler Staat, der sich als Mitglied der Vereinten Nationen von der Satzung der Weltorganisation leiten läßt, kann sich nicht mehr darauf beschränken, eine Friedensinsel zu bleiben, indem er sich von allen internationalen Konflikten fernhält; er muß vielmehr auch eine aktive Neutralitätspolitik mit dem Ziele führen, an der Festigung des



6078

Nationalrat XIV. GP - 63. Sitzung - 1. Juli 1977

**Dr. Taus**

allgemeinen Friedens und der internationalen Sicherheit mitzuwirken."

Herr Außenminister! Ich weiß nicht, ob das nur sehr schnell formuliert wurde, aber mir persönlich gefällt der Satz nicht, daß sich also Österreich nicht von allen internationalen Konflikten fernhalten soll. Wenn Sie hier schon die österreichische Außenpolitik erklären und interpretieren, dann hätte ich zumindest das Ersuchen, daß Sie das deutlicher und umfangreicher machen, denn Neutralitätspolitisch so ganz einwandfrei klingt dieser Satz nicht.

Sie werden ihn wahrscheinlich nicht so gemeint haben - das will ich Ihnen durchaus konzedieren -, aber ich glaube, man soll solche Sätze mit sehr großer Sorgfalt abfassen und soll nicht auch nur den geringsten Zweifel darüber lassen, ob hier etwa eine grundlegende Änderung oder auch nur eine kleinere Änderung des Neutralitätspolitischen Kurses in Österreich angebracht ist.

Ich glaube, hier müssen wir penibel sein, und zwar alle Parteien müssen hier penibel sein. Mit Neutralitätspolitik sollte man sorgsam umgehen. Ich habe den Eindruck, mit dem Satz ist das nicht getan. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Ich habe noch einen dritten Absatz gefunden, der ebenfalls meines Erachtens noch einige Widersprüche und Unklarheiten enthält. „Die außenpolitischen Möglichkeiten eines Staates“, heißt es, „der über keine ins Gewicht fallenden Machtmittel verfügt, sind begrenzt. Gerade aber eine realistische Einschätzung dieser Begrenzungen läßt eine besonders aktive Außenpolitik geboten erscheinen, um im Zusammenwirken mit einer umfassenden Landesverteidigung und einer umsichtigen Außenwirtschaftspolitik die Existenz eines unabhängigen, demokratischen und wirtschaftlich stabilen Österreich zu gewährleisten.“

Herr Minister! Wenn ich den ersten Teil dieses Absatzes nehme, dann sagen Sie - und das ist durchaus realistisch -, daß unsere außenpolitischen Möglichkeiten begrenzt sind. Aber dann ziehen Sie die Schlußfolgerung daraus, daß diese Begrenzung dazu führt, daß man eine besonders aktive Außenpolitik zu treiben hat, das heißt, auf einem Gebiet, wo man ohnedies nicht sehr viel machen kann, wie Sie hier selbst sagen, muß man ganz besonders aktiv sein.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Das ist ein Widerspruch, das muß ich doch anders erläutern, da muß ich doch schrittweise vorgehen und muß sagen, bitte schön, in welchen Bereichen sollen wir besonders aktiv sein. So der Satz in den Raum hineingestellt, ist ein Widerspruch, den man an sich auch nicht

billigen kann und von dem ich persönlich glaube, daß er eher eine lustige Komponente drinnen hat, eine Komponente, von der man eindeutig sagen kann, daß der erste Satz dem zweiten widerspricht.

Ich verstehe diesen Zusammenhang nicht, ich bitte den Herrn Außenminister, daß er uns diese Frage hier erläutert.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Darf ich vielleicht noch einige weitere Punkte hier anführen. *(Zwischenruf des Abg. Blecha!)* Herr Kollege! Darf ich es noch einmal hören, ich höre Zwischenrufe so gern. *(Abg. Blecha: Ein „Feuerwerk“ von Schlußfolgerungen! - Zustimmung bei der ÖVP.)* Ja, ungeheuer, Herr Kollege, wenn Ihnen die Logik zu hoch ist, so bin ich gerne bereit, Ihnen nachzuhelfen. *(Beifall bei der ÖVP. - Abg. Blecha: Das Niveau einer 6. Klasse AHS!)*

Bitte, darf ich den Zwischenruf noch einmal hören. Seien Sie so nett und sagen Sie es noch einmal. Ich freue mich immer, wenn Sie einen Zwischenruf machen. Ja, ich freue mich über Zwischenrufe. Der Herr Kollege Blecha ist leider nicht bereit, ihn zu wiederholen. *(Abg. Dr. Tull: Ihre Ausführungen sind so „lichtvoll“, daß sich das Gesicht des Herrn Karasek immer mehr verdunkelt!)* Meine sehr geehrten Damen und Herren! Gestatten Sie mir, daß ich in diesem Punkt und in diesem Absatz noch einen Schritt weitergehe. Sie haben selbst in diesem Bericht drei Säulen der österreichischen Politik aufgezeigt, nämlich einerseits die Außenpolitik, als zweite Säule die Landesverteidigungspolitik und als dritte Säule eine sorgsame, heißt es, glaube ich, hier, Außenwirtschaftspolitik. *(Abg. Dr. Tull: Karasek macht das weitaus besser!)*

Ich danke Ihnen, daß Sie einen meiner Kollegen loben, ich bin sehr froh darüber, daß Sie das tun. Sie haben nachher Gelegenheit, das ausreichend zu tun, ich warte auf Ihren Applaus. *(Beifall bei der ÖVP. - Abg. Dr. Tull: Er ist weitaus besser als Sie!)*

Ich darf nun vielleicht zu den zwei anderen Themata, die hier angezogen worden sind, etwas sagen. Zunächst einmal zur Landesverteidigungspolitik. Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir haben uns in der letzten Zeit mit der österreichischen Landesverteidigungspolitik ausreichend befaßt. Und was übergeblieben ist und was in der Öffentlichkeit durchgedrungen ist, ist einfach das, daß Sie nach sieben Jahren sozialistischer Verteidigungspolitik einen Trümmerhaufen zurückgelassen haben. Genau das ist es, wo Sie aber sagen, es ist eine der Säulen unserer Politik hier in Österreich. Ein Punkt, den wir schon wieder abhaken können, hier haben Sie eindeutig versagt.

**Dr. Taus**

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich bin auch der Auffassung, daß die Außenwirtschaftspolitik völlig zu Recht als eine der Säulen hier angeführt ist.

Und nun gestatten Sie mir, daß ich einige Zahlen sage: Die Außenwirtschaftspolitik manifestiert sich im wesentlichen in den Zahlen der Zahlungsbilanz. Und was haben wir hier in den jüngsten Prognosen des Institutes für Wirtschaftsforschung festzustellen? – Erstens einmal, daß die österreichische Handelsbilanz heuer einem Defizit entgegensteuert, wie wir das bislang in diesem Land noch nie erlebt haben. Wir haben in Österreich selbst in den düstersten Zeiten nach 1945 noch niemals eine solche Situation der Handelsbilanz gehabt, wie wir das jetzt in diesem Lande haben, und wir nähern uns heute der 60-Milliarden-Grenze beim Defizit.

Wir können nun durch die Dienstleistungen, das heißt, durch den Fremdenverkehr, nicht einmal mehr zur Hälfte das österreichische Handelsbilanzdefizit kompensieren. Was heißt denn das? Das heißt, daß Sie zwar in Ihrem Außenpolitischen Bericht sagen, daß die sorgsame Außenwirtschaftspolitik für uns ein zentrales Problem der Sicherung, der Stabilität und der Unabhängigkeit des Landes ist, daß aber Ihre Politik langsam, aber sicher den Bewegungsspielraum dieses Landes einengt, und zwar den Bewegungsspielraum einengt durch Ihre Wirtschaftspolitik und durch Ihre Außenhandelspolitik. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Aber die Dinge gehen ja noch weiter! Ich bin durchaus Ihrer Meinung, daß eine der Säulen der Unabhängigkeit eines neutralen kleinen Industriestaates, wie wir das sind, einfach die Wirtschaftspolitik und die ökonomische Stabilität sind. Der Öffentlichkeit wird es schön langsam bewußt, daß dieses Land ein sogenanntes strukturelles Schuldnerland geworden ist, daß Österreich aus seiner Gläubigerposition, in die wir langsam hineingekommen wären, weggekommen ist. Wir sind heute ein strukturelles Schuldnerland, das über 100 Milliarden Schilling Auslandsschulden hat. Wieder eine Einengung des Bewegungsspielraumes österreichischer internationaler Politik.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die stärkste Position Österreichs zur Sicherung seiner Unabhängigkeit ist in meinen Augen einfach die ökonomische Stabilität dieses Landes. Mit Ihrer Politik, meine sehr geehrten Damen und Herren von der SPÖ, untergraben Sie diese ökonomische Position dieses Landes kontinuierlich, und zwar von Jahr zu Jahr mehr. Das verdient einmal hier festgehalten zu werden! *(Zustimmung bei der ÖVP.)*

Das sind Fakten, meine Herren, die Sie nicht

wegdiskutieren können. Und dabei ist das keine Folge der Krise des Jahres 1975, sondern das ist langsam und kontinuierlich aufgebaut worden. Meine sehr geehrten Damen und Herren von der Sozialistischen Partei! Seit Sie die Regierung stellen, ist die österreichische Zahlungsbilanz kontinuierlich schlechter geworden, seit Sie die Regierung stellen, ist Österreich in die Position eines internationalen Schuldnerlandes geraten, und das soll auch einmal hier vor aller Öffentlichkeit festgehalten werden. *(Neuerliche Zustimmung bei der ÖVP.)*

Aber, meine sehr geehrten Damen und Herren, ich möchte die Gelegenheit auch wahrnehmen, um auch die außenpolitischen Vorstellungen der Österreichischen Volkspartei mit aller Klarheit auf den Tisch zu legen, weil ich meine, daß das notwendig und wichtig ist. In diesem Zusammenhang möchte ich nochmals unterstreichen, daß Österreich aus freien Stücken seine immerwährende Neutralität erklärt hat; das geht unter anderem schon daraus hervor, daß der Vorschlag für diesen völkerrechtlichen Status von Österreich kam und das Verfassungsgesetz erst nach dem Abzug des letzten Besatzungssoldaten in Österreich beschlossen wurde.

Österreich hat keine auferlegte Neutralität. Die Österreichische Volkspartei wird nicht müde werden, das überall zu betonen, gleichgültig, was aus dem einen oder anderen Lager hierhertönt, wir haben keine auferlegte Neutralität. Unsere Neutralität ist aus freien Stücken eingegangen worden. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die damals zwischen den vier Signatarmächten des Staatsvertrages in Zusammenarbeit mit Österreich getroffenen Vereinbarungen stellten die erste einvernehmliche Regelung einer der offenen weltpolitischen Fragen der Nachkriegszeit zwischen Ost und West dar. Es stellt sich heute die Frage: Ist die Entwicklung in den letzten zwei Jahrzehnten nicht in manchen Punkten über die damaligen Ereignisse und Abmachungen hinweggegangen? Ich möchte auf die letztere Frage mit einem klaren Nein antworten. Für uns bilden Staatsvertrag und Neutralität unveränderte Grundlagen unseres außenpolitischen Denkens, und sie sind nach wie vor die Grundpfeiler der österreichischen Außenpolitik, wie das ja auch im zur Debatte stehenden Bericht zum Ausdruck kommt.

Natürlich hat sich die weltpolitische Lage inzwischen verändert, und natürlich mußte jeder Phase der internationalen Entwicklung durch die Bundesregierungen jeweils Rechnung getragen werden. Selbstverständlich tauchen von Zeit zu Zeit neue Probleme, Spannungen auf, die geregelt, die abgebaut werden müssen. Im

6080

Nationalrat XIV. GP - 63. Sitzung - 1. Juli 1977

**Dr. Taus**

allgemeinen kann man aber doch feststellen, daß der Raum, in dem wir leben und der jedenfalls seit 1918 eine der neuralgischen Zonen Europas gebildet hatte, in den letzten Jahrzehnten nicht zuletzt dank einer auf den beiden genannten Instrumenten basierenden österreichischen Außenpolitik in ein Gebiet verwandelt wurde, das zu den stabilsten und relativ ruhigsten der Welt gehört.

Einen Aspekt der österreichischen Politik möchte ich in diesem Zusammenhang ganz besonders hervorheben, weil das in der Öffentlichkeit zu wenig geschieht und weil sich die Österreicher vielleicht zu sehr daran gewöhnt haben, daß man sehr wenig über Außenpolitik spricht. Österreich hat stets kompromißlos von seiner weltanschaulichen Position aus operiert.

In all den Jahren - ich kann natürlich nur über den Zeitraum sprechen, in dem die Österreichische Volkspartei die Verantwortung zu tragen hatte - haben die jeweiligen Bundesregierungen ihre Vertrags- und Gesprächspartner niemals im unklaren darüber gelassen, daß das neutrale Österreich ein integrierender Teil der westlich-demokratischen Welt war, ist und bleiben wird, und im Rahmen einer anderen Welt wäre eine Neutralität gar nicht denkbar. Auch das muß man den Österreichern von Zeit zu Zeit wieder sagen: Die Neutralität ist ein integrierender Bestandteil im Rahmen einer westlich-freiheitlich demokratischen Ordnung. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Die Tatsache, daß es auf dieser Basis möglich war, Beziehungen zur Sowjetunion und zu unseren östlichen Nachbarn, zu den sozialistischen Mächten positiv und sogar vertrauensvoll zu gestalten, bildet den Schlüssel zum Verständnis der österreichischen Ostpolitik. Diese politische Linie sollte auch in der gegenwärtigen Situation nichts von ihrer Aktualität eingebüßt haben.

Eines möchte ich hier noch deutlich hervorheben: daß in einem Referat anlässlich der Verhandlungen des dritten Juristentages in Wien schon 1967 der damalige außerordentliche Gesandte und bevollmächtigte Minister Dr. Kirchschräger, der heutige österreichische Bundespräsident, diese Grundlinie der österreichischen Außenpolitik eindringlich formuliert hatte. Ich zitiere:

Das Bemühen des immerwährend neutralen Staates, Vertrauen in seinen Neutralitätswillen und seine Neutralitätsfähigkeit zu erwecken, ist dabei nicht eine Politik des Jedem-recht-machen-Wollens; das wäre eine zutiefst abhängige Politik, sondern eine Politik der Geradlinigkeit, bei der kein Anlaß für einen Zweifel der künftigen Haltung des neutralen Staates gege-

ben ist. Nur so wird die immerwährende Neutralität zu einem echten Sicherheitsfaktor für den neutralen Staat.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Gestatten Sie mir, daß ich eine Bemerkung hier anschließe: Das österreichische Staatsgebiet grenzt ungefähr zur Hälfte an Staaten, in denen eine andere Gesellschaftsordnung vorherrscht, und seit Abschluß des Staatsvertrages war es eine der vordringlichsten Aufgaben, die Spannungen an diesen Grenzen abzubauen und die Situation unbeschadet der grundsätzlich verschiedenen gesellschaftlichen Systeme nach Maßgabe des Möglichen zu realisieren, zu normalisieren.

Österreich ist dabei von einer durchaus realistischen Basis ausgegangen und hat in pragmatischer Weise versucht, Probleme aus der Welt zu schaffen, Kontakte zwischen den diesseits und jenseits der Grenze lebenden Menschen wieder anzuknüpfen. Es war und ist ferner Österreichs Bestreben, die Zusammenarbeit auf wirtschaftlichem, wissenschaftlichem und kulturellem Gebiet auszubauen.

Das ist eine Linie gewesen, die die Österreichische Volkspartei immer uneingeschränkt vertreten hat. Solange wir in diesem Land regiert haben, haben wir dabei niemals ein Hehl daraus gemacht, daß wir das Angebot der friedlichen Koexistenz so akzeptieren, wie es gemeint ist, nämlich als einen Wettbewerb der Ideen, der Weltanschauung und der Wirtschaftssysteme. Daß wir dabei von der Voraussetzung ausgehen, daß unsere Lebensform sich auf die Dauer als die stärkere erweisen wird, ist unser gutes Recht und sollte immer wieder betont werden.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Gestatten Sie mir noch einige Bemerkungen zu den Integrationsbestrebungen: Sie sind - und daran haben wir von der Österreichischen Volkspartei nie einen Zweifel gelassen - immer unter neutralitätspolitischen Gesichtspunkten zu verfolgen. Allerdings scheint diese Intensität des Integrationsprozesses in Europa etwas nachzulassen; vom Standpunkt des neutralen Österreich aus schienen mir gewisse Signale einer europäischen Solidarität - und wären sie noch so bescheiden - wesentlich zu sein.

Lassen Sie mich hier ein Beispiel anführen. Ich persönlich hielte es für vernünftig, einen Europäischen Katastrophenfonds zu gründen. Es wäre ein solcher ein Zeichen der europäischen Solidarität, das von jedem Europäer verstanden werden würde und das einfach zeigen würde, daß das wirtschaftliche und politische Zusammenwachsen dieses Kontinents einfach eine Aufgabe ist, die Europa weiter gestellt ist und

**Dr. Taus**

weiter gestellt bleiben wird. Ein solcher Katastrophenfonds gäbe die Chance, eine gewisse Solidarität im Rahmen Europas zu zeigen.

Ich weiß schon: Da wird es Schwierigkeiten geben, und nicht jedes der Länder, vielleicht auch der Länder im Bereich der EG, würde mitgehen wollen. Ich glaube aber doch, daß es vernünftig wäre, ein solches sichtbares Zeichen einer Verklammerung hier zu setzen.

Wir glauben auch, daß es notwendig sein wird, jenen Weg fortzusetzen, der es Österreich bei voller Aufrechterhaltung seiner Entscheidungs- und Handlungsfreiheit erlaubt, maximal an den europäischen Integrationsbestrebungen teilzunehmen.

Und hier möchte ich einen Satz sagen – mein Kollege Dr. Karasek wird es näher ausführen –: Der Europarat als Ort der Zusammenarbeit der freien Demokratien Europas ist heute leider in seinen Möglichkeiten nicht voll ausgeschöpft. Ich persönlich würde es begrüßen, wenn es Möglichkeiten gäbe, dieses Instrument weiter auszubauen. (*Zwischenrufe des Abg. Dr. Tull.*) Herr Kollege Tull, wenn Sie es lustig finden, können Sie ruhig darüber lachen! Ich finde, es ist interessant, daß Sie eine Frage im Zusammenhang mit dem Europarat als eher lustig finden. Tun Sie das? (*Abg. Dr. Tull: Sie finde ich als Außenpolitischen lustig!*) Herr Kollege, das ist ein Argument, das ich in diesem Niveau von Ihnen erwartet habe! Es überrascht mich nicht. (*Zustimmung bei der ÖVP. – Abg. Blecha: ... was Sie hier präsentieren!*)

Ich möchte noch etwas betonen, da es darüber auch Diskussionen gegeben hat und der Herr Außenminister eine etwas andere Meinung vertreten hat. In diesem Zusammenhang möchte ich besonders darauf hinweisen, daß die Österreichische Volkspartei im grenzüberschreitenden Regionalismus, wie er sich in der Arbeitsgemeinschaft der Alpenländer zeigt, ein völkerverbindendes und ein die europäische Einheit förderndes Mittel sieht. Die diesbezüglichen politischen Initiativen der Bundesländer sollten ungestört von der Zentrale in Wien bleiben, und das möchte ich auch deutlich hier sagen. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Eine Bemerkung sei mir gestattet, weil ich meine, daß wir hier auf keinem sehr guten Weg sind: Das ist die Frage der Entwicklungshilfe, das ist die Frage des Gefalles zwischen dem Norden und dem Süden.

Vielleicht einmal ein Punkt: Ich bedaure es nach wie vor, daß Österreich nicht am Nord-Süd-Dialog teilnimmt und daß es uns nicht gelungen ist, in diese Gruppe der Länder hineinzukommen, die am Nord-Süd-Dialog teilnehmen. Ich bin der Überzeugung, daß es dort keine

spektakulären Erfolge geben wird, ich bin überzeugt davon, daß die Gespräche dort mühsam, langsam, schwerfällig gehen werden. Aber was es dort gibt, das ist eine vernünftige Gesprächsbasis, und ich wundere mich eigentlich, daß es uns nicht gelungen ist, an diesem Dialog teilzunehmen. Ich wundere mich darüber.

Ich weiß, wir haben uns sehr bemüht, aber auf der anderen Seite mußten wir zur Kenntnis nehmen, daß man uns offensichtlich bei diesen Gesprächen nicht haben will. Ich kann mir nicht vorstellen, warum man uns dort nicht haben will, aber es ist eine Tatsache. Und ich finde, hier hätte die Regierung doch etwas mehr Anstrengungen unternehmen sollen.

Sie wissen: Die erste Runde dieses Dialogs ist vorübergegangen. Sie hat keine großen Erfolge gebracht, die Meinungen darüber waren durchaus unterschiedlich. Aber eines ist klar: Es handelt sich dort um eine Basis für permanente Gespräche, und da uns dieses Nord-Süd-Problem noch viele Jahre begleiten wird, wäre es zweckmäßig, wenn auch wir genauso wie die Schweizer und genauso wie die Schweden an diesem Dialog teilnehmen würden.

Gestatten Sie mir, da es zur Außenpolitik dazugehört, auch einige wenige Bemerkungen zu Fragen der Entwicklungshilfe. Ich persönlich glaube nicht, daß wir die Problematik der Entwicklungshilfe richtig angehen. (*Abg. Peter: Der Veselsky ist ja „eh“ ständig dran!*) Ja bitte schön, Herr Kollege, Sie wissen: Gereist wird sehr viel in der Bundesregierung, und es werden sicherlich viele Kollegen feststellen, wie intensiv die Reisetätigkeit ist. (*Zwischenruf bei der SPÖ.*) Nur – Sie wissen auch: Von Regierungsmitgliedern haben Entwicklungsländer, wenn sie von ihnen besucht werden, normalerweise nichts, sondern es geht darum, daß man Leute hinschickt, die ein gewisses Know-how mitbringen.

Ich darf nun einen Punkt hier herausheben. Was mir als wichtig erschiene und was über einen langen Zeitraum hinweg zweckmäßig und notwendig wäre, das ist, daß man hinsichtlich der Frage der Dritten Welt und mit den Bemühungen Österreichs um diese Länder der Dritten Welt einmal im eigenen Land beginnt. Man müßte einfach damit beginnen, daß man für jene Menschen, die bereit sind, in die Dritte Welt zu gehen, für jene Fachleute, die in die Dritte Welt gehen, einmal ausreichende gesetzliche Grundlagen schafft. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Ich stelle mir das grob skizziert so vor: Wir wissen, daß den Ländern der Dritten Welt sicherlich durch den berühmten Ressourcetransfer geholfen werden kann, aber meine

6082

Nationalrat XIV. GP - 63. Sitzung - 1. Juli 1977

**Dr. Taus**

Überlegung ist: Das Wesentlichste, das dort gebraucht wird, ist einfach Know-how, ist einfach das Wissen und Können vieler Fachleute der westlichen Welt. Und wenn wir nun junge Menschen dazu bekommen wollen, einen Teil ihres Berufslebens in dieser Dritten Welt zu verbringen, dann müssen wir ihnen innerstaatlich die Basis dafür schaffen.

Ich würde daher anregen, einmal im Bereich der Sozialversicherung besondere Regelungen für Menschen zu schaffen, die in die Dritte Welt gehen. Ich würde sogar so weit gehen, daß ihnen die Zeiten, die sie dort verbringen, etwas höher angerechnet werden, als die Anrechnung wäre, die sie im Inland bei gleichartiger Tätigkeit bekämen.

Ich würde eine zweite Sache anregen. Ich würde anregen, daß diese Menschen, wenn sie wieder zurückkommen, eine Beschäftigungsgarantie im Lande erhalten.

Ich würde drittens anregen, daß man die Erziehung ihrer Kinder sichert.

Das sind doch einmal die Voraussetzungen dafür, daß sich junge Menschen bereit finden, in die Dritte Welt zu gehen. Wir setzen hier nicht richtig an. Wir bauen vielleicht einmal da eine Schule, und wir gehen einmal dahin mit einer kleinen Hilfe und einmal dorthin mit einer kleinen Hilfe. *(Zwischenruf bei der SPÖ. - Abg. Graf: ... Sondergesetz für Sie!) Wir wissen aber, daß wir Zehntausende von Fachleuten produzieren, die in diesen Bereichen dringend benötigt werden.*

Und hier ist durchaus auch vom österreichischen Standpunkt aus eines festzuhalten, nämlich daß wir uns in diesem Bereich einfach auch Märkte mit sichern. Durch menschliche Beziehungen, die wir hier aufbauen.

Ich glaube, daß wir hier einfach falsch begonnen haben, aber es ist durchaus noch Zeit zu korrigieren, und wir werden sicherlich mit diesen Vorschlägen detailliert an die Öffentlichkeit treten, weil wir meinen, daß es eine zentrale Frage ist, um die es sich hier handelt. Und ich glaube, daß Entwicklungshilfepolitik überhaupt nicht anders aufgebaut werden kann. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich glaube, daß wir in diesem Land nur eine zielführende außenpolitische Linie haben, und zwar eine außenpolitische Linie, die meines Erachtens versuchen muß, soweit wie möglich eine gemeinsame zu sein. Die Österreichische Volkspartei - ich möchte das ganz deutlich sagen - hält nichts davon, in die Außenpolitik Konflikte hineinzutragen. Wir müssen aber vom Minister verlangen, daß er nicht alles dazu tut,

das Vertrauen in diese außenpolitische Tätigkeit zu untergraben. Die Voraussetzungen dafür hat in erster Linie die Regierungspartei zu schaffen. Sie bestehen in der ständigen Diskussion, im ständigen Kontakt, in der ständigen Information und in der Beobachtung der seinerzeit von beiden großen Parteien akzeptierten Grundlagen der österreichischen Außenpolitik.

Hier hat eben der Herr Außenminister eine ganz besondere Verantwortung zu tragen. Wie meine Analyse ergeben hat, sind wir einfach mit vielen seiner Aktivitäten, mit seinem Stil und mit seiner Gestaltung der Außenpolitik nicht einverstanden. Uns liegt daran, am bewährten Weg festzuhalten, uns liegt nicht daran, daß in diesem wichtigen Bereich ständig Porzellan zerschlagen wird.

Neben dem Außenpolitischen Ausschuß des Parlaments wäre auch der neuerrichtete Rat für Auswärtige Angelegenheiten unserer Meinung nach das geeignete Instrument für die erforderliche Koordination und Information auf diesem Sektor. Nur sollte sich der Herr Außenminister dieses Werkzeugs öfter bedienen und nicht darauf warten, daß ununterbrochen die Opposition die Initiative zur Einberufung dieses Außenpolitischen Rates ergreift. So war es ja nicht gedacht. Was wir dort wollen, ist Information, Diskussion, Diskussion über die Linie, aber nicht, daß wir ununterbrochen den Außenpolitischen Rat einberufen müssen, um zu fragen, ob sich an der außenpolitischen Linie etwas geändert hat oder ob es ohnedies noch die alte ist. Ich glaube, das ist nicht der Sinn dieses Rates. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich bin auch gegen jede Zersplitterung, gegen jede Bürokratisierung, gegen zahllose Räte und Kommissionen. Normalerweise kommt bei diesen nicht sehr viel heraus. Ich habe das schon einige Male angeregt: Es schiene mir zweckmäßig zu überlegen, ob nicht eine Art von Nationalem Sicherheitsrat an Stelle der bestehenden Räte dazu geeignet wäre, echte Koordinationsfunktionen in den lebenswichtigen Fragen der Außenpolitik, der Sicherheitspolitik und wahrscheinlich auch der Außenwirtschaftspolitik zu erfüllen. Es könnte ein wirksames Organ des Krisenmanagements sein, woran wir auch oder gerade in Zeiten relativer Ruhe jeweils denken sollten.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Lassen Sie mich zum Ende kommen. Herr Minister, die wenigen Sätze im Außenpolitischen Bericht über die Grundlagen und Voraussetzungen der österreichischen Außenpolitik sind meines Erachtens unklar und widersprüchlich und können uns daher nicht zufriedenstellen.

**Dr. Taus**

Die österreichische Außenpolitik muß berechenbar, stetig, klar und geradlinig sein. Ich persönlich vertrete die Auffassung, daß der Bundeskanzler, die Regierung und besonders Sie, Herr Außenminister, allen Grund haben zu verhindern, daß es eine unruhige, unklare und unstetige Außenpolitik gibt, welche in wichtigen Fragen eben dieser österreichischen Außenpolitik, wie eben bezüglich Südtirol, um dieses Beispiel zu nennen, Verwirrung hervorruft.

Herr Bundesminister! Sorgen Sie dafür, daß es mit dieser Verwirrung aufhört! Sorgen Sie dafür, daß in diesem Land wieder eine klare und ruhige Außenpolitik betrieben wird! Sorgen Sie dafür, daß Sie keine Unruhe in dieses Land hereinbringen beziehungsweise in die Außenpolitik hereinbringen, denn wir sind der Überzeugung, daß eine gemeinsame Außenpolitik nur dann möglich ist, wenn sie vom Vertrauen in die Personen getragen wird! Wir warten noch darauf, daß wir dieses Vertrauen auch in Ihre Person setzen können. (*Anhaltender Beifall bei der ÖVP.*)

**Präsident:** Zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Czernetz.

Abgeordneter **Czernetz** (SPÖ): Hohes Haus! Der Außenpolitische Ausschuß hat den Jahresbericht des Bundesministers für Äußeres sowie die anderen Berichte einstimmig beschlossen. Sehr deutlich war dies aus dem ersten Diskussionsbeitrag des Parteiobmannes Taus nicht zu ersehen; das ist nur den Eingeweihten bekannt. Er hat zwar eine fulminante Oppositionsrede gehalten, aber aus ihr ist die Zustimmung zum Bericht, die im Ausschuß gegeben wurde, nicht ersichtlich geworden. (*Zustimmung bei der SPÖ. - Zwischenruf des Abg. Minkowitsch.*)

Dr. Taus hat davon gesprochen, daß im Bericht der Stehsatz Neutralität immer wieder vorkommt. - Das ist richtig so! (*Abg. Dr. Taus: Positiv, Herr Kollege! Ich bin dafür!*) Ja, aber es gibt dazu gewisse Überlegungen, um ja nicht Mißverständnisse entstehen zu lassen. Dr. Taus sagte: keine auferlegte Neutralität, sondern eine Neutralitätserklärung aus freien Stücken. Ich bin absolut dieser Meinung, nur bitte ich, vielleicht dabei doch etwas Realismus walten zu lassen.

Es war schon sehr früh - 1946 - klar, daß wir die vier Befreier nur loswerden können, wenn wir unsere Neutralität erklären. Das hat damals Bundespräsident Renner festgestellt. Und das ist im Verlauf der Entwicklung immer klarer geworden, besonders 1954 auf der Berliner Konferenz, wo der Vorstoß unternommen wurde: Wir schlagen die Neutralität Österreichs vor! Als Rußland damals nein sagte, war es eine Frage

des Kampfes, daß wir uns neutral erklären können.

Ich möchte dabei eines besonders betonen: Die vier Besatzungsmächte waren nach 1945 mit ihren Truppen nicht in Österreich, um auf die Österreicher aufzupassen, damit sie nicht den Weltfrieden stören. Sie waren in Österreich, an diesem neuralgischen Punkt Europas, dieser Drehscheibe Europas, um aufeinander aufzupassen, um einander gegenseitig die Balance, das Gleichgewicht zu halten. Es war uns klar, daß wir die vier, und zwar alle vier, nur dann loswerden können, wenn wir unsere Neutralität erklären.

Aber damit, Hohes Haus, ist auch ausgedrückt, daß die Neutralität der Preis für die Befreiung von den Besatzungsmächten und für unsere Unabhängigkeit war. Wir haben den Preis gern und freiwillig gezahlt. Wir hätten ja auch anders gekonnt, wenn wir dumm gewesen wären. Nein, das österreichische Volk hat den Preis gerne gezahlt!

Ich möchte noch etwas zu den Feststellungen darüber sagen, wie wir in dem neutralen Österreich zwischen den beiden Blöcken zu Demokratie und Freiheit stehen; so hat es Dr. Taus ausgedrückt. Ich hoffe, daß ich das Hohe Haus nicht langweile, wenn ich darauf aufmerksam mache, daß es mir persönlich ein politisches Bedürfnis war, vor der Unterzeichnung des Staatsvertrages am 15. Mai 1955 im Belvedere, also als die Russen noch da waren, öffentlich über den Rundfunk und in einem Artikel meiner Parteizeitung meinen Standpunkt darzulegen. Das war mir ein persönliches Bedürfnis. Ich darf ein paar Sätze daraus lesen. Der Titel dieses Artikels hieß: „Neutralität - nicht Neutralismus.“ Ich stellte dann jedesmal die beiden Begriffe gegenüber und sagte:

„Neutralität heißt, die Freiheit des eigenen Landes, den Bestand der Demokratie gegen jede äußere Bedrohung verteidigen. Neutralismus heißt, die Freiheit im eigenen Land aus Feigheit aufgeben, die Demokratie verraten.“

Ich schrieb dann weiter: „Wir verpflichten uns im vollen Bewußtsein unserer Verantwortung zur militärischen Neutralität, aber wir lehnen mit aller Entschiedenheit den Neutralismus ab. Wir verpflichten uns zur Fernhaltung von dem militärischen Ringen, das heute in der Welt vor sich geht. Aber wir weigern uns, aus Feigheit politisch blind und stumm zu sein. In der großen geistigen und politischen Auseinandersetzung zwischen Freiheit und Diktatur nehmen wir leidenschaftlich Stellung, wie die Schweizer und die Schweden.“

Ich möchte bemerken: Das war damals in einer kritischen Lage, aber auch im Bewußtsein

6084

Nationalrat XIV. GP - 63. Sitzung - 1. Juli 1977

**Czernetz**

der Verantwortung gesagt. Die Russen haben es schon vorher gewußt, doch sollte es öffentlich gesagt werden. Sie unterschrieben nicht in Unkenntnis, sondern in voller Kenntnis dessen, daß dieses Land die politische Demokratie will und seine Unabhängigkeit dazu nützen wird, diese politische Demokratie im westlichen Sinn, also eine pluralistische, parlamentarische Demokratie, auszubauen. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Österreich ist ein ruhiges und stabiles Gebiet geblieben. Ein paarmal war die Ruhe aber gefährdet. Ich denke dabei an die sowjetische Intervention und Invasion in der Tschechoslowakei 1968 und, vorher noch, an die sowjetische Intervention und Invasion in Ungarn 1956. Jedoch sind wir damals davon freigehalten worden, obwohl wir gerade bei der Intervention in Ungarn den ungeheuren Strom der 200 000 Flüchtlinge aufgenommen haben und es daher ein Problem war, ob wir mit heiler Haut davonkommen würden. Wir haben im Sinne dieser Haltung das Asylrecht gewährt und den Riesen gegenüber unsere Pflicht als ein kleines, freies und demokratisches Land erfüllt.

In seiner Oppositionsrede, die eine Pro-Rede war, hat Dr. Taus gemeint, daß Bundesminister Dr. Pahr ein Elefant im Porzellanladen sei. Ich muß sagen, es ist eigentlich ein kleiner und sanfter Elefant gewesen, der bisher kein Porzellan zerschlagen hat. *(Rufe bei der ÖVP: Genügend!)*

Wir haben im Außenpolitischen Rat über die Frage Südtirol gesprochen. Ich weiß nicht, wozu der Außenpolitische Rat noch da sein sollte, wenn man dort von seiten der Regierung zuerst etwas klarstellt und es dann noch einmal öffentlich aufgerollt wird. Da kann man sich ja den Außenpolitischen Rat ersparen und es gleich in das Plenum des Nationalrates bringen. Bitte, es ist dort eindeutig gesagt worden, wie die Dinge stehen.

Ich darf dazu folgendes erklären: Ich habe von meinem Standpunkt aus das wiederholt, was ich vor eineinhalb Jahren dem italienischen Staatspräsidenten Leone und dem damaligen Außenminister Rumor sehr deutlich gesagt habe: Man muß sich von allen Seiten bemühen, so rasch als möglich zu einer Lösung der Paketfrage zu kommen. Bei der politischen Unsicherheit in Italien kann eine Hinauszögerung die Gefahr mit sich bringen, daß sich die Extremisten da und dort der Sache bemächtigen und daß es dann wieder zu gefährlichen Störungen kommt.

Wenn Dr. Taus sagt, der Herr Außenminister solle in der Sache Südtirol lieber ruhig bleiben, so bin ich nicht ganz sicher, ob es nach der Klarstellung im Außenpolitischen Rat nicht nützlicher gewesen wäre, die Frage hier nicht

noch einmal aufzurollen. *(Zustimmung bei der SPÖ.)*

Zur Slowenen-Frage möchte ich sagen: Die drei Parteien haben jetzt in Übereinstimmung eine gemeinsame Lösung unternommen. Slowenenorganisationen haben gemeint, sie werden diese Lösung beim Verfassungsgerichtshof anfechten und sie werden dann, wenn sie mit ihrer Auffassung nicht durchkommen, zum Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte in Straßburg gehen.

Das ist der richtige Weg, ich wundere mich nur, warum sie diesen Weg nicht schon lange eingeschlagen haben. Österreich wird sich selbstverständlich verpflichten, einen Spruch des Gerichtes zu beachten. Ich habe keine Sorge über diesen Spruch, aber jedenfalls muß man klarstellen: Das ist eine internationale Lösung, die anzunehmen wir als Teilnehmerstaat, als Vertragsstaat der Europäischen Konvention für Menschenrechte selbstverständlich verpflichtet sind.

Nun, Hohes Haus, möchte ich mich dem umfassenden Gesamtbericht zuwenden, der eine außerordentlich interessante Übersicht bringt. Es wird für jeden ein interessantes Studium sein, und ich glaube daher, daß ich meinem Bedürfnis hier entsprechen soll, dem Bundesminister und seinen Mitarbeitern für diese umfassende Arbeit aufrichtig zu danken. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Der Bericht zeigt in vielen Details, daß die österreichische Außenpolitik die Interessen Österreichs in Europa und in der Welt gut vertreten hat. Österreich erfreut sich heute in der Welt weitgehend großer Beliebtheit und genießt große internationale Anerkennung. Ich werde noch sehr konkret darauf zurückkommen. Dabei ist das Bundesministerium für Auswärtige Angelegenheiten durch einen Mangel an finanziellen Mitteln besonders behindert. Wir haben nicht genügend ausländische Vertretungsstellen und haben nicht genügend Beamte, um die Aufgaben voll und ganz erfüllen zu können.

Ich glaube daher, daß wir - zumindest im Namen der Kollegen meiner Fraktion, aber vielleicht auch im Namen jener Parlamentarier, die in internationalen Funktionen tätig sind - dem Bundesminister und den Beamten seines Ministeriums sowie den Diplomaten für die wirklich kollegiale Zusammenarbeit an allen internationalen Orten, ob es der Europarat oder die Vereinten Nationen sind, aufrichtig danken sollen. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Ich möchte aus dem Gesamtkomplex ein paar Fragen herausgreifen. Wir sind natürlich bedrückt durch den Rüstungswettlauf der Supermächte, die Entstehung neuer, außerordentlich

**Czernetz**

gefährlicher Waffensysteme und das ungeheure Ausmaß, das das Wettrüsten angenommen hat.

Das Stockholmer Internationale Friedensforschungsinstitut, abgekürzt SIPRI, hat in dem letzten Jahrbuch, das eben herausgekommen ist, eine sehr deutliche Sprache gesprochen. SIPRI sagt, daß der Rüstungswettlauf der Sowjets und der Amerikaner sowie die Verbreitung der nuklearen Waffen eine ungeheure Gefahr für die Welt, auch die wachsende Gefahr der Wahrscheinlichkeit eines Weltkrieges darstellen. Das geht weiter als bisherige Warnungen, die von dort gekommen sind.

Ich mache nur auf ein paar Zeilen aufmerksam. In Vergleichen wird die Stärke der amerikanischen und der sowjetischen nuklearen Waffen zusammengefaßt, und es zeigt sich, daß SIPRI etwas geringer schätzt und die Amerikaner höher schätzen. Für das Jahr 1977 wird die Anzahl der nuklearen Sprengköpfe, und zwar eingerechnet auch die Mehrfachsprengköpfe der modernen und gefährlichsten Waffen in folgenden Angaben gezeigt: Nach SIPRI-Schätzung besitzen die Amerikaner 7 130, die Russen 3 224. Die Vereinigten Staaten veranschlagen etwas höher: 8 500 gegen 4 000 nukleare Sprengköpfe. Das sind jedenfalls Zahlen, die einen erschauern lassen. In diesen Zahlen kommt die overkill-capacity absolut klar und deutlich zum Ausdruck.

Und dabei hört das Wettrüsten nicht auf, es geht ja weiter. Ich möchte ganz offen sagen: Die Erklärung des amerikanischen Präsidenten Carter, daß er den neuen teuersten Bomber, den B 1, nicht bauen läßt, beruhigt mich zunächst nur wenig. Ich kann das Gefühl nicht loswerden, daß das eine taktische Maßnahme zur Vorbereitung der nächsten SALT-Runde ist. Natürlich kann ich das nicht beweisen, ich darf aber jedenfalls meine Unruhe ausdrücken, und ich glaube, das bedrückt uns alle.

Zur Frage der Gesamtkosten der Rüstungen haben wir die gleichen entsetzlichen Zahlen. In laufenden Preisen ausgedrückt sehen wir für 1976 350 Milliarden Dollar, das sind 5 950 Milliarden österreichische Schilling. Das sind astronomische Zahlen, mit denen wir es hier zu tun haben. Aber es ist nicht nur das, es sind auch die Zahlen der Waffenlieferungen an andere Staaten der Welt beängstigend groß.

Die Amerikaner haben im Jahr 1976 an andere Länder der Welt Waffen im Wert von 3,8 Milliarden Dollar geliefert, das sind 66 Milliarden österreichische Schilling. Und die gesamten Lieferungen von den verschiedensten Ländern haben im vergangenen Jahr 7,3 Milliarden Dollar, das sind 124 Milliarden Schilling, betragen. Das heißt, nicht nur die

Supermächte rüsten auf, sondern es rüsten auch die anderen auf. Amerika und Rußland stehen als Waffenlieferanten an der Spitze, aber es kommen dann Großbritannien, Frankreich, Kanada, China, die Tschechoslowakei, die Bundesrepublik, Italien, und so weiter, dazu. Die anderen beteiligen sich mit kleineren Raten am gleichen Geschäft der Todesfabriken.

Wir können dabei nicht einfach ruhig bleiben. Wir wissen, daß jede Störung des Gleichgewichtes lebensgefährlich wird. Ein amerikanischer Autor hat, wie ich glaube, mit vollem Recht gesagt, es komme jetzt darauf an, daß die gegenseitige Abschreckung der beiden Supermächte ihnen gegenseitig glaubhaft erscheint, sonst könnte es zu einem Unglück nur deshalb kommen, weil der eine oder der andere es für gar nicht so gefährlich hielte, einmal das Losschlagen zu probieren; er würde dann beim Zweitschlag nicht so schwer draufzahlen.

Koexistenz anstelle der Konfrontation bleibt die zwingende Notwendigkeit. SALT 2 ist in außerordentlichen Schwierigkeiten; man sagt uns auf der einen Seite, sie sind technischer Natur. Wir können das nicht beurteilen und wir sind nicht dabei. Man verneint dies auf der anderen Seite und sagt, es handelt sich um eine politische Störung, die durch Präsident Carter mit seiner Menschenrechtskampagne ausgelöst worden ist.

Ich glaube, und ich kann nicht mehr sagen, als daß ich glaube, daß die nationalen Interessen der Supermächte am Ende entscheidend sein werden, ob sie ein SALT 2 abschließen oder nicht. Der Hinweis der Sowjets bei den Gesprächen mit dem amerikanischen Außenminister Vance in Moskau, für sie gelten nur die Vereinbarungen von Wladiwostok, ist keineswegs beruhigend.

Darf ich daran erinnern, daß wir im Jahre 1974 das mündliche Wladiwostok-Abkommen zwischen Breschnjew und Ford mit Beunruhigung kritisiert haben, weil für beide Supermächte ein neuer Plafond festgesetzt wurde, den zu erreichen beide aufrüsten müßten. Die Russen mehr als die Amerikaner, aber beide hätten den Rüstungswettlauf fortzusetzen, damit eine neue Parität erreicht werden könnte.

Der amerikanische Versuch einer Revision von Wladiwostok ist jetzt gescheitert. Wir werden sehen, ob wir heuer noch vor Ablauf von SALT 1 am 3. Oktober oder erst danach zu einem SALT 2 kommen werden, und wir werden sehen, welche Art von Kompromissen zustande kommen wird.

Man hört jetzt von beiden Seiten doch etwas versöhnlichere Töne, und man hört auch, daß die Amerikaner bereit sein werden, der entsetzli-



6086

Nationalrat XIV. GP - 63. Sitzung - 1. Juli 1977

**Czernetz**

chen Sorge, der panischen Angst der Russen vor der neuen Waffe, den Cruise missile, Rechnung zu tragen. Die deutsche Übersetzung ist das Unmöglichste, das ich je gefunden habe, man sagt Marschflugkörper dazu. Die Cruise missile sind offenbar eine V 1 oder etwas Ähnliches, nicht nur mit einem nuklearen Sprengkopf, sondern außerdem mit den modernsten technologischen und elektronischen Einrichtungen versehen, um die Radarkontrollen sehr niedrig zu unterfliegen und sich selbst in der Landschaft nach einem Plan zu orientieren, der in dem Gefechtskopf drinnen ist. Das übersteigt die Auffassungsfähigkeit eines Normalbürgers. (Abg. Graf: *Wir haben keinen Gefechtskopf, das ist es ja!*) Bitte, ob er Ihnen fehlt - ich weiß nicht. (Heiterkeit und Beifall bei der SPÖ.) Lieber Kollege Graf! Ich weiß nicht, ob wir Österreicher glücklich wären, wenn wir solche Gefechtsköpfe hätten. (Abg. Graf: *Er geht mir nicht ab, aber ich habe ihn nicht!*) Mir geht er auch nicht ab! (Abg. Graf: *Na sehen Sie!* - Abg. Dr. Fischer: *Mit Betonung auf Gefecht oder auf Kopf?* - Heiterkeit. - Abg. Graf: *Das überlasse ich Ihnen! Bei Ihnen glaub ich oft eher Gefecht, Herr Doktor!*) Das war jetzt aber sehr gefährlich, daß Sie ihm das überlassen. Da gibt es Auslegungsmöglichkeiten!

Ich möchte jedenfalls zur Sache zurückkommen und sagen: Die Russen haben offenbar eine panische Angst davor, und es könnte amerikanische Zugeständnisse in der Beziehung geben.

Es ist notwendig, daß wir uns selber klar sind über die tieferen Ursachen der Menschenrechtsbewegung, die der amerikanische Präsident Carter ausgelöst hat. Die Erklärung, Jimmy Carter wäre eben ein baptistischer Missionar, reicht mir nicht aus. Ich glaube, diese Haltung von Präsident Carter entspricht einem tiefen Bedürfnis des amerikanischen Volkes nach den Enttäuschungen des Vietnam-Krieges, den Enttäuschungen von Watergate und einem beispiellosen außenpolitischen Opportunismus, der seine Triumphe gefeiert hat.

Dieser Opportunismus ging so weit, daß man bei der Beendigung des scheußlichen Vietnam-Krieges den Amerikanern eingeredet hat, die Ehre werde gewahrt. Dabei war es jedem klar, daß Süd-Vietnam den Nord-Vietnamesen und damit den Kommunisten überantwortet wird. Danach tat man erstaunt, daß das geschehen ist, was vorzusehen war. Das amerikanische Volk hat endlich einmal eine grundsätzlich klarere und aufrichtigere internationale Politik verlangt.

Die große, gewaltige internationale Wirkung der Menschenrechtsbewegung kam durch das Zusammentreffen mit den Helsinki-Schlußakten und - ich betone - besonders mit den im

Grundsatzkatalog festgelegten zehn Grundsätzen oder, wie man jetzt manchmal in Diskussionen hören kann, den neuen zehn Geboten zustande.

Der Punkt 7 mit der Verkündung der Menschenrechte hat sich tatsächlich in der Sowjetunion und im Ostblock explosiv ausgewirkt. Ich glaube nicht, daß der Korb 3 mit der praktischen Anwendung der Menschenrechte diese aufwühlende Wirkung im Ostblock gehabt hat. Daß man nach Jahrzehnten kommunistischer Diktatur einmal in einem Dokument die feierliche Erklärung aller Staatsmänner lesen kann: Wir werden die Menschenrechte allen gewähren!, das hat die Explosion zunächst bei den Intellektuellen bewirkt. Man soll sich aber nicht darüber täuschen, daß erst das Zusammentreffen mit dem Auftritt des Präsidenten Carter die größten Wirkungen ausgelöst hat.

Ich frage nun: Stört die Menschenrechtsbewegung erstens einmal SALT - also Abkommen zur Rüstungsbeschränkung - und zweitens die Entspannung?

Es ist nicht uninteressant, wenn man sich eine Äußerung des sowjetischen Experten Arbatov, der ein besonderer Ratgeber Breschnjews und anderer Führer der Sowjetunion ist, in Erinnerung ruft. Arbatov gehört der Sowjetischen Akademie der Wissenschaften und dem Obersten Sowjet an. Er ist außerdem ein Kandidat für das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei. Der Mann hat also eine gewisse Bedeutung.

Arbatov hat in einem Interview für „U. S. News & World Report“ vom 14. März 1977 auf die Frage: Ist die Menschenrechtsangelegenheit ein ernster Störungsfaktor für die sowjetisch-amerikanischen Beziehungen?, geantwortet: Nicht als solcher. Niemand kann dem amerikanischen Bürger das Recht absprechen, seine Meinung über das zu haben, was in der Sowjetunion vorgeht, so wie niemand dem Sowjetvolk das Recht abstreiten kann, seine Meinung über die Ereignisse in Amerika zu haben. Es kommt dann - sagt er - nur darauf an, daß man Rücksicht auf das Verhältnis der beiden Staaten nimmt und daß man eine gewisse Grenze nicht überschreitet.

Nun, wenn man daran denkt, daß Verhandlungen und Besprechungen weitergehen, dann ist die Grenze offenbar nicht überschritten, aber man scheint nahe an dieser Grenze zu sein.

Es ist vor allem eines passiert, was die Sowjets so schrecklich beunruhigt. Sie haben in der ganzen Zeit der Koexistenz- und Entspannungspolitik den ideologischen Kampf in der schärfsten Weise geführt. Breschnjew hat dabei nicht als hoher Staatsfunktionär - jetzt noch ein höherer, der höchste -, sondern als Generalse-

**Czernetz**

kretär der Kommunistischen Partei der Sowjetunion gesprochen. Man war gewöhnt, daß der Westen dazu verschämt geschwiegen hat. Das hat sich jetzt geändert. Der Westen hat gleichgezogen. Präsident Carter ist – wie es in Amerika üblich ist – der Führer der siegreichen Demokratischen Partei, und der Führer der Demokratischen Partei antwortet dem Führer der Kommunistischen Partei. Ich glaube, das ist gar nicht schlecht.

Aber wir sollen uns keiner Illusion hingeben. Es gibt eine Belastungsprobe für die Kremführung. Rüstungsbeschränkungen und Entspannungspolitik sind dadurch nicht leichter, sondern wesentlich schwerer geworden.

Daß wir inmitten Europas, im Herzen Europas, in Österreich über die dauernde Stagnation der Wiener Truppenreduzierungsgespräche – der Name allein ist ein Hohn – zutiefst empört sind, das muß ich hier nicht besonders ausdrücken. Ich muß sagen, daß dies fast zu einer unerträglichen Provokation wird. Natürlich, der Kleinstaat, der neutrale Staat hat kaum Einfluß auf die Rüstungsbemühungen oder auf die Rüstungsbeschränkungen der Großmächte.

Dr. Taus hat bei seiner Kritik des Berichtes des Außenministers vorhin gemeint: Ja, richtig begrenzte Machtmittel für eine aktive Außenpolitik! Aber wieso dann eine aktive Außenpolitik: Wo und wie? – Bitte, Dr. Taus, Sie kennen es ja: Dort, wo es im Rahmen der Vereinten Nationen oder im Rahmen des Europarates möglich ist. Immerhin haben wir einige Möglichkeiten dazu gehabt und sie auch ausgenützt. Das Recht gerade des kleinen neutralen Staates ist es, gegenüber den Kolossen offen aufzutreten, offen zu reden, zu mahnen und zu fordern.

In diesem Zusammenhang möchte ich gleich ein praktisches Beispiel geben. Daß die letzte Generalversammlung der Vereinten Nationen auf Antrag der Blockfreien eine Sondertagung der UN für Fragen der Abrüstung im Frühjahr 1978 abhalten wird, wird uns nicht plötzlich mit Illusionen erfüllen, doch kommt man immerhin aus einer völligen Stagnation heraus. Die Abrüstungskommission tagt nicht, und die Konferenz der Abrüstungskommission ist blockiert.

Es ist sehr interessant, Hohes Haus, daß der Vorbereitungsausschuß, der gebildet wurde, aus Vertretern von 56 Nationen besteht. Unter den 13 Vertretern westlicher Länder einschließlich der USA ist auch Österreich. Glauben Sie nicht, daß das ein deutliches Beispiel für das besondere internationale Vertrauen zu Österreich ist? Ist das nicht ein deutliches Beispiel für das Ansehen Österreichs in der Welt?

Und es ist sehr interessant, wenn man erfährt,

daß bei den Vorbereitungssitzungen der österreichische Missionschef bei den Vereinten Nationen, Botschafter Jankowitsch, die vollständige Entmilitarisierung des Weltraums verlangt. Bisher sieht der Weltraumvertrag von 1967 nur vor, daß Satelliten nicht mit nuklearen Waffen ausgerüstet werden dürfen. Aber Botschafter Jankowitsch macht darauf aufmerksam, daß ein neues Problem mit den sogenannten Killer-Satelliten auftaucht, mit denen man hofft, Aufklärungssatelliten abzuschießen. Das kann ein wesentliches Element der Destabilisierung sein und bringt neue Gefahren mit sich. Diesbezüglich, glaube ich, können der Vorbereitungsausschuß und schließlich die Sondertagung eingreifen. Also auch ohne Illusionen zu haben, kann man gewisse Möglichkeiten des Eingreifens sehen.

Wir alle sind uns darüber einig, daß man sich bemühen muß, die Politik der Entspannung fortzuführen. Wir haben im Europarat gesagt: Es gibt nur eine Alternative zur Entspannung, das ist der Kalte Krieg. Wir haben ihn schon gehabt, wir haben keine Sehnsucht danach. Ich darf aufmerksam machen, daß im Europarat schon im Jänner dieses Jahres bei der Sitzung des Ministerkomitees des Europarates, bei der Tagung der Parlamentarischen Versammlung und bei einer erweiterten Konferenz des Gemischten Ausschusses – Minister und Abgeordnete – eine weitgehende Übereinstimmung hergestellt wurde. Die Nachfolgekonferenz in Belgrad sollte natürlich die Prüfung der Erfüllung der Schlußakte von Helsinki vornehmen, aber wir sind für ein konstruktives Verhalten. Belgrad soll nicht gesprengt werden, wir wollen dort keine Konfrontation. Aber die Menschenrechte kann man nicht vom Tisch wischen, darüber muß gesprochen werden.

Wenn die Sowjetunion nicht wünscht, daß man von den Menschenrechten redet, ist das eigentlich vielsagend. Sie hat ja erst angedroht, daß sie etwas ganz anderes machen wird, etwas Furchtbares. Sie hat nämlich ein besonderes Team von Filmphotographen der TASS zum Europäischen Gerichtshof nach Straßburg geschickt, um dort Aufnahmen von dem Verlauf des Prozesses Irland gegen Großbritannien in der Frage Nordirland zu machen. Damit wollte sie beweisen: Da habt ihr es, wie die Menschenrechte vom Westen, von Großbritannien, verletzt werden!

Wir können stolz darauf sein, daß der irische Außenminister Fitzgerald sehr deutlich gesagt hat: Wo gibt es denn einen solchen Menschenrechtsgerichtshof im Osten, wo hat man denn dort Verletzungen der Menschenrechte vor einem Gericht verhandeln können? Und als ich vor ein paar Monaten in Dublin von Journalisten

6088

Nationalrat XIV. GP - 63. Sitzung - 1. Juli 1977

**Czernetz**

gefragt wurde, was ich dazu sage, habe ich mich natürlich nicht in den laufenden Prozeß, in das schwebende Verfahren, eingemischt, aber erklärt: Das ist ein Modell, wie Streitfälle zwischen zivilisierten und demokratischen Staaten behandelt werden sollen: vor Gericht und nicht durch eine Konfrontation der Waffen. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Bei der Vorkonferenz von Belgrad - der Herr Bundesminister hat gestern in der Fragestunde darüber gesprochen - ist Österreich mit anderen neutralen Staaten sehr aktiv. Die Sowjetunion hat sich außerordentlich schwierig gezeigt, aber ich glaube, daß sie am Ende auch nicht ein Aufliegen von Belgrad riskieren wird. Sie wird am Ende, so hoffe ich, einer gemeinsamen Lösung über die Abwicklung der Tagesordnung zustimmen können.

Die Entspannung ist ständig bedroht: auf der einen Seite durch den Rüstungswettlauf - das Wettrüsten schafft Spannung - und auf der anderen Seite durch die kommunistische Expansionspolitik, die immer wieder neue Spannung auflädt.

Der französische Staatspräsident Giscard d'Estaing hat vor eineinhalb Jahren bei einem Besuch in der Sowjetunion die Frage aufgerollt, ob man nicht auch eine ideologische Entspannung anstreben solle. Er ist auf den empörten und harten Widerstand der kommunistischen Führer gestoßen, das käme überhaupt nicht in Frage. Die Kommunisten sagen: Auch bei Koexistenz - friedlicher Koexistenz - keine ideologische Koexistenz und auch bei Entspannung keine ideologische Entspannung, sondern verschärfter ideologischer Kampf!

Bundeskanzler Kreisky hat vor kurzem gemeint, es könne keine ideologischen Kompromisse geben, und dem stimme ich voll zu.

Aber ich habe nun etwas Eigenartiges entdeckt. Der Direktor des polnischen Instituts für internationale Angelegenheiten in Warschau, Herr Marian Dobrosielski, hat bei einer internationalen Diskussion im Oktober des vergangenen Jahres im Haus Rissen in Hamburg - es waren 13 Nationen vertreten, Ost und West, auch die Sowjetunion - eine Reihe von Erklärungen abgegeben, und ich hoffe, der Herr Präsident wird gestatten, daß ich sie hier verlese, denn sie sind irgendwie sensationell. Ich habe das von Kommunisten bisher noch nicht gehört.

Dobrosielski sagte: „Wenn Sie mich fragen, was heißt friedliche Koexistenz, so würde ich sagen, das sind die Prinzipien in der Schlußakte. Ich glaube, daß die Europäische Konferenz Formen geschaffen hat, wonach unser Kontinent gemäß den Veränderungen, die in der Welt vor sich gehen, sich diesen Veränderungen anpas-

sen kann, die Gewalt aus den Beziehungen zwischen den Staaten eliminieren kann und soll. Ich will noch kurz auf die Frage der Begegnung zu sprechen kommen und vor allem auf die Frage der Ideologie.“

„Niemand kann“ - wie Dobrosielski sagt - „niemand kann mit Verantwortung sagen, daß er den ideologischen Kampf von heute auf morgen einstellen wird. Niemand kann den Klassenkampf einstellen.“

„Ich glaube, das sollte als ein Wort der Ehrlichkeit und der Aufrichtigkeit aufgenommen werden. So geht es auch auf dem Gebiet der Ideologie mit dem Kampf weiter. Ich muß sagen, daß mir das Wort Kampf nicht besonders gefällt. Ich würde von einer Auseinandersetzung der verschiedenen Ideologien sprechen. Für mich ist das ein notwendiger Bestandteil des Fortschrittes. Wenn der Westen glaubt, daß seine Ideologie die bessere ist, woher die Angst, warum will man sich ideologisch nicht auseinandersetzen? Eine redliche konkrete Auseinandersetzung auf diesem Gebiet, nicht der Versuch, dem anderen seine Ideologie aufzuzwingen, sondern auch zu diskutieren, kann nur zu einem besseren Verständnis führen. Es geht den meisten von uns“ - sagt Dobrosielski - „nicht darum, einen messianischen Krieg zu führen oder eine Kampagne, um Leute überall in der Welt zu Kommunisten zu machen. Es geht darum, das Recht zu haben, gleiche Ansprüche zu haben wie für andere Ideologien, und die Menschen sollen selbst wählen, was sie meinen und glauben wollen. Für mich ist die ideologische Komponente eine absolut notwendige Komponente des Menschseins.“

Ich bin überrascht. Ausgezeichnet! Ich frage jetzt nur eines: Wenn Dobrosielski mit Recht sagt, die Koexistenz und die Vereinbarungen auch von Helsinki bedeuten die Eliminierung der Waffengewalt aus der Auseinandersetzung der Staaten, warum nicht auch die Eliminierung dieses Kampfelements mit Waffen aus der Auseinandersetzung der Parteien und Ideologien? Was heißt denn politische Demokratie? Das bedeutet ja nicht eine Beseitigung des Ringens der Interessengruppen. Es bedeutet auch nicht das Aufheben der Ideologien und Meinungen, die miteinander ringen - nach den Regeln der Demokratie ohne die Anwendung von Gewalt. Das heißt, wir haben in den Demokratien eine ideologische Koexistenz. Wir leben miteinander, wir ringen miteinander, ohne den Versuch zu machen, einander umzubringen.

Nur in den kommunistisch beherrschten Ländern gibt es keine ideologische Koexistenz, sondern das ideologische Monopol der kommunistischen Partei. Darum kann man nicht einmal

**Czernetz**

davon reden. Darum muß man darüber schweigen. Aber wenn Dobrosielski so weit geht – und man geht offenbar in Polen so weit –, dann müssen wir dringend fragen, wo der nächste Schritt ist. Die Schwierigkeit kommt von manchen anderen kommunistischen Parteien, und ich möchte hier besonders die sogenannte SED in der sogenannten Deutschen Demokratischen Republik nennen, die in einer Publikation erklärte – ich zitiere wörtlich –:

„Wer den Klassenkampf anerkennt, der kann nicht umhin, auch Bürgerkriege anzuerkennen, die in jeder Klassengesellschaft eine natürliche, unter gewissen Umständen unvermeidliche Weiterführung, Entwicklung und Verschärfung des Klassenkampfes darstellen.“

Die feierliche Preisgabe der Losung Diktatur des Proletariats bei den Eurokommunisten hat viel weniger Bedeutung als dieses Bekenntnis zum Bürgerkrieg, das erst vor wenigen Jahren in der DDR erschienen und in keiner Weise revidiert worden ist.

Wir müssen die Frage sehr klar und sehr deutlich aufrollen, und wir haben gar keinen Grund, den Auseinandersetzungen auszuweichen, wie Dobrosielski meint. Im Gegenteil, wir verlangen sie! Nur wird es keine Auseinandersetzung geben, wenn sie unter dem Druck und der Drohung von Maschinenpistolen steht, es muß eine freie Auseinandersetzung sein. (*Abg. Dr. Gruber: Gibt es die freie Auseinandersetzung auch in den kommunistischen Ländern?*) Wir wissen sehr genau, wie begrenzt das ist. Aber ich glaube, der Herr Kollege Karasek hat so wie ich Gelegenheit gehabt, in diesem Institut in Warschau sehr offen und freimütig zu reden. Das sind freilich Einzelfälle (*Abg. Dr. Gruber: Eben!*), das wissen wir sehr genau. Wir würden kaum die Gelegenheit gehabt haben, in einem Industriebetrieb in dieser Weise zu reden, da habe ich gar keine Illusionen. Das ist ganz klar.

Wo man die Gelegenheit hat, soll man sie packen und soll man herausfordern, so wie Dobrosielski das sagt, so wie ich ihn auch herausfordere: er soll konsequent sein.

Hohes Haus! Auch stehen die drei Berichte der österreichischen Delegation zur Parlamentarischen Versammlung zur Beratung; ganz wenig dazu.

Wir haben heute einen merkwürdigen historischen Tag: Heute ist eigentlich der Beginn der großen europäischen Freihandelszone mit den Europäischen Gemeinschaften als festem Kern, wie wir es 1958 verlangt haben. Damals hat man uns feierlich erklärt, daß eine große Freihandelszone unmöglich wäre; das könne nicht sein. Aber manchmal kann genau das sein, was nicht sein kann, es ist da.

Ich glaube nicht, Kollege Peter, daß der EFTA-Gipfel ein EFTA-Begräbnis war. Die EFTA muß ja weitergehen. Nur wenn sie weitergeht, können die EFTA-Staaten untereinander den zollfreien Handel aufrechterhalten. Die EFTA-Staaten haben in Freihandelsverträgen, wenn Sie wollen, auch Assoziationsverträgen, die jeder einzelne mit der Europäischen Gemeinschaft abgeschlossen hat, diese große europäische Freihandelszone zustande gebracht. Die EFTA ist also ein ergänzender Faktor, und man soll die komplizierte Struktur dieses Gebildes nicht übersehen.

Die Integration, die Einheit Europas, ist gegenwärtig in einer kritischen Phase. Wir haben schon voriges Jahr bei der Budgetdebatte über den Tindemans-Bericht gesprochen, ich möchte nichts darüber wiederholen.

Ich möchte nur sagen: Nun blickt alles gebannt auf das nächste Jahr und die Direktwahlen des Europäischen Parlaments. Wir alle wissen, wieviel Ungewißheiten, wieviel Probleme, wieviel Zweifel es da gibt. Es gibt leider nur eines, was nicht im Zweifel ist: Wenn die Wahlen im Frühjahr des nächsten Jahres oder etwas später als direkte Volkswahlen stattfinden werden, dann wird das direkt gewählte Europäische Parlament keine gesetzgeberischen Vollmachten haben. Das steht leider fest. Man hofft, daß es sie sich mit dem Gewicht der vom Volk Gewählten dann erobern wird. Das gehört mit zu den Ungewißheiten; wir werden sehen, was die Zukunft bringt.

Man spricht überhaupt nicht von der Europäischen Union, die schon 1980 bestehen sollte, die Währungsunion ist in weiter Ferne. Es gibt keine gemeinsame Verteidigungspolitik, und es gibt nur Episoden einer gemeinsamen Außenpolitik; über eine werde ich nachher eine Bemerkung machen.

Mit Sorge prüft man in den EG die wirtschaftlichen und institutionellen Folgen einer Erweiterung der Gemeinschaft um Griechenland, Portugal, Spanien; man hat davor Angst. Man sagt, es gibt keine Möglichkeit, demokratische Staaten Europas, die zur EG wollen, zurückzuweisen; aber man hat Angst davor, die Einbeziehung durchzuführen.

Wir haben das größte Interesse an einer erfolgreichen Entwicklung der EG, nicht nur weil wir vertraglich gebunden sind, sondern weil ein schwerer Rückschlag uns mittreffen und mitreißen würde. Aber das heißt nicht, daß wir uns Illusionen machen sollen.

Man fragt uns manchmal: Welche Folgen wird die Direktwahl des Europäischen Parlaments auf den Europarat haben? Ich meine, man wird diese Entwicklung ohne Nervosität abwarten müssen,

6090

Nationalrat XIV. GP - 63. Sitzung - 1. Juli 1977

**Czernetz**

denn wir wissen ja nicht, wie die Entwicklung ausschauen wird. Die Autorität des direkt gewählten Europäischen Parlaments wird zum Beispiel von der Wahlbeteiligung abhängen, über die niemand etwas aussagen kann, wovor aber alle Angst haben. Das sind Probleme, die vor uns stehen.

Eines müssen wir jedenfalls sagen: Der Europarat kann nicht ersetzt werden, er zeigt eine wachsende Anziehungskraft auf Demokratien. Das hat 1974 mit der Rückkehr Griechenlands begonnen, dann kam der Prozeß der Demokratisierung Portugals und jetzt der Prozeß der Demokratisierung Spaniens, die bisher überraschend glücklich verlaufen ist.

Wir werden in wenigen Tagen in Antwerpen im Rahmen einer Reihe von Europaratskommissionen auch eine Sitzung des Ständigen Ausschusses haben, und wir werden dort - das kann ich voraussagen, ich kann das wirklich riskieren - eine Einladung an das neugewählte spanische Parlament richten, aus den ersten seit 40 Jahren direkt vom Volk gewählten spanischen Parlamentariern eine Beobachterdelegation zu bilden und zur Oktobertagung des Europarates nach Straßburg zu entsenden.

Nach der Herstellung einer demokratischen Verfassung steht für Spanien der Weg in den Europarat offen. Die Tore sind weit offen, ich glaube, sie sind beim Ministerkomitee genauso offen wie bei der Versammlung.

Am Rand muß ich doch eine Bemerkung machen. Zwischen Österreich und der Schweiz gibt es einen kleinen unabhängigen Staat - Liechtenstein; gestern haben wir einen Vertrag mit Liechtenstein geschlossen. Es ist ein sehr kleiner Staat. Aber man nimmt ja heute in die Vereinten Nationen Staaten als selbständige Mitglieder auf, die auch nicht viel größer sind.

Liechtenstein hat jetzt den Status eines Beobachters im Europarat, möchte aber Vollmitglied werden. Der eidgenössische Bundesrat, also die Regierung der Schweiz, und die österreichische Bundesregierung sind dafür. Wir haben mit vielen Parlamentariern in der Versammlung darüber gesprochen, und allgemein herrscht die Einstellung: Warum eigentlich nicht? Es hat an Helsinki teilgenommen, warum soll man es im Europarat nicht Vollmitglied sein lassen?

Nun bekommen wir die merkwürdige Nachricht, daß sich die ständigen Vertreter der Neun geeinigt haben, im Ministerkomitee des Europarates nein zu sagen. Nicht alle mit der gleichen Leidenschaft: Die Vertreter der Bundesrepublik Deutschland bemühen sich, die anderen noch umzustimmen.

Ich muß sagen, es ist ein schlechter Scherz. Über die Währungsunion kann man sich nicht einigen, aber zu Liechtenstein nein sagen, darüber kann man sich einigen. (*Abg. Dr. Gruber: Es ist leichter!*) Es ist leichter, es kostet weniger. Aber es ist wirklich keine sehr ermutigende Haltung, und wir hoffen nur, daß unsere Freunde in der Bundesrepublik und andere imstande sind, diese Lächerlichkeit zu beseitigen.

Liechtenstein will auch den Vereinten Nationen beitreten. Seine Regierung wird wahrscheinlich weniger Schwierigkeiten haben als der Schweizer Bundesrat, der es grundsätzlich beschlossen hat, aber erst eine Aufklärungskampagne machen muß, bevor er es wagen kann, darüber ein Referendum durchzuführen, das möglicherweise zu einer Ablehnung durch die Wähler führen wird.

Der Europarat ist und bleibt ein lebendiges parlamentarisches Forum. In der Oktobersession wird der OECD-Bericht vom Generalsekretär van Lennep persönlich vorgelegt werden. Wir haben jetzt schon Parlamentarier aus den überseeischen OECD-Ländern eingeladen, Parlamentarier aus den Vereinigten Staaten, Kanada, Japan, Australien und Neuseeland. Wir erwarten, daß aus allen diesen Ländern Delegationen kommen werden, um mit uns die Probleme der OECD zu diskutieren.

Es ist eine Merkwürdigkeit unserer Zeit, daß Straßburg der einzige Ort ist, an dem die parlamentarischen Demokratien der Welt die gemeinsamen Probleme in einer parlamentarischen Körperschaft diskutieren können: im Europarat.

Und die Zukunft des Vereinten Europas? In London ist der Europäische Rat - das ist die Spitzenkörperschaft, die Präsident Giscard d'Estaing erfunden hat und die dreimal im Jahr zusammentritt - auseinandergegangen, ohne ein Schlußkommuniqué herauszugeben. Doch ist es sehr interessant, was Präsident Giscard d'Estaing über den Beschluß der Direktwahl in Frankreich erklärt hat. Es gab keinen formalen Beschluß in der Kammer, das konnte man umgehen, aber die Tatsache besteht, daß sich Frankreich auf die Direktwahl festgelegt hat. Präsident Giscard d'Estaing hat dazu - ich habe es nach der Radiomeldung im Ohr behalten - gesagt: Nur eine europäische Konföderation wird die Einheit Europas mit der Erhaltung der nationalen Substanz verbinden können.

Das steht freilich nicht im Vertrag von Rom. Doch Staatspräsident Giscard d'Estaing bemüht sich sehr stark, diese konföderative Note zu betonen. Ich muß sagen, dies entspricht eigentlich unserer Europapolitik.

**Czernetz**

Wenn man sich vorstellt, daß das Vereinte Europa in Zukunft nicht immer nur Westeuropa sein wird – ich möchte das jetzt sehr vorsichtig sagen –, daß einmal in fünf, zehn, zwanzig, dreißig, fünfzig Jahren auch andere Völker Europas die Möglichkeit haben könnten, sich freier zu bewegen, dann werden sie sich die Souveränität nehmen, die ihnen heute verweigert wird. Aber sie werden sie nicht auf eine neue supranationale Behörde übertragen, sondern sie werden den Weg suchen, der zu einer europäischen Konföderation freier Völker führt. Und ich glaube, hier liegt auch in Zukunft eine große geschichtliche Aufgabe für den Europarat. *(Allgemeiner Beifall.)*

**Präsident:** Zum Wort kommt der Herr Abgeordnete Peter.

Abgeordneter **Peter** (FPÖ): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die freiheitlichen Abgeordneten werden dem Außenpolitischen Bericht des Bundesministeriums für Auswärtige Angelegenheiten über das Jahr 1976 zustimmen. Das bedeutet, daß wir zu diesem Bericht im überwiegenden Teil eine positive Einstellung haben, schließt aber andererseits ganz und gar nicht aus, daß aus der Sicht freiheitlicher Abgeordneter auch kritische Anmerkungen notwendig sind.

Bevor ich mich mit dem Bericht auseinandersetze, möchte ich auf einige Ausführungen des Herrn Bundesparteiobmanns Dr. Taus eingehen. Er behandelte zuerst die Feststellung im Bericht, daß eine gute Außen-, Verteidigungs- und Außenwirtschaftspolitik auch eine entscheidende Voraussetzung für eine taugliche Sicherheitspolitik ist. Dem ist beizupflichten.

Bei der Abhandlung dieses Themas hat sich dann Herr Dr. Taus sehr kritisch mit der Außenwirtschaftspolitik in Richtung der sozialistischen Alleinregierung auseinandergesetzt. Hier folge ich ihm im grundsätzlichen, aber nicht in allem, weil wir eine Struktur in Österreich haben, die einfach darauf ausgerichtet ist, daß Außenwirtschaftspolitik nicht allein von der Bundesregierung, sondern in einem sehr hohen Maß auch von der Bundeswirtschaftskammer betrieben wird.

Wenn der Bundesparteiobmann der Österreichischen Volkspartei die Außenwirtschaftspolitik vor allem vom Standpunkt der Zahlungsbilanz her einer sachlich berechtigten und harten Kritik unterzieht, dann muß man das aus einer umfassenden und ganzheitlichen Sicht tun, bei der man einfach die Bundeswirtschaftskammer und ihre Kompetenzen im Bereich der Außenwirtschaft nicht ausklammern kann. Ich will mich im einzelnen damit heute nicht ausein-

dersetzen, komme aber nicht umhin, diese grundsätzliche Feststellung aus freiheitlicher Sicht zu treffen.

Daß der Bundeswirtschaftskammer am Ende der siebziger Jahre im Bereich der Außenwirtschaft so viel Kompetenzen und Macht eigen sind, ist ja letzten Endes auf die Weitsicht von Ing. Julius Raab zurückzuführen, der bei Einrichtung der Zweiten Republik und bei der Wiedererrichtung demokratischer Strukturen aus der Ersten Republik heraus darauf Bedacht genommen hat, die Außenwirtschaftspolitik aus der Bundesregierung auszuklammern und in die Kompetenzen der Bundeswirtschaftskammer zu verlagern.

Da dies nun einmal so ist, denken wir Freiheitlichen nicht daran, die Bundeswirtschaftskammer aus dieser Verantwortung zu entlassen. Das ist nur eine Feststellung und keine Kritik. Diese Feststellung ist deswegen notwendig geworden, weil Herr Dr. Taus die grundsätzliche Kritik an die Adresse der österreichischen Außenwirtschaftspolitik allein gerichtet hat.

Ich gehe zuerst auf den Rat für Auswärtige Angelegenheiten ein. Die Idee dazu geht auf den freiheitlichen Abgeordneten Dr. Scrinzi zurück. Wir danken beiden anderen Parteien und Fraktionen des Hauses, daß es zur Realisierung dieser Idee und zur Errichtung dieses Rates für Auswärtige Angelegenheiten gekommen ist. Ohne Mitwirkung der beiden anderen Parteien hätte diese Idee nie zum Beschluß erhoben werden können.

Ich pflichte Herrn Abgeordneten Czernetz bei, daß man im Rat für Auswärtige Angelegenheiten Debattiertes und Gesagtes hier nicht unbedingt wiederholen soll und auch nicht unbedingt wiederholen muß. Ich habe aus der Sicht meiner Fraktion die damals offenen Probleme, die vom Besuch des Herrn Außenministers in Madrid, über seinen Besuch in Bern bis zu seinem späteren Besuch in Rom und dem parlamentarischen Nachtusch gereicht haben, im Rat für außenpolitische Angelegenheiten behandelt und möchte daher auf diese Thematik nicht mehr eingehen. Es hat meines Erachtens keinen Sinn, daß man immer wieder das gleiche wiederholt und ein und dieselbe Sache aufkocht.

Ich möchte nun die außenpolitische Landschaft der Republik Österreich mit einem bewußt überspitzten Vergleich charakterisieren, mit dem Ziel, den Kern herauszuarbeiten. Der derzeit sich mir darbietende Kern dieser Außenpolitik ist, daß sie eigentlich in den letzten Jahren noch nie so dissonant gewesen ist, so inhomogen, wie sie sich im letzten Jahr dargeboten hat. Der Übergang vollzog sich

6092

Nationalrat XIV. GP - 63. Sitzung - 1. Juli 1977

**Peter**

meiner Meinung nach in der zweiten Hälfte des Jahres 1976, und was ich hier für das Jahr 1977 feststelle, reicht teilweise in das Vorjahr hinein. Ich war immer angetan, daß unsere Außenpolitik so etwas wie ein geschlossenes Ganzes darstellte. Nun aber kommt man zu dem Eindruck, daß mehr und mehr einzelne Komponenten zutage treten und die Geschlossenheit unserer Außenpolitik mehr und mehr verblaßt.

Ich sehe die Situation derzeit etwas überspitzt dargestellt so:

Die Initiativen der österreichischen Außenpolitik in Richtung Brüssel drohen sich immer mehr darauf zu beschränken, daß der österreichische Botschafter bei den Europäischen Gemeinschaften schwerpunktmäßig bemüht ist, einige österreichische Käsesorten im Bereich der Europäischen Gemeinschaft unterzubringen. Das klingt böse, ist aber dem Grunde nach nicht böse gemeint, entspricht aber hinsichtlich dessen, was wir erreicht haben, den Realitäten und ist nicht wegzudiskutieren.

Bundesparteiobmann Dr. Taus hat die Politik im Bereich der Entwicklungshilfe angeschnitten. Wenn ich mir auf der einen Seite vergegenwärtige, was österreichische Entwicklungshelfer in aller Welt, darunter besonders in Äthiopien, leisten, muß ich sagen, ist das überaus eindrucksvoll, und man sollte das von diesem Platz aus im Nationalrat auch einmal einer gebührenden Würdigung unterziehen. Wer einmal im Lepra-Zentrum in Addis Abeba gewesen ist und dort unsere österreichischen Entwicklungshelfer im Dienste kranker Menschen wirken sah, kann ihnen nur mit allergrößter Hochachtung begegnen. Mit keiner Hochachtung begegne ich aber auf der anderen Seite jener Politik, welche die derzeitige Regierung auf dem Gebiet der Entwicklungshilfe betreibt. Und jene Aktivitäten, die hier Herr Staatssekretär Dr. Veselsky gesetzt hat, sind für mich nicht überzeugend.

Der derzeitige österreichische UNO-Botschafter betreibt sein Hobby bei den Vereinten Nationen sehr intensiv und erweckt zumindest bei mir den Eindruck, als bestünde multilaterale Politik in New York schwerpunktmäßig aus schwarzafrikanischen Problemen. Der Herr Bundeskanzler wieder pflegt die außenpolitischen Blumen im Nahen Osten. Der Herr Präsident Czernetz hingegen versucht nach Kräften mit seinem österreichischen Team die Aktivposition in Straßburg zu halten, und überrascht bin ich, daß der Herr Außenminister eine seiner dringendsten Aufgaben am Beginn seiner Amtsführung darin sieht, sein Haus einer Reform zu unterziehen, wobei sich bis jetzt für mich abzeichnet, daß die Reform schwerpunktmäßig im Auflösen von Sektionen besteht.

Herr Kollege Dr. Karasek, was Sie seinerzeit auf dem Gebiet der Auslandskulturpolitik im Bundesministerium für Unterricht aufgebaut haben, was ich dort sehr geschätzt habe, weil viel erreicht wurde, was dann vom Bundesministerium für Unterricht ins Bundesministerium für Auswärtige Angelegenheiten verlagert wurde und was dort heute an Restbeständen vorhanden ist, das soll nun aufgelöst und in eine andere Sektion eingegliedert werden. Der Stellenwert der Auslandskulturpolitik Österreichs wird im Rahmen dieser Reform in der Auflösung der Auslandskultursektion bestehen. *(Präsident Minkowitsch übernimmt den Vorsitz.)*

Für mich gibt es derzeit zu meinem allergrößten Bedauern in der österreichischen Außenpolitik wenig Überzeugendes. Ich wünsche im Interesse unserer Republik und im Interesse des weltweiten Ansehens Österreichs, daß der Bericht des Bundesministeriums für Auswärtige Angelegenheiten für das Jahr 1977 in seiner Qualität und in seinem Gehalt nicht schlechter sein möge als der heute zur Diskussion stehende des Jahres 1976.

Sicher, meine Damen und Herren, in der Politik steckt an und für sich ein großes Maß Vergeblichkeit. Und dieses Maß an Vergeblichkeit erreicht höchsten Ausdruck in der Außenpolitik und ist derzeit sehr wohl in Blickrichtung auf die internationale Politik berechtigt. Soweit es um die weltweiten Aspekte der multilateralen Politik geht, spiegelt sich diese Vergeblichkeit in der Arbeit der Vereinten Nationen manchmal kraß wider.

Was zeigt dieser Spiegel der Vereinten Nationen? Ein bestürzend großer Teil der internationalen Aktivitäten erschöpft sich in New York in der Fortschreibung ungelöster Probleme. An dieser betrüblichen Realität, Herr Bundesminister, kann man bei der Debatte eines Berichtes über außenpolitische Angelegenheiten nicht vorübergehen. Die Ergebnisse der UNO-Generalversammlungen in den letzten Jahren sind unbefriedigend. Die Delegationen kommen und gehen. In den Krisenherden werden die Probleme nicht gelöst. Die Friedensbedrohungen – Herr Abgeordneter Czernetz hat es zum Ausdruck gebracht – bleiben. In der Frage der Abrüstung gibt es keine Fortschritte.

Die Palästinafrage und die Probleme des Nahen Ostens sind ungelöst. Südafrika tritt immer mehr in den Bereich der Verurteilung, und im Nord-Süd-Dialog sind keine Fortschritte erzielt worden. Die Ergebnisse weltweiter multilateraler Zusammenarbeit sind recht deprimierend.

Dennoch, meine Damen und Herren, ist es notwendig, in der Frage der Außenpolitik ein

**Peter**

realistischer Optimist zu bleiben, auch wenn man die Qualität der multilateralen Zusammenarbeit nicht immer so vorfindet, wie man's gerne hätte. Das ist kein Vorwurf, sondern lediglich eine nüchterne Feststellung.

So wenig es Anlaß zum Optimismus gibt, werden wir auf der Grundlage eines nüchternen Realismus mit den bescheidenen Kräften unserer Republik versuchen, in den internationalen Organisationen unsere Aufgaben und Funktionen in der Zukunft so erfolgreich zu erfüllen, wie dies auch in der Vergangenheit möglich war.

Unsere Abgeordneten, die in Straßburg tätig sind, können von diesem Platz aus sozusagen als Befangene ihre Arbeit nicht in das gebührende Licht rücken. Ich glaube, man sollte dies einmal tun. Man sollte aus der Sicht des Nationalrates dem Präsidenten Czernetz und seinem Team einmal Danke schön sagen für die Arbeit, die sie für Österreich in Straßburg geleistet haben und leisten. (*Allgemeiner Beifall.*)

Ich möchte diesen Dank ganz bewußt an einer Nahtstelle der europäischen Entwicklung aussprechen. Sie, Herr Präsident Czernetz, sind auf die Direktwahlen zum Europäischen Parlament eingegangen, die wahrscheinlich oder vielleicht doch im nächsten Jahr unter großen Mühen stattfinden werden. Diese Zäsur sollte uns Anlaß sein, einmal über die Problematik Straßburg einerseits und Brüssel andererseits intensiver nachzudenken, als das in den gemeinsamen Gesprächen zwischen der Bundesregierung sowie dem Außenminister und der freiheitlichen Fraktion bisher der Fall war. Aus der Sicht der ÖVP kann und will ich diese Frage nicht beurteilen. Ich bin der Meinung, daß man heute schon prüfen und darüber nachdenken müßte, worauf wir uns einzustellen haben, ungeachtet, wie dann die Entwicklung in Brüssel im nächsten Jahr ablaufen wird und ob sie so ablaufen wird, wie sie sich jetzt abzeichnet. Ich meine, daß Überlegungen dieser Art nicht früh genug angestellt werden können.

In einem pflichte ich, Herr Bundesminister, dem Abgeordneten Dr. Taus noch bei. Sie sollten nicht immer warten, bis eine der beiden Oppositionsparteien die Einberufung des Rates für Auswärtige Angelegenheiten verlangt, sondern Sie sollten zeitgerecht von Ihrer Ressortführung her diese Einberufung dann erwirken, wenn sie Ihnen zweckmäßig und notwendig erscheint.

Aus meiner Sicht gibt es Probleme, die frei von Hast und Hektik schon jetzt erörtert werden könnten, und genau diesem Zweck ist ja der Rat für Auswärtige Angelegenheiten zugeordnet. Rechtzeitig mit den Oppositionsparteien darüber reden verhindert, daß wir zum gegebenen

Zeitpunkt im Nationalrat wieder eine harte Konfrontation vornehmen müssen.

Mich interessiert weiter, welche Möglichkeiten sieht die österreichische Außenpolitik für unsere Position zum gegebenen Zeitpunkt in Brüssel, nämlich dann, wenn die Direktwahlen zum Europäischen Parlament stattgefunden haben sollten? Ich pflichte all den Einschränkungen bei, die der Herr Abgeordnete Czernetz gemacht hat, gerade wie dürftig etwa die Wahlbeteiligung in den einzelnen Ländern sein könnte.

Welche Position, welchen Status kann ein neutraler Staat in einer solchen Situation annehmen? Wie soll eine Observer-Position aussehen, und was müßte der Außenminister unternehmen, um diese zum gegebenen Zeitpunkt auch für Österreich sicherzustellen? Ein Erfahrungswert aus liberaler Sicht lautet: Immer, wenn man im Rahmen von befreundeten und ähnlich gesinnten Parteien auf europäischer Ebene miteinander redet, stehen Probleme im Vordergrund, die sich mit den Sorgen des Europa der Neun beschäftigen! Dann wird so diskutiert und argumentiert, als gäbe es die Neutralen in Europa überhaupt nicht. Österreichs Aufgabe ist es eben, den Neutralen in Europa den gebührenden Stellenwert zuzuordnen, wobei wir wieder zur Kenntnis nehmen müssen, daß die Position der Neutralen untereinander wieder grundlegend verschieden ist und jeder wiederum mit seinen eigenen Problemen beschäftigt ist. Sicher liegen noch keine Versäumnisse vor, aber man kann die Gespräche in diese Richtung nicht früh genug zwischen allen Beteiligten aufnehmen.

Noch eines möchte ich klar aussprechen, Herr Abgeordneter Czernetz: Man kann in der weiteren Entwicklung nicht mehr so wie bisher Außenpolitik schwerpunktmäßig, beinahe hätte ich gesagt: allein dem Außenminister, seinen Diplomaten und Beamten überlassen. Ich bin der Überzeugung, daß sich der Nationalrat künftig viel intensiver als bisher in die österreichische Außenpolitik einschalten muß, sollen wir zu überzeugenderen Ergebnissen kommen. Das ist kein Vorwurf, sondern einfach die Schlußfolgerung aus einer europäischen Entwicklung, die sich angebahnt hat, die zügig fortschreitet. Das ist auch nicht der Ausdruck eines Mißtrauens gegenüber den Beamten des Hauses. Im Gegenteil: Wir Freiheitlichen wissen die Arbeit der Beamten sehr zu schätzen. Der vorliegende Bericht ist ja ein Beweis für die Tüchtigkeit und Fähigkeit unserer Diplomaten im Außenministerium. Aber es werden sicher intensivere Formen der Kommunikation zwischen Außenministerium einerseits und Nationalrat andererseits zu entwickeln sein. Gerade darauf möchte ich aus



6094

Nationalrat XIV. GP - 63. Sitzung - 1. Juli 1977

**Peter**

freiheitlicher Sicht rechtzeitig aufmerksam machen.

Ich komme nun noch einmal auf die Vereinten Nationen zurück. New York ist weit weg von Wien, und die Vereinten Nationen sind auch weit weg vom österreichischen Durchschnitts-parlamentarier. Was bei der UNO entschieden wird, greift tief in unser eigenes Schicksal ein. Ich glaube, man soll sich als Innenpolitiker nicht oberflächlich mit dem beschäftigen, was Tag für Tag in New York bei den Vereinten Nationen geschieht. Es berührt mich eigenartig, wenn man zum Beispiel über die Wahrheit in Uganda bei den Vereinten Nationen kaum oder nicht redet. Diese Wahrheit ist wahrscheinlich zu schrecklich. Daher will sie niemand bei den Vereinten Nationen hören.

Man redet viel über Südafrika. Nur stehe ich unter dem Eindruck, daß man eine eigenartige Vorstellung bei den Vereinten Nationen über die Wahrheit betreffend Südafrika hat. Diese „Wahrheit“ – ich setze sie, was die Vereinten Nationen betrifft, unter Anführungszeichen – schaut manchmal in der Realität Südafrikas ganz anders aus. Niemand, keine Fraktion und kein Abgeordneter des österreichischen Nationalrates, wird einer getrennten Entwicklung, wird der Apartheid, wird der Rassentrennung das Wort reden. Darüber, glaube ich, gibt es hier keine wie immer geartete Debatte. Hier sind die Positionen im Sinne der Menschlichkeit vollkommen klar und unverrückbar. Nur glaube ich, daß es sich die Vereinten Nationen nicht leisten können, Herr Bundesminister, die Wahrheit über die Entwicklung der Apartheid und damit die Wahrheit über die getrennte Entwicklung in Südafrika so zu ignorieren, wie das bei der UNO der Fall ist.

Die Weltöffentlichkeit steht unter dem Eindruck, daß Apartheid und Rassentrennung Produkte des Südafrika der fünfziger Jahre sind, daß Rassentrennung und getrennte Entwicklung geistige Kinder von südafrikanischen Persönlichkeiten wie Verwoerd und Vorster sind. Daß dem nicht so ist, weiß jeder, der sich mit der Geschichte Südafrikas ein bißchen beschäftigt hat.

Ich halte es aus der Sicht der freiheitlichen Fraktion für notwendig, völlig leidenschaftslos auf diese historische Entwicklung Südafrikas zu verweisen. Als Ende des vergangenen Jahrhunderts die Goldminen in Südafrika erschlossen werden sollten, gab es unter der schwarzen Bevölkerung keine Menschen, die in der Lage gewesen wären, die Schächte niederzubringen und die Goldbergwerke zu erschließen. Man ließ Europäer und Amerikaner kommen. Sie bewältigten diese Pionierarbeit. Gegen Ende des vergangenen Jahrhunderts entwickelte sich

aus der Gewerkschaftsbewegung heraus das Problem der getrennten Entwicklung. Die Apartheid ist ein Produkt der gewerkschaftlichen Entwicklung in Südafrika am Ende des vergangenen Jahrhunderts zum Schutz der dort tätigen weißen Minenarbeiter.

Als 1917 die Revolution in Rußland stattfand und in den zwanziger Jahren in Südafrika die weißen Mineure von den Schwarzen in Bedrängnis gebracht wurden, rief der internationale Kommunismus zur Verteidigung der Apartheid in Südafrika auf. Es kam zu einem blutigen Aufstand der Schwarzen gegen die damaligen Machthaber. Dieser Aufstand der Schwarzen wurde mit Waffengewalt von den Engländern niedergeschlagen. Das, was meines Erachtens das besonders Bedauerliche der Entwicklung der fünfziger Jahre war, ist die Tatsache, daß die Regierenden in Südafrika damals die getrennte Entwicklung gesetzlich verankert haben und jetzt aus dieser furchtbar verfahrenen Situation nicht herausfinden.

Dies im Nationalrat festzustellen, erschien mir notwendig. Einfach deswegen, Herr Bundesminister, weil ich unter dem Eindruck stehe, daß Österreichs Verhalten in der Frage Südafrika bei der Beschlußfassung über einzelne Resolutionen manchmal zuwenig durchdacht ist; zuwenig durchdacht in den Konsequenzen, die sich aus der Zustimmung zu solchen Resolutionen ergeben.

Es kann nicht die Aufgabe der Vereinten Nationen sein, Südafrika zu verteufeln, aber vor Ugandas Problemen und Idi Amins Gewaltherrschaft den Kopf in den Sand zu stecken. Es kann auch nicht Aufgabe der österreichischen Außenpolitik sein, einseitig in der Gewichtung und in der Entscheidung zu sein. Ich wünsche mir mehr Objektivität der österreichischen Außenpolitik gegenüber Südafrika, als sie bisher an den Tag gelegt wurde.

Eines darf in Richtung Vereinte Nationen gesagt werden, Herr Bundesminister: Man darf die Wahrheit nicht immer mit der Mehrheit in den Vereinten Nationen verwechseln. Die Mehrheit sagt nicht immer die Wahrheit in New York! *(Beifall bei der FPÖ und bei Abgeordneten der ÖVP.)*

Es könnte einmal kritischer werden, als es derzeit ist. Dann, wenn sich eine bestimmte außenpolitische Haltung Österreichs innenpolitisch niederschlägt. Ein bestimmtes außenpolitisches Verhalten Österreichs bei den Vereinten Nationen hat ja einen unerfreulichen Niederschlag am Fall jenes südafrikanischen Sportlers gefunden, der in den Vereinigten Staaten lebt und dem in Österreich, weil wir einer bestimmten UNO-Resolution zugestimmt haben, einfach

**Peter**

ein Startverbot auferlegt wurde. Der gleiche in Amerika lebende Südafrikaner konnte aber in Paris mit Sowjetrussen starten. Und dies in einer Zeit, in der Schwarze und Weiße in Kapstadt, Johannesburg und Durban gemeinsam Wettkämpfe in Sportstadien austragen.

Muß das neutrale Österreich eine Mitläuferrolle um jeden Preis einnehmen, damit wir, Herr Bundesminister, bei denen sind, die eine sehr extreme, aber manchmal nicht immer objektive Haltung einnehmen? Österreich scheut sich andererseits nicht, mit schwarzafrikanischen Einparteienstaaten die besten Beziehungen zu unterhalten. Ich habe nichts dagegen, sondern ich bin als freiheitlicher Klub- und Parteiobmann sehr dafür, daß wir diese Beziehungen zu den schwarzafrikanischen Staaten intensiv gestalten und weiter ausbauen. Ich bin strikt gegen eines: Gegen das Messen mit zweierlei Maß in der Außenpolitik. Ich will es nicht zu hart formulieren, aber Ansätze in diese Richtung, Herr Bundesminister, sind vorhanden. Aus freiheitlicher Beurteilung halte ich es für notwendig, diesen kritischen und heiklen Problembereich nicht nur zu überdenken, sondern darüber im Kreis des Rates für Außenpolitische Angelegenheiten einmal auch gründlich zu reden.

Man soll nicht übers Ziel schießen. Das ist ganz und gar nicht österreichische Wesensart. Uns Österreicher zeichnet die Fähigkeit, die wir aus unserer historischen Entwicklung mitbekommen haben, aus, ausgleichend zwischen Gegensätzen wirken zu können. Genau diese ausgleichende Position nehmen wir in der Frage Südafrika leider nicht ein.

Bei allem Respekt für die und bei allem Verständnis vor den Problemen der Dritten Welt dürfen wir unseren eigenen demokratischen Lebenslauf nicht mit Entscheidungen belasten, die wir in New York mit herbeiführen.

Ich möchte hier an Karl Kraus erinnern, der einmal sagte: Der Schwache zweifelt vor der Entscheidung, der Starke tut es höchstens hinterher, und das nicht immer.

Gerade aus unserer neutralen Position heraus sollten wir bei UNO-Entscheidungen gründlich überlegen und bedächtig entscheiden.

Ich bin für ein besseres Durchdenken der Konsequenzen von UNO-Resolutionen für Österreich vor der Abstimmung. Jene Resolution der UNO-Generalversammlung „Apartheid und Sport“, 31/6 f vom 9. November 1976, hat Sie, Herr Außenminister, ja in die unangenehme Lage gebracht, eine Entscheidung mit dem Unterrichtsminister herbeiführen zu müssen, die meiner Meinung nach einfach nicht in die

neutrale, tolerante und demokratische Landschaft der Republik Österreich paßt.

Einer aktiven Neutralitätspolitik, zu der wir Freiheitlichen uns vorbehaltlos bekennen, kann man manchmal auch durch Zurückhaltung und Vorsicht dienen. Dieser Grundsatz wird für die österreichische Außenpolitik künftig noch gründlicher zu bedenken sein, als es manchmal in der Vergangenheit geschehen ist. Das neutrale Österreich, Herr Bundesminister, muß nicht bei jeder Aktion für die Dritte Welt in der ersten Reihe stehen. Es ist zweckmäßiger, wenn wir eine Mittelposition einnehmen. Sie entspricht der österreichischen Wesensart weitaus besser.

Ich möchte nicht daran erinnern, was Ihnen einige österreichische Tageszeitungen gerade zu diesem Thema ins Stammbuch schreiben. Dies hätten Sie Österreich ersparen können, wenn das Außenministerium unser Verhalten bei der gegenständlichen UNO-Resolution besser überlegt hätte.

Nun zu einem anderen Problem, Herr Bundesminister. Lassen Sie einmal in Ihrem Haus die Bilanz über jene Staatsbesuche ziehen, die wir in den letzten Jahren nach Österreich eingeladen haben. Ich habe das oberflächlich getan, weil mir die Detailkenntnis im statistischen Sinne fehlt, und ich bin zu folgendem Schluß gekommen.

Österreich ist ein hervorragendes Gastland für die Repräsentanten der Dritten Welt. Ein Beweis dafür, wie aufgeschlossen dieses Österreich den Problemen der Dritten Welt gegenübersteht. Wir laufen gar nicht Gefahr, irgendwelche Vorwürfe hinnehmen zu müssen. Ich glaube, daß wir eine führende Position hinsichtlich der Gastfreundschaft gegenüber diesen Teilen der Welt einnehmen.

Österreich hat unendlich viel Verständnis für die Probleme der Dritten Welt an den Tag gelegt. Die Bilanz der Besuchsdiplomatie ist für die Bereiche der Dritten Welt äußerst positiv. Ich glaube aber, daß Ungleichgewicht in der Besuchsdiplomatie zum Nachteil der europäischen Länder, besonders der westeuropäischen Länder, vorliegt.

Herr Bundesminister! Das trifft nicht nur Sie, das geht auf eine jahrelange Entwicklung zurück. Ich bringe namens meiner Fraktion das Bedürfnis zum Ausdruck, daß dieses Ungleichgewicht in der Besuchsdiplomatie zum Nachteil westeuropäischer Länder in den kommenden Jahren abgebaut werden soll.

Eines der negativen Ergebnisse dieses Ungleichgewichtes sehe ich darin, daß unsere UNO-Aktivitäten, daß unsere Aktivitäten

6096

Nationalrat XIV. GP - 63. Sitzung - 1. Juli 1977

**Peter**

gegenüber unseren osteuropäischen Nachbarn, für die ich sehr bin und die ich sehr positiv beurteile, weitaus intensiver waren als die übrigen europäischen Aktivitäten.

Ich habe eingangs harte Kritik geübt, daß ich mit unseren Aktivitäten bei den Europäischen Gemeinschaften in Brüssel ganz und gar nicht zufrieden und manchmal auch nicht einverstanden bin. Weltweit und multilateral hat dieses kleine Österreich in den letzten Jahren eine gigantische Arbeit geleistet und viele Leistungen erbracht, von Schwarzafrika über den Nahen Osten bis zu den Vereinten Nationen. Hingegen lassen aber die europäischen, im besonderen die westeuropäischen Aktivitäten der österreichischen Außenpolitik zu wünschen übrig. Der Bogen reicht von Straßburg bis Brüssel. Nur ist unser Stellenwert in Straßburg deswegen ein über unserer tatsächlichen Größe liegender, weil wir dort Präsident Czernetz und seine Mannschaft sitzen haben.

Aber auch zu diesem Thema noch eine Feststellung. Ich glaube, daß wir die Position beim Europarat in Straßburg gerade im Nationalrat und in der österreichischen Regierungspolitik allzulange unter ihrem wahren Wert gehandelt haben. Wir erleben es doch bei Tagungen der Interparlamentarischen Union immer wieder, wie gerade die Sowjetunion versucht, der IPU Funktionen zuzuordnen, die einfach nicht wesensgemäß für die Interparlamentarische Union sind. Diese Bestrebungen der Sowjetunion sind auf ein ganz klares Ziel ausgerichtet: Mit Hilfe der Aufwertung der IPU soll die Bedeutung des Europarates in Straßburg abgewertet werden.

Das, Herr Bundesminister, kann ganz und gar nicht in den Intentionen der österreichischen Außenpolitik liegen. Dies ist ein weiteres Thema, mit dem sich der Rat für Auswärtige Angelegenheiten auseinandersetzen hat. Es wäre interessant, einmal den Präsidenten Czernetz und seine Mannschaft dort zu haben und mit ihm und den führenden Beamten des Außenministeriums diese Frage zu diskutieren. Ich habe einfach das Bedürfnis, mehr darüber zu erfahren, als ich bisher weiß, und ich möchte auch wissen, welche zusätzlichen Möglichkeiten hier für Österreich drinnenliegen.

Mich wundert geradezu, daß auf der einen Seite die Direktwahlen in das Europäische Parlament unmittelbar vor der Haustür stehen und andererseits der Außenminister nicht über die Möglichkeiten redet, was wir denn von Straßburg aus tun können. Die Straßburger-Kollegen sind ja ständig mit den „Brüsselern“ und mit den Neun in Straßburg zusammen. Was kann Österreich dort tun, um den Zug nicht zu versäumen?

Besser als die ganze Reform des Außenministeriums, Herr Bundesminister, wäre es, über diese Dinge zeitgerecht zu reden. Ich bin auch deswegen so skeptisch gegenüber der Reform des Außenministeriums, weil es seit Bundeskanzler Kreiskys Amtsantritt nichts wie Reformen gibt. Das Ergebnis dieser Reformen haben wir als Reformitis vor uns. Die Republik ist teurer geworden, die Verwaltung ist undurchsichtiger geworden, der Staat ist mehr geworden, und für den Bürger ist das Ergebnis der Kreisky-Reformen nur mit Beschwerlichkeit verbunden.

Wie lange, meine Damen und Herren, haben wir in diesem Nationalrat gearbeitet, bis aus dem amputierten Außenministerium wieder ein Vollministerium geworden ist. Und weil diese Schwierigkeiten nicht mehr bestehen, fängt der derzeitige Außenminister mit dem Amputieren seiner Sektionen an. Mit welchem Engagement und mit welcher inneren Begeisterung, Herr Außenminister, sollen die Herren Ihres Hauses an diese Reform herangehen? Mich würde Ihre Reform nicht motivieren. Ich wäre – bitte den Ausdruck zu entschuldigen – höchstens „angefressen“, und ich höre, daß es eine solche Stimmung in Ihrem Haus geben soll. (*Zustimmung bei der FPÖ und bei Abgeordneten der ÖVP.*)

Ein österreichischer Diplomat besitzt zuviel Haltung und zuviel Korpsgeist, um Ihnen so etwas zu sagen. Und wenn er sich einem Politiker gegenüber in dieser Form äußert, dann tut er es in entsprechender Form, um seinen Chef in keiner wie immer gearteten Weise herabzusetzen. Gestatten Sie, daß ich die Diplomatensprache in die des Parlamentariers übersetze und Ihnen einfach die Stimmung in dieser etwas groben Art und Weise übermittle. Diese Mißstimmung ist aber in Ihrem Hause vorhanden.

Meine Damen und Herren! Ich habe einige Probleme aufgezeigt. Das vorbereitete Paket wäre noch sehr groß. Ich will meine Ausführungen beenden, weil es mir um eines geht. Ich hätte heute eine sehr ironische, polemische und sarkastische Kritik an der bisherigen Amtsführung des Herrn Bundesministers Dr. Pahr üben können. Ich wollte es aus einem ganz bestimmten Grunde nicht tun. Seit dem Budget 1971 stimmt die freiheitliche Fraktion dem Kapitel Auswärtige Angelegenheiten zu, sozusagen als Ausdruck dessen, daß wir eine gemeinsame Außenpolitik der Republik Österreich für richtig erachten und diese mit unseren zehn Mandaten mittragen und mitverantworten wollen.

Ich verhehle aber nicht, Herr Bundesminister, daß wir Freiheitlichen an einer unüberschreitbaren Grenze stehen und daß bei uns Stimmen laut

**Peter**

geworden sind, ob die Gemeinsamkeit der Außenpolitik unter den derzeit gegebenen Voraussetzungen aufrechterhalten werden kann oder nicht.

Daher stand in meinen heutigen Ausführungen nicht so sehr die Kritik im Vordergrund, sondern ich habe mich vielmehr bemüht, das Gemeinsame der österreichischen Außenpolitik unter Einschluß der gemeinsamen Verantwortung zu unterstreichen. Ich vertrete die Ansicht, daß Österreich zu klein und daß die weltpolitische Situation zu schwierig ist, als daß wir uns Streit in der Außenpolitik leisten könnten.

Wir Freiheitlichen, Herr Bundesminister, stellen die gemeinsame Außenpolitik nicht in Frage. Ihre Aufgabe wird es sein, den Beweis zu erbringen, daß auch Sie das nicht beabsichtigen. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Präsident **Minkowitsch**: Als nächster zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Dr. Karasek. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter Dr. **Karasek** (ÖVP): Herr Präsident! Hohes Haus! Wenn es so etwas wie einen Willen zur gemeinsamen Außenpolitik in diesem Hause gibt, so war die heutige Debatte eigentlich ein guter Prüfstein und ein Beweis dafür. Denn es kommt nicht oft vor, daß den Rednern der Opposition oder der Regierung von der Opposition, sei es am Ende ihrer Rede oder sei es während der Ausführungen, spontan Beifall gesendet wird. Wir haben heute dem Herrn Abgeordneten Czernetz in weiten Teilen unserer Bänke für seine wirklich beachtliche Rede Beifall gesendet, und wir haben auch dem Abgeordneten Peter zwischendurch unsere Anerkennung und unseren Beifall ob seiner sachlichen Ausführungen nicht versagt. Sie haben auf weiten Stellen zum Ausdruck gebracht, was jeder Oppositionsredner, gleichgültig welcher Partei, heute zur Außenpolitik zu sagen hätte.

Das bedeutet aber nicht, daß wir mit jedem einzelnen Satz immer einverstanden sind, und daher werde ich mich auch mit meinen Vorrednern kurz beschäftigen, ehe ich in das eigentliche Thema, auf das, was ich sagen wollte, eingehe.

Natürlich bin ich nicht damit einverstanden, Herr Abgeordneter Peter, wenn Sie der Bundeswirtschaftskammer eine gewisse Verantwortung zuschieben in Richtung Außenwirtschaftspolitik. Die Bundeswirtschaftskammer hat sicherlich eine sehr weitverzweigte, eine sehr beachtliche und eine sehr gut arbeitende Außenrepräsentation. Alle Abgeordneten, die je im Ausland herumgefahren sind und diesen Männern und diesen Beamten der Kammer begegnet sind,

können nur voll des höchsten Lobes über die Tätigkeit dieser Leute sprechen. Aber das bedeutet nicht, daß wir hier der Bundeskammer in Wien eine Verantwortung zuschieben können, die eigentlich die Regierung zu tragen hat, denn sie hat letztlich eine Politik zu formulieren. Die Bundeskammer schlägt vor, die Bundeskammer versucht zu beeinflussen, die Bundeskammer versucht, ihre Standpunkte durchzubringen.

Aber ich glaube, man kann sich das nicht so leicht machen, daß man sagt, an der Außenwirtschaftspolitik ist nicht die Regierung und da ist nicht der Außenminister schuld, sondern die Bundeskammer. Das meine ich mit meiner Einschränkung, Herr Abgeordneter Peter, und ich sage noch einmal, auf weiten Strecken dessen, was Sie heute gesagt haben, gebe ich Ihnen recht.

Mein geschätzter Kollege Abgeordneter Czernetz sprach an die Adresse unseres Bundesparteiobmannes und meinte, er habe eine fulminante Oppositionsrede gehalten, die eigentlich eine Prorede sei, und er wunderte sich offenbar, daß wir dem Bericht zustimmen. Ja da gibt es eigentlich wirklich nichts zu wundern. Daß wir dem Bericht zustimmen, ist Ausdruck dessen, daß die Österreichische Volkspartei wirklich bereit ist, dem Gedanken einer gemeinsamen Außenpolitik auch in der gegenwärtigen Situation zum Durchbruch zu verhelfen.

Aber ebenso wie der Abgeordnete Peter muß ich sagen, wir haben eine Menge Einwände, wir haben eine Menge Reserven. Wir haben Einwände gegen die Amtsführung des Herrn Bundesministers für Auswärtige Angelegenheiten, wir haben Vorbehalte zu einer Vielzahl seiner Erklärungen. Er redet manchmal viel zuviel zum Nachteil der österreichischen Außenpolitik, und wir haben manche Vorbehalte zu einzelnen Entscheidungen.

Also, Kollege Czernetz, man kann dem Bericht sehr wohl zustimmen, muß aber nicht komplett schweigen und damit völlig all das einsegnen, was der Herr Bundesminister und die Regierung auf diesem Gebiet tun und machen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Was nun die Berichtsform dieses Jahres anlangt, bin ich der Meinung, daß sich tatsächlich eine wesentliche Verbesserung ergeben hat, und man soll diesen positiven Aspekt einer Verbesserung der äußeren Berichtsform auch herausstreichen. Er ist auch inhaltlich besser geworden.

Nur möchte ich doch sagen, daß wir diesmal einige Dinge vermissen, die wir bisher in unseren Detailberichten immer gefunden haben. Wir vermissen vor allem – das habe ich auch schon in der Sitzung im Ausschuß releviert – im

6098

Nationalrat XIV. GP - 63. Sitzung - 1. Juli 1977

**Dr. Karasek**

UNO-Teil die Angabe über das Stimmverhalten einzelner Länder. Wir können heute nicht mehr vergleichen, wie in einer bestimmten Situation, wo wir dagegen, dafür waren oder uns eventuell der Stimme enthalten haben, andere Länder, die uns interessieren, gestimmt haben. Aber der Herr Bundesminister hat zugesagt, daß er diesem Mangel abhelfen wird. Ich wollte es nur sagen, damit es festgehalten ist, daß wir gerade diese Form der Berichtsabfassung wünschen.

Noch einmal muß ich mich an meinen geschätzten Kollegen Czernetz wenden und sagen, so ganz kann ich ihm nicht folgen, wenn er sagt, ja warum denn noch einmal ins Parlament gehen mit der Südtirolfrage. Wir haben doch darüber im Auswärtigen Rat ausführlich gesprochen, und damit sollte die Sache erledigt sein. Da kommt mir vor, daß sich der Kollege Czernetz offenbar an der gegenwärtigen Bußpraxis der katholischen Kirche inspiriert, während wir offenbar die alte kirchliche Bußpraxis vorziehen. Für öffentliche Verfehlungen muß es auch ein öffentliches Reden geben und natürlich auch eine öffentliche Buße. Es geht nicht an, daß die Regierung und der Außenminister alle möglichen Untaten auf sich nehmen und dann in den Auswärtigen Rat flüchten und dort in camera caritatis die Absolution der anwesenden Opposition erwarten. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Von der Absolution hört dann gar niemand und darüber redet niemand, und man deckt meist das, was im Auswärtigen Rat gesprochen wird, mit dem Mantel der Verschwiegenheit zu. Es hat sich aber der Herr Außenminister nun einmal hier in diesem Haus und hier von der Regierungsbank eine eklatante Fehlleistung, so nenne ich es in höflicher Form, in der Südtirolfrage geleistet, und ich kann es ihm nicht ersparen, und wir konnten es ihm nicht ersparen, auch nicht der Herr Bundesparteiobermann, daß man in öffentlicher Sitzung klarstellt, wie wir dazu denken.

Immerhin haben sich die Italiener darüber gewundert, daß so ein Vorwurf von unserem Außenminister erhoben wurde. Noch mehr gewundert hat sich aber der Landeshauptmann Magnago in Südtirol, weil er darauf geantwortet hat, daß es nicht einmal den Italienern bisher eingefallen ist, so zu argumentieren wie die Schutzmacht Österreich und wie der österreichische Außenminister. Das muß man klarstellen, denn wir sind der Meinung, die Südtiroler Volkspartei hat nichts anderes gemacht, als immer wieder zu verlangen, dieses oder jenes noch zu klären, noch zu machen. Sie hat von ihren Rechten Gebrauch gemacht, den Rahmen des Paketes auszuschöpfen.

Meine Damen und Herren! Was bedeutet das

alles? Das bedeutet, daß wir hier doch, wenn wir uns mit der Person unseres Herrn Außenministers beschäftigen, vor Symptomen einer allzu großen Redseligkeit stehen. Das war ja nicht das einzige Mal. Wenn die Südtirolfrage das einzige gewesen wäre, dann könnte ich sagen, ja es kann jedem einmal etwas passieren, das wissen wir. Aber ich erinnere daran: Nach dem Spanienbesuch hat es in der Presse, auch in der internationalen Presse, eine ganze Menge Verwirrung gegeben, weil der Herr Außenminister nichts Eiligeres zu tun hatte, als am Ausgang seiner Unterredung mit dem spanischen Ministerpräsidenten Suarez groß anzukündigen, Spanien werde am 5. Juni wählen. Ich glaube nicht, daß er vom spanischen Ministerpräsidenten mandatiert wurde, eine solche Erklärung abzugeben. Es ist über alle Fernschreiber gelaufen. Der Außenminister mußte dann ein Dementi herausgeben und mußte von Mißverständnissen reden.

Da kann ich nur sagen, meine Damen und Herren, die Grundregel für jeden Diplomaten und für jeden Außenminister - das lernt man schon in den ersten 15 Minuten, wenn man den Ballhausplatz betritt - ist: Reden ist Silber für einen Außenminister und auch für einen Diplomaten, und Schweigen ist Gold. Denn keine Regierung hat es gern, von einer anderen interpretiert zu werden. Ich glaube, das sollte auch unser Außenminister beachten. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Eine große Gefahr besteht natürlich bei der Amtsführung eines Außenministers, daß man sich ungefragt zu Dingen bei Pressekonferenzen und so weiter äußert, wo man besser nichts gesagt hätte. Ich erinnere an die Pressekonferenz vom 31. Jänner 1977, wo der Herr Bundesminister sagte, der österreichische Staatsvertrag sei im Hinblick auf den Status quo in Europa so bedeutsam, daß niemand versuchen sollte, eine Vertragsbestimmung auch nur neu zu interpretieren. Das war im Zusammenhang mit der Raketenfrage und den etwas plumpen Äußerungen seines Kollegen Lütgendorf, daß man hinsichtlich der Raketen eine Neuinterpretation haben sollte.

Auch hier muß ich sagen: Wir von der Opposition sind der Meinung, daß die Interpretation des Staatsvertrages natürlich jederzeit rechtlich und politisch möglich ist, daß hier eine Überkompensation durch diese Erklärung des Außenministers erfolgt ist gegen die Erklärungen des Verteidigungsministers. Warum denn das Aktionsfeld, das Manövriertfeld der Außenpolitik unnötigerweise durch solche Selbsterklärungen binden, einschränken, verringern? Das ist doch völlig unnötig. Die Helsinki-Deklaration hat doch in keiner Weise

**Dr. Karasek**

die allgemeinen Regeln des Völkerrechtes, die auch die Regeln über die Interpretation einschließen, außer Kraft gesetzt. Und auch hier ist eben unser Rat: Reden ist Silber, Schweigen ist Gold! (*Beifall bei der ÖVP.*)

Ich könnte jetzt so fortsetzen und etwas über grenzüberschreitende regionale Zusammenarbeit sagen. Auch da hat der Herr Bundesminister im März - oder war es schon im Dezember vorigen Jahres? - der „Tiroler Tageszeitung“ ein Interview gegeben und äußerst große Bedenken vorgebracht. Zu diesem Punkt aber habe ich meinem Kollegen Ermacora gesagt, daß lieber er sich äußern soll. Aber das käme auch auf dieser Seite zu stehen. Denn man muß gegen eine faktische Zusammenarbeit dieser Alpenregion, die gewünscht ist, die auch auf europäischer Ebene gewünscht ist, keine besonderen Bedenken haben. Sie ist etwas, was sehr gut ist.

Ich möchte nun zu einem anderen Kapitel übergehen, meine Damen und Herren. Wenn man den Bericht liest, kann man natürlich über eine Sache noch nichts lesen, die wir auch im Außenpolitischen Ausschuß im Hause hier erwähnt haben: das ist die Frage der Verschlechterung der Beziehungen zur ČSSR. Aber weil wir gerade über den Stand unserer Beziehungen zu aller Welt sprechen, muß man auch das sagen.

Mich hat etwas sehr gewundert, Herr Bundesminister. Im Augenblick eines äußerst sonderbaren Notenwechsels zum Sudetendeutschen Tag, just in diesem selben Augenblick empfängt der Bundeskanzler ein prominentes Mitglied des tschechoslowakischen ZK, den Herrn Bilak, und just im selben Augenblick wird verkündet, daß der Gegenbesuch des tschechoslowakischen Ministerpräsidenten nicht mehr fern ist oder immerhin im Bereiche der Möglichkeiten innerhalb der nächsten zwölf Monate liegt.

Da muß ich mich wirklich fragen: Macht man so Außenpolitik? Ist das eine kohärente Außenpolitik, wenn wir auf der einen Seite einen giftigen Notenwechsel haben und uns die größten Grobheiten sozusagen gegeneinander sagen müssen, und Sie andererseits freundlich Hände schütteln und sagen: Hoch willkommen ist uns der Abgesandte!?

Ich bin nicht gegen die Besuchspolitik und auch nicht dagegen, daß man mit allen Ländern möglichst gute Beziehungen haben sollte. Aber ich habe in einigen Ländern gedient, und ich weiß, wie man in solchen Situationen reagieren würde.

Ich kann mir vorstellen, daß man in einer solchen Situation gesagt hätte, man sieht im Augenblick keine Möglichkeit, den betreffenden Herrn zu empfangen, und die hätten es

schon gewußt, was das bedeutet. Und wenn sie es nicht gewußt hätten, hätte man es ihnen ja ganz offen sagen können. Das ist ja heutzutage auch üblich.

Man spricht immer von einer „diplomatischen Sprache“. Die Sprache ist heutzutage gar nicht mehr so diplomatisch. Man sagt sich die Dinge ganz schön ins Gesicht. Und man hätte ihnen auch sagen können, mit Rücksicht - so begründet man ja oft - auf die öffentliche Meinung im eigenen Lande könne man dieses und jenes nicht tun und könne also im Augenblick nicht empfangen. Oder: mit Rücksicht auf die öffentliche Meinung im Lande müsse man eine Verbesserung abwarten, ehe man verkünden könne, man werde den Herrn Ministerpräsidenten empfangen. Ich glaube, so hätte man vorgehen können. Und man hätte wenigstens das Gesicht gewahrt. Also ich habe das nicht verstanden, und ich muß sagen: Das ist Ausdruck einer inkohärenten Außenpolitik. (*Zustimmung bei der ÖVP.*)

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Zum Kapitel KSZE und Belgrad:

Es ist oft genug in diesem Haus gesagt worden, daß wir ein Interesse am Fortschritt und an der Fortsetzung einer Entspannungspolitik haben, daß wir also weder eine Konfrontation der Gesprächspartner in Belgrad wünschen noch den Absprung des Ostens aus der Konferenz. Aber wir müssen sehr klare Standpunkte hinsichtlich unserer eigenen Position haben.

Ich muß sagen: Die Diskussion, die wir mit der Regierung und mit dem Minister darüber im Auswärtigen Rat gehabt haben, war äußerst befriedigend. Die Instruktionen, die die österreichische Delegation nach Belgrad mitbekommen hat, dürften durchaus auf der Linie liegen, die auch wir vertreten. Es bedeutet für uns der Grundsatz sehr viel, daß kein Konferenzthema - hiemit meine ich: kein Thema, das im Helsinki-Dokument enthalten ist - aus der Debatte in Belgrad und aus allen ferneren Debatten über Helsinki und die Folgen ausgeklammert werden darf. Wir brauchen diese allumfassende Diskussion.

Die Entspannungspolitik, an der wir so interessiert sind und hinsichtlich der wir so interessiert sind, daß sie fortgesetzt wird, hängt natürlich auch mit dem Stilwandel der amerikanischen Außenpolitik zusammen.

Meine Damen und Herren! In Amerika, in den USA, ist an die Stelle einer gewissen Realpolitik, die durch Henry Kissinger repräsentiert wurde, eine Art Grundsatzpolitik getreten, eine Politik, die die Moral und die das Recht in den Mittelpunkt stellt. Es gibt eine interessante Rede Carters, die er vor etwa vier Wochen, am

6100

Nationalrat XIV. GP - 63. Sitzung - 1. Juli 1977

**Dr. Karasek**

22. Mai, an der Notre-Dame-Universität gehalten hat und in der er fünf Ziele der amerikanischen Außenpolitik nannte, die auch für uns als ein westliches Land, als das wir uns fühlen, interessant sind. Ich darf sie kurz erwähnen.

Er sagt erstens einmal: Die Menschenrechte sind für ihn heute das fundamentale Element der amerikanischen Außenpolitik. Er will an die Stelle der fehlenden Kraft der Worte die Kraft der Ideen setzen.

Zweitens sagt er, es müssen die Bande der westlichen Demokratien untereinander gestärkt werden, und dazu müssen gemeinsame Anliegen bewältigt werden. Diese gemeinsamen Anliegen sind: die wirtschaftliche Zusammenarbeit, das Bekenntnis zum Freihandel, die Stärkung des Währungssystems, die Verminderung der Weiterverbreitung der nuklearen Kräfte und konkrete Vorschläge im Bereich des Nord-Süd-Dialogs.

Ich glaube, daß auch für uns im Europarat dieser Katalog, den Carter in dieser Rede aufgeworfen hat, eine äußerst wichtige Angelegenheit ist, und wir werden im Herbst, wie Präsident Czernetz eben erwähnt hat, Gelegenheiten haben, uns mit den Amerikanern und mit den Kanadiern über diesen Fragenbereich zu unterhalten.

Drittens sagt Carter, er will den Versuch unternehmen, die Sowjetunion zu veranlassen, den Rüstungswettlauf - darüber war ja heute schon sehr viel die Rede - zu beenden. Das Ziel dieses Versuches ist, eine wechselseitige Stabilität zu erreichen, eine Parität der Kräfte und damit Sicherheit, Sicherheit für alle zu bringen. Und er erwähnt im einzelnen, daß dazu auch gehört: ein umfassendes Verbot der Atomversuche, eine Ächtung chemischer Waffen, und er will, daß keine Angriffsmöglichkeiten für Kämpfe von Satelliten aus geschaffen werden, ein Problem, auf das ja ohnehin auch Präsident Czernetz eingegangen ist.

Ein sehr wichtiger Gesichtspunkt kommt hiebei zum Ausdruck, den ja auch Giscard in der Vorwoche in die Begegnung mit Breschnjew aufgenommen hat: Man kann keine Vereinbarungen hinsichtlich der Entspannung auf der einen Seite treffen und in anderen Teilen der Welt Unruhe und Unsicherheit und militärische Interventionen und Kraftproben herbeiführen. Man kann nicht auf der einen Seite das Helsinki-Dokument unterzeichnen und es für den europäischen Bereich in Kraft setzen und dann in Afrika Stützpunkte erobern und dort versuchen, einen Einfluß zu gewinnen, nicht nur einen politischen Einfluß, sondern auch einen durch militärische Aktionen und durch Anwendung von Gewalt.

Und Carter sagt viertens, er möchte den Versuch unternehmen, für die Nahost-Regelung die Chancen zu vergrößern. Diese Vergrößerung der Chancen sieht er in einer flexibleren Haltung der USA, in einer Bekräftigung der Resolutionen 242 und 338, und das, meine Damen und Herren, ist ja auch die Außenpolitik, die wir, alle drei Parteien, glaube ich, in diesem Punkte immer im Haus vertreten haben, daß wir uns zu diesen zwei UNO-Resolutionen bekannt haben.

Und dann hat Carter natürlich ein neues Element in die Diskussion gebracht durch seine Forderung auf Schaffung einer Heimstätte für die Palästinenser. Es ist interessant, daß vor zwei Tagen die Außenminister nachgerade dieses Konzept, das vor vier Wochen der US-Außenminister verkündet hat, aufgegriffen haben.

Fünftens und letztens sagt Carter noch, er will den Versuch unternehmen, die Weiterverbreitung der Nuklearwaffen und die weltweite Verbreitung konventioneller Waffen, selbst unter dem Risiko, Freunde zu verlieren, einzudämmen.

Ich glaube, meine Damen und Herren, hier sind fünf ausgezeichnete Ziele einer westlichen Politik dargetan. Sie sind sehr eindrücklich auch in ihrer äußeren Form dargelegt. Man ist gern bereit, sie zu akzeptieren, wenn man sie liest, wenn man sie hört.

Nur muß ich immer wieder feststellen und sagen: Ist eine Gemeinsamkeit der Ziele schon eine gemeinsame Politik? Und an der, glaube ich, mangelt es gerade im alliierten Bereich.

Hier gehen die Amerikaner doch ziemlich oft ihre einsamen Wege, und wir stellen die Frage: Wo bleibt der Partner Europa? Wir stellen diese Frage im Europarat. Ich weiß, daß unsere Kollegen sie in den Europäischen Gemeinschaften stellen.

Man hört diese Frage nach gemeinsamen Politiken für gewisse Sachbereiche in der OECD, man hört sie in der EFTA. Man hat es öfter beklagt, und heute ist es, möchte ich sagen, nachgerade das Kriterium unserer Situation, daß wir zwar eine Gemeinsamkeit der Ziele sehen, aber keine gemeinsame Politik, keine Gemeinsamkeit des Handelns haben.

Das Institut für Konfliktstudien in London sagte 1975, daß das Vorgegebene unserer Zeit eine überaus starke und gefährliche militärische Bedrohung durch den Osten sei - ich habe das übrigens in einem meiner Europaratsberichte zitiert -, weiters kommen eine politische Bedrohung von Extremistengruppen mit internationaler Verzweigung, eine ökonomische Bedrohung mit weitergehenden Ursachen als der

**Dr. Karasek**

bloßen Ost-West-Bedrohung und eine ideologische Bedrohung, weil die Fortsetzung des Klassenkampfes wesentlicher Teil des Entspannungsprozesses sei.

Es haben bereits meine beiden Vorredner mit Recht darauf hingewiesen, daß auch der Koexistenzbegriff, wie er von der östlichen Seite betrachtet wird - Kollege Czernetz hat es mit Betonung hier gesagt -, nicht mit dem friedlichen Wettbewerb von Ideen und dem friedlichen Nebeneinander gleichzusetzen sei. So interpretieren wir es, so fassen wir es auf. Aber es gibt, möchte ich sagen, ein sehr bedeutendes Auseinanderklaffen zwischen dem, was die eine Seite denkt, und dem, was die andere denkt.

Ich beschäftige mich wirklich schon seit den sechziger Jahren gerade mit diesem Problem, nämlich daß wir Begriffe haben, die wir in Kommunikés unterzeichnen, die wir unterschreiben, zu denen wir uns bekennen, und daß wir alle sagen: Wir stehen zur friedlichen Koexistenz!, aber jeder darüber etwas anderes denkt und dann wechselseitig versucht, seine Auslegung des Begriffes zur allgemeinen zu machen. In östlicher Sicht sind der ideologische Kampf im eigenen Bereich und die Unterstützung von nationalen Befreiungsbewegungen ein legitimes Anliegen. Wenn es aber der westliche Bereich tut, dann ist es - das las ich kürzlich sehr gut formuliert in der „Zürcher Zeitung“ in einem Leitartikel - gegen den Gang der Geschichte gerichtet, dann ist es konfliktträchtig, dann ist es entspannungsfeindlich.

Wie sollte nun Europa, meine Damen und Herren, um dieses Kapitel abzuschließen, darauf reagieren? In dem Bericht, den ich zitiert habe, gibt es die einzig gültige und richtige Antwort: Europa sollte seine Einheit entwickeln und sich seiner Feinde bewußt werden. - Und was tut es wirklich, meine Damen und Herren? Es reagiert mit einer gefährlichen Verbindung von militärischer Schwäche und halbherzigen politischen Einheitsbestrebungen.

Ich denke nur daran, daß ich vorgestern nach der Sitzung der Außenminister der EG auch gelesen habe, daß der Tindemans-Bericht, wie es so schön heißt, schubladisiert wurde; das wird also aus den halbherzigen Einheitsbestrebungen nach einem Jahr. Wir haben vor einem Jahr bei der außenpolitischen Debatte über diesen Tindemans-Bericht eine Diskussion geführt. Ich habe selbst in meinen Ausführungen, wenn Sie sich erinnern, darüber lang gesprochen. Und was kann ich Ihnen heute berichten? - Ich kann nur berichten, daß die westlichen Außenminister ihn schubladisiert haben.

Wir reagieren ferner durch Wirtschaftskrisen

und durch soziale Unruhen, und daran ändern auch die Bemühungen der Neunergemeinschaft nichts, daran ändern leider auch die Bemühungen des Europarates nichts, und daran ändern die Bemühungen in anderen Gremien nichts.

Ich glaube also, meine Damen und Herren, wir sollten versuchen, über Europa in Belgrad zu einem neuen Gesprächsklima zu kommen. Ich weiß, daß das sehr, sehr schwer ist. Aber ich möchte dazu sagen, daß wir Österreicher beziehungsweise die österreichische Außenpolitik keine Ursache hat, in Belgrad jenen die Mauer zu machen, die die Menschenrechtsdiskussion vermeiden wollen. Ich habe hier einen Wunsch zu formulieren, der auch für die westliche Seite, vor allem für die amerikanische, gilt: Menschenrechte dürfen nie und nimmer als eine Einbahnstraße betrachtet werden. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Ich werde es Ihnen genau sagen, und hier freunde ich mich wieder mit den Argumenten des Kollegen Peter an: Menschenrechte gelten nicht nur für Südafrika, sondern sie gelten auch für Idi Amin. Sie gelten nicht nur für Rhodesien, sondern sie gelten selbstverständlich auch für Abessinien. Und ich muß mich wiederholen aus meiner vorjährigen Debatte, bei der ich gesagt habe: Folter und Mord sind abscheulich, aber nicht nur wenn weiße Regime Schwarze foltern und morden, sondern auch dann, wenn schwarze Regime Schwarze oder Weiße morden.

Ich glaube, Herr Kollege Peter, da Sie das Thema auch berührt haben: Die UNO-Diplomaten scheuen sich nicht deshalb, dieses Thema zu behandeln, weil sie vor der Grausamkeit oder Grauslichkeit einen solchen Horror haben - ich glaube eher, die haben manchmal sehr, sehr starke Nerven -, sondern sie behandeln es darum nicht, weil eben Schwarze foltern dürfen, ihnen ist es erlaubt. Und wir sind feig genug, die Heuchelei von UNO-Abstimmungen mitzumachen.

Hier kommen wir auf das zu sprechen, was Sie gesagt haben, nämlich daß wir denen die Mauer machen und daß wir, um gewisse Regime nicht zu beleidigen, einfach stillsitzen und stillhalten. Das ist keine gute Außenpolitik! Das ist nicht nur an unsere Adresse gerichtet, das sage ich ganz generell, das sage ich ganz allgemein. *(Zustimmung bei der ÖVP.)*

Meine Damen und Herren! Zum Abschluß, weil ich auch nicht zu lange den Gang der weiteren Debatte hier aufhalten möchte, muß ich doch noch mit etwas Ausführlichkeit auf das Kapitel der Auslandskulturarbeit zu sprechen kommen. Jeder weiß, daß ich damit sehr verbunden bin durch die vier Jahre, in denen ich im Bundesministerium für Unterricht beauftragt



6102

Nationalrat XIV. GP - 63. Sitzung - 1. Juli 1977

**Dr. Karasek**

war, auf diesem Gebiet zu arbeiten. Herr Kollege Peter hat freundlicherweise das positive Echo hervorgehoben, das diese Tätigkeit meiner Mitarbeiter damals gefunden hat.

Ich habe mich fast sieben Jahre hier herausgehalten, weil ich nicht den Eindruck eines Besserwissers, eines Stichters, eines unangenehmen Patrons erwecken wollte, der, bloß weil er eben durch ein paar Jahre ein größeres Wissen auf diesem Gebiet hat, herumnörgelt. Heute kann ich es nicht tun und werde es auch nicht tun. Ich werde heute sehr klare Worte zu diesem Bericht finden.

Meine Damen und Herren! Wenn man in dem blauen Buch, in diesem Bericht über die Außenpolitik das Kapitel Außenkulturpolitik liest, könnte man meinen, wir lebten mitten in der heilsten Welt der österreichischen Auslandskulturpolitik. Dieser Bericht täuscht größte Zufriedenheit und größte Leistungen allerorten vor.

Die Wahrheit ist: Mit wem immer Sie reden, ob Sie mit den Beamten, die damit beschäftigt sind, mit den Diplomaten, mit den Journalisten oder mit Außenstehenden reden, hier herrscht allseits ganz große Unzufriedenheit über die Art und Weise, wie Auslandskulturpolitik im Bundesministerium für Auswärtige Angelegenheiten in den letzten Jahren betrieben wurde.

Jahrelang hat man - das wurde heute schon an diesem Pult gesagt - um Kompetenzen gekämpft. Jahrelang hat man versucht, dem Unterrichtsministerium und später dem Wissenschaftsministerium die Agenden zu entreißen; offenkundig ist lediglich das komplette Versagen des Außenministeriums beziehungsweise der diversen Außenminister auf diesem Gebiet geworden. Die einzige Idee, die den Herren heute einfällt, ist die Auflösung der Fachsektion Kultur im Zuge der Schaffung des neuen Desk-Systems. Das ist die Idee, die man hat, um offenbar Dinge, die nicht funktionieren, zum Funktionieren zu bringen. Das ist kein grundsätzlicher Einwand dagegen, Herr Bundesminister, daß Sie das Desk-System schaffen, aber es ist ein Irrtum zu glauben, daß mit der Schaffung eines Desk-Systems notwendigerweise die Endstunde für die Fachsektionen geschlagen hat.

Ich kenne Außenministerien in Frankreich, den Quai d'Orsay, den kenne ich sehr gut; ich war jede Woche während meiner vier Jahre dort und habe mit verschiedenen Dingen zu tun gehabt. Dort gibt es ein Desk-System, aber es gibt selbstverständlich auch eine weitaus größere Auslandskulturabteilung, als sie je in Österreich verwirklicht werden könnte, und zwar mit einem weitaus größeren Budget. 52 Prozent des Budgets des französischen

Außenministeriums sind der kulturellen Außenpolitik gewidmet. Das ist eine Traumziffer, die wir auch in 20 oder 50 Jahren nicht erreichen werden; unter der Androsch-Administration natürlich auf keinen Fall. Aber selbst wenn wir eine bessere Finanzpolitik hätten, würden wir das nicht. Die Länder, wie etwa Frankreich und Italien, die ein Desk-System haben, kombinieren dieses Desk-System mit Fachsektionen, weil man eben Fachsektionen braucht.

Es ist ein Irrtum zu glauben, weil die Fachsektion existiert, funktioniert die Auslandskulturarbeit nicht. Sie funktioniert deshalb nicht, meine Damen und Herren, weil man im Ministerium Auslandskulturpolitik nur administriert hat, aber nie Politik gemacht hat, nie Auslandskulturpolitik gemacht hat.

Hier vor mir habe ich ein wunderbares Konzept für eine Werbekampagne: „700 Jahre Haus Österreich' 1282 - 1918 - 1982 Habsburger Monarchie/Republik Österreich“. Wenn das dem Außenministerium eingefallen wäre, dann könnten wir jetzt eine Stunde lang in eine Lobeshymne über die guten Ideen des Außenministeriums ausbrechen. Nur leider, meine Damen und Herren, ist diese Idee nicht dem Außenministerium gekommen, diese Idee stammt von der Österreichischen Fremdenverkehrswerbung.

Aber wenn ich das so im einzelnen durchlese, würde ich sagen: Den Mann von der Fremdenverkehrswerbung - ich kenne ihn gar nicht, darum sage ich es umso leichter - würde ich mir sofort als Konsulenten herbeiholen, weil er offenbar imstande ist, das zu tun, was dieses Ministerium auf diesem Gebiet nicht getan hat und was es vermissen läßt.

Nur weil die Zeit so vorgeschritten ist, lese ich Ihnen nicht im einzelnen vor, aber es existiert, und jeder, der sich dafür interessiert, kann Einblick nehmen in dieses Dokument. Ich habe es nur zur Illustration heute hierher genommen, weil damit der Beweis erbracht wird, daß dort, wo Ideen vorhanden sind, es auch geht, dort funktioniert es auch. Aber wo keine Ideen vorhanden sind, dort löst man auf. Wahrscheinlich ist es ohnehin die beste aller Lösungen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Ich muß meinen Eifer korrigieren: Nur die zweitbeste aller Lösungen ist das Auflösen, denn die beste aller Lösungen wäre, Ideen zu haben, einen fähigen Mann mit der Durchführung der Ideen zu beauftragen und die Arbeit zu schaffen, die man von den Ministerien erwartet.

Fragen Sie mich nur: Was ist die wesentliche Funktion? Ich habe es im Unterrichtsministerium gemacht, ich traue mir zu, dasselbe im Außenministerium zu machen. Wenn Sie mich

**Dr. Karasek**

im Außenministerium damit beauftragen würden, das zu tun, würde ich meinen Leuten und dem Minister sagen: Das Ministerium hat auf dem Gebiet der Auslandskultur drei Funktionen, und die muß es erfüllen: Es muß koordinieren, es muß kooperieren und es muß projektieren. (*Abg. Peter: Und es muß kreativ sein!*) Kommt schon, kommt schon, Herr Kollege.

Das Koordinieren hat die Voraussetzung, daß das Bundesministerium für Auswärtige Angelegenheiten selbstverständlich die Aktivitäten mit allen öffentlichen Institutionen im Lande pflegt, die Inlandskompetenzen auf dem Gebiet der Kultur haben und mit solchen öffentlichen Institutionen, die sich auch in Auslandskulturarbeit betätigen. Also hier müßte die Koordination sein.

Es muß zweitens mit kulturellen Institutionen kooperieren, die Beiträge zur Auslandskultur leisten. Und schließlich genügt nicht nur Koordinieren und Kooperieren, weil das technisch-mechanische prozedurale Sachen sind. Dann, wenn es diese Phase der Arbeit abgeschlossen hat, müßte es projektieren.

Und nochmals zum ersten Punkt: koordinieren. Da gibt es das Bundeskanzleramt mit dem Bundespressedienst, das Unterrichtsministerium mit seiner Kunstsektion, die Wissenschaft und die Forschung mit den Hochschulen, mit den Museen, die Bundeshandelskammer - die hat ja auch Wirtschaftsförderungsinstitute, hat Auslandsmessen und Österreichwochen im Ausland -, die Fremdenverkehrswerbung, vergessen wir nicht den ORF und ähnliches, und natürlich die Bundesländer.

Ich war der erste, meine Damen und Herren, der 1967 alle Landeskulturreferenten der Bundesländer - damals habe ich den damaligen Landesrat Sinowatz im Burgenland gebeten, uns eine Gaststätte in Eisenstadt zu bieten - überhaupt das erstmal zu einer gemeinsamen Sitzung eingeladen und sie gefragt hat, welche Wünsche die Bundesländer an den Bund bei der Auslandskultur haben, denn Auslandskultur wird ja nicht nur von Wien für das Ausland gemacht.

Zweitens: Man muß kooperieren in den verschiedenen Bereichen: im Bereich von Literatur und Theater, im Bereich der Musik, der bildenden Kunst und der Medien. Da muß man halt jährlich Besprechungen aus diesen Bereichen mit den Leuten machen und fragen, ob sie Wünsche, ob sie Ideen, ob sie Überlegungen haben, die das Ministerium verwirklichen könnte.

Und drittens: Das Ministerium muß projektieren. Es muß inhaltlich den Bekanntheitsgrad der österreichischen Vergangenheit - das ist es

nämlich, was immer gesagt wird, in erster Linie, wenn man Ausländer fragt: Wen kennt ihr? Den Kaiser Franz Joseph kennen sie und den Sigmund Freud, aber die sind schon tot; das ist die großösterreichische Vergangenheit. Man muß versuchen, die musischen Leistungen Österreichs - weil das gleich das nächste ist, was kommt: Österreich ist das Land der Musik, Österreich ist Mozart - durch eine Präsentation den zeitgenössischen österreichischen Leistungen zu verbinden. Und man muß Budgetjahr und tatsächliches kulturelles Arbeitsjahr aufeinander abzustimmen versuchen.

Man muß auch regional eine gewisse Rangordnung vornehmen. Man muß sagen: Ich brauche für die Länder der Dritten Welt - hier kommt schon das Kreative des Kollegen Peter - ein anderes Kulturkonzept, da ist mehr die Zusammenarbeit mit der Entwicklungshilfe, als ich es für die kommunistischen Länder mit ihrer Staatskultur brauche, als die europäischen Länder, wo wir vor allem individuelle Initiativen fördern, und den amerikanischen Kontinent.

Meine Damen und Herren! Diese Aufgabe des Koordinierens, des Kooperierens, des Projektierens hätte in den letzten sieben Jahren das Bundesministerium für Auswärtige Angelegenheiten ausführen können. Gemacht haben Sie nichts. Sie haben einlaufende Akte mit einem Indosatstempel versehen und an die anderen Ministerien offenbar versandt, aber es ist keiner dort gesessen, der sich in dieser Richtung versucht hätte.

Es ist eine einfache Sache, wie ich Ihnen gesagt habe, ein einfaches Konzept. Wenn man das gemacht hätte, würde auch heute der Bestand einer eigenen Auslandskultursektion trotz Länder-Desks noch notwendig sein. Denn mit dem, was heute geschieht, daß man die Mitarbeiter aus dem Auslandskulturdienst - das sagte der Minister im Ausschuß -, die sich nicht integrieren konnten und sich nicht integriert fühlen, in die Länder-Desks versetzt, zu jedem Länder-Desk einen Mann von der Kultur dazu, degradiert man bereits hochrangige Beamte auf die Ebene eines Länderreferenten. Man wird natürlich hiemit große Probleme schaffen, eine große Unzufriedenheit. Sie waren ja an sich schon unglücklich zum Teil, daß sie aus ihren angestammten Häusern wegmußten und ins Außenministerium kamen. Aber dort hatten sie vielleicht noch die Hoffnung, daß vielleicht das Außenministerium der Auslandskultur mehr Bedeutung zumessen wird als ihr eigenes Haus. Das ist nicht geschehen. Jetzt degradiert man sie wahrscheinlich zu Länderreferenten; das wird eine Verschlechterung für die betreffenden Beamten bedeuten. Und wenn es keine Fachsektion mehr gibt, dann wird es auch

6104

Nationalrat XIV. GP - 63. Sitzung - 1. Juli 1977

**Dr. Karasek**

kein Gegenüber für diese Ministerien und diese Stellen geben, die ich Ihnen aufgezählt habe. Denn daß der Koordinator, der dann dem Ministerbüro unterstellt wird, in der Lage ist, diese Liste von Aufgaben zu erfüllen, die ich Ihnen in aller Kürze und Schnelligkeit jetzt hier aufgezählt habe, ein solcher Supermann wird, daß er das machen kann, darüber habe ich meine Zweifel. Ich habe deshalb jetzt so ausführlich darüber geredet, weil ich, und ich glaube auch meine Fraktion, mit dieser Form von Reform nichts zu tun haben will. Das soll dann in der alleinigen Verantwortung jener Regierung und jenes Ministers geschehen, die diese Reform angeordnet haben. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Ich werde vielleicht in einem Jahr wieder das Wort zum Thema Auslandskultur ergreifen können. Ich werde mir diese Zurückhaltung, die ich immer übte, nicht mehr auferlegen, weil ich glaube, daß es einmal Schluß sein muß mit der höflichen Einräumung von Schonfristen um ein weiteres Jahr. Sieben Jahre waren genug, zu diesen Dingen zu schweigen.

Es wäre weit besser gewesen, meine Damen und Herren, lassen Sie mich diesen Satz noch sagen, wenn man, statt diese etwas sagenhafte Reform einzuführen, die jetzt vor uns steht - das ist auch die Meinung vieler meiner Kollegen im Außenministerium -, die Schwachstellen der Infrastruktur im Außenministerium beseitigt hätte, wenn der Minister sich diese Aufgabe gesetzt hätte, wenn er versucht hätte, im Kanzleipersonal einen Stand herbeizubringen, den man braucht, wenn man soundso viele akademische Beamte hat. Wenn er versucht hätte, die Raumnot des Ballhausplatzes beseitigen zu helfen, wenn er ein modernes Kanzleimanagement gemacht hätte, wenn nicht ein A-Beamter, also ein akademischer Beamter, herumlaufen muß, bis er jemanden findet, dem er einen Akt diktieren kann, daß er nicht die Zeit verliert, womöglich den noch selber zu schreiben. Das sind die wahren Probleme des Ballhausplatzes, aber nicht eine Reform, die sich in diesen Dimensionen bewegt.

Meine Damen und Herren, ich komme zum Ende. Ich habe Ihnen gesagt, was wir im wesentlichen zu außenpolitischen Problemen denken, wobei ich leider nicht über alles reden konnte und schon gar nicht auch nur über die wichtigsten großen Probleme. Ich habe Ihnen das gesagt, was wir im Augenblick für aktuell erachten. Ich mußte mich heute leider auch mit einigen Problemen der Organisation beschäftigen.

Alles in allem, Herr Kollege Czernetz, werden wir natürlich dem Bericht aus den Gründen zustimmen, die ich am Beginn hier dargelegt

habe, weil unser Wille zur gemeinsamen Außenpolitik trotz aller Reserven und trotz aller Kritik, die ich jetzt hier angebracht habe, gegeben ist. Der Bericht an sich ist ja gut, nur glaube ich, daß die Führung der österreichischen Außenpolitik bedeutende Schwachstellen zeigt. Das ist die Konklusion, mit der wir unser Ja zu diesem Bericht geben. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Präsident **Minkowitsch**: Als nächster zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Luptowits. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter **Luptowits** (SPÖ): Herr Präsident! Geschätzte Damen und Herren! Es ist, glaube ich, heute in der außenpolitischen Diskussion die Gemeinsamkeit betont worden, die wir alle zusammen als verantwortliche Politiker dieses Hauses für die Außenpolitik tragen. Nur, glaube ich, hat Kollege Peter etwas richtig gesagt: Die Abgeordneten dieses Hauses sollten frühzeitig in der Willensbildung und in der Ausformung dieser Außenpolitik eingeschaltet werden.

Ich glaube, man sollte die Außenpolitik nicht allein den beamteten Diplomaten überlassen. Ich glaube, die Malaise der europäischen Politik liegt ja darin, daß die verantwortlichen Politiker vor allem der großen europäischen Staaten nicht genug Zeit für außenpolitische Fragen haben, daß sie allzusehr gebunden sind durch ihre innenpolitischen Probleme und deshalb die Außenpolitik allzu leicht aus der Hand geben und dadurch natürlich in der Außenpolitik nicht den Fortschritt erzielen können, den wir alle uns wünschen.

Schauen Sie nach England: innenpolitische Probleme haben Rangordnung Nummer eins, in Frankreich, in der Bundesrepublik ebenso. Das sind die Staaten, die wesentlich mit dazu beitragen könnten, die Außenpolitik zu formen, aber durch ihr innenpolitisches Engagement sozusagen soviel Kräfte verbrauchen, daß sie einfach für die Außenpolitik nicht die notwendige Kraft aufbringen.

Ich glaube, das sollte man auch hier bei uns bedenken, und ich meine, es gibt im Außenpolitischen Rat sicherlich auch die Möglichkeit, über diese Fragen zu diskutieren. Ich bin sehr froh darüber, daß Kollege Peter diese Frage hier angeschnitten hat. Man sollte sich wirklich darüber Gedanken machen, wie man das verbessern könnte, ich sage noch einmal: zur Willensbildung schon im Entstehen wesentlicher Entscheidungen, die die Außenpolitik unseres Landes betreffen, beizutragen.

Zum Kollegen Karasek komme ich noch wegen der Auslandskulturpolitik.

**Luptowits**

Ich möchte nur dem Bundesparteiohmann Dr. Taus noch einige Dinge sagen. Ich glaube, er hat hier die Frage gestellt, wie es mit der EFTA weitergehen soll, und Kollege Peter hat etwas spöttisch vielleicht gemeint, hier hätte sozusagen ein Begräbnis stattgefunden.

Wir haben vergangene Woche in Genf über das Ergebnis des EFTA-Gipfels diskutiert, und ich habe Kollegen Karasek informiert, wie die Diskussion in Genf unter den Parlamentariern verlaufen ist. Und ich muß sagen, daß dort unisono die Meinung vertreten war, daß dieses Gespräch - ich will nicht von „Gipfel“ reden, weil das schon so abgewertet ist, dauernd reden die Leute nur vom Gipfel -, daß also das Gespräch der Ministerpräsidenten hier in Wien sehr fruchtbar gewesen war.

Und es sind neue Überlegungen angestellt worden und werden angestellt. Das hat auch dazu geführt, daß man die informellen Gespräche der Parlamentarier nun sozusagen institutionalisiert hat. Wir waren nicht sehr begeistert davon, ich sage das ganz offen. Ich als österreichischer Delegierter habe dort Bedenken zum Ausdruck gebracht, weil ich meine, man sollte nicht allzu viele neue Gremien schaffen. Wir haben ohnehin schon so viele Gremien, und es sitzen oftmals die gleichen Leute in den verschiedenen Gremien.

Aber es haben vor allem die Schweden hier eine sehr starke Initiative entwickelt, und die Schweizer, die zuerst mit uns auch bestimmte Vorbehalte angemeldet hatten, haben sich dann den starken Argumenten der Schweden angeschlossen. Und wir haben vergangene Woche am Freitag in Genf den einstimmigen Beschluß gefaßt, diesen Beschluß der Parlamentarier an den Ministerrat, an den EFTA-Rat weiterzureichen, um zu dieser Institutionalisierung dieser Gesprächsrunde zu kommen.

In den letzten Tagen sind Gespräche geführt worden, und in den nächsten Wochen werden Gespräche geführt werden über die Frage der Erweiterung oder der Zusammenarbeit mit anderen Staaten; vor allem betrifft das Spanien. Es haben Gespräche bereits stattgefunden, der Generalsekretär der EFTA, der Schweizer Karl Müller, hat bereits solche Gespräche geführt, und es sind weitere Gespräche geplant. Die Spanier haben ein Interesse angemeldet, weil sie ja genau wissen, daß noch zwei, drei, vielleicht sogar noch mehr Jahre vergehen werden, bis sie zur EG kommen, denn das ist ein schwieriger, ein langwieriger Prozeß. Man macht sich immer so naive Vorstellungen, man sagt, es geht in Brüssel nicht weiter. Ja, meine Damen und Herren, wer den Mechanismus ein wenig kennt, der weiß, wie sehr, sehr schwierig es ist, sich hier gegenüber bestimmten Struktu-

ren, auch beamteten Strukturen in Brüssel durchzusetzen. Man soll das also nicht unterschätzen.

Ich glaube, es hat auch Jugoslawien ein gewisses Interesse gezeigt zur Zusammenarbeit mit der EFTA. Vielleicht ergeben sich auch hier neue Möglichkeiten.

Sicherlich haben auch andere Länder Interesse gezeigt, mehr oder weniger mit der EFTA in ein innigeres Verhältnis zu kommen.

Die Aufgabe des EFTA-Gesprächs in Wien bestand ja nicht darin, irgendwelche spektakuläre Ergebnisse zu erzielen, sondern bestand nur darin, Denkanstöße zu geben: Wie geht es weiter, welche neue Formen der Zusammenarbeit, der Assoziation kann es geben? Darum ging es. Ich glaube, daß dieses EFTA-Gespräch von Erfolg gekrönt war, und ich kann nur sagen: Die Schweizer, die am meisten skeptisch waren gegenüber diesem Gespräch in Wien, sind jetzt der Auffassung, daß es sehr fruchtbar und erfolgreich war. Das wollte ich dem Bundesparteiohmann Taus eben sagen.

Zur Frage der Minderheit, vor allem unserer Landsleute, der Slowenen, möchte ich nur folgendes sagen: Lassen wir die gesetzten Maßnahmen, lassen wir das Drei-Parteien-Abkommen jetzt wirksam werden und hoffen wir, daß der Weg der Versöhnung, der hier gesetzt wurde, beschritten wird. Wir hoffen es von beiden Seiten, daß der Weg der Versöhnung, der hier von allen gewünscht wird, begangen wird. Es kann doch keiner so töricht sein, anzunehmen, daß es irgend jemanden Ernsthaften gibt, der diese Versöhnung nicht wünscht. Man sollte jetzt nicht herumrühren und jeden Tag aufs neue die Dinge aufs Tapet bringen, sondern man sollte jetzt einmal abwarten und mit Ruhe die weitere Entwicklung verfolgen.

Natürlich bleibt es den Vertretern der Volksgruppe überlassen, alle demokratischen Mittel und Rechte, die sie haben, auszunützen. Selbstverständlich steht ihnen jeder Weg, der nationale, aber auch der internationale Weg, offen. Wir können es natürlich auch dem jugoslawischen Staat nicht verwehren, daß er als Mitunterzeichner des Staatsvertrages hier seine Meinung sagt. Das ist selbstverständlich immer üblich gewesen.

Zu einer weiteren Frage, die Bundesparteiohmann Taus hier angeschnitten hat, zur Frage der Entwicklungshelfer, wird, glaube ich, ein Kollege meiner Fraktion noch Stellung nehmen. Ich möchte dazu nur folgendes sagen. Er hat nicht zum Problem der Entwicklungshilfe an und für sich gesprochen, sondern über ein soziales Sicherungsnetz für den Entwicklungshelfer. Das ist an und für sich ein Problem, das sicherlich in

6106

Nationalrat XIV. GP - 63. Sitzung - 1. Juli 1977

**Luptowits**

irgendeiner Form gelöst werden soll, wenn es größere Ausmaße annehmen sollte.

Aber das Problem in der Entwicklungshilfe, meine Damen und Herren, liegt ja nicht im finanziellen Bereich an und für sich, sondern es liegt darin, daß eine breite Öffentlichkeit bereit sein muß, sich hier engagieren zu lassen. Das ist aber nicht nur bei uns in Österreich so. Schauen Sie doch in die Schweiz: Die letzte Abstimmung über den internationalen Kredit war doch ein Versager; das geben die Schweizer Kollegen ganz offen zu. Es haben sich alle Parteien in der Schweiz in dieser Frage engagiert. Und wie ist das Votum ausgefallen? - Negativ! Abgelehnt worden. Es wird hier also noch immer zu wenig Öffentlichkeitsarbeit geleistet, selbst in der Schweiz. Und mein Schweizer Kollege, der Herr Stucki, hat mir erst vorgestern gesagt, sie stehen vor einem Phänomen, sie wissen nicht, wieso das möglich war, weil alle Parteien dafür waren. Aber das Volk hat es abgelehnt, der Souverän. Ich sage es nur, weil auch wir glauben, daß wir in der Lage sind, die öffentliche Meinung zu beeinflussen, aber letztlich doch der Souverän manchmal anders entscheidet.

Hier, glaube ich, liegt die Hauptaufgabe, mehr Öffentlichkeitsarbeit in dieser Frage zu leisten. Ich möchte nur sagen, daß wir im Herbst den Versuch unternehmen werden, eine Aktion „Wissen und Verstehen“ mit dieser Problematik durchzuführen. Wir wollen über die Schulen versuchen, eine breitere Öffentlichkeit anzusprechen. Ich nehme an, es wird uns hier wirklich ein Durchbruch gelingen. Aber, wie gesagt, das ist ein Problem, das nicht rein finanziell gesehen werden kann.

Dann hat Parteiobmann Taus hier gemeint, er würde ein ÖVP-Konzept betreffend die Außenpolitik hier vorlegen. Ich muß also sagen: Das war mehr oder weniger dürftig, was er hier gesagt hat, denn er hat altbekannte und unumstrittene Sachen hier gesagt, die Frage der Neutralität und alle die Dinge, die x-mal hier in diesem Hause diskutiert wurden und die sicherlich nicht mehr aufs Tapet gebracht werden müssen.

Ich glaube, man sollte diese Fragen nicht immer sozusagen wiederkauen, weil ich glaube, sie werden dadurch auch nicht beantwortet. Wir haben uns eine Meinung gebildet, alle drei Parteien in diesem Hause, so glaube ich, und wir sollten versuchen, diese Dinge auch in die Öffentlichkeit weiterzutragen.

Die Frage des europäischen Katastrophenfonds, über die Problematik eines solchen Vorhabens, die Kollege Karasek angeschnitten hat, glaube ich, sind wir uns alle einig, wie

schwierig es sein wird, überhaupt solche Dinge, sagen wir, aufs Tapet zu bringen. Wer weiß, mit welchen Problemen sich die europäischen Länder und die anderen Länder auseinandersetzen müssen, der weiß, wie schwierig es sein wird, hier diese Dinge zu leisten.

Ich glaube aber, meine Damen und Herren, im Zusammenhang gerade mit den Fragen der Außenpolitik ist es in unserem Lande genauso wie in allen anderen Ländern. Bei unseren Bürgern ist es doch so, daß die Information, die Meinungsbildung und auch die Urteilsfähigkeit im innerpolitischen Bereich viel stärker entwickelt ist als seine Kenntnisse, seine Sachkunde und sein Überblick in den Fragen internationaler Beziehungen. Ich frage mich immer, warum das so ist. Auch in der Schweiz und in anderen Ländern ist das so.

Vor allem wir als neutraler Staat müssen besonders betonen, daß das Schicksal unseres Landes davon abhängt, daß das Wie und das Ob unserer staatlichen Existenz nämlich davon abhängt, wie wir unsere Außenpolitik gestalten. Ich meine, es wäre ein dringendes Gebot aller Beteiligten, der Medien, der Parlamentarier und aller kritischen Bürger dieses Landes, hier diese Lücken der Meinungsbildung zu schließen.

Ich frage mich oftmals: Sind die Dinge vielleicht zu kompliziert, die Fragen der Außenwirtschaftspolitik? Natürlich, der Bürger dieses Staates, wenn er eine Zeitung aufschlägt, dann schlägt ihm entgegen: KSZE, GATT, EFTA, UNESCO, UNCTAD. Natürlich ist es eine verwirrende Folge von Abkürzungen, mit denen er vielfach nichts anzufangen weiß, wenn er sich nicht kontinuierlich damit befaßt.

Vielleicht sollten wir uns, aber auch die Medienträger, bemühen, nicht immer nur die Abkürzungen zu bringen, sondern auch das verdeutlichen, in einem Nebensatz oder in einer Klammer lehren, was das bedeutet, denn, meine Damen und Herren, ich sag' halt so: Wenn es vielfach dann so weit kommen sollte, daß bestimmte außenpolitische Probleme uns alle zu sehr berühren, am Lebensnerv berühren, dann werden die Menschen nicht verstehen, warum das so ist.

Vielleicht könnten wir uns alle zusammen Gedanken machen, wie wir hier aus diesem Dilemma, wie wir dieses Defizit an Kenntnis über außenpolitische Fragen in der Öffentlichkeit bekämpfen könnten. Ich glaube, das wäre eine der wichtigsten und bedeutendsten Aufgaben.

Vielleicht könnte das Außenamt auch einen Teil dazu beitragen, vielleicht in periodisch aufklärenden Schriften, die in größerer Zahl auch an die Schulen verteilt werden, um auf

**Luplowits**

diese Art und Weise die Meinungsbildung in außenpolitischen Fragen frühzeitig zu schärfen. Ich glaube, dieses Defizit können wir und sollten wir raschest abbauen, weil gewaltige weltpolitische Umwälzungen ja vor sich gehen und von fundamentaler Bedeutung sind, nicht nur für uns, sondern für die gesamte Menschheit.

Ich halte es für notwendig, daß eine umfassende Information der Medien und aller Beteiligten hier vorgenommen wird.

Zum Bericht möchte ich folgendes sagen: Er macht manchmal in klaren und knappen Darstellungen die vielfältigen Aufgaben unserer Außenpolitik deutlich. Er zeigt, wie unser Land durch ein Geflecht von Beziehungen mit den weltpolitischen und -wirtschaftlichen Entwicklungen verknüpft ist. Er zeigt aber auch, daß die politischen Entscheidungen kaum mehr in Europa fallen, und das müssen wir uns selbst sagen, daß Europa längst nicht mehr das Entscheidungszentrum der Weltpolitik ist, und das sollten wir natürlich auch als Realisten zur Kenntnis nehmen.

Der Bericht zeigt, daß die Wahrung unserer Unabhängigkeit und Neutralität durch das weite, multinationale Engagement verstärkt wird. Das wurde heute schon von einigen Rednern gesagt, und ich möchte das besonders unterstreichen, weil ich glaube, durch diese Tätigkeit, durch unsere Außenpolitik, ist das Ansehen unseres Landes sehr stark gewachsen. All die Damen und Herren, die viel ins Ausland kommen, können das bestätigen, wie Österreich, wie seine Politik in diesen Ländern geschätzt wird.

Natürlich bietet der Bericht eine Fülle von Fakten, er kann als Nachschlagewerk angesehen werden, es wurde viel Material verarbeitet, ohne daß dabei die Gliederung leidet. Es ist übersichtlich. Der Bericht kann aber nicht darüber hinwegtäuschen, Herr Bundesminister, das habe ich auch schon im Ausschuß gesagt, daß die einzelnen Beiträge in ihrer Qualität sehr verschieden sind. Es gibt zum Beispiel einen ausgezeichneten UNESCO-Bericht, der die Weltkonferenz, der ausführlich alle Vorgänge schildert, und ich stelle mir vor, daß auch die anderen Berichte in derartiger Form abgefaßt werden oder derartig gestaltet werden.

Da gibt es natürlich wieder lapidare wenige Sätze, ich habe das im Ausschuß auch betont, und aus. Keine weiteren Folgerungen. Ich glaube, man sollte hier auch überlegen – wobei wir wirklich sagen, es ist eine großartige Leistung, die hier vollbracht wurde –, wie man diese Gleichwertigkeit in der Qualität auch herstellen könnte.

Hier noch eine Feststellung zu dem, was

Kollege Karasek zur Auslandskulturpolitik gesagt hat. Ich werde mich nicht sehr lange damit aufhalten, weil ich hier in diesem Hause schon einige Male sehr ausführlich dazu gesprochen habe, auch konkrete Vorschläge, noch zu Kirchschlägers Zeiten auf den Tisch gelegt habe. Es wurde gesagt, daß die Kulturpolitik, die Auslandskulturpolitik, die dritte Säule der Außenpolitik ist, und das Beispiel Frankreichs, das Kollege Karasek gebracht hat, ist natürlich sehr exorbitant. Was die Franzosen hier auf diesem Gebiete leisten, ist ja nirgends überbietbar, selbst die Bundesrepublik Deutschland blickt neidvoll auf die französische Auslandskulturpolitik, sie ist nicht in der Lage, hier mit gleichem Maße gemessen zu werden.

Ich glaube aber, wenn man ernsthaft dieser Meinung ist, daß die Auslandskulturpolitik die dritte Säule der Außenpolitik neben der allgemeinen und der Wirtschaftspolitik ist, dann meine ich, sollte man die Mittel verstärken; wenn das nicht geht, dann muß man halt sagen: wir müssen auf Schmalspur weiterfahren. Ich bin aber nicht dieser Meinung! Ich glaube, daß die Auslandskulturpolitik in der Zukunft einen viel größeren Stellenwert bekommen wird, als sie ihn heute manchmal hat, wenn er auch in diesem Hause vielleicht noch nicht erkannt wird, bis auf einige Damen und Herren, die sich damit sehr genau befassen.

Ich will nicht wegen der Organisation und des Umbaus des Außenamtes hier etwas sagen, aber man sollte dabei wirklich beachten, daß diesen Fragen der Auslandskulturpolitik ein besonderes Augenmerk geschenkt wird.

Und noch einige Gedanken zur Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa, Kurzformel: KSZE. Meine Damen und Herren! Wenn man zu dieser Problematik etwas sagen soll, dann muß man natürlich die Legende etwas kennen. Die Legende war doch die, daß Breschnjew – aus welchen Motiven will ich jetzt nicht überprüfen – auf alle Fälle gedrängt hat, diese Konferenz durchzuführen. Diese Konferenz hat also in Finnland, in Helsinki, stattgefunden.

Ich weiß nicht, ob der Ort bewußt gewählt wurde, manche Kommentatoren haben damals gesagt: na ja, die Russen haben bestimmt nach Helsinki eingeladen, um sozusagen Europa zu finnlandisieren, das heißt: in eine Abhängigkeit zur sowjetrussischen Politik zu bringen. Ich will mich dazu nicht äußern, weil das Spekulationen sind. Ich glaube aber, daß Breschnjew diese Konferenz gewünscht hat, diese Konferenz hat stattgefunden, und ich weiß nicht, ob die sowjetische Diplomatie heute ganz glücklich ist über diese Konferenz, weil sie ja nicht,

6108

Nationalrat XIV. GP - 63. Sitzung - 1. Juli 1977

**Luptowits**

wahrscheinlich nicht, geahnt hat, welche Wellen dieser Vertrag von Helsinki schlagen wird.

Natürlich muß man auch wissen, daß die russische Administration - die ist auch nicht zu unterschätzen - hier natürlich diesen Neuentwicklungen ganz gewaltige Schwierigkeiten bereitet hat. Das hat natürlich dazu geführt - und die Erscheinungen, die wir in der Sowjetunion erlebt haben, sind sicherlich darauf zurückzuführen -, daß es auch hier sehr stark widerstrebende Kräfte gibt. Ich glaube, wir sollten bei der Beurteilung von Helsinki und der Nachfolgerarbeit jetzt in Belgrad - und im Herbst soll ja die eigentliche politische Diskussion durchgeführt werden - diese drei Körbe nicht isoliert betrachten.

Ich vertrete die Auffassung, es ist verfehlt, immer nur einen Korb zu nehmen und den anderen sozusagen außer acht zu lassen. Diese drei Körbe müssen als Gesamtheit diskutiert werden.

Im Korb 1 stehen Fragen der Sicherheit in Europa zur Diskussion. Man sollte den Verzicht auf Gewalt und Androhung von Gewalt auch besonders diskutieren, man sollte die Unverletzlichkeit, die territoriale Integrität, die Gleichberechtigung, das Selbstbestimmungsrecht der Völker und die Zusammenarbeit zwischen den Staaten betonen. Das steht alles im sogenannten Korb 1, und andere Dinge stehen noch darunter. Zum Beispiel die Anmeldung von Manövern mit mehr als 25 000 Mann und die gegenseitige Entsendung von Manöverbeobachtern, was zum Teil schon funktioniert. Sicherlich ein Erfolg von Helsinki.

Im Korb 2, wo es um Fragen der wirtschaftlichen Kooperation, der wirtschaftlichen Zusammenarbeit, um Wissenschaft, um Technik, um Umwelt geht, ich glaube, daß gerade wir Österreicher, daß auf diesem Gebiet unser Bundeskanzler hier schon einige Male in Reden betont hat, daß gerade wir als neutrales Land - wobei wir uns natürlich nicht einbilden, daß, wenn wir das auf den Tisch legen, die anderen, vor allem die großen, mächtigen Staaten sich wie selbstverständlich sofort anschließen würden - auf diese Fragen vor allem in Europa ganz besonderen Wert legen sollten.

Herr Bundesminister! Ich nehme an, daß Dr. Liedermann als Botschafter und der Delegationsleiter Direktiven bekommen werden oder schon bekommen haben, auf diesem Gebiet in Belgrad besonders hinzuweisen.

Natürlich, spektakulär ist der Korb 3 vor allem durch die Erklärungen des amerikanischen Präsidenten Carter geworden. Ich bin nicht dafür, daß man das unterbewertet, aber man soll es auch nicht überbewerten. Sicherlich sind die

Menschenrechte unteilbar, das muß man natürlich sagen; sie gelten für alle Teile dieser Erde. Aber man sollte doch wissen, wie und in welchen Bereichen die Menschenrechte diskutiert werden sollen.

Ich höre, daß man zum Beispiel auch Österreich anklagen will: Verletzung der Menschenrechte in der Frage der Wanderarbeiter, also der Gastarbeiter. Es sollen auch andere Länder sozusagen angeklagt werden, daß sie den Menschenrechten nicht vollen Lauf lassen in ihrem Lande.

Man sollte also diesen Dingen wirklich vorsichtig, klar, entschieden begegnen, so wie es der amerikanische Präsident getan hat; ob man es in dieser Form machen kann, das können wir natürlich nicht beurteilen. Ich will nicht die amerikanische Politik, die Administration kritisieren. Es steht mir auch nicht zu, dem amerikanischen Präsidenten Ratschläge zu erteilen. Aber ich glaube, auch er hat schon die Grenzen erkannt, die seiner Politik gesetzt wurden. Ich kann mir eine Entspannungspolitik - und darauf kommt es ja letztlich an - nicht vorstellen, ohne daß man die Frage der Menschenrechte, aber auch die Fragen der militärischen Rüstung gemeinsam diskutiert.

Wo stehen wir augenblicklich in Belgrad? - Es haben die neun neutralen und blockfreien Länder gemeinsam - die Blockfreien sind also Jugoslawien, Zypern und Malta, die Neutralen sind Finnland, Österreich, Schweden, Schweiz, Liechtenstein und San Marino - einen Antrag für die Tagesordnung eingebracht.

Dieser Tagesordnungsvorschlag - so nehme ich an - wird bei den östlichen Staaten, aber auch beim Westen nicht immer die Gegenliebe finden, die wir eigentlich erwartet haben.

Ich las gestern, daß die Staaten der westlichen Welt sich mehr oder weniger schon mit diesem Vorschlag befreundet hätten. Die Russen haben noch bestimmte Bedenken, aber ich nehme an, daß die groben Töne, die sie die ersten Tage hier in Belgrad gesprochen haben, allmählich nachlassen und auch die Russen bereit sein werden, gemeinsam einen Vorschlag für die Tagesordnung für den Herbst zu beschließen.

Denn ich glaube, es kann niemand daran ein Interesse haben, daß Belgrad scheitert. Alle Staaten sollten und werden bemüht sein, zu einem Konsensus zu kommen. Denn die Folgen, die ein völliges Scheitern bedeuten würden, glaube ich, kann sich jeder selbst ausmalen.

Ich sage, es gibt für mich keine Alternative zur Entspannungspolitik. Denn eine Rückkehr zum Kalten Krieg kann ich mir persönlich mit all den Folgen nicht vorstellen. Wir sollten alles tun,

**Luptowits**

und Österreich hat ja seine guten Dienste schon in Genf bei den Verhandlungen angeboten.

Ich erinnere mich an zwei Gespräche, die ich mit dem österreichischen Delegationsleiter, der in Genf die Verhandlungen geleitet hat, mit Dr. Liedermann, dem jetzigen Botschafter in Belgrad, geführt habe. Er hat mir erzählt, in wieviel schwierigen Stunden es nur möglich gewesen war, auch zum Beispiel in bezug auf die sprachliche Formulierung die Dienste anzubieten.

Es ist den Neutralen, Österreich, Schweiz und Schweden, gelungen, schon in Genf in diesen Gesprächen zum Abschluß dieses Vertrages zu kommen und sehr wertvolle Dienste zu leisten. Ich nehme an, daß es auch diesmal in Belgrad der Fall sein wird. Und wenn es dann die große Auseinandersetzung, die politische Diskussion – sie kommt ja erst im Herbst in Belgrad – geben wird, so kann diese ruhig hart sein, aber sie darf kein Tribunal sein, weder für die eine noch für die andere Seite.

Ich glaube, von dieser Schau aus gesehen sollten wir diese Entspannungspolitik und die Arbeit in Belgrad und in der Folge sehen.

Alle Staaten sind bemüht, daß Belgrad keinen Abschluß bedeutet. Ich glaube, auch wir als neutrales Land sind daran interessiert, daß die Gespräche weitergehen.

Es wäre auch denkbar, daß die nächstfolgende Konferenz in Wien stattfindet. Da sich ja Wien als Konferenzort bereits einen Namen gemacht hat, würden wir es begrüßen, wenn eine solche Folgekonferenz in Wien stattfinden könnte. Ich glaube, daß nicht nur die klimatischen Voraussetzungen, die geographisch-klimatischen Voraussetzungen, sondern auch die politischen Voraussetzungen hier gegeben wären, um den Verhandlungspartnern das Gefühl zu geben, daß Wien auch seinen Beitrag für diese Entspannungspolitik leistet.

Natürlich, wenn für die Sowjetunion nach Herrn Breschnjew die Koexistenz nicht für den ideologischen Bereich gilt, dann muß auch der Demokrat für seine ideellen Grundlagen eintreten können. Hier muß also Waffengleichheit herrschen. Jeder muß seine Auffassungen, seine Meinungen vertreten können, es sollte aber dabei zu keinen entscheidenden Konflikten kommen.

Meine Damen und Herren! Wenn vielfach die Meinung vertreten wird, Helsinki hätte nichts gebracht, so muß ich dem entgegenreten und sagen: Helsinki hat sehr viel gebracht. Helsinki hat vor allem Entwicklungen eingeleitet, die, so glaube ich, nicht mehr rückgängig gemacht werden können. Wenn wir alle zusammen, wenn

alle Länder sich bemühen, die Kontakte nicht abreißen zu lassen – vielleicht gibt es dann und wann auch dauernde Lösungen, vielleicht gibt es in Belgrad ein Schlußprotokoll, aus dem man weitere Hoffnungen für die weitere politische Entwicklung hegen kann.

Ein letzter Satz noch zum Europarat. Die Kontaktstelle für alle Bemühungen in Europa, aber auch über Europa hinaus, eine Entspannungspolitik zu machen, finde ich im Europarat besonders. Ich habe das in meiner Rede im Frühjahr dieses Jahres auch in Straßburg gesagt, und ich glaube, da auf den verschiedensten Gebieten sich eine Zusammenarbeit anbietet, sollte man die Möglichkeit und die Einrichtung des Europarates für diese Aufgabe nützen.

Es sollte jede Eifersüchtelei zwischen Brüssel und Straßburg und anderen Einrichtungen – solche Eifersüchteleien gibt es halt leider in der internationalen Politik auch – aus der Welt geschafft werden. Denn es geht schließlich und endlich in der Politik um das Überleben der Menschheit. Jeder, der dazu beitragen kann, meine Damen und Herren, jeder auch hier in diesem Haus, sollte sein Scherflein dazu beitragen. – Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit. *(Beifall bei der SPÖ.)*

**Präsident Minkowitsch:** Als nächster zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Dr. Mock. Ich erteile es ihm.

**Abgeordneter Dr. Mock (ÖVP):** Meine Damen und Herren! Ich möchte zuerst zu einigen Ausführungen von Vorrednern Stellung nehmen, dann zu einigen laufenden Problemen und weiters zu einigen Grundsatzfragen der österreichischen Außenpolitik.

Nur ganz kurz, Herr Abgeordneter Luptowits: Sie haben davon gesprochen, daß man den Korb 3, das heißt das Anliegen der Europäischen Sicherheitskonferenz, die menschlichen Kontakte zwischen Ost und West, die Zusammenführung der Familien zu erleichtern und zu verbessern, nicht unterbewerten soll, aber auch nicht überbewerten.

Also bitte, bei dem Zustand der menschlichen Grund- und Freiheitsrechte in dieser Welt braucht man wirklich nicht zu fürchten, daß irgendwo dieses Anliegen überbewertet wird. Wir können es gar nicht hoch genug werten, auch im Rahmen der Europäischen Sicherheitskonferenz, auch im Rahmen der Vereinten Nationen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Letztlich, Herr Abgeordneter Luptowits, ist



6110

Nationalrat XIV. GP - 63. Sitzung - 1. Juli 1977

**Dr. Mock**

das ja überhaupt das zentrale Problem des menschlichen Fortschritts. Was ist denn in einem weiten Bereich die Geschichte anderes als das Bemühen des Menschen um mehr Freiheit, um mehr persönliche Freiheit, auch um mehr Freiheit von sozialer Ungerechtigkeit? Daher, glaube ich, kann man diesem Anliegen, das in Helsinki als Korb 3 formuliert wurde, auch wenn das gesamte ein Paket ist, nur eine sehr hohe Priorität geben.

Herr Abgeordneter Czernetz hat hier im Nationalrat schon sehr oft - also in den Jahren, als ich hier war - in einer sehr freimütigen Weise, auch was die eigene Regierung angeht, Stellung genommen. Ich habe mir erlaubt, das schon ein- oder zweimal als damals relativ junger Abgeordneter zu bemerken, weil das keine Selbstverständlichkeit ist bei dem gewachsenen System, wie es hier mit der Klubdisziplin praktiziert wird.

Und ich muß heute neuerdings sagen, daß ich beeindruckt war über die sehr kritischen Äußerungen des Herrn Abgeordneten Czernetz bezüglich der Amtsführung von Bundesminister Dr. Pahr. Er hat gemeint, so stimme ja das nicht, wie der Bundesparteiohmann Dr. Taus das formuliert hat; das Verhalten von Bundesminister Pahr gegenüber der Anliegen der Südtiroler und im Bereich der Südtirolpolitik komme dem Verhalten und dem Benehmen eines großen Elefanten gleich, das sei nur ein kleiner und sanfter Elefant. - Herr Abgeordneter, Sie haben der Kritik der Opposition damit mehr als deutlich recht gegeben. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Aber, Herr Bundesminister, ich glaube, ich selbst hätte gezögert, diesen sehr harten Vergleich mit dem Elefanten zu gebrauchen. Aber da müssen sie schon verstehen, daß die Opposition hier das noch klarer sagt: Wir können gerade im Bereich der Außenpolitik weder kleine noch große Elefanten brauchen, dazu steht viel zuviel auf dem Spiel. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Der Herr Abgeordnete Karasek hat in seiner noblen Art auch gemeint, in der Frage der Kritik an der Südtiroler Volkspartei wäre es besser gewesen, sich nach dem Rezept zu halten: Reden ist Silber, Schweigen ist Gold. Herr Bundesminister, ich muß Ihnen sagen: Nicht einmal eine Bronzemedaille haben Sie für diesen wirklich sehr massiven diplomatischen Ausrutscher verdient.

Ich möchte auch unterstreichen, was hier Bundesparteiohmann Peter bezüglich eines stärkeren Engagements des Nationalrats im Bereich der Außenpolitik gesagt hat. Das ist ein kompliziertes Problem. Ich möchte das als Anliegen unterstreichen. Man müßte aber auch

dem Nationalrat das Arbeitsinstrumentarium geben, sich hier stärker zu engagieren, den Fraktionen die Fachleute geben, die sich mit den Problemen analytisch auseinandersetzen, um nicht nur von den Unterlagen abhängig zu sein, die einem die Regierung zur Verfügung stellt. - Übrigens gar nicht so etwas Neues; das gibt es in jedem weiter entwickelten Parlament als in unserem. Ich glaube, daß ein Arbeitsinstrumentarium eben eine sehr zentrale Notwendigkeit ist, um diesen Wunsch nach einem stärkeren außenpolitischen Engagement zu erfüllen.

Herr Bundesminister! Ich möchte jetzt noch kurz darauf eingehen, daß Sie am 11. Mai 1977 den Vorwurf erhoben haben: Die Südtiroler stellen immer wieder neue Forderungen, die über das Südtirol-Paket hinausgehen.

Sie haben damit meiner Auffassung noch eine Aussage getroffen, die Sie weder konkret beweisen konnten, die meiner Auffassung nach in der Substanz falsch ist, diplomatisch ein Fehltritt war und außerdem das Bemühen der im Parlament vertretenen Parteien um eine gemeinsame Südtirollinie und um eine optimale Autonomie in Frage gestellt hat. *(Zustimmung bei der ÖVP.)*

Die kritischen Äußerungen waren zahlreich. Die Südtiroler Volkspartei hat Ihnen jüngst auf ihrem Landestag die Absolution davon erteilt, um die Gesprächssituation wieder zu normalisieren. Es wird sich mit dieser Aussage auch noch, glaube ich, Herr Kollege Ermacora sehr eingehend beschäftigen. Ich möchte Ihnen eines sagen, Herr Minister: Wir werden mit aller Akribie kontrollieren, ob Sie als Konsequenz dieser Aussage die Anliegen der Südtiroler nur mehr restriktiv vertreten oder ob Sie zu der früheren Linie zurückkehren, das Anliegen der Südtiroler auf Erfüllung des Operationskalenders und vor allem des Pakets optimal zu erfüllen.

Das war ein zentrales Anliegen für uns und wird eines bleiben. Und wenn Sie sagen, sie haben überhöhte Forderungen gestellt, dann wäre für Sie die Konsequenz, sich restriktiv in Ihren Unterstützungsbemühungen für die SVP, für die Südtiroler Volksgruppe, zu verhalten. Und da gäbe es nie eine gemeinsame Linie mit Ihrer Politik. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Aber Herr Minister, ich möchte mich bei dieser Frage eigentlich mit etwas anderem beschäftigen. Sie haben damals laut „Kurier“ und dann auch in einem ORF-Interview festgestellt, der Abgeordnete Keimel habe Sie zu dieser Frage provoziert. Ja, Herr Bundesminister, es ist Ihnen sicherlich nicht nur in Ihrer politischen Funktion, sondern von Ihrer früheren Tätigkeit bestens bekannt, daß es ein Fragerecht

**Dr. Mock**

gibt laut Artikel 52 der Bundesverfassung, laut § 90 oder 94 der Geschäftsordnung, wo das sehr klar festgelegt ist und aus dem hervorgeht, Herr Bundesminister: Wenn Sie eine Anfrage erhalten, die gemäß der Geschäftsordnung eingebracht ist, so haben Sie ausreichend zu antworten oder, wenn Sie nicht antworten wollen, die Verweigerung der Antwort zu begründen, aber nicht zu zensurieren, nicht zu sagen, das sei provokant gewesen, so in Mundart ausgedrückt: Darf er den überhaupt so fragen? Ich weise dieses Verhalten mit Nachdruck zurück! *(Beifall bei der ÖVP.)*

Und ich möchte gerade auch zu den Abgeordneten der sozialistischen Fraktion sagen: Das ist kein Streitpunkt zwischen dem Abgeordneten Keimel oder mir und Bundesminister Pahr. Das ist meiner Auffassung nach nicht einmal ein Streitpunkt zwischen Opposition und Bundesregierung oder Regierungsfraktion. Das ist eine Frage der Selbstachtung des Parlaments, daß man solche Bemerkungen von einem Regierungsmitglied nicht zuläßt. Und ich glaube, bei einer solchen Kritik sollte eigentlich jeder Parlamentarier auf den Plan treten, ja eigentlich müßte jeder Demokrat interessiert sein, daß sich ein Regierungsmitglied solche Dinge nicht leistet. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Herr Abgeordneter Czernetz! Sie haben gemeint, es sei besser, wenn man über Dinge wie diesen Ausrutscher in der Südtirolfrage den Mantel des verständnisvollen Schweigens hüllt. – Bitte, Sie haben nur von „besser Schweigen“ gesprochen. Mit Recht hat Bundesparteiobmann Dr. Taus sehr hart, aber sehr klar dem Minister gesagt, es wäre besser, wenn er geschwiegen hätte. Aber er schweigt ja nicht. Am 20. 4. war der außenpolitische Rat; da ist die Sache erörtert worden. Und am 24., 25., 26. hat er den nächsten Bock geschossen, indem er gemeint hat: Nach dem Urteil des Bundesministers – heißt es hier – sei die Südtiroler Bevölkerung gegenwärtig ruhig und weitgehend zufriedengestellt. – Richtig: Es wäre besser gewesen zu schweigen, aber vom Bundesminister. Jedenfalls nicht von der kontrollierenden Opposition! *(Beifall bei der ÖVP.)*

Und, Herr Abgeordneter Czernetz, hinter dieser Bemerkung scheint sich – ich lasse mich gerne durch einen Zwischenruf korrigieren – ein falsches Verständnis des außenpolitischen Rates zu verstecken. Das ist doch kein Ablagefach, kein Fach zum Verstecken der Ausrutscher der Bundesregierung und des Außenministers. Der Außenpolitische Beirat, meine Damen und Herren, dient nach dem Gesetz aus dem Jahr 1976 der Beratung der Bundesregierung in Konsultationen mit den Parlamentsparteien und der Information der im Parlament vertretenen

Parteien. Aber, wie gesagt, er kann nicht – wie ich vorhin formuliert habe – als Ablagefach für Fehler des Außenministers dienen. Da hätten wir auch ein unterschiedliches Verständnis bezüglich dieser Institution, die außerdem ihre wirkliche Berechtigung wahrscheinlich erst noch beweisen muß.

Nun, Herr Bundesminister, es hat heute Bundesparteiobmann Taus neuerdings vorgeschlagen, doch eine Initiative zu ergreifen für einen internationalen Katastrophenfonds, um eine rasche, effiziente Hilfe bei Naturkatastrophen in Europa zu ermöglichen. Es hat Bundesparteiobmann Peter gestern auch mit politischen Argumenten dafür plädiert. Sie haben eine Prüfung dieses Anliegens zugesagt, ich möchte Sie heute nochmals ermuntern, ich möchte Sie heute nochmals an Zähigkeit dieses Anliegen, zum Beispiel im Rahmen des Europarates zu vertreten.

Meine Damen und Herren! Es ist heute auch schon die Organisation des Bundesministeriums für Auswärtige Angelegenheiten hier zur Behandlung gekommen. Ich möchte hier, Herr Bundesminister, zu Ihrer gestrigen Mitteilung, daß Sie den Ausbau des Netzes an diplomatischen Vertretungen weiter beabsichtigen, sagen, grundsätzlich ist das ein Anliegen, zu dem wir auch positiv stehen. Aber eigentlich in einer anderen Art, wie das bisher geschehen ist.

Herr Bundesminister, wenn eine neue Botschaft errichtet wird, dann soll der Botschafter so einen Mitarbeiterstab haben, daß er tatsächlich auch arbeitsfähig ist. Wenn er keinen einzigen Mitarbeiter hat, dann kann er sich nur mit den laufenden Routinearbeiten beschäftigen und ist für die eigentliche politische Arbeit oder für die wirtschaftliche oder kulturpolitische Vertretungsarbeit kaum einsatzfähig.

Wir wollen keine Einschichtbotschaften, wo irgendwo in einem schwarzafrikanischen Land ein Botschafter sitzt wie in Lusaka, der drei, vier andere Länder mitzubetreuen hat, und mit der reinen Administration im Bereich des eigenen Büros schon in einem hohen Ausmaß ausgelastet ist.

Ich wäre auch dankbar, Herr Bundesminister, wenn Sie uns mitteilen können, ob es tatsächlich Ihre Absicht ist, auch die Botschaft beim Heiligen Stuhl zu einer solchen – wie ich es genannt habe – Einschichtbotschaft zu machen. Wir wissen, welcher hohen Informationswert die Botschaft beim Vatikan hat, wir wissen um die besonderen Beziehungen, um den besonderen Charakter, die dieser diplomatischen Vertretung zukommt; auch in der Gegenwart. Ich wäre dankbar, wenn Sie uns hier eine Mitteilung machen könnten.

6112

Nationalrat XIV. GP - 63. Sitzung - 1. Juli 1977

**Dr. Mock**

Nun, Herr Minister, wäre ich auch interessiert zu wissen, ob es stimmt, daß es am 6. Juni von Ihnen oder von einem Ihrer Mitarbeiter einen Dienstzettel gegeben hat, daß man entsprechendes Material sammelt, um die burgenländische Landtagswahl und damit die sozialistische Propaganda dort vorzubereiten. Es hätte so ein Rundschreiben gegeben, wo die Beamten aufgefordert wurden, im Hinblick auf die Landtagswahl Material zusammenzustellen. Und als der Unmut zu groß war, hat man das revidiert und gesagt, nicht nur für das Burgenland, meine Damen und Herren, sondern für alle Bundesländer im Hinblick auf das Forderungsprogramm der Bundesländer müßte eine solche Arbeit erstellt werden.

Ich verahre mich mit Nachdruck dagegen, Herr Bundesminister, daß Sie es zulassen - ich unterstelle Ihnen nicht von vornherein, daß Sie es selbst angeschafft haben -, daß Sie es zulassen, daß sozusagen das Außenministerium als eine Untersektion der Propagandaabteilung der Löwelstraße angesehen wird. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Herr Minister! Dann erklären Sie uns noch gestern, daß die meisten Botschaften in Schwarzafrika nicht einmal Zugeteilte haben. Sie haben offensichtlich hier noch Kapazitäten frei, wenn sie solche Arbeiten durchführen.

Auch Herr Abgeordneter Czernetz hat ja heute hier gemeint - eine zweite und sehr kritische Anmerkung -, daß dem Außenministerium nicht genügend Mittel zur Verfügung stehen, um seiner Aufgabe nachzukommen. Bitte, das nach sieben Jahren sozialistischer Amtsführung im Außenministerium. Härter könnte bezüglich der inneren Ausstattung des Außenministeriums die Kritik der Opposition auch nicht ausfallen.

Ich wäre Ihnen auch dankbar, Herr Minister, wenn Sie sich weiterhin bemühen, die Kosten, die besonders den vom Ausland zurückberufenen Diplomaten anfallen, weil ihre Kinder in ausländische Schulen gegangen sind, man sie auch in Wien in ausländische Schulen schicken muß, weil sie gewohnt sind, in der entsprechenden Sprache zu lernen, wenn Sie die Übernahme der Kosten durch die öffentliche Hand sicherstellen. Das ist bis vor zwei Jahren geschehen, die Kollegen haben im guten Glauben gehandelt, als sie zurückgekommen sind, und jetzt wird ihnen das zwei Jahre schon nicht bezahlt. Ich weiß, daß Sie sich in dieser Richtung bemühen, aber ich glaube, hier sollten Sie mit größerem Nachdruck dahintersein.

Nun, meine Damen und Herren, möchte ich noch einige grundsätzliche Anmerkungen zur österreichischen Außenpolitik machen.

Herr Abgeordneter Czernetz, Sie haben heute auch gemeint, es gebe hier den Standardsatz über die Neutralität oder über den Staatsvertrag. *(Abg. Czernetz: Ich habe ihn zitiert!)* Ja.

Ich möchte folgendes sagen: Der Staatsvertrag vom 15. Mai 1955 und das Bundesgesetz über die immerwährende Neutralität sind Fixpunkte bei der Entwicklung unserer außenpolitischen Vorstellungen mit allen Konsequenzen, die sich daraus für das politische Verhalten auch in Fragen der Landesverteidigung ableiten. Von dem gehen wir nicht weg. Ich habe es so empfunden, daß Sie das ein bißerl abqualifiziert haben: der „Stehsatz“. Ich komme auf dieses Thema ohnehin noch zu sprechen. *(Abg. Czernetz: Darf ich Ihnen sagen, das war eine Bemerkung des Dr. Taus! Ich habe es leicht kritisch zitiert!)* Bitte, dann sind wir in der Frage der Neutralität alle drei einer Meinung.

Es gibt eine klare Priorität bei der Entwicklung unserer außenpolitischen Vorstellungen: Das sind die Beziehungen Österreichs zu den Staatsvertragsmächten, das sind die Beziehungen Österreichs zu den Nachbarstaaten und zu den anderen Mitgliedsstaaten der EFTA und der EWG, und das sind anschließend in dieser Priorität die Beziehungen Österreichs zu allen anderen Mitgliedsstaaten der Vereinten Nationen oder Staaten dieser Welt. Genau in dieser Reihenfolge haben wir eine Priorität aufgestellt, immer befolgt, die auch unsere außenpolitischen Vorstellungen immer wieder geprägt hat.

Wenn ich hier den Staatsvertrag und die Neutralität betont habe, habe ich gesagt: auch mit der Konsequenz für die Landesverteidigung.

Wir hatten, meine Damen und Herren, vorgestern eine Debatte über die innere Sicherheit. Und die lamentable Polemik allein von Minister Lanc gegen Recht und Ordnung, die sich in den letzten Tagen und auch bei dieser Debatte gezeigt hat, widerspiegelte wieder einmal das zweifelhafte Verhältnis der Sozialisten sowohl zur inneren als auch zur äußeren Sicherheit.

In dem Problemkatalog für das neue Parteiprogramm gibt es keine einzige Aussage von Substanz zu Fragen der äußeren Sicherheit, zur Frage, wodurch wird die äußere Sicherheit gewährleistet, zur Frage der Landesverteidigung. In einem umfassenden Problemkatalog für ein neues Parteiprogramm findet die Regierungspartei keine einzige Aussage. Stärker könnte man neben dem Verhalten der Regierungsmitglieder nicht sehen, wie ambivalent ihr Verhältnis zu Fragen der Sicherheit ist. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Und nun wage ich zu behaupten, meine Damen und Herren, daß die äußere Sicherheit

**Dr. Mock**

angesichts einer viel beweglicheren Welt oder unsicheren Welt ein heute schwieriger zu bewältigendes Anliegen ist als noch vor einiger Zeit. Ich wage zu behaupten, so wie die innere Sicherheit die Voraussetzung für die Freiheit des Bürgers ist, ist die Gewährleistung der äußeren Sicherheit die Voraussetzung für die Freiheit und Unabhängigkeit eines Staates.

Deswegen bringen wir dieses Anliegen immer wieder bei jeder außenpolitischen Debatte. Warum ist dieser äußere Rahmen viel unsicherer geworden? Er ist unsicherer geworden wegen der Bewegung, die im politischen Bereich auf internationaler Ebene eingetreten ist, er ist unsicherer geworden wegen der Verunsicherung im wirtschaftlichen Bereich, im militärischen Bereich und im ideologischen Bereich.

Im wirtschaftlichen Bereich, um das Thema dann gleich wegzulassen, Verunsicherung des Weltwährungssystems, eine neue Weltwirtschaftsordnung ist vorgeschlagen worden. Zahlungsbilanzprobleme, wirtschaftliche Strukturfragen, meine Damen und Herren, die auch zu Existenzfragen für bestimmte Länder werden oder den Eindruck gemacht haben, daß sie es werden. Ich erinnere an Italien und an England. Militärisch: das Gleichgewicht zwischen Ost und West. Im Bereich der konventionellen Bewaffnung ist schon längst nur mehr eine nicht mehr haltbare These.

Ich möchte hier nicht lange Statistiken aufzählen. Herr Abgeordneter Czernetz hat wiederholt darauf verwiesen. Gepanzerte Divisionen: NATO 17, Warschauer Pakt 37. Infanteriedivisionen: NATO 53, Warschauer Pakt 63. Panzer: NATO 11 000, Warschauer Pakt 26 500. Und ähnliches mehr.

Wenn ich noch dazu denke, wie die Kapazität, Atomwaffen zu erzeugen, auch mittlerer, selbst kleiner Staaten wächst, so sehen wir, daß es viel schwieriger geworden ist, das Gleichgewicht und die Stabilität auch vom Militärischen her zu halten.

Solche Dinge wie im Jahre 1956, daß man sich in Moskau und in Washington geeinigt hat, der Konflikt zwischen Ägypten und Israel hätte sofort dort und dort beendet zu sein, sind heute nicht mehr möglich. Das zeigt sich allein schon aus dem Verhalten Ägyptens, aus dem Verhalten Indiens, die ohne weiteres ihre Allianzlager wechseln.

Meine Damen und Herren! Womit ich mich aber etwas länger auseinandersetzen möchte, ist der ideologische Bereich: Die Verunsicherung. Es gibt heute keine monolithischen Lager des Kommunismus mehr. Es gibt noch ein kommunistisches Lager, aber es ist weit davon entfernt, monolithisch zu sein. Denken wir an die

Differenzen: Einerseits Jugoslawien, die besonderen Facetten der Position Rumäniens; andererseits die Haltung der Sowjetunion, der DDR, der Tschechoslowakei, um sozusagen die geschlossensten Teile des östlichen Lagers zu nennen. Hier ist eine große Bewegung hineingekommen durch den ganzen Eurokommunismus. Der Eurokommunismus ist eine Bewegung, die sich verbal zum Machtwechsel, zum Mehrparteiensystem, zum Machtwechsel zwischen Regierung und Opposition, zu den menschlichen Grund- und Freiheitsrechten bekennt, die verbal aufgegeben hat den Klassenkampf, die Diktatur des Proletariats, den proletarischen Internationalismus als eine Formel, unter der man die Unterordnung unter ein kommunistisches Weltzentrum in Moskau verstand, zu vertreten.

Verbal hat man das bisher gemacht. Aber die Auseinandersetzung nimmt zu. Vor kurzem wurde zum ersten Mal ganz offiziell der Vorsitzende der Spanischen Kommunistischen Partei Santiago Carrillo verurteilt und in einer prominenten russischen Zeitschrift angegriffen.

Ich glaube, ich kann es für die ganze Fraktion sagen – weil immer wieder kommentiert wird: Wie verhalten sich die westlichen Parteien dazu? –: Solange diese Erklärungen der westlich-kommunistischen Parteien nicht mit ihrer politischen Praxis übereinstimmen, solange nicht in der politischen Praxis der Mehrparteiensstaat praktiziert wird, dort, wo Kommunisten die Mehrheit haben, solange nicht der Machtwechsel zwischen Opposition und Regierung funktioniert, solange nicht der volle Respekt der Grund- und Freiheitsrechte gegeben ist, und zwar nicht als vom Staat anerkannte Rechte, sondern als natürliche Rechte der menschlichen Person, so lange werden wir diesen Erklärungen keinen Glauben schenken und können solche Parteien auch nicht Koalitionsparteien einer demokratischen Partei sein! (*Zustimmung bei der ÖVP.*)

Meine Damen und Herren! Da zeigt sich ein sehr gefährliches Phänomen. Ich möchte das gerade auch an die Adresse der sozialistischen Abgeordneten richten. Diese eurokommunistische Optik, dieses verbale Bekenntnis, untermalt durch manchen Streit mit Moskau, hat natürlich seine Wirkung im Westen. Auch Santiago Carrillo hat gesagt, hätten sie ihn doch nur von Moskau vor den spanischen Wahlen angeschüttet, hätte er sich einen besseren Wahlerfolg erwartet. Aber es zeigt sich auch, daß immer mehr Gruppen oder sozialistische Parteien, westlich-sozialistische, demokratisch-sozialistische Parteien bereit sind, in Koalition oder in Kooperation mit Kommunisten zu gehen.

Ich anerkenne, daß es bei ihnen unterschiedliche Meinungen gibt. Ich anerkenne das sehr klare Verhalten in dieser Frage, das sehr klare

6114

Nationalrat XIV. GP - 63. Sitzung - 1. Juli 1977

**Dr. Mock**

Verhalten zum Beispiel des deutschen Bundeskanzlers. Aber, Herr Abgeordneter Czernetz, das ändert nichts daran, daß es jetzt nun schon seit Jahren ein gemeinsames sozialistisch-kommunistisches Regierungsprogramm in Frankreich zwischen Marchais und Mitterand gibt. Das ändert nichts daran, daß Palme nur drei Jahre regieren konnte, weil er sich auf die kommunistischen Stimmen im schwedischen Reichstag abgestützt hat. Das ändert nichts daran. (Abg. Hatzl: Was ist in Italien?) Darauf komme ich auch noch zu reden, Herr Abgeordneter Brandt, Vorsitzender der Sozialdemokratischen Partei, nicht als staatlicher Funktionär, was selbstverständlich ist, einen Staatsbesuch in Polen macht, sondern den Chef der polnischen Sozialistischen Partei besucht.

Ich muß sagen: Es wurde zwar vor zwei Jahren eine Aussage von Brandt anlässlich seines Besuches in der Sowjetunion über die besondere Zusammenarbeit mit der Kommunistischen Partei der Sowjetunion dementiert; der Zweifel bleibt.

Wie lange geht denn das weiter? Ich betrachte das als eine sehr gefährliche Entwicklung, wenn hier so eine Grauzone zwischen Demokraten und Nichtdemokraten auftaucht.

Ich glaube, Herr Abgeordneter Czernetz, was wir brauchen, ist nicht mehr Gemeinsamkeit zwischen Demokraten und Nichtdemokraten, sondern angesichts der Tatsache, daß es zum Beispiel in Europa nach der Entwicklung in Griechenland, nach der Entwicklung in Portugal und Spanien nur mehr linke Diktaturen gibt, sondern was wir brauchen, ist mehr Gemeinsamkeit der Demokraten, ganz gleich, in welcher Partei sie stehen. (Zustimmung bei der ÖVP. - Abg. Czernetz: Wem sagen Sie das?!)

Herr Abgeordneter Czernetz! Sie schütteln Ihr Haupt. Ich appelliere an Sie, weil ich von Ihnen annehme und aus Ihren Bemerkungen schließe, daß Sie das ablehnen und weil Sie in Ihrem Bereich sehr oft schon offene Worte gebraucht haben. Man hat das doch alles gehabt. Schauen wir einige Jahrzehnte zurück, wo das gelegentlich aufhören kann.

Meine Damen und Herren! Sie, Herr Abgeordneter Czernetz, haben heute etwas gesagt oder vorgelesen vom leidenschaftlichen Ringen zwischen Freiheit und Diktatur. In Ihrem Parteiprogramm - ich glaube, auf Seite 220 - heißt es, es gibt keine Gemeinsamkeit zwischen Sozialismus und Diktatur. Aber es gibt offensichtlich eine Gemeinsamkeit zwischen einer sozialistischen Partei und einer Diktaturpartei wie der Kommunistischen Partei Frankreichs. Das ist

doch fehlende Konsequenz. (Abg. Czernetz: Das ist ja nicht eine Partei!)

Jetzt komme ich zu dem Zwischenruf. Es wird, meine Damen und Herren, immer Italien erwähnt. Ich habe vorhin gesagt, so lange nicht in der Praxis und in der Theorie die grundsätzlichen Voraussetzungen einer demokratischen Entwicklung von Kommunisten akzeptiert sind, können sie keine Koalitionspartner sein. Und wenn sie das eines Tages akzeptieren, dann sind sie keine Kommunisten mehr, um das auch klar zu sagen.

Wie ist denn das in Italien? Dort gibt es nur mehr die Alternative - es mag sie vielleicht eines Tages geben -, ob nur die Kommunisten übernehmen, als die zweite große Partei, oder ob es durch das Einbinden gelingt, eine kommunistische Machtübernahme zu verhindern. Dort gibt es keine demokratische Alternative, weil die Sozialisten und die Sozialdemokraten seit Jahrzehnten gespalten sind, unfähig waren, sich als Alternative zu entwickeln, und weil heute, Herr Abgeordneter Hatzl, die zwei sozialistischen Parteien es sogar ablehnen, in eine Koalition mit den Christdemokraten zu gehen. Eine ganz andere Situation.

Meine Damen und Herren! Ich würde niemals die Entwicklung nach 1945 in Österreich kritisieren, weil unter dem Druck von besonderen Verhältnissen es damals auch die Sozialistische Partei und die Österreichische Volkspartei akzeptieren mußten, eine Kommunistische Partei in der Regierung zu haben. Aber diesen Opportunismus, daß man mit Kommunisten gegen demokratische Parteien die Macht behalten will oder erwerben will, das verurteilen wir mit allem Nachdruck! (Zustimmung bei der ÖVP.)

Es hat doch der Herr Bundeskanzler hier einmal gemeint, darauf angesprochen: In Frankreich könne sich eine Alternative auf der linken Seite nicht anders bilden zur gegenwärtigen Regierung, außer durch dieses sozialistisch-kommunistische Bündnis. Er hat dann hinzugefügt: Es ist Mitterand mit dieser politischen Haltung gelungen, aus einer Partei von rund 10 Prozent eine um 35 Prozent herum zu schaffen.

Ja bitte: Der Zweck heiligt die Mittel. Es gibt keine Gemeinsamkeit - siehe sozialistisches Parteiprogramm - zwischen Diktatur und Sozialismus. Aber wenn es der Eroberung der Macht dient, kann man es ja einmal probieren. Und davon möchten wir uns nicht nur distanzieren, sondern davor möchten wir jene Kollegen in der sozialistischen Fraktion, die gleichfalls diese Entwicklung sehr bedenklich finden, auch mit

**Dr. Mock**

Nachdruck warnen. (*Präsident Probst übernimmt den Vorsitz.*)

Herr Abgeordneter Czernetz! Sie haben heute gesagt, man müsse mit etwas Realismus die Frage „auferlegte Neutralität“ behandeln. Da haben Sie hier ausgeführt: man müsse sozusagen die Sache ausgewogener darstellen. Der Herr Parteiobmann hat gesagt, es gibt nur eine freiwillig gewählte immerwährende Neutralität. Und man müsse das mit mehr Realismus beurteilen, denn schließlich und endlich hätten das die vier Staatsvertragsmächte gefordert.

Ich darf in Erinnerung rufen, meine Damen und Herren: Am 4. 1. 1977 hat Minister Lütgendorf gesagt, es handle sich in Österreich um eine auferlegte Neutralität. Meine Damen und Herren, mit dem Abgang von Lütgendorf ist ja überhaupt eines der trübsten Kapitel der Landesverteidigungspolitik beendet und auch eine Belastung der außenpolitischen Optik beseitigt worden.

Das ist ja nicht so einfach. Der Herr Bundeskanzler hat im Außenpolitischen Rat gemeint, als wir gesagt haben, korrigieren Sie diese Stellungnahme: Aber das habe ich schon jahrzehntelang gesagt, daß es sich um eine freiwillig gewählte Neutralität handelt.

Herr Bundeskanzler, habe ich gemeint, wenn Sie das schon jahrzehntelang gesagt haben, warum haben Sie das getan? - Weil es aus politischen Gründen so wichtig ist, nie darüber einen Zweifel aufkommen zu lassen, daß wir diese Neutralität gewählt haben, daß wir diese Neutralität an Hand des Völkerrechtes interpretieren.

Ja wenn Sie es jahrzehntelang als Staatssekretär, habe ich gesagt, Herr Bundeskanzler, als Außenminister gesagt haben, wenn es die ÖVP-Bundeskanzler immer wiederholt haben mit einem hohen Ernst über ihre Verantwortung, nicht als Stehsatz, dann müssen Sie es umso mehr wiederholen, wenn zum erstenmal ein Mitglied der österreichischen Bundesregierung genau das Gegenteil sagt.

Aber der Opportunismus war eben so groß, daß man gesagt hat, hoffentlich versickert diese Angelegenheit. Und ich hätte darauf gewartet, Herr Bundesminister, daß wenigstens Sie einmal ohne Bezugnahme auf diesen Vorfall in einer sehr klaren Form das klargestellt hätten. Ich meine, es würde jetzt zu weit führen, meine Damen und Herren ... (*Abg. Czernetz: Ich habe das jedenfalls klargestellt!*) Ja, Sie haben hier gesagt, Herr Abgeordneter Czernetz, man müsse das ausgewogen diskutieren, denn vielleicht sei doch ein bisschen Druck dabei gewesen. (*Abg. Czernetz: Das habe ich ausdrücklich gesagt: Wir haben freiwillig gewählt, man muß*

*die Tatsache sehen, daß es der Preis für die Räumung durch die Besatzungsmächte gewesen ist, der Preis, den wir freiwillig und gerne bezahlt haben!*) Ja, das ändert nichts daran, daß es sich um eine freiwillig gewählte, immerwährende und keine auferlegte Neutralität handelt. (*Beifall bei der ÖVP.*) Also schwächen Sie das nicht ab! Denn, Herr Abgeordneter Czernetz, wie war denn das damals? Der Ton macht die Musik. Sie als erfahrener Parlamentarier wissen schon, warum Sie das gesagt haben. Im Jahre 1954 hätten wir den Staatsvertrag schon haben können, aber um Bedingungen, die wir nicht akzeptiert haben. Wir haben erst ja gesagt, als wir der Auffassung waren, wir können das vor unserem Volk und im Interesse unseres Staates vertreten.

Und es ist eine zentrale Aufgabe der Außenpolitik, Herr Bundesminister, das einfach nicht zu verschweigen, auch nicht aus Opportunismus, sondern es immer wieder zu wiederholen und vor allem, wenn ein Mann wie der österreichische Landesverteidigungsminister so etwas sagt, doch zumindest die Courage zu haben, das zu korrigieren und klarzustellen. Denn, Herr Abgeordneter Czernetz, das kann durchaus in der Tischlade liegen bleiben, und es wird das, was Lütgendorf zurückgelassen hat, sicherlich nicht mehr viel Interesse in der Nachwelt finden.

Aber ich möchte auch nicht das Risiko eingehen, in einer internationalen Spannungssituation dann einmal zu hören, ja bitte wie ist denn das? Es hat zwar immer geheißen, daß es eine freiwillig gewählte Neutralität ist, aber da hat es immerhin einen Landesverteidigungsminister gegeben, der einmal gemeint hat, so einfach ist das nicht. Das ist doch eine auferlegte Neutralität. Hier kann man sich darüber unterhalten, hier können wir das interpretieren. Daher unsere scharfe Kritik in dieser Frage und daher unser Wunsch, daß Sie es auch, Herr Bundesminister, doch bei Gelegenheit einmal klarstellen. Ich darf Ihnen sagen, ich bin davon überzeugt, daß so eine selbstkritische Äußerung gegenüber Ihrem früheren Amtskollegen nur Anerkennung finden wird, weil Dinge wie das offene Eingeständnis eines Fehlers ja ohnehin sehr selten passieren.

Ich möchte nun abschließend, meine Damen und Herren, nur noch einige kurze Bemerkungen machen zu der Tatsache, daß heute, am 1. Juli 1977, die letzten zwei Verordnungen des Volksgruppengesetzes in Kraft getreten sind und damit die Chance gegeben ist für einen neuen Anfang im Verhältnis des österreichischen Mehrheitsvolkes zu den Volksgruppen in unserem Land. 1972 kamen wir durch das sozialistische Ortstafelgesetz in eine Sackgasse,

6116

Nationalrat XIV. GP - 63. Sitzung - 1. Juli 1977

**Dr. Mock**

Unruhe in Kärnten trat ein, und die Vertragstreue Österreichs wurde im Ausland in Frage gestellt.

Ich möchte hier, meine Damen und Herren, eines Mannes gedenken, der damals mit klaren Worten Sie von der sozialistischen Fraktion und die Bundesregierung gewarnt hat. Ich stehe gar nicht an zu sagen, Herr Abgeordneter Luptowits, es hat auch warnende Stimmen in der sozialistischen Fraktion gegeben, nur wollte sie der Herr Bundeskanzler nicht hören.

Unser verstorbener Bundesparteiobmann, Dipl.-Ing. Schleinzner, hat damals gemeint, wir haben Ihnen vorgeschlagen, einen Unterausstoß einzusetzen und die Behandlungen dieser Frage, nämlich die Frage des Ortstafelgesetzes, während des Sommers sicherzustellen. Er hat nachher gemeint, man leiste mit diesem Gesetz weder dem Land Kärnten noch unserem Staat noch seinem äußeren Ansehen und seinem inneren Frieden einen guten Dienst.

In wenigen Monaten hat sich herausgestellt, was hier für ein gewaltiger Scherbenhaufen im Verhältnis zwischen Volksgruppe und Mehrheit in Kärnten, auch im Verhältnis Österreichs zu anderen Staaten geschaffen wurde. Schleinzner war es auch, der sich sofort bereiterklärt hat zu verhandeln, als die Regierung ihren falschen Weg eingesehen hat.

Meine Damen und Herren! Wenn heute die letzten zwei Verordnungen in Kraft getreten sind und wenn wir hoffen können, daß damit ein neuer Anfang gemacht wird, dann zeigt das auch das auf - ohne jede Selbstüberheblichkeit sei das gesagt -, was Klubobmann Koren schon vor einigen Jahren als die konstruktive Oppositionspolitik der Österreichischen Volkspartei bezeichnet hat. Dort, wo die Bundesregierung bereit ist, auf unsere Überlegungen Rücksicht zu nehmen, sind wir bereit, in besonders wichtigen Fragen auch Verantwortung zu übernehmen. Da zeigt sich auch die Haltlosigkeit der demagogischen Beschuldigungen, wir seien ja nur eine Neinsagerpartei.

Sie haben aus der Minderheitenfrage nur mit Hilfe der beiden Oppositionsparteien herausgefunden, Sie haben aus der Sackgasse der Landesverteidigungspolitik nur mit Hilfe der Oppositionsparteien herausgefunden und sind jetzt dabei und versuchen auch - versuchen Sie es nicht, ich werde sehen, das Angebot liegt da -, in die Lösung des Krankenanstaltenwesens wieder die Oppositionsparteien einzubinden, weil Sie allein nach sieben Jahren Regierungspolitik auch hier Schiffbruch erlitten haben. In der Kernenergiepolitik geht es auch in die Richtung. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Ich frage mich nur, meine Damen und Herren,

wie lange man zusehen kann, daß eine Regierung in wichtigen Fragen nicht mehr fähig ist, geschlossene Lösungen vorzuschlagen, bis man endgültig einmal sagen muß, sie ist eben regierungsunfähig geworden, weil sie nur mehr mit Hilfe der Opposition regieren kann.

Nun, Gesetze und Verordnungen, meine Damen und Herren, sind eine Sache. Das Wichtige in Kärnten und auch in anderen Bundesländern ist, daß die Menschen sich wieder besser verstehen. Überall dort, wo sich Menschen verschiedener Muttersprache treffen, wieder schätzen lernen, stärker schätzen lernen - gerade im kulturellen Bereich -, wird, glaube ich, ein substantieller Beitrag zur Befriedigung geleistet, ein substantieller Beitrag geleistet und auch zu einer größeren Einheit des Landes und auch unseres Staates. Ich glaube, daß wir daher solche Initiativen ermuntern sollen.

Ich möchte auch gerade an die Volksgruppen den Appell richten, sich ihre negative Haltung zu den Volksgruppenbeiräten nochmals zu überlegen. Mit der Einrichtung der Volksgruppenbeiräte sind wir über den Staatsvertrag hinausgegangen. Es ist ein Angebot eines auf gesetzlicher Basis bestehenden Gesprächsforums für die Volksgruppen. Sie haben dort die Mehrheit. Es gibt keine Beschränkung der Themen. Sie sollten auch davon Gebrauch machen, wenn die Führung nicht riskiert, daß sie dann mit Recht als nichtkonstruktiv abqualifiziert wird.

Wir sollten uns auch die weiteren Punkte des Parteienübereinkommens noch überlegen, welche Konsequenzen sich ergeben, auch dort, wo es heißt, daß nach Erlassung der letzten Verordnungen nichts im Wege steht, auch über die Schulfrage zu reden und zu diskutieren. Grundsätzlich ist zu sagen: die Regierung hat die Gesetze und hat die Verordnungen bekommen, um in dieser Frage eine Befriedigung herbeizuführen.

Es ist ab 1. Juli nun die Verantwortung der Regierung, jetzt so zu arbeiten, daß es nicht wieder zu innerer Unruhe und zu einer Verletzung oder zu einer Beeinträchtigung unserer äußeren Glaubwürdigkeit kommt. Auch das, glaube ich, ist ein Beitrag, daß wir unsere internationale Position wieder stärker absichern in einer unruhig gewordenen Welt.

Es ist, glaube ich, eine breitgetragene Lösung, meine Damen und Herren, von allen drei Parteien und, ich glaube, von der überwiegenden Bevölkerung, gerade auch des Bundeslandes Kärnten.

Wir brauchen nicht in Selbstlob auszubrechen, es ist ein Kompromiß mit all den Mängeln eines Kompromisses, ja belastet von Gegenwart

**Dr. Mock**

und von der Vergangenheit. Aber es ist die Chance für einen Neubeginn, für das Verhältnis der Volksgruppen in Kärnten, im Burgenland und in Wien, und eine Chance wieder für mehr Respektabilität für unser Land auch auf der internationalen Bühne.

Wir hoffen, Herr Bundesminister, daß besonders Sie als Außenminister mitwirken, daß diese Chance, die die drei Parteien im Parlament der Regierung gegeben haben, im vollen Ausmaß auch genützt wird. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Präsident **Probst**: Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Bundesminister Dr. Pahr.

Bundesminister für Auswärtige Angelegenheiten Dr. **Pahr**: Herr Präsident! Hohes Haus! Lassen Sie mich mit einem Dank beginnen, mit einem Dank an alle Fraktionen dieses Hauses für ihr Bekenntnis zu einer gemeinsamen Außenpolitik. Ich bin mit ihnen davon überzeugt, daß nur eine gemeinsame Außenpolitik Österreich jene Stellung sichern kann, die es braucht, um in der Welt der Gegensätze seine Selbständigkeit und Unabhängigkeit bewahren zu können.

Die Regierung hat sich zu dieser gemeinsamen Außenpolitik immer bekannt und wird bestrebt sein, eine Außenpolitik zu führen, die von allen Österreichern akzeptiert werden kann.

Ich möchte vor allem dem Herrn Parteibmann Taus danken, daß er gesagt hat, Fragen der Außenpolitik sollen nicht Gegenstand eines Konfliktes aus parteipolitischen Gründen sein. Ich hoffe, daß diese Maxime für die Zukunft gelten soll. Ich hatte in der Vergangenheit nicht immer ganz den Eindruck, daß dem so ist.

Etwa die Südtiroldebatte, die wir in letzter Zeit gehabt haben, war eine Frage, die, wie ich fürchte, aus parteipolitischen Gründen begonnen worden ist. *(Abg. Dr. Koren: Nicht von Ihnen? - Abg. Dr. Taus: Wir haben sie ja nicht begonnen! - Weitere Zwischenrufe bei der ÖVP.)*

Sie haben die Diskussion zunächst damit begonnen, daß Sie meine damalige Antwort, zu der ich verpflichtet war und die ich deshalb auch sehr gerne gegeben habe, nur halb zitiert haben. Sie haben nie den letzten Satz zitiert, wo ich sehr deutlich gesagt habe, an wen ich vor allem die Mahnung, möglichst schnell das Paket zu einer Vollendung zu führen, gerichtet habe. Sie war vornehmlich auch an Italiener gerichtet, das habe ich ausdrücklich gesagt.

Herr Parteibmann Taus, Sie haben heute eine Aussage von mir aus dem „Bund“ vom 25. Mai 1977 auf Grund eines Interviews zitiert, das ich übrigens bereits am 21. April 1977

gegeben habe. Auch hier haben Sie einen Satz weggelassen, der sehr wesentlich erscheint, nämlich den Satz, in dem ich gesagt habe, daß Südtirol eine permanente Aufgabe für Österreich ist. Ich glaube, ein weitergehendes Bekenntnis zu der Südtirolpolitik, wie sie immer vertreten wurde, kann es kaum geben. *(Abg. Dr. Taus: Da müssen Sie aber vorlesen, Herr Minister, was der Journalist, der Dr. Maier, zu Ihrer Haltung geschrieben hat!)* Hier hat er gar nichts dazu geschrieben. *(Abg. Dr. Taus: O ja! Er hat gesagt, daß Sie die Dinge zu optimistisch sehen! Lesen Sie das doch einmal nach!)*

Ich bin gerne bereit, das ganze vorzulesen, wenn der Herr Präsident es erlaubt. *(Abg. Dr. Taus: Es dauert sehr lang!)* Das dauert sehr lang, genau. *(Abg. Dr. Fiedler: Die Geschäftsordnung erlaubt das, Herr Minister, das ist kein Problem!)* Sie haben einen Halbsatz zitiert und den ersten Halbsatz weggelassen. Und es geht ja darum ... *(Abg. Dr. Taus: Lesen Sie es doch vor!)* Bitte, ich fange gerne an.

Präsident **Probst** *(das Glockenzeichen gebend)*: Bitte, wir haben ja keine Vorlesung, sondern eine Debatte. *(Abg. Dr. Fiedler: Das Zitieren ist erlaubt aufgrund der Geschäftsordnung, ohne Bewilligung des Präsidenten!)* Zitate schon, aber nicht ...

Bundesminister Dr. **Pahr** *(fortsetzend)*: Ich möchte diese Auseinandersetzung nicht weiterführen, möchte aber doch das zitieren, was Landeshauptmann Magnago bei der letzten Landesversammlung der Südtiroler Volkspartei gesagt hat. Wenn es nur um eine Absolution ginge, wie Sie sagten, dann wäre das nicht notwendig gewesen. Er hat gesagt: „Ich möchte mich zu allererst beim österreichischen Außenminister bedanken für seine Bemühungen, die er zur Lösung verschiedener offener Fragen, die uns Südtiroler angehen, anlässlich seines Rombesuches hat walten lassen.“ - Ich glaube, das ist etwas, was man nicht sagen muß, wenn es nur um eine Absolution geht, wie Sie sagten.

Zur Minderheitenfrage, Herr Parteibmann Taus. Auch hier haben Sie kritisiert, daß ich in diesem Interview die Möglichkeit einer internationalen Untersuchung der Verhältnisse in Kärnten zur Diskussion gestellt habe.

Wir wurden lange von jugoslawischer Seite gewissermaßen mit einer Internationalisierung bedroht. Und so wie ich haben viele, wenn nicht alle Kärntner das Bewußtsein, daß sie eine solche Internationalisierung nicht zu fürchten haben. Darum, glaube ich, ist es nur recht und billig, die Möglichkeit in den Raum zu stellen, daß wir eine internationale Kontrolle der Situation in Kärnten keineswegs fürchten. *(Beifall bei der SPÖ.)*



6118

Nationalrat XIV. GP - 63. Sitzung - 1. Juli 1977

**Bundesminister Dr. Pahr**

Und wenn Sie etwa die Angriffe ansehen, die von jugoslawischer Seite heute gegen Österreich im Zusammenhang mit Kärnten erhoben wurden, in denen uns nichts weniger als eine Verletzung der Schlußakte von Helsinki vorgeworfen wird, dann ist es für einen Rechtsstaat, der wir auch im zwischenstaatlichen Verkehr sind, nur angebracht, die Möglichkeit zu erwägen, eine internationale Instanz, welcher Art immer, anzurufen und überprüfen zu lassen, ob tatsächlich die Zustände in Kärnten eine Verletzung der Schlußakte von Helsinki darstellen.

Aber auch sonst hat sich manchmal gezeigt, daß zumindest in der Vergangenheit Fragen der Außenpolitik doch wohl aus parteipolitischen Gründen in die Diskussion gestellt wurden. Auch hier wurde heute auf Erklärungen von mir zum Staatsvertrag verwiesen. Ich wurde damals von der Opposition heftig kritisiert, aber wieder deshalb, weil sie sehr Essentielles weggelassen hat. Ich möchte hier als Antwort nur einige Sätze aus den „Oberösterreichischen Nachrichten“ vom 5. Feber zitieren, die das sehr deutlich machen.

Herr Laschober schreibt in den „Oberösterreichischen Nachrichten“ unter der Überschrift „Ungezielt“: „Nur leider sind die Schüsse der Opposition ungezielt und gehen vollkommen daneben. Ausdrücklich stellte nämlich Pahr in einem Pressegespräch fest, daß zurzeit jedes Rütteln und Herumdeuteln am Staatsvertrag unzweckmäßig ist. Diese Maxime war keineswegs auf Dauer fixiert, auch daran ließ Pahr keinen Zweifel.“

Ich hoffe, in Hinkunft vielleicht durch mehr Gespräche, zu denen ich sehr, sehr gerne bereit bin – ich habe diese Bereitschaft immer allen Abgeordneten zur Kenntnis gebracht –, Mißverständnisse auszuschalten, die zu einer Diskussion über außenpolitische Fragen führen, zu einer Diskussion, die der Gemeinsamkeit der Außenpolitik nicht förderlich ist.

Ich wurde gefragt, wie es mit dem EFTA-Gipfel weitergehen soll; es wurde sogar in einem Zwischenruf vom „EFTA-Begräbnis“ gesprochen. Nun dieser Gipfel hat schon sehr sichtbare Zeichen für die Zukunft gegeben. Es wurde bei diesem Gipfel unter anderem über eine Annäherung Spaniens an die EFTA gesprochen und die Aufnahme von Verhandlungen mit Spanien beschlossen. Diese Verhandlungen haben bereits begonnen.

Darüber hinaus wurde der Brief, den der österreichische Bundeskanzler als Reaktion auf den EFTA-Gipfel an den Vorsitzenden des Ministerrates der EG geschickt hat, nicht nur sehr positiv beantwortet, sondern ist Gegenstand

der Behandlungen in zuständigen Gremien der EG und soll dort jetzt für gemeinsame Maßnahmen in Aussicht genommen werden.

Wir erwarten – ebenfalls im Gefolge des EFTA-Gipfels – im Herbst einen Besuch von Vizepräsident Haferkamp, um weiter zu überlegen, welche Schritte zur Stärkung der EFTA, aber auch zur Stärkung der Zusammenarbeit mit den EG gesetzt werden können.

Herr Parteiobmann Taus hat zu zwei Absätzen des Abschnittes des Außenpolitischen Berichtes über die Grundlagen der österreichischen Außenpolitik Fragen gestellt.

Wir glaubten eigentlich, daß der Bericht und die angezogenen Ausführungen klar sind. Wir werden uns in Hinkunft bemühen, noch klarer zu sein. Es scheint mir kein Zweifel zu bestehen, was der zweite Absatz zu sagen beabsichtigt. Es soll damit klargelegt werden, daß wir keine passive, sondern eine aktive Außenpolitik führen wollen, eine aktive Außenpolitik, die sehr oft eine Stellungnahme erfordert, eine Stellungnahme in konkreten Konflikten und nicht ein Abseitsstehen.

Auch der dritte Absatz ist nicht widersprüchlich. Gerade dann, wenn man nur begrenzte Möglichkeiten hat, muß man jene Möglichkeiten, die man hat, besonders aktiv ausnützen.

In einem Zwischenruf hat Herr Parteiobmann Taus gemeint, daß man diese Möglichkeiten dann hätte auch nennen müssen. Der ganze Bericht zeigt in seiner Gesamtheit, wie wir eben glauben, daß man diesen engen Spielraum ausnützen kann und soll.

Ich stimme mit allen Vorrednern darin überein, daß die europäische Integration, auch insoweit wir selbst daran nicht teilzunehmen in der Lage sind, von größtem Interesse für Österreich ist und daß unser besonderes Interesse dem Europarat gilt, dem Europarat, der eine gemeinsame Basis zwischen den Neun und den Nicht-Neun im demokratischen Europa darstellt.

Es war gerade Österreich und hier der heutige Herr Bundespräsident, der sehr viel getan hat, daß dieser Europarat politisch wieder aufgewertet wird. Wir beginnen langsam die Früchte dieser Tätigkeit zu sehen. Heute ist der Europarat wieder Gesprächsforum für wesentliche politische Fragen, für die Vorbereitung der KSZE-Konferenz in Belgrad, aber auch für die Koordinierung und Vorbereitung gemeinsamen Vorgehens in den Vereinten Nationen.

Ich bin auch der Meinung, daß es notwendig ist, unser besonderes Interesse am Europarat durch eigene Initiativen zu zeigen. An solchen Initiativen fehlt es auch nicht.

**Bundesminister Dr. Pahr**

Ich habe auch gesagt, daß ich die Möglichkeit eines europäischen Katastrophenfonds sehr gerne prüfen will. Aber die Argumente, die in der Vergangenheit dagegen geltend gemacht wurden, müssen eben in diese Prüfung genauso wie die positiven Aspekte, die etwa gestern genannt wurden, einbezogen werden.

Ich glaube, Beispiele für die europäische Solidarität hat es in der Vergangenheit sehr oft gegeben, gerade auch im Katastrophenfall. Hier wurde bilateral etwa von Österreich in Friaul sehr viel geleistet oder auch in der Türkei und auch sonst.

Und wenn wir ein großes Beispiel europäischer Solidarität erwähnen wollen, so den EFTA-Fonds zur Unterstützung Portugals, dem wir damit sehr wesentlich geholfen haben, jene Demokratie zu finden und zu erhalten, die es heute wieder hat.

Im Zusammenhang mit den Vereinten Nationen hat Herr Parteiobmann Peter sehr richtig darauf hingewiesen, daß Mehrheit nicht immer Wahrheit bedeutet. Und wir haben das sehr wohl auch beachtet. Denn es gibt Resolutionen, die in den Vereinten Nationen mit Mehrheit angenommen wurden, und wir folgen diesen Resolutionen nicht.

Und vielleicht in diesem Zusammenhang ein Wort betreffend das angebliche Startverbot für einen Schwimmer aus Südafrika bei einem Turnier in Wien. Die Behauptungen, die vor allem in einer Zeitung aufgestellt wurden, daß dem Schwimmer Skinner der Start in Wien auf Grund einer Intervention meinerseits beziehungsweise einer Intervention des Herrn Ministers Sinowatz untersagt wurde, ist falsch. Weder Minister Sinowatz noch ich haben irgendeinen Brief diesen Inhaltes an den Schwimmverband gerichtet. Und wenn man die Aussendungen der APA liest, dann weiß man das.

Im übrigen ist die Teilnahme von Sportlern an Veranstaltungen in Österreich keine Angelegenheit der Regierung, sondern eine Angelegenheit der einzelnen Sportverbände. Kein Sportverband ist - ungeachtet der Zustimmung Österreichs zur Resolution über die Teilnahme von Sportlern aus Südafrika an Sportveranstaltungen - gezwungen, solche Sportler nicht daran teilnehmen zu lassen. Wenn solche Sportler sehr häufig aus Gründen, die auch ich bedaure, ausgeschlossen werden, so vor allem auch deshalb, weil die internationalen Sportverbände diesem Gedanken Rechnung tragen.

Sport ist ein wesentliches Mittel der Völkerverständigung, aber gerade deshalb darf es im Sport keine Diskriminierung geben.

Lassen Sie mich noch ein Wort zur Reorgani-

sation des Außenministeriums sagen. Wir haben in der Vergangenheit immer wieder die Forderung nach einer Verwaltungsreform gehört. Und ich habe mich durch diese Forderung angesprochen gesehen und daher die Möglichkeit geprüft, auch im Außenministerium Reformen durchzuführen. Es sind noch keine Beschlüsse über die Art und die Durchführung von Reformen gefallen, denn wir wollen diese Frage wirklich bis zum Ende diskutieren.

Ich habe auch erst kürzlich Vertreter der drei Parteien gebeten, über dieses Thema mit mir zu sprechen, leider ist es zu einem solchen Gespräch noch nicht gekommen; was hier Herr Abgeordneter Karasek gesagt hat, das sind Mutmaßungen, wie eine Organisation aussehen könnte. Es ist tatsächlich so, daß wir die Möglichkeit prüfen, die derzeitige Kultursektion in die allgemein-politische Sektion einzugliedern. Daneben würde es aber durchaus eine eigene Einrichtung geben, die mehr als ein Koordinator ist, die sich mit Fragen der Kulturpolitik, und zwar der echten Kulturplanung befaßt.

Und darüber hinaus muß man doch bedenken, daß seinerzeit die Auslandskultur vom Außenministerium abgetrennt wurde. Damals war sie ein Bestandteil der politischen Sektion. Sie ist dann in ein anderes Ministerium gekommen und jetzt wieder in das Außenministerium zurückgeführt worden, ohne aber wirklich integriert zu werden. Die Möglichkeit einer Integration ist daher zumindest eine Frage, die unbedingt studiert werden muß. Wie gesagt, Beschlüsse sind noch keine gefallen.

Nun vielleicht ein Wort zur Schulgeldfrage. Ich weiß, das ist ein sehr ernstes Problem, und das wußten auch meine Amtsvorgänger. Meine Amtsvorgänger wußten, daß jene Bediensteten des Außenministeriums, die im Ausland Dienst tun und Kinder haben, besonderen Belastungen durch den Schulwechsel ausgesetzt sind. Es war daher diese Regierung, die dieses Problem aufgegriffen hat, denn unter vorhergehenden Regierungen hat es so etwas nicht gegeben, weder unter der Regierung der Koalition noch unter der Alleinregierung der ÖVP. Es wurde diese Frage aufgegriffen und im Jahr 1973 der Versuch unternommen, einen gewissen Ersatz für die Mehraufwendungen vorzusehen, die sich aus dem Schulgeld ergeben. In der Folge hat sich gezeigt, daß diese Bemühungen mit unzulänglichen Mitteln - wahrscheinlich ohne ausreichende gesetzliche Grundlage - durchgeführt wurden. Derzeit fehlen daher die Mittel, diese Aktion weiterzuführen. Wir sind auch - das wurde ja bereits gesagt - bemüht, im Zusammenwirken mit dem für Dienstrechtssangelegenheiten zuständigen Bundeskanzleramt,

6120

Nationalrat XIV. GP - 63. Sitzung - 1. Juli 1977

**Bundesminister Dr. Pahr**

im Zusammenwirken mit dem Finanzministerium, aber auch mit dem Unterrichtsministerium, eine Lösung zu finden, die es den Bediensteten erlaubt, einen Ersatz zu erhalten für die Mehrbelastungen, die ihnen durch Schulkinder anfallen.

Ganz zum Abschluß ein Wort zur Auslandskulturpolitik schlechthin. Es ist der Vorwurf erhoben worden, daß diese Auslandskulturpolitik konzeptlos sei. Diesen Vorwurf möchte ich mit Nachdruck zurückweisen.

Wir führen eine Auslandskulturpolitik, die durch zwei grundsätzliche Aspekte gekennzeichnet ist. Einerseits durch einen thematischen und andererseits durch einen regionalen. Hinsichtlich des thematischen Aspektes haben wir uns zum Ziel gesetzt, in Hinkunft Österreich nicht nur als ein Land der Musik, der Literatur und der Kunst darzustellen, sondern auch als ein Land der Wissenschaften. In der Vergangenheit ist der künstlerische Aspekt in der Darstellung des Österreich-Bildes im Vordergrund gestanden; und so kennt man auch Österreich im Ausland, als ein Land der Musik, der Kunst, aber man kennt nicht jenen zweiten, sehr wesentlichen kulturellen Aspekt Österreichs, jenen zweiten Aspekt, der ein Aspekt der Wissenschaft ist.

Wenn wir Österreich im Ausland darstellen – das ist ja der Sinn und Zweck der Auslandskulturpolitik –, so soll Österreich im Ausland in seiner Gesamtheit dargestellt werden, das heißt auch als ein Land der Wissenschaften. Dieser Aspekt ist in der Vergangenheit sehr oft vergessen worden. Gerade hinsichtlich dieser wissenschaftlichen Komponente ist es auch nicht einfach, sie in die Realität im Ausland umzusetzen.

Es ist sehr leicht, Philharmoniker, Kunst und Literatur im Ausland bekanntzumachen. Es ist viel schwieriger, Interesse für Fragen der Wissenschaft zu finden. Und dieses Bemühen, das wir derzeit haben, setzen wir mit Nachdruck fort. Aber auch im regionalen Bereich haben wir einen Plan. Wir unterscheiden sehr genau zwischen den drei Bereichen, einerseits jenen regionalen Bereichen, in denen Österreich bereits bekannt ist, wo es darum geht, das Bestehende zu erhalten und zu vertiefen, andererseits jene Bereiche, in denen Österreich noch nicht wirklich präsent ist, wo es darum geht, Österreich bekanntzumachen, und schließlich jene Bereiche, in denen überhaupt erst kulturelle Beziehungen aufgenommen werden müssen. Das sind die drei Bereiche unserer regionalen Planung der Außenpolitik. Diese Bereiche sind auch sehr verschieden zu behandeln.

Da verschiedentlich die Frage gestellt wurde, ob wohl Österreich im Ausland noch ein Ansehen genießt, darf ich vielleicht einen Satz aus einem Brief des amerikanischen Präsidenten an den Bundeskanzler zum Abschluß vorlesen. In diesem Brief heißt es:

„Ich möchte Ihnen auch sagen, daß ich Österreichs Unabhängigkeit und Neutralität als einen der Grundstöcke des Friedens in Europa ansehe. Der Status Österreichs hat unsere volle Unterstützung. Es ist bemerkenswert, daß ein kleines Land wie das Ihre eine so bedeutungsvolle Rolle in der Weltpolitik erlangt hat, und ich bin überzeugt, daß Österreich diese Rolle im hohen Ausmaß Ihrer Führung verdankt.“ Ich glaube, daß diese Worte eines der führenden Staatsmänner der Welt zweifellos eine Anerkennung für die Rolle Österreichs in der Weltpolitik ist. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Präsident **Probst**: Zu einer tatsächlichen Berichtigung hat sich der Herr Abgeordnete Dr. Mock zum Wort gemeldet. Fünf Minuten Redezeit.

Abgeordneter Dr. **Mock** (ÖVP): Herr Bundesminister! Ich möchte Ihre vorhergehenden Ausführungen zu meinen Bemerkungen an Hand des Stenographischen Protokolls vom 11. Mai berichtigen.

Sie haben gesagt, daß vornehmlich die Kritik an Italien gerichtet war. Ich möchte hier wortwörtlich zitieren: „... daß die Verhandlungen“ – haben Sie damals von der Regierungsbank gesagt – „über die Durchführung des Pakets ... vor allem deshalb so lange sind, weil von Südtiroler Seite immer wieder“ – Sie haben nicht ‚einmal‘ gesagt, sondern ‚immer wieder‘ – „Forderungen gestellt wurden, die zweifellos – das will ich gar nicht bestreiten – im Interesse der Südtiroler Bevölkerung sind, aber manchmal oder sehr oft sogar über das hinausgehen, was ursprünglich im Paket vorgesehen war.“

Sie haben somit die Hauptkritik eindeutig auf die Südtiroler Volksgruppe beziehungsweise auf die Südtiroler Volkspartei gerichtet, um anschließend zu sagen, dieses Schluß-Sein mit den Verhandlungen gilt aber vor allem auch für die italienische Seite. Dann wäre es angebracht gewesen, bei den Italienern zu intervenieren, aber nicht die Südtiroler zu kritisieren. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Präsident **Probst**: Zum Wort gelangt der Herr Abgeordnete Dr. Fiedler.

Abgeordneter Dr. **Fiedler** (ÖVP): Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Bundesminister, Sie haben in Ihrer Zwischen-

**Dr. Fiedler**

wortmeldung in der nun seit 9 Uhr laufenden Debatte Gelegenheit nehmen wollen, zu einigen Diskussionsbeiträgen Stellung zu nehmen. Ich glaube, in diesen 20 Minuten haben Sie sehr viele Sätze hier in den Raum gestellt, aber sehr wenig ausgesagt.

Wenn Sie nun vorerst allen Rednern der drei in diesem Haus vertretenen Parteien für ihre Zusage in bezug auf eine gemeinsame Außenpolitik gedankt haben, so sind Sie sicherlich nur von Ihrem Standpunkt ausgegangen, denn die Redner der Opposition, insbesondere die Redner meiner Partei haben klar zum Ausdruck gebracht, daß hier zwischen Theorie und Praxis ein großer Unterschied besteht! (*Zustimmung bei der ÖVP.*) Und solange dieser Unterschied besteht, werden wir nicht erlahmen, immer wieder auf jene Punkte hinzuweisen, in denen eben kontroversielle Standpunkte bestehen.

Herr Bundesminister! Sie haben nun speziell in der Südtiroler Frage - Kollege Dr. Mock hat bereits essentiell in einer tatsächlichen Berichtigung vor mir das Wort ergriffen - gezeigt, daß es doch nicht so einfach ist, sich mit manchen Dingen präzise auseinanderzusetzen.

Sie haben Landeshauptmann Magnago zitiert, daß er sich bei Ihnen bedankt habe. Selbstverständlich. Aber jenes Problem, das Sie durch Ihre Aussage in der Fragestunde am 11. Mai dieses Jahres provoziert haben, jene Feststellungen, die damals hier getroffen wurden, sind leider bis heute nicht ausgeräumt. Und wenn ich nun ein Interview mit Landeshauptmann Magnago, das am letzten Wochenende in einer Bundesländerzeitung, in den „Salzburger Nachrichten“, erschienen ist, erwähne, so muß man feststellen, daß nach wie vor diese unnotwendige Verstimmung besteht.

Unter der Überschrift: „Magnago noch böse“ sagt hier auf die Frage der „Salzburger Nachrichten“ durch Redakteur Gerhard Neureiter: „Also Verstimmung?“, Magnago ausdrücklich: „Daß ein österreichischer Außenminister das sagen mußte, hat uns sehr gewundert.“

Auf eine weitere Frage heißt es: „Der Außenminister wollte wahrscheinlich den Tiroler Landeshauptmann-Stellvertreter Salcher decken.“ Und hier, Herr Minister, haben Sie vorher davon gesprochen, daß Außenpolitik und parteipolitische Gründe nie verquickt werden sollen. Was haben Sie in diesem Fall gemacht? Sie wollten dem politischen Funktionär, dem Landesparteiobmann von Tirol, dem sozialistischen Landeshauptmann-Stellvertreter helfen und wollten in dieser Anfragebeantwortung gegenüber dem Abgeordneten Keimel so vorgehen.

Deshalb sagt Magnago weiter: „Das ist eine

menschliche Begründung, aber keine Rechtfertigung für einen Außenminister.“ Und er wiederholt: „Das ist keine Rechtfertigung für einen Außenminister.“

Wenn ich das nun verfolge, kommt mir ein historischer Ausspruch eines großen Staatsmannes, ein Ausspruch von Bismarck, in Erinnerung, der gesagt hat: Wenn ein Gesandter ins Ausland geschickt wird, muß er noch kein Geschickter sein. - Und wenn ein Bundesminister ins Parlament geschickt wird, muß er auch nicht immer geschickt agieren.

In der Fragestunde am 11. Mai, Herr Bundesminister, haben Sie sicherlich nicht geschickt agiert, und es wird notwendig sein, gegenüber den Repräsentanten der Südtiroler Volkspartei eine endgültig klare Stellungnahme abzugeben, um das als endgültig bereinigt dann wirklich berichten zu können. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Herr Bundesminister! Sie haben aber auch in bezug auf jene Feststellung des Bundesparteiobmannes der Österreichischen Volkspartei bezüglich einer allfälligen internationalen Kontrolle in Kärnten nun in Ihrer Erklärung zum Ausdruck gebracht: Wir haben - als Österreicher - keine internationale Kontrolle zu befürchten. Richtig. Aber so wie Taus es richtig dargestellt hat, wollten Sie sich ja eine solche herbeiholen. „Unter Umständen“, wie Sie jetzt gerade geschäftsordnungswidrig nun von der Ministerbank aus diese Feststellung bestätigten. „Unter Umständen“. Aber hier, Herr Bundesminister, möchte ich festhalten: Es ist ein himmelhoher Unterschied, ob man herbeiholt oder zuläßt und nicht zu befürchten hat. Hier müßte man in Zukunft auch viel geschickter vorgehen. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Herr Bundesminister! Was Ihre Antwort bezüglich der Frage des Bundesparteiobmannes Dr. Taus über das Ergebnis des EFTA-Gipfels betrifft, haben Sie lediglich die Äußerungen von Teilnehmern in Briefform zitiert und erwähnt, aber wie es weitergehen soll, was Sie sich persönlich vorstellen, was Sie als Ressortchef dazu zu sagen haben, dazu haben Sie nichts ausgesagt und sind Sie uns die Antwort schuldig geblieben. Wenn Sie aber von aktiver Außenpolitik sprechen, wenn Sie glauben, die aktive Außenpolitik sei im Mittelpunkt Ihrer Tätigkeit, dann, so würde ich sagen, müßten Sie hier ein Konzept vorlegen, dann müßten Sie hier kreative Feststellungen darüber treffen, was Sie glauben, daß sich aus der EFTA-Gipfelkonferenz für die Zukunft ergeben könnte und ergeben wird. Hier erwarten wir, Ihre persönliche Meinung zu hören. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Und wenn Sie nun über die Reorganisation - es haben zwei Sprecher der Opposition dazu

**Dr. Fiedler**

Stellung genommen - auch einige Worte gefunden haben, so ist insbesondere jene Kritik durch zwei Sprecher der Oppositionsparteien bezüglich der beabsichtigten Auffassung der Sektion im Außenministerium für die Auslandskulturarbeit besonders zu wiederholen.

Ich glaube, daß hier richtiggestellt werden muß, daß sich ursprünglich mit diesen Fragen: Auslandskulturinstitute und so weiter, eine kleine Abteilung im Bundesministerium für Unterricht befaßt hat. Aber im Jahre 1966 wurde jene Sektion geschaffen, über die auch der Klubobmann der Freiheitlichen Partei sehr anerkennende Worte gefunden hat, die sich nun auf breiter Basis der Auslandskulturarbeit annahm und sich dann auch nach der Übersiedlung ins Außenministerium im Jahre 1973 mit diesen Fragen weiter befaßte.

Wenn Sie nun zitieren, Sie seien der Meinung, daß nicht nur Kunst und Musik, sondern auch Wissenschaft und das moderne Österreich durch die Auslandskulturarbeit in die Welt hinausgebracht werden sollen, so haben Sie sich mit Federn geschmückt, die schon im Jahr 1969 auf den damaligen Hut einer Dienstinstruktion gesetzt wurden, in der wörtlich diese Feststellungen getroffen wurden, und Sie haben hier mehr oder minder, Herr Bundesminister, unter Beweis gestellt, daß es unzweckmäßig wäre, jetzt diese Sektion im Rahmen der Reorganisation aufzulassen.

Ich darf Ihnen deshalb von der heutigen Debatte mit auf den Weg geben: Lassen Sie sich von den beiden Sprechern der beiden Oppositionsparteien gut beraten sein! Nehmen Sie von dieser Maßnahme Abstand, denn Sie würden dann der wirklichen Auslandskulturpolitik und dem Ansehen Österreichs durch eine solche Politik einen wahren und wirklichen Dienst leisten! *(Beifall bei der ÖVP.)*

Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Auch ich möchte im Rahmen meines heutigen Debattenbeitrages festhalten, daß Österreichs Außenpolitik im präzisen Sinne auf zwei Pfeilern ruht. Nein: nicht nur auf einem. Es ist heute insbesondere von den beiden Sprechern meiner Partei klargestellt worden: Die freiwillig übernommene immerwährende Neutralität, im Jahre 1955 durch Verhandlungsgeschick und Zähigkeit errungen, ist selbstverständlich die breite und massive Ausgangsbasis, von der aus die Diplomatie unseres Landes zu operieren hat.

Doch es gibt einen zweiten Pfeiler, und der ist das Bekenntnis, der westlichen Welt zuzugehören.

Die Österreichische Volkspartei bemüht sich - und das ist in den großartigen Ausführungen des

Bundesparteiobmannes heute ganz klar zum Ausdruck gekommen -, seit sie das neugeschaffene Österreich verantwortungsvoll aufbauen gehöfen hat, um einen Konsens in der Außenpolitik. 15 Jahre lang war die Übereinstimmung über die Grundzüge der Außenpolitik das wichtigste Prinzip unseres Verhaltens und - auch wir sind davon überzeugt - auch das der beiden anderen Parteien dieses Hauses.

Doch nun in den siebziger Jahren hat sich einiges geändert. Seit die Sozialistische Partei die Regierung stellt, hat sich das Klima im Bereich der Außenpolitik bedauerlicherweise beträchtlich verschlechtert.

Der Volkspartei wird häufig vorgeworfen, diese Abkühlung durch einen gewissen Neidkomplex herbeigeführt zu haben. Selbstverständlich - das sage ich ganz offen - sind wir nicht überglücklich darüber, daß unsere Partei aus der Regierungsverantwortung gedrängt ist. Gäben wir uns aber mit der Oppositionsrolle zufrieden, dann könnten wir sogleich jede Hoffnung auf Rückkehr zur Regierung begraben. Jede Partei sieht es als ihr oberstes Ziel an, ihre während der Oppositionstätigkeit erarbeiteten Programme dann auch in die Tat umsetzen zu können.

In Wirklichkeit aber liegt die Gefährdung der Konsenspolitik bezüglich Österreichs Außenbeziehungen ganz woanders begründet. Als die Sozialistische Partei die Regierung übernahm, gab es durch den damaligen Außenminister und heutigen Bundespräsidenten Dr. Kirchschräger einen Chef diplomatie im Hause Österreich, der um eine ausgewogene, konsequente und zuverlässige Außenpolitik persönlich bemüht war. Doch schon damals zeichnete sich der Hang von Bundeskanzler Dr. Kreisky ab, als genialer Lenker des Staatsschiffes Österreich die Außenpolitik selbst in die Hand zu nehmen.

Welche Eigenmächtigkeiten sich der Herr Bundeskanzler während dieser Zeit, etwa bei seinen seltsamen Missionen an der Spitze von Delegationen der Sozialistischen Internationale im Nahostraum, geleistet hat, ist schon wiederholt in diesem Hause aufgezeigt worden. Darauf näher einzugehen hieße, meine sehr geehrten Damen und Herren, hier neuerdings mit leider allzu bekannten Tatsachen zu kommen.

Meine Damen und Herren! Ich habe aus diesen Gründen vor dem Hohen Haus auch mehrmals vorgeschlagen, das Amt des Außenministers, wie dies in der Praxis ohnedies gehandhabt wird, allenfalls auch formell dem Bundeskanzler zu übertragen. Das wäre ja nicht außergewöhnlich; es gab und gibt ja Staaten, in denen der Regierungschef auch die Diplomatie

**Dr. Fiedler**

seines Landes führt. Daß diese Staaten unter der Führung sehr starker Persönlichkeiten stehen, soll gar keine Andeutung auf unser Land sein, das durchaus eine funktionsfähige und sehr aktive Opposition aufzuweisen hat – nur eben keinen funktionsfähigen Außenminister.

Allerdings hat sich die Situation seit dem Ministerwechsel beträchtlich verändert. Erlauben Sie mir nun, meine Damen und Herren, daß auch ich mich im Rahmen dieser Debatte etwas näher mit der Person des gegenwärtigen Chefs der österreichischen Diplomatie befaße. Herr Dr. Pahr ist in vielem unserem Bundeskanzler ähnlich; ganz besonders aber in einem Punkt: Er scheint die angeborene Fähigkeit Dr. Kreiskys zu Unüberlegtheit und zu den daraus resultierenden Indiskretionen geradezu studiert zu haben.

Begonnen hatte die Pechsträhne des Herrn Außenministers mit seinen Äußerungen zur Slowenenfrage, die zu nicht unbeträchtlichen diplomatischen Komplikationen mit Jugoslawien geführt haben. Ähnlich ungeschickt verhielt er sich in der Frage der Belgrader Konferenz, die sich in Fortsetzung der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa eben anschickt, Bilanz zu ziehen. Möglicherweise war Dr. Pahr damals von der Ehre, Minister unter Dr. Kreisky geworden zu sein, so fasziniert, daß er die wahrlich nicht einfachen Gedankengänge des Bundeskanzlers falsch deutete. Möglicherweise wollte er auch nur verhindern, wie sein Vorgänger zum Erfüllungsgehilfen der Aktivitäten seines „Chefs“ degradiert zu werden. Daß er dabei weit über das Ziel schoß, mag noch angehen.

Untragbar wird die Situation jedoch durch das spätere Verhalten des Herrn Außenministers. Es begann damit, daß er im Verlauf eines Besuches in der benachbarten Schweiz mögliche gemeinsame Projekte der Panzerrüstung ausplauderte und darüber sprach. Man möge mir verzeihen, aber ich finde für dieses Verhalten wirklich kein geeigneteres Wort; der Ausdruck „Indiskretion“ wäre wohl britische Untertreibung für das, was Dr. Pahr damals getan hat. Selbst Journalisten, die für das Zuckerl dankbar sein mußten, meinten, daß sie einen solch offenerzigen Außenminister noch nicht kennengelernt hätten.

Dr. Pahr tut sich auch als Advokat anderer Länder gegenüber österreichischen Staatsbürgern hervor, wobei er auch vor Kontroversen im eigenen Land nicht zurückzusehen scheint. Als Schwester Maria Moises in Kolumbien unter dem Verdacht, mit Guerilleros zusammenzuarbeiten, verhaftet war, meinte der Außenminister, der Vorwurf werde schon stimmen. Er stritt auch noch in Verteidigung der kolumbianischen Regierung, als die Unschuld der Ordensschw-

ster bereits erwiesen war. Er stritt auch mit Bischof Dr. Wagner und dem stellvertretenden Vorsitzenden des Bundesrates Professor Schambeck, bis die Affäre im Sinne von Schwester Moises geklärt war. Eine Entschuldigung oder zumindest eine Erklärung des Herrn Außenministers läßt leider bis heute auf sich warten.

Die Indiskretionen Dr. Pahrs bei seinem Spanienbesuch im März dieses Jahres hat bereits Kollege Dr. Karasek in Erinnerung gerufen. Damals sprach der Außenminister wenigstens von einem Mißverständnis, nachdem er vertrauliche Erklärungen des spanischen Ministerpräsidenten Suarez weitergegeben hatte.

Aber was Dr. Pahr durch solches Verhalten heraufbeschwört und welches Image er im Ausland zu haben scheint, geht aus einem Artikel, der vor wenigen Wochen, also am 3. Juni, in der „Kleinen Zeitung“ erschienen ist, hervor. Dort steht unter anderem zu lesen:

„Glaubwürdige Diplomaten berichteten mir in Rom, der Außenminister habe auf eine möglichst kurze Audienz beim Papst gedrängt, weil er sich danach noch Schuhe kaufen wollte.“

Und dann meint der Autor: „Se non è vero, è ben trovato – wenn's nicht wahr ist, dann ist es zumindest gut erfunden. Es wirft nicht gerade ein gutes Licht auf einen Außenminister, wenn solche Geschichten über ihn erzählt werden.“ Soweit, meine Damen und Herren, Hohes Haus, dieser Artikel.

Die Aussage des Herrn Außenministers in der Fragestunde vom 11. Mai haben wir bereits ausführlich erläutert, aber in sachlicher Hinsicht wird sich noch mein Kollege Professor Dr. Ermacora hier sehr eingehend damit auseinandersetzen haben.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich glaube nicht – das möchte ich ganz offen sagen –, daß dies die richtige Art ist, österreichische Außenpolitik zu betreiben. Leider gerät dieses Land offensichtlich vom Regen in die Traufe. Die hektischen Aktivitäten Bundeskanzler Dr. Kreiskys werden, so scheint es, von Fehlern in Serie des jetzigen Außenministers abgelöst. Wie ich glaube, liegt seine oberflächliche Ungeschicklichkeit vor allem in der Angst begründet, wie sein Vorgänger von der Agilität Dr. Kreiskys erdrückt zu werden.

Doch nun genug von der Personalisierung der österreichischen Außenpolitik. Diplomatie ist ein Fach, das schwer zu erlernen und noch schwerer erfolgreich anzuwenden ist. Deshalb muß sie einem alten Prinzip folgen, das besagt, jeder Diplomat müsse sein Tun durchschaubar und vor allem gleichmäßig gestalten. Daß dies in

6124

Nationalrat XIV. GP - 63. Sitzung - 1. Juli 1977

**Dr. Fiedler**

der österreichischen Außenpolitik in den siebenziger Jahren bedauerlicherweise nicht der Fall ist, versuchte ich mit den wenigen Beispielen nachzuweisen.

Dr. Kreiskys Ausritte in Richtung auf die verschiedensten Gipfelkonferenzen, von denen sich meines Wissens die heute schon besprochene EFTA-Gipfelkonferenz als einzige hat verwirklichen lassen, tragen zu dieser Unüberschaubarkeit nicht gerade bei.

Dr. Pahr seinerseits hat Diplomaten wie Journalisten zu Beginn seiner Amtstätigkeit außerordentlich verwirrt. Es ist nun im Interesse Österreichs zu hoffen, daß sich diese seine Einzelgänge aufhören. Dann wird Österreichs Außenpolitik so sein, wie wir sie uns alle wünschen. Dann wird die Österreichische Volkspartei dieser Außenpolitik ohne den Neid des außerhalb der Macht Stehenden im Sinne der Erklärung des Bundesparteiochtmannes Dr. Taus wieder zustimmen können.

Meine Damen und Herren! Wir diskutieren nun seit 9 Uhr den Außenpolitischen Bericht Dr. Pahrs. Es ist sicherlich das Verdienst des Außenministers, erstmalig einen zusammenfassenden Tätigkeitsbericht beziehungsweise eine Tätigkeitsbeschreibung geliefert zu haben. Nur leider hat er dabei vergessen, sich für diese von mir angemerkte und aufgezeigte Fehlerreihe, die er sich bisher geleistet hat, zumindest zu rechtfertigen oder Klarstellungen vorzunehmen.

In Kenntnis des Bundeskanzlers, der allzu schnelle Wechsel verabscheut, ist zu erwarten, daß Dr. Pahr sicherlich noch einige Zeit Minister der Republik Österreich sein wird. Wir dürfen von Dr. Pahr deshalb mit Fug und Recht erwarten, daß er sich verhält, wie sich ein österreichischer Außenminister verhalten sollte. Hier, glaube ich, kann man jenes Zitat des Carter-Briefes, das er am Schluß seiner Ausführungen verwendet hat, nur unterstreichen und sagen: Das müßte auch für den Außenminister jene Regel sein, wie er Österreich vertreten soll und wie er für Österreich auftreten soll.

Lassen Sie mich also, meine sehr geehrten Damen und Herren, mit der Abwandlung eines Wortes aus „Faust“ schließen: „Es hofft der Mensch, solange er lebt.“ *(Beifall bei der ÖVP.)*

Präsident **Probst**: Zum Wort gelangt die Frau Abgeordnete Anneliese Albrecht.

Abgeordnete Anneliese **Albrecht** (SPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Bevor ich mit meinen eigentlichen Ausführungen beginne, die sich auf die humanitäre Außenpolitik beziehen werden, erlaube ich mir, auf einen Irrtum in den Ausführungen des Abgeordneten Mock hinzu-

weisen. Er zitierte nämlich hier den Problemerkatalog der Sozialistischen Partei so, als würde es sich um ein bereits beschlossenes Parteiprogramm handeln. Dies ist bekanntlich durchaus nicht der Fall. Es wird dieser Problemerkatalog noch weitgehend ergänzt werden, und er wird – ich darf dies dem nicht anwesenden Abgeordneten Mock sagen – sicherlich weiterhin sehr lebhaft diskutiert. Es handelt sich also nicht um etwas Vollständiges, auf das hier der Herr Abgeordnete Mock Bezug genommen hat.

Ich erlaube mir noch zusätzlich, die Erinnerung des Abgeordneten Mock im Zusammenhang mit dem Eurokommunismus aufzufrischen. Es hatte hier den Anschein, wenn man so zugehört hat, als gäbe es kein Liebäugeln der Christdemokraten mit den Eurokommunisten. Aber so ein Liebäugeln gibt es sehr wohl, und man hat manchmal den Eindruck, als würde sich das fast zu einer festen Bindung entwickeln. *(Abg. Dr. Fiedler: Da haben Sie nicht gehört, was Mock gesagt hat! Schauen Sie im Protokoll nach!)*

Aber nun zum eigentlichen Problem und zu meinem eigentlichen Beitrag, den ich Ihnen heute bringen möchte. Österreich ist sehr engagiert in der humanitären Außenpolitik. Ich glaube, darüber sind sich wohl alle Parteien einig. Es arbeiten die Vertreter und die Experten unseres Landes in den verschiedenen Kommissionen der UNO und auch des Europarates ja sehr intensiv mit, und Österreich ist auf Grund seiner heute schon so viel zitierten Neutralität und auch auf Grund seiner geographischen Lage typisch für ein Asylland und typisch auch für ein Erst-Asylland. Präsident Czernetz hat schon auf die recht empfindsamen Grenzen, die streckenweise unsere Republik umgeben, hingewiesen, wo schon erschütternde Vorfälle vorgekommen sind.

Österreichs Grenzen sind aber für alle Menschen offen, gleichgültig, aus welchen Ländern, und gleichgültig, aus welchen Gesellschaftssystemen sie kommen. Als strikt neutrales Land hat Österreich die Verpflichtung, aber auch den guten Willen, mit seinen Nachbarn auszukommen. Und so wird man unter diesen Voraussetzungen auch die Erfolge der humanitären Außenpolitik zu sehen haben.

Es soll in Erinnerung gebracht werden, daß in den vergangenen Jahren pro Jahr 1 500 bis 3 000 Flüchtlinge in unserem Land aufgenommen worden sind und daß – was sehr wichtig und zu unterstreichen ist – niemand von ihnen gegen seinen Willen in ein anderes Land abgeschoben wurde.

1976, also im vergangenen Jahr, waren es 1 818 Personen, die um Asylgewährung ange-

**Anneliese Albrecht**

sucht haben, davon 1 435 aus europäischen und 383 aus außereuropäischen Ländern. Wie Sie wissen, befinden sich in unserem Land Flüchtlinge aus Uganda, aus Chile, Südamerika, Vietnam, und wir beherbergen auch Kurden.

1976 hat Österreich für die Flüchtlingsbetreuung einen Betrag von 75 Millionen Schilling ausgegeben. Darüber hinaus war natürlich auch in Einzelfällen zusätzlich humanitäre Hilfe nötig.

Es soll auch erwähnt werden, daß sich Österreich auf Grund eines Bundesgesetzes vom Jahre 1974 freiwillig und gerne verpflichtet hat, jenen Österreichern, die im Ausland leben und in Not geraten sind, zu helfen.

Wer nun Kontakte mit Flüchtlingen hat, der weiß allerdings, daß es nicht allein um diese materielle Hilfe gehen kann, sondern daß die Flüchtlinge mehr brauchen, besonders die aus außereuropäischen Ländern, die aus einer völlig anderen Welt kommen, aus einer anderen Umgebung, die also völlig andere Lebensgewohnheiten mitbringen und hier doch – das sollte man vielleicht auch kritischer sehen – manchen Vorurteilen der Menschen des Gastlandes gegenüberstehen.

Nun, sicherlich ist da viel Geduld von beiden Seiten her notwendig, von den Flüchtlingen und von uns. Es soll hier auch allen Organisationen gedankt werden, die sich um diese bessere Verständigung bemühen. Hier wäre aber vielleicht noch manches zu tun.

Zur humanitären Außenpolitik gehören natürlich auch die Familienzusammenführungen, die Ausreisegenehmigungen, die ausgestellt werden müssen für Einzelpersonen, zum Zwecke eben, damit Familien wieder zusammenleben können, daß Verwandte einwandern können – für uns etwas sehr Selbstverständliches – und daß Menschen heiraten können. Seit Jahresbeginn ist hier erfreulicherweise eine etwas großzügigere Art der Abwicklung, besonders bei Härtefällen zu vermerken, wobei auch wieder gesagt werden muß, daß sich die Diskussion daran verbeißen kann, was ein Härtefall und was kein Härtefall ist.

Ich möchte mich entschuldigen, daß ich weiter mit einigen Zahlen aufwarte. Aber ich glaube, gerade wenn es um die Menschenrechte geht, wo ja sehr viel deklariert wird, was sicher auch notwendig ist, soll man sich anschauen, was tatsächlich zu ihrer Wahrung geschieht.

Der Trend der Entwicklung in Österreich läßt sich auch in Prozenten der anhängigen Fälle recht gut ablesen. Es ist der jüngste Stand, der aussagt, daß Bulgarien sich bereit erklärt hat, hundert Prozent der anhängigen Fälle zu

erledigen, die DDR 56 Prozent, Rumänien 45 Prozent und die Tschechoslowakei 14 Prozent.

Nun wird man sich vielleicht fragen: Was steckt denn hinter diesen Prozentzahlen? Ich habe hier etwas ausführlichere, nicht zu ausführliche Unterlagen, aber doch Unterlagen, die vieles aussagen. So hat die DDR seit Unterzeichnung des Konsularvertrages 1975 erfreulicherweise einen großen Teil der damals anhängigen Fälle einer positiven Lösung zugeführt; ich konnte mich selber davon überzeugen.

Zurzeit werden von den DDR-Behörden etwa die Hälfte aller anhängig gemachten Familienzusammenführungs- und Eheschließungsfälle positiv gelöst. Lediglich Besuchsreisen werden nach wie vor äußerst restriktiv behandelt.

Bulgarien hatte anlässlich der Besuchsreise des Bundespräsidenten im Jahre 1976 eine Reihe von positiven Erledigungen in Aussicht gestellt, hat sie dann allerdings nicht realisiert, und erst bei einer neuerlichen Vorsprache konnte die Zusage erreicht werden, daß nun praktisch alle Fälle gut gelöst werden sollen.

Kurz zu Rumänien, das einerseits die meisten anhängigen Fälle zu verzeichnen hat und andererseits wohl bis jetzt die restriktivste Auswanderungspolitik verfolgte. Es hat Anfang dieses Jahres positive Erledigungszusagen gemacht, und wir können mit großer Freude feststellen, daß nun bereits die erste Ausreisewelle aus diesem Land einsetzt.

Nicht so günstig sieht es in der Tschechoslowakei aus. Hier hatte man bis Mitte des vorigen Jahres noch Anlaß, die zukünftige Entwicklung positiv einzuschätzen. Zurzeit muß man leider eine eher abnehmende oder bestenfalls stagnierende Bereitschaft vermerken. Es sind sogar positive Erledigungszusagen, besonders wenn es sich um Familienzusammenführungen mit Kindern handelt, nicht realisiert worden, konkret nur zwei Fälle. Und so ist unser Nachbarland mit der Quote der positiven Erledigungen am Ende aller Oststaaten gereiht.

Generell ist aber dennoch zu sagen, daß im allgemeinen eine günstige Entwicklung zu verzeichnen ist. So sind während des Beobachtungszeitraumes Oktober 1975 bis Oktober 1976 89 Fälle positiv gelöst worden. Dagegen ist zu stellen, daß allein in den letzten vier Monaten über 110 Fälle einer positiven Erledigung zugeführt werden konnten.

Meine Damen und Herren! Angesichts der großen weltpolitischen Probleme sind das sicherlich keine großen, keine sensationellen Dinge. Man sollte sie aber dennoch nicht unterschätzen, vor allem, weil es im allgemei-



**Anneliese Albrecht**

nen mit dieser Entwicklung besser geworden ist. Das führt man auch auf die Beschlüsse von Helsinki zurück, die – ich darf wortwörtlich zitieren – „als politische Absichtserklärung einen erweiterten, durchaus tragfähigen Aktionsspielraum“ bieten. Eine etwas vorsichtige, aber doch sicherlich positive Beurteilung.

Die Schlußakte von Helsinki, das bekannte Kapitel 7: „Achtung der Menschenrechte und Grundfreiheiten einschließlich der Gedanken-, Gewissens-, Religions- und Überzeugungsfreiheit für alle und für jeden einzelnen“, wurde – und ich wiederhole auch das – von 35 Staaten unterzeichnet. Es ergibt sich folgerichtig die Frage: Wie schaut es aus mit dem Einhalten der Freiheitsrechte in den einzelnen Signatarstaaten, wie schaut es denn aus mit Helsinki in der Praxis?

Und hier vielleicht einige Details. Die Schwierigkeiten beginnen bei der Auslegung, dort, wo die Diskussion neuralgisch wird: Menschenrechte oder Entspannung?, Menschenrechte und Entspannung?, Nichteinmischung und Menschenrechte?, Sicherheit und Menschenrechte? Bei Sicherheit und Menschenrechte werden natürlich die Auffassungen in den verschiedenen Systemen sehr verschieden sein, was schließlich auch dazu führt, daß dann die Aktivitäten für die Menschenrechte gelähmt werden können. Es stimmt schon, was man auch ruhig wiederholen kann, daß Menschenrechte keine Einbahn sind.

Wie verschieden hier die Standpunkte sind, davon konnte man sich bei einer Fernsehdiskussion vom vorigen Sonntag überzeugen. Und wer sie trotz des sehr schönen sommerlichen Wetters gesehen hat, der hat recht Interessantes erfahren. Ich möchte hier nur eine Behauptung in ihrer Verschiedenheit Ihnen nahebringen. Es wurde von den westlichen Beobachtern behauptet, es gäbe in der Sowjetunion 1 Million politische Gefangene. Die Sowjetjournalisten meinten, es gäbe nur 122.

Meine Damen und Herren! Das ist ein Unterschied von 999 878. Und was hinter dieser Zahl steht, das können wir uns etwa vorstellen. Immerhin ist aber positiv, daß solche Gespräche, bei denen es recht harte Anfragen gegeben hat, überhaupt ausgestrahlt werden, in die Öffentlichkeit gelangen. Und man kann ja heute fast nicht öffentlicher sein als durch das Fernsehen, wobei ich dem Abgeordneten Luptowits sehr recht gebe, daß man hier noch einiges mehr tun könnte. Erfreulich etwa ist auch der stärkere Zeitschriften- und Zeitungsaustausch mit dem Osten. Auch das sollte man nicht zu gering schätzen. Hier ist ein gewisser vorsichtiger Meinungs austausch, der sich anbahnt, zu beobachten.

Nun vielleicht auch etwas Positives über unser Nachbarland, über die Tschechoslowakei. Der Sprecher der Charta 1977, Václav Havel, ist nach vier Monaten Haft endlich nun doch auf freien Fuß gesetzt worden, wenngleich das Verfahren gegen ihn weiter läuft und Signatare der Charta, wie der ehemalige Journalist Jiří Lederer, der Nukleartechniker Vladimír Lastučka und der Agronom Alex Macháček, noch immer in Haft sind.

Man soll sich überlegen, daß zur Freilassung Havels Proteste aus aller Welt beigetragen haben. Die Wirkung dieser internationalen Solidaritätskundgebungen wird sehr oft unterschätzt. Es waren 16 britische Universitäten, 1220 englische Schauspieler, Regisseure, Bühnenauctoren und Theaterwissenschaftler sowie 57 Münchner Künstler, die sich an die Prager Regierung mit ihren Protesten gewendet haben. Ich darf daran erinnern, daß in Österreich diese Kampagne bereits im Februar eingesetzt hat und daß einige Mitglieder dieses Hauses erfreulicherweise zu den Unterzeichnern gehören.

Zu der internationalen Solidarität, politischen Gefangenen zu helfen, gibt es ein weiteres, sehr schönes Beispiel. Es war ja der indische Oppositionsführer, der Sozialist Fernandes, sehr lange Zeit hindurch einer sehr harten Verfolgung ausgesetzt. Er hat nun, wieder in Freiheit, sich an die österreichische Sektion von Amnesty International mit einem Dankesbrief gewendet. Hier wird die Bedeutung der internationalen Solidarität so richtig deutlich.

Nun weiter zu den Signatarstaaten: Wahrung der Menschenrechte. Bei Polen hatte man eine Zeitlang den Eindruck, es ließe so ein bißchen die Zügel schleifen, was die Regimekritiker angeht. Das dürfte doch nicht ganz stimmen; denn erst kürzlich haben 80 polnische Bürgerrechtskämpfer für die Freilassung politischer Gefangener in ihrem Land protestiert, und die Berichte, die uns aus der Türkei erreichen, sind auch nicht gerade ermunternd. Es gab ja schon sehr heftige Debatten über die Verletzung der Menschenrechte in der Türkei, die im Europarat geführt worden sind. Es kommen auch offizielle und halboffizielle Berichte zu uns, die entschieden mehr als starke Aufmerksamkeit verdienen.

Auch die Situation außerhalb Europas bringt natürlich Grund zur Sorge. Das geht aus den tagtäglichen Berichten über Südafrika, über Rhodesien hervor. Dieses Apartheidproblem mit seiner ganzen explosiven Sprengkraft ist heute schon angedeutet worden. Es gibt da auch eine Resolution der UNO, die den Stand der Dinge umreißt, in der es heißt, es wird die Apartheid verurteilt bei Beachtung gerechter Ansprüche der Weißen.

**Anneliese Albrecht**

Ich glaube, es war der Herr Klubobmann Peter, der meinte, man verzerre die Situation und es würden doch etwa schwarze und weiße Sportler sehr wohl im Süden Afrikas gemeinsam bei Wettkämpfen mittun können. Das erinnert mich daran, daß es ganz ausgezeichnete schwarze Jazzmusiker gibt, die gemeinsam mit Weißen aufgetreten sind, nur: Nach der Vorstellung konnten sie nicht gemeinsam in einem Autobus nach Hause fahren. Und darum, glaube ich, geht es.

Bedenklich ist auch die Entwicklung im Nahen Osten. Man kann den Globus drehen, man wird überall in der Welt ein Land finden, das die Menschenrechte schwer verletzt. Und selbstverständlich Idi Amin. Jeder weiß doch, was dort geschieht. Und es geschieht hier vielleicht zu wenig an Protesten. Vermutet man doch, daß dort die Verletzung der Menschenrechte bereits die Konturen von Völkermorden - nicht einmal Völkermord -, von Völkermorden angenommen hat, wo zwei afrikanische Stämme praktisch ausgerottet sind oder von der Ausrottung bedroht werden.

Natürlich auch hier Wahrung der Menschenrechte - nur: es ist nicht ganz leicht, sie zu erreichen.

Detaillierte Berichte liegen vor. Meine Damen und Herren, ich will Sie nun nicht mehr lange aufhalten, aber wir haben sehr wenig Gelegenheit, über diese Unglücklichen, über die politischen Gefangenen, die Gefolterten zu sprechen - was man oftmals hinnimmt, wenn es einen selber nicht betrifft. Ich glaube, wir sollen die Chance so knapp vor den Ferien, wo wir alle schöne Ferien vor uns haben, nicht vorbeigehen lassen, ohne an diese Menschen zu denken; „zu denken“ ist dabei zu wenig.

So liegen Berichte aus Argentinien vor, wo überwältigendes Beweismaterial für die Eskalation der Verletzung der Menschenrechte vorliegt, im Gegensatz zu den offiziellen Erklärungen. Seit dem Putsch 1976 hat sich die Regierung konsequent geweigert, die Zahl offizieller politischer Gefangener bekanntzugeben. Bekanntlich ist ja die inoffizielle Zahl bedeutend größer. Aber man gibt auch die offizielle nicht bekannt, weil man meint, es handle sich hier um eine Verletzung des militärischen Geheimnisses und es wäre dadurch die Sicherheit des Landes bedroht. Also auch eine Auslegung des Begriffes „Sicherheit“.

Geschätzt wird, daß zwischen 5 000 und 6 000 Menschen politisch gefangen in Argentinien sind. Folterpraktiken gehören dort zur Routine. Sie werden bekanntlich von Leuten praktiziert, die man halboffiziell entsprechend dazu ausgebildet. 500 Personen sind spurlos verschwunden,

und allein 1976 sind mehr als 1 000 Personen bei politischen Gewaltakten zugrunde gegangen.

Ähnlich ist die Situation in Chile. Es hat kürzlich einen Hungerstreik von chilenischen Frauen gegeben, weil 2 000 Menschen in Chile spurlos verschwunden sind. Neun Länder haben Solidaritätsaktionen gesetzt.

Verschlechtert hat sich die Situation in Uruguay. Ich teile das Bedauern mit dem Abgeordneten Höchtl, daß wir bei der uruguayischen Botschaft nicht vorgelassen werden, um Proteste einzulegen oder doch wenigstens angehört zu werden. Es ist nicht möglich, einen Termin zu erhalten.

Es liegen authentische Unterlagen vor, daß 22 Menschen in Uruguay zu Tode gefoltert wurden; es sind drei Frauen darunter, zwei Studentinnen - 19 und 20 Jahre alt - und eine 58jährige Frau.

Es soll nicht vergessen werden, daß sich unter den politischen Gefangenen sehr viele Frauen befinden, wobei hier der Ausdruck „politisch-gefangen“ gar nicht immer stimmt. Es sind vielfach Frauen, die gar nicht wissen, wieso und warum sie in den Kerker kommen, etwa in Äthiopien die 100 Frauen, die seinerzeit mit dem Machthaber verwandt waren, Frauen der dortigen Machthaber waren und die man nur aus diesen Gründen und ohne Gerichtsurteil einsperrt und quält.

Amnesty International hat aus dieser Erkenntnis heraus, daß so viele Frauen unter den politischen Gefangenen sind, Appelle an die Regierungen von Rhodesien, Mali, Sansibar und Südafrika gerichtet, diese Frauen doch zu ihren Familien, doch zu ihren Kindern zurückkehren zu lassen.

Die Durchsetzung der Menschenrechte ist also sicherlich keine einfache Sache. Es zeigt sich aber, daß man auf diesem Gebiet doch einiges erreichen kann. Erreichen wird man allerdings nichts mit Terrormaßnahmen. Man wird Menschenrechte nicht durch die Verletzung der Menschenrechte erreichen.

Daher können wir alle miteinander wirklich stolz sein, daß wir gestern das Europäische Übereinkommen zur Bekämpfung des Terrorismus angenommen haben, das eine Ideologie verfolgt, die man nicht genug begrüßen kann. Denn bei allen Auslegungsschwierigkeiten, daß nämlich Gewalt, Überfall, Mord und Geiselnahme auch dann kriminell eingestuft werden soll, wenn es sich um sogenannte oder um politische Motive handelt - Mord bleibt Mord. Es wäre schön, wenn diese Ideologie weiterginge, daß man auch das als Mord ansieht, wenn Menschen, auch Frauen und Kinder, nicht nur Soldaten, in Kriegen umkommen.

6128

Nationalrat XIV. GP - 63. Sitzung - 1. Juli 1977

**Anneliese Albrecht**

Diese Ideologie sollte auch in der politischen Erziehung mehr verfolgt werden, damit die Kinder, damit die Jugendlichen sehr früh richtige Werte und vielleicht andere Werte, als man ihnen jetzt vermittelt, erkennen, daß ihnen das bewußt wird und daß sie damit groß werden und aufwachsen. Dann wird es nicht so leicht zu einem Kult der Gewalt kommen.

Der Präsident des Europarates hat im Zusammenhang mit den Studentendemonstrationen in Paris darauf hingewiesen, wobei auch nicht verschwiegen werden soll, daß sich die Pariser Polizei ja auch nicht gerade sehr sanfter Methoden bedient hat.

Nun zurück und abschließend: Was ergibt sich weiterhin für unser Land? - Neben dieser anzustrebenden Entwicklung auf lange Sicht wird es eben notwendig sein, die humanitäre Politik der kleinen Schritte weiter zu setzen, was, meine Damen und Herren, schlicht und einfach heißt, den Menschen zu helfen.

Österreich ist sicher bereit, mehr zu tun, die Hilfe zu verstärken. Es braucht dazu aber nicht nur die eigene Initiative, den eigenen guten Willen, sondern natürlich auch die Bereitschaft der anderen.

Ich möchte mit der Hoffnung schließen, daß sich diese Bereitschaft der anderen vergrößern möge. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Präsident **Probst**: Der nächste Redner ist der Herr Abgeordnete Dr. Ermacora.

Abgeordneter Dr. **Ermacora** (ÖVP): Herr Präsident! Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Ich habe den Ausführungen der Vorrednerin an und für sich nichts hinzuzufügen, außer daß ich die Probleme vertiefen könnte, die sie hier herausgestellt hat. Ich glaube, es gibt keine Differenzen in dieser Frage.

Ich möchte an die Adresse des Herrn Parteiobmannes Peter gerichtet doch einige Dinge ins richtige Lot rücken. Die Frage Uganda wurde zumindest seit dem Jahre 1974 in den Gremien der Vereinten Nationen behandelt. Allerdings ist es in der Frage Uganda zu keiner Resolution gekommen aus den Gründen, die der Herr Parteiobmann Peter herausgestellt hat.

Was die Südafrikafrage angeht - ich würde sie nicht verniedlichen, so wie es den Anschein hatte, daß sie verniedlicht werde. 80 000 Häftlinge in jedem Jahr wegen Paßvergehen! Das ist keine Kleinigkeit. Schon das ist keine Kleinigkeit, möchte ich herausstellen.

Eine Verteufelung der Apartheid-Politik: Die Vereinten Nationen bemühen sich seit 1946 mit Appellen und geraten erst seit 1967/1968 in ein

etwas schärferes bis zum schärfsten Fahrwasser, nachdem es eine 30jährige UN-Politik zu dieser Frage gibt. Das heißt natürlich - und hier teile ich die Meinung des Herrn Parteiobmannes Peter -, daß man nicht diskriminierend die Verletzung der Menschenrechte beurteilen darf.

Ich glaube, das ist auch die österreichische Position, die hier seit vielen Jahren herausgestellt wurde, daß man nämlich das Problem der Verletzung der Menschenrechte ohne Diskrimination beobachtet, verurteilt und anklagt, wo es notwendig ist. Das heißt: gleiche Menschenrechte für alle. Das gilt selbstverständlich - und hier beruhige ich den Herrn Parteiobmann Peter - für die Weißen in Südafrika und für die Weißen in Rhodesien. Ich bin fest davon überzeugt, daß das eine UNO-Politik sein müßte.

Ich teile die Meinung von Frau Abgeordnete Albrecht, daß man in diesem gesamten Fragenkomplex wesentlich mehr Aufklärung bedürfte.

Mein Beifall für Präsidenten Czernetz war der Beifall für eine sehr grundlegende Analyse der Außenpolitik oder der Weltpolitik, wenn ich das so sagen darf. Aber diese grundlegende Analyse der Weltpolitik ist weniger eingegangen auf die Analyse der österreichischen Außenpolitik.

Diese österreichische Außenpolitik hat zwei Seiten: eine Außenpolitik, die sich in bezug auf die verschiedenen Staaten dieser Welt abwickelt, und eine Politik, die nach innen gerichtet ist und unseren Staat, unsere Menschen, unsere Demokratie betrifft.

Hier, meine Damen und Herren, haben wir sehr erhebliche Differenzen im Stil der Außenpolitik. Dies, meine Damen und Herren, unterscheidet uns und wurde nicht von Ihnen, Herr Abgeordneter Czernetz, herausgestellt. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Zu dem Stil möchte ich sagen: Das liegt ja in der Gesamtdebatte, ob das nun vorgestern die Wehrpolitik gewesen ist oder vorgestern die Sicherheitspolitik, oder gestern - bitte, ich verwechsle schon die Tage vor lauter Engagement in diesem Haus - die Sicherheitspolitik: Alles ist gut, alles ist in Ordnung und alles ist bestens.

Ich habe, wie ich schon einmal gesagt habe, nur einmal aus dem Munde des Herrn Bundeskanzlers das Bekenntnis gehört: Ja, in der Ortstafelfrage haben wir Fehler begangen! Aber sonst habe ich nicht, auch nicht vom Herrn Außenminister Pahr, gehört, daß er einen Fehlgriff bei seiner Erklärung - sie mag möglicherweise sogar von seiner subjektiven Warte aus richtig gewesen sein - gemacht hat.

Das ist ein Stilproblem. Ich appelliere nicht an

**Dr. Ermacora**

die Selbstkritik, die überall auszusprechen ist. Aber es ist ein Stilproblem, einmal einzugestehen: Jawohl, hier war etwas nicht richtig dargestellt.

Was die Untersuchung, dieses Angebot der internationalen Untersuchung in Kärnten anbelangt: Es gab einmal ein österreichisches Angebot, zwar nicht offiziell, aber der jetzige Herr Bundeskanzler und frühere Außenminister hat in der Hoch-Zeit südtirolpolitischer Auseinandersetzungen, als man den seinerzeitigen Staatssekretär Gschnitzer wegen rassistischer Äußerungen angegriffen hat, gesagt, man möge doch nach Tirol kommen, eine internationale Kommission möge kommen und untersuchen, ob hier wirklich rassistische Elemente ihr Unwesen treiben.

Aber Ihr Angebot, Herr Außenminister, geht um einen ganzen Grad weiter, es geht über den Artikel 35 des Staatsvertrages hinaus, wo es heißt, daß man Differenzen zuerst im diplomatischen Wege erledigen muß, und nicht zu diesem diplomatischen Weg gehört von vornherein eine Untersuchungskommission.

Ich glaube, Herr Bundesminister, hier waren Sie viel zu großzügig, und hier haben Sie ein Stück souveräne Vorstellung unseres Staates aufgegeben. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Es wurde vom Abgeordneten Fiedler angedeutet, aber von niemandem scharf genug herausgestellt, und auch der „blaue Bericht“ – blau gebunden –, der Bericht des Außenministeriums in bezug auf die Außenpolitik hat das nicht deutlich genug herausgestellt, nämlich daß wir in Österreich drei Formen der Außenpolitik haben. *(Abg. Dr. Reinhart: Verteilen Sie Noten?)*

Sie verteilen oft und oft genug Noten, und der Herr Blecha ist ein Hauptverteiler an Noten, meine Damen und Herren, das muß man wissen! *(Beifall bei der ÖVP.)*

Wissen Sie, Herr Abgeordneter Reinhart, so ein Zwischenruf hätte mich vor vier, fünf Jahren beeindruckt. Heute beeindruckt mich solche Zwischenrufe nicht mehr, meine Damen und Herren! *(Beifall bei der ÖVP.)*

Es gibt drei Formen der österreichischen Außenpolitik: Die eine, die der Herr Außenminister macht – nicht nur der Herr Außenminister Pahr, sondern auch der Herr Außenminister Kirchschläger und der Herr Außenminister Bielka –, eine zweite, die der Bundeskanzler im Einvernehmen mit dem Außenminister macht, und eine dritte Form der Außenpolitik, die der Herr Bundeskanzler ganz allein macht.

Ich gebe zu, und niemand bestreitet das, der Herr Bundeskanzler hat in der Welt Ansehen.

Ich möchte aber sagen: Ein Mann, der bald dreißig Jahre in der Regierung ist, wenn sich der kein Aussehen erwerben kann, das wäre ja eine „Flasche“, meine Damen und Herren! *(Abg. Pölz: Ansehen, nicht Aussehen!)*

Ansehen, ich habe gesagt, Ansehen. *(Abg. Graf: Das war nur ein Versprecher! Keine Aufregung!)* Das war dann ein echter Versprecher. Auch das erkenne ich an.

Ein Bundeskanzler, der dreißig Jahre in der Außenpolitik tätig ist und sich kein Ansehen zu erwerben vermag, ja bitte, das wäre dann eine „Flasche“. Das würde ich sagen. Aber das ist er nicht, der Herr Bundeskanzler. *(Heiterkeit bei der ÖVP.)*

Aber, meine Damen und Herren, das typische Beispiel dieser autonomen Außenpolitik des Herrn Bundeskanzlers ... *(Abg. Wille: Herr Professor!)* Bitte! *(Abg. Wille: Wie viele „Flaschen“ gibt es?)*

Bitte, ich kann solche Quizfragen nicht beantworten, aber man kann sich umsehen in allen Richtungen. *(Abg. Peter: Herr Wille, etliche Drei-Stern-Cognac sicher! – Heiterkeit.)*

Aber ich möchte doch herausstellen, daß der Herr Bundeskanzler in seiner Alleinaußenpolitik eine Politik betreibt, über die nirgends Rechenschaft gegeben ist. Sie steht nicht in dem Buch, das wir heute hier diskutieren. Der Bundeskanzler interessiert sich nicht – bitte, ich sehe ein, daß er Staatsgeschäfte zu erledigen hat, manchmal sagt er, daß er in irgendeinem Kammerl sitzt und dort zuhört –, den ganzen Tag hat er sich nicht blicken lassen. *(Abg. Graf: Herr Reinhart, er würde nicht einmal Ihretwegen kommen! Wegen des Ermacora kommt er nicht, aber Ihretwegen schon gar nicht!)*

Bitte, verzeihen Sie, ich bin zur Selbstkritik auch aufgelegt, der Außenminister sagt mir gerade, er war eine Zeitlang da. Herr Außenminister, bitte um Entschuldigung, Herr Bundeskanzler, bitte um Entschuldigung. Aber er legt keine Rechenschaft ab. Er hört das nicht und würde wahrscheinlich auch meine Kritik jetzt nicht irgendwie besonders kritisch aufnehmen, sondern halt in seiner Art aufnehmen.

Das typische Beispiel dieser Außenpolitik ist die eigene Nahostpolitik Kreiskys. Ich finde in dem Problemkatalog für das neue Parteiprogramm – Frau Albrecht hat gesagt, das ist kein Parteiprogramm, zugegeben, aber es ist ein Problemkatalog – den Satz *(Abg. Peter: Vermissen Sie das Kapitel Nahost da drinnen?)* – bitte, das nicht, aber ich betone etwas, was in diesem Zusammenhang von Interesse ist –: „Demokratisierung der Außenpolitik. Abgehen von der Tradition der Geheimhaltungspolitik,

6130

Nationalrat XIV. GP - 63. Sitzung - 1. Juli 1977

**Dr. Ermacora**

eine stärkere" – und das ist mir ein nicht uninteressanter Satz, der den Herren Beamten, die die Außenpolitik mitgestalten, doch etwas unter die Haut gehen müßte – „demokratische Kontrolle des Diplomatischen Corps.“

Meine Damen und Herren! Die demokratische Kontrolle wird von diesem Hause aus gemacht und nicht von Ihnen gegenüber den Beamten! Das ist das Problem der demokratischen Kontrolle! (*Beifall bei der ÖVP.*)

Unter dem, was Sie hier demokratische Kontrolle nennen, meinen Sie wohl die Kontrolle des Herrn Bundesministers für Auswärtige Angelegenheiten über das Diplomatische Corps. Vielleicht verstehen Sie das unter demokratischer Kontrolle. Die österreichische Bevölkerung hat ein Grundrecht, sich über ihre Zukunft ein realistisches Bild machen zu können.

Aber wie ist es mit der Nahostpolitik? Wie ist das mit der Unterstützung oft fragwürdiger Systeme durch den Zuspruch des Herrn Bundeskanzlers? Ich würde ihm unter vier Augen sagen, was ich hier meine. Aber wie steht es mit der Nahostpolitik? Er war im Jahre 1975 in Marokko, Algerien, Tunesien und Libyen, im Jahre 1974 in Ägypten, Syrien und Israel, im Jahre 1977 in Syrien als Bundeskanzler.

Wie koordinieren Sie denn diese beiden politischen Linien? Ist das nicht viel mehr die Außenpolitik der Sozialistischen Internationale, die hier geführt wird und die der Herr Bundeskanzler mit der Maschinerie des Außenministeriums führt, ohne klar abzugrenzen, daß es auf der einen Seite eine Außenpolitik des Staates Österreich gibt und auf der anderen Seite eine Außenpolitik der Sozialistischen Internationale? Er vermeidet es, diese Abgrenzung vorzunehmen und widerspricht damit den Anforderungen dieses neuen Parteiprogramms. Das ist nämlich keine demokratische Außenpolitik, wenn man diese Abgrenzung zwischen Politik der Sozialistischen Internationale auf der einen Seite und österreichischer Außenpolitik auf der anderen Seite nicht transparent macht.

Das, glaube ich, meine Damen und Herren, muß an die Adresse des Herrn Bundeskanzlers gerichtet werden. (*Zustimmung bei der ÖVP.*)

Und welche Art von Außenpolitik wird denn im Nahen Osten betrieben? Versöhnungspolitik? Ich unterstreiche, und wir alle unterstreichen hundertprozentig den Einsatz unserer Truppen im Nahen Osten als friedenserhaltende Truppen.

Wirtschaftspolitik? Was ist denn mit dem Sueskanal, meine Damen und Herren? Das haben wir doch gehört. In großen Lettern stand das in den Zeitungen. Im „Österreich-Bericht“

wurde von der Unterführung des Sueskanals durch österreichische Betriebe, durch österreichische Techniker gesprochen. Was ist denn daraus geworden, meine Damen und Herren? Wo ist denn die Rechenschaft des Herrn Bundeskanzlers über seine schlagworthafte Äußerung? Das hat man ihm abgenommen, man hat gepriesen, daß hier wiederum Arbeitsplätze gesichert werden, und so weiter.

Aber was ist denn daraus geworden? Da, hier wäre der Ort, um darüber etwas zu sprechen. Der Herr Dr. Fischer (*der soeben seinen Platz eingenommen hat*) ist so liebenswürdig, mich einmal anzulächeln. Aber ich würde bitten, dem Herrn Bundeskanzler auszurichten, daß er, der Herr Bundeskanzler, mit großen Worten über die Untertunnelung des Sueskanals gesprochen hat, daß er angekündigt hat, hier würden Arbeitsplätze geschaffen, hier würden österreichische Techniker und Maschinen eingesetzt werden – ich sage das nur, damit Sie informiert sind –, daß uns jedoch nicht bekanntgeworden ist, wie dieses Projekt ausgegangen ist. Der Herr Bundeskanzler sollte uns doch einmal sagen, was dabei herausgekommen ist.

Rüstungspolitik? Ich möchte hier darauf gar nicht weiter eingehen. Ich möchte nur eine Frage verlesen, die der Untersuchungsausschuß in der Angelegenheit der Syrien-Waffen- und Munitionsgeschäfte gestellt hat:

Vom Bundeskanzleramt „alle Akten betreffend eine Konferenz Ende 1974 oder Anfang 1975 zwischen dem Bundeskanzler, dem Bundesminister für Auswärtige Angelegenheiten“ – nicht dem Herrn Dr. Pahr – „und dem Bundesminister für Landesverteidigung über Waffengeschäfte im arabischen Raum“.

Die Antwort war: Es gibt keine Akten. – Ja sagt das, daß es dieses Gespräch nicht gegeben hat, meine Damen und Herren? Wir wären sehr interessiert gewesen, und das ist das zweite Mal, daß ich diese Frage von diesem Pulte aus stelle, wie diese Frage, ob es nicht Gespräche gegeben hat, tatsächlich zu beantworten gewesen wäre.

Im Außenpolitischen Bericht steht über alle diese Dinge nichts drinnen. Kein Wort.

Aber passen Sie nur auf, meine Damen und Herren, daß in Ihrem Problemkatalog eine Formulierung nicht Wirklichkeit wird. Das ist auf Seite 51. Entweder ist diese Formulierung, die ich Ihnen vortragen werde, ein Druckfehler, oder es ist die Neubildung eines Wortes. Auf Seite 51 wird verlangt das „Durchsetzen“ – bitte, meine Damen und Herren, das zu verkosten und mir zu sagen, ob das nicht vielleicht doch ein Druckfehler ist – „kurzfristiger und kurzfristiger Interessen“.

**Dr. Ermacora**

Meine Damen und Herren! Entweder ist das ein Druckfehler, und dann wären Sie mir vielleicht dankbar, daß ich Sie auf diese Formulierung aufmerksam gemacht habe, und Sie würden den Schriftstellern mitteilen, daß man das überdenken müßte, oder aber Sie haben hier eine neue Wortbildung: die „kurzsichtigen“ Interessen. Die neue Wortbildung würde eben darin bestehen, daß man nicht sehr weit sieht bei der Gestaltung der Außenpolitik. Und ich hoffe nur, meine Damen und Herren, daß bei der Außenpolitik, die der Herr Bundeskanzler in seinem Alleingang macht, er nicht plötzlich mißverstanden wird, wenn er die Seite 51 seines Problemkataloges realisieren wollte.

Der Herr Bundeskanzler war einmal ein großer Südtirol-Kämpfer. Ich war an seiner Seite, ich saß sogar zu seinen Füßen, meine Damen und Herren (*Heiterkeit*) – bitte, das ist kein Spaß –. Bei einer derartigen parlamentarischen Konsensrede kann ich das ja sagen: Der Herr Minister Kirchschräger, damals noch Beamter im Außenministerium, Botschafter Haymerle, Staatssekretär Gschnitzer – dem wurde ein Sessel angeboten – und Ermacora und andere sind einmal um 1 Uhr in der Nacht ins Hotel Carlyle in sein Zimmer bestellt worden, und wir mußten uns – bitte, das ist kein Spott, das ist einfach der Beweis, daß ich zu seinen Füßen gesessen bin – auf den Boden setzen, weil eben nicht genügend Plätze waren, und seine Direktiven verfolgen. Also ich saß zu seinen Füßen in der Südtirol-Politik.

Er war ein großer Südtirol-Kämpfer und ist groß herausgestellt worden. Nun ist es aber still geworden um den Bundeskanzler, und die Außenminister müssen den Dienst leisten in der Südtirol-Politik.

Es gibt hier eine doppelbödige Politik in der Südtirol-Frage. Die eine Politik, die der Herr Bundesminister Pahr so recht und schlecht führt, und eine andere, die eine echte Parteipolitik zu sein scheint – bitte, meine Damen und Herren auch von der Regierungspartei, das ist jetzt eine ernstere Aussage –, eine Parteipolitik, die sich in bezug auf Südtirol immer deutlicher gegen die Sammelpartei Südtiroler Volkspartei richtet und die Splittergruppen berücksichtigt.

Es ist vor allem Landeshauptmann-Stellvertreter Salcher, der diese Splittergruppen pflegt, ihre Repräsentanten gehen ein und aus; und dagegen hat sich die Anfrage Keimel gerichtet. Der Herr Außenminister hat mit seiner Antwort die Politik der Splittergruppen unterstützt, weil es ihm nicht gelungen ist, eine Differenzierung zwischen einer allgemeinen Südtirol-Politik und einer Südtirol-Parteipolitik zu ziehen. Die ÖVP hat immer zur Sammelpartei SVP gestanden. Andere Parteien sehen ihre Hauptaufgabe darin,

Ideologien durchzusetzen und in Südtirol Gesellschaftsveränderung zu betreiben.

Meine Damen und Herren! Ich möchte von mir selbst sagen, daß ich seit dem Jahre 1958 alle Verhandlungen geradezu mitbegleitet habe und mir daher ein Urteil darüber erlauben kann.

Herr Bundesminister! Wenn Sie noch einmal einen Fehltritt in dieser Hinsicht durch Ihre freimütige Äußerung machen, zerstören Sie die gemeinsame Südtirol-Politik, und Sie treiben eine Spaltung in diese, wenn Sie die im italienischen Parlament allein vertretene Südtiroler Volkspartei vor den Kopf stoßen. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Herr Bundesminister, es wurde Ihnen schon oft genug gesagt: In dem Moment, wo sich die Südtiroler Volkspartei bemüht, das Paket durchzusetzen, haben Sie in diese Verhandlungen mit Ihrer Äußerung einen gravierenden Stein geworfen. Und ich glaube, die gedeihliche Südtirol-Politik Österreichs kann nur darin bestehen, daß Vertrauen zwischen Südtirol, Wien und Tirol besteht. Sonst gibt es keine einheitliche Südtirol-Politik. Und dieses Vertrauen, Herr Bundesminister, müssen Sie – obwohl Sie den Dank des Herrn Landeshauptmannes Magnago, auf den ich zurückkommen möchte, vorgelesen haben –, dieses Vertrauen müssen Sie unbedingt herstellen. Das ist mein freundschaftlicher Rat.

Aber dieses Vertrauensverhältnis war unter der ÖVP nie gestört, das kann ich bekunden. (*Abg. Dr. Fischer: Was war damals Ihre Meinung über die VP-Südtirol?*) Ja, das sage ich Ihnen dann sofort. Ich habe nicht geahnt, daß Sie mir die Ehre des Zuhörens geben, aber ich wollte nur sagen, ich war immer ein Kritiker des Pakets. Ich muß aber heute, nachdem ich gesehen habe, was die Südtiroler Volkspartei aus diesem Paket in langjähriger Arbeit schließlich bis zur Regelung der Energiefrage herausgeholt hat, sagen, daß – und das gestehe ich selbst selbstkritisch ein – die Paketlösung in dieser Phase sicherlich die richtige Lösung gewesen ist. Ich übe Selbstkritik in diesem Zusammenhang.

Aber das ist meine feste Überzeugung, insbesondere – und das möchte ich auch an die Adresse des Herrn Außenministers richten – nachdem der erste Kenner der Materie, der Assessor Benedikter, am 7. Juni 1977 wegen Ihrer Äußerung, die Sie an diesem Pult gemacht haben, dem Südtiroler Landtag über den Stand der Durchführungsbestimmungen zum neuen Autonomiestatut berichtet hat. Das war eine Reaktion auf Ihre Äußerung. Er wollte dem Südtiroler Landtag zeigen, was diese Verzögerungen – die ich auch kritisiert habe, das muß

6132

Nationalrat XIV. GP - 63. Sitzung - 1. Juli 1977

**Dr. Ermacora**

ich zugeben; und ich bedauere es, daß es solche Verzögerungen gegeben hat vom formalen Gesichtspunkt - verursacht hat. Aber er stellt hier klar heraus, was in diesen Jahren alles erreicht wurde, und das ist etwas, was man sich im Jahre 1969 nicht träumen lassen konnte.

Es bleibt eine sehr entscheidende Frage offen: das ist das Problem der Sprachgleichheit, und das scheint mir eine so entscheidende Frage zu sein, weil dieses Problem mit dem Pariser Abkommen unmittelbar im Zusammenhang steht und über das Problem der sonstigen italienischen Regional- und Provinzialpolitik hinausreicht.

Aber übersehen wir etwas bitte nicht: daß die Südtirol-Politik von der Entwicklung der italienischen Demokratie entscheidend abhängt. Ich bin glücklich, daß wir heute in Europa in einem solchen Parlament, wie es das österreichische ist, über diese Fragen sprechen dürfen, ohne von einem Bundeskanzler zu hören, es ist ratsam, nicht über die inneren Angelegenheiten eines Staates zu sprechen. Es war ein Bundeskanzler, der dies erklärt hat, daß man sich in die Fragen des Oberetsch nicht einmischen sollte. Gott sei Dank sind wir über diese Phase weit hinaus, und daher dürfen wir auch unsere Besorgnis aussprechen, daß die Südtirolpolitik von der Entwicklung der italienischen Demokratie entscheidend mit berührt wird. Und diese Besorgnis wird von der Landesversammlung der Südtiroler Volkspartei getragen, sie drückt sich in Resolutionen aus.

Ich möchte mich nicht, meine Damen und Herren, in die Diskussion über den Eurokommunismus einlassen, möchte aber nur von einer sehr wohl informierten Seite, die im „Rheinischen Merkur“ geschrieben hat, einen Satz herausstellen:

Der Obmann der Sozialistischen Partei, Kreisky, gab nach dem jüngsten Treffen der sogenannten Eurokommunisten in Madrid einige Interviews, in denen er die italienischen Kommunisten im Unterschied zu ihren französischen Gesinnungsgenossen als relativ ungefährlich ansah. - Und dann wird hier ausgeführt, daß diese Auffassung absolut nicht der tatsächlichen Situation entspricht. Die von Kreisky genannten Machtblöcke, auf die er sich berufen hat, sind in Italien längst zerbrochen, und der Schreiber stellt hervor, daß die Harmlosigkeit der Absichten dieser sich heute so demokratisch gebenden Partei insbesondere im Lichte der Autonomiepolitik bedeutsam ist.

Herr Bundesminister! Wenn Sie früher bei der Auseinandersetzung mit Herrn Abgeordneten Dr. Fiedler auf Ihre Frage zu sprechen gekommen sind, die Sie hier in diesem Hause betroffen

hat, so haben Sie auch nicht alles vorgelesen. Sie haben aus der Zeitung zitiert. Aber ich zitiere aus einem offiziellen Organ der Südtiroler Volkspartei, nämlich aus dem Bericht Magnagos. Er dankt Ihnen - bitte, meine Damen und Herren, er dankt Ihnen, das haben Sie vorgelesen -, aber er sagt dann weiter:

„Umso verwunderlicher und schmerzlicher für uns ist es, wenn von österreichischer Seite solche Aussagen gemacht werden. Eine menschliche Erklärung dafür könnte man darin finden, daß der Herr Außenminister Pahr als Mitglied einer sozialistischen Regierung die in der Anfrage zitierten Äußerungen des sozialistischen Parteiobmannes Tirols Dr. Salcher decken beziehungsweise ihnen nicht widersprechen wollte. Eine Rechtfertigung ist dies aber noch keine.“  
(Beifall bei der ÖVP.)

Das ist vom 25. Juni. Diesen Satz, Herr Bundesminister, haben Sie uns nicht vorgelesen. Auch hier appelliere ich nicht an Ihre Selbstkritik, wir sind ja dazu in einem lebhaften Parlament und in einer lebhaften Debatte, daß das, was der eine nicht sagt, eben der andere sagen darf. In diesem Fall ist es etwas, was Sie betrifft, und damit möchte ich auch die Objektivität bewahren, zitieren, was Magnago noch sagte: „Ich bin der Auffassung, daß dieser Betriebsunfall nun ad acta gelegt und somit als erledigt betrachtet wird.“ Das sagt Magnago auch. Aber, Herr Bundesminister! Meine Damen und Herren! Hohes Haus! An diese Problematik des Eurokommunismus knüpft sich ein Element an, das man nicht übersehen sollte. Wenn Sie die Dokumente der Südtiroler Parteiversammlung ansehen, klingt da und dort die Selbstbestimmungsforderung in einer Resolution auf. Und Sie, Herr Bundesminister, haben in Rom mit Ihrem Außenministerkollegen, mit Ihren Partnern, nicht über die innere Entwicklung Italiens im Lichte der Frage Südtirol gesprochen; aber ich möchte doch herausstellen, daß eine solche Selbstbestimmungsforderung, wenn sie im Zuge der Entwicklung ergriffen würde, Österreich vor schwerwiegende Probleme stellen würde, vor größere, als Sie sie heute zugeben würden.

Ich möchte noch mit zwei Gedanken, bei denen ich mich sehr kurz fasse, schließen: Sie haben kritische Äußerungen zur Regionalpolitik herausgestellt. Regionalpolitik nicht nur in bezug auf den alpenländischen Raum im Westen Österreichs, sondern es gibt auch eine Regionalpolitik im Kärntner Raum, und ich erinnere mich, daß Sie nicht die Institutionalisierung der Möglichkeiten der Länder, außenpolitisch auf diesem Sektor tätig zu werden, befürworten.

Herr Bundesminister! Das steht im Länderforderungsprogramm, und darüber hinaus war das

**Dr. Ermacora**

im Jahre 1920 bei der Verfassungsentwicklung ein Grundgedanke, der vom damaligen Staatsamt für Auswärtige Angelegenheiten gekommen ist. Nur geraten diese Dinge in Vergessenheit.

Ich möchte ein zweites Problem vorbringen und mit diesem schließen. Wir haben nicht nur in Österreich Volksgruppenprobleme, die Volksgruppenprobleme durchziehen ganz Europa. Wir haben in Ihrer Rede vor der letzten Generalversammlung der UN gehört, daß Sie jede Initiative zu einer Konvention zum Schutz der Volksgruppen unterstützen würden.

Herr Bundesminister! Hier liegt ein Moment, an das ich Sie erinnern möchte. Es geht nicht allein darum, daß Sie etwas unterstützen möchten, sondern es geht um die Initiative. Herr Bundesminister! Heute und gestern ist diese Problematik herausgestellt worden. Ich würde Sie bitten, auch hier eine Initiative zu setzen, ein Engagement zu setzen, Herr Bundesminister, auch in der Außenpolitik, die man nicht ohne Leidenschaft betreiben kann. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Präsident **Probst**: Der nächste Redner ist der Herr Abgeordnete Dr. Hesele.

Abgeordneter **DDr. Hesele (SPÖ)**: Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich darf noch einmal auf die Grundlagen der österreichischen Außenpolitik zurückkommen, über die heute schon sehr viel diskutiert wurde und die in diesem Bericht zum Ausdruck kommen. Da sind erstens einmal der Staatsvertrag, die immerwährende Neutralität, die pluralistisch-demokratische Staatsform des Landes und die geopolitischen Gegebenheiten des Landes.

Es ist richtig, wie das schon von einem Vorredner gesagt wurde, daß insbesondere die immerwährende Neutralität und der Staatsvertrag zu den Fixpunkten unserer Außenpolitik gehören, aber nach meiner Meinung auch die pluralistisch-demokratische Staatsform dieses Landes. Das sagt aber nichts darüber aus, daß man auch immer wieder die internationalen Beziehungen zwischen Staaten und Staatengruppen, die kein statischer, sondern ein sehr dynamischer Prozeß sind, analysieren muß. Das muß man auch im Falle unserer Außenpolitik tun, denn seit dem Jahre 1955, seit dem Abschluß des Staatsvertrages und der Beschlußfassung über die immerwährende Neutralität, sind immerhin in der internationalen Staatenswelt aus 55 Mitgliedern, die den Vereinten Nationen angehört haben, 148 Mitgliedstaaten geworden, wobei im Zuge des Dekolonialisierungsprozesses, der hauptsächlich durch die Ver-

einten Nationen erfolgte, mehr als 80 Staaten selbständig geworden sind. Staaten, die, wie das bereits im Bericht über die Entwicklungshilfe dargestellt wurde, zwar ihre politische Souveränität erlangt haben und als vollwertige Entscheidungsträger in die internationale Gemeinschaft eingezogen sind, nicht jedoch ihre wirtschaftliche Unabhängigkeit so erhalten haben, wie das einem souveränen Staat zusteht. Und in dem Sinn, meine Damen und Herren, ist es die Aufgabe einer Außenpolitik, diese Strömungen zu analysieren und die richtigen Entscheidungen zu treffen.

Gerade in den siebziger Jahren – es ist heute im Zusammenhang mit der Tätigkeit der Vereinten Nationen darüber gesprochen worden – haben sich diese selbständigen Staaten der Dritten Welt organisiert, mobilisiert und versucht, ein eigenes Programm zu finden. Es würde hier zu weit führen, alle diese Erklärungen und Sondertagungen der Generalversammlung der Vereinten Nationen zu zitieren; die Grundlage aller dieser Beschlüsse ist, wie dies in der Erklärung von Lima steht, daß Frieden und Gerechtigkeit auch eine wirtschaftliche Dimension haben. Die Länder der Dritten Welt haben versucht, in einer neuen internationalen Wirtschaftsordnung, die durch die Vereinten Nationen angenommen wurde, das bestehende wirtschaftliche System neu zu gestalten.

Meine Damen und Herren! Nicht über die immerwährende Neutralität und die Grundlagen der österreichischen Außenpolitik wird diskutiert, sondern durch das Entstehen dieses Nord-Süd-Konfliktes oder Nord-Süd-Dialoges, der neben den Ost-West-Konflikt getreten ist, erhebt sich die Frage, welche Rolle ein immerwährend neutraler Industriestaat in diesem Nord-Süd-Konflikt zu spielen hat. Damit hat sich zum Beispiel Professor Zemanek von der theoretischen Seite her in einem der letzten Hefte der Österreichischen Zeitschrift für Außenpolitik beschäftigt, und auch das 11. Außenpolitische Gespräch in Hernstein hat sich mit der Frage der Entwicklungspolitik im breitesten Rahmen beschäftigt, von der Währungspolitik über die Rohstoffpolitik, aber auch mit der Frage, welche Rolle ein immerwährend neutraler Industriestaat zu spielen hat. Und Zemanek sieht das sehr richtig, daß die österreichische Neutralität unbestrittenerweise aus dem Ost-West-Konflikt entstanden ist und nicht nur für den österreichischen Staat, für die Republik Österreich, sehr viele Vorteile gebracht hat, sondern sehr wesentlich auch zur Entspannung in Mitteleuropa beigetragen hat.

Aber dieser Nord-Süd-Konflikt, vor dem wir jetzt stehen, hat doch einen etwas anderen Charakter. Man vergleicht ihn mit einem



6134

Nationalrat XIV. GP - 63. Sitzung - 1. Juli 1977

**DDr. Hesele**

sozialen Machtkonflikt, und es ist die Frage, welche Rolle ein neutraler Staat in diesem Entwicklungsprozeß des Nord-Süd-Konfliktes zu spielen hat. Sehr eindeutig wurde in diesem Diskussionskreis, der sich mit der Frage der Institutionalisierung der neuen internationalen Wirtschaftsordnung beschäftigt hat, festgehalten, daß Österreich eindeutig zu den Ländern des Nordens gehört.

Aber ebenso eindeutig wurde auch die Rolle des neutralen Staates Österreich definiert, die wesentlich anders ist als im Ost-West-Konflikt. Österreich gehört als Industriestaat zum Lager der Nordstaaten. Das ist eine wesentlich andere Situation als im Ost-West-Konflikt, geht es doch in diesem Nord-Süd-Konflikt primär um wirtschaftliche und soziale Probleme. Nach Auffassung aller Herren, die sich mit diesen Dingen beschäftigt haben, könnte die Neutralität im Nord-Süd-Konflikt nur dann aktuell werden, wenn dieser als Krieg, also in erster Linie mit Waffengewalt, ausgetragen wird.

Ich glaube, es gibt noch eine weitere Perspektive. Nicht nur, daß Österreich als Industriestaat als Vertreter des Nordens zu gelten hat, sondern man ist allgemein der Auffassung - und das ist auch eine Frage der österreichischen Außenpolitik, der aktiven Außenpolitik -, daß Österreich nicht nur dem Norden zugehört, sondern in diesem Nord-Süd-Dialog auch eine besondere Rolle übernehmen könnte, eine konfliktdämpfende Rolle, vor allem im Zusammenwirken mit gleichgestimmten Staaten.

Ich darf in diesem Zusammenhang auf ein Interview mit Botschafter Jankowitsch hinweisen, in dem Jankowitsch selbst sagt: „Österreich wird seine Haltung gegenüber der dritten Welt in Zukunft etwas enger mit den kleineren Industriestaaten abstimmen. Ein erster formeller Kontakt ergibt sich Ende August in Kopenhagen.“ Es wird dann auch davon gesprochen, um welche Staaten es sich handelt. „Diese hätten sich die Bezeichnung ‚Gruppe Gleichgesinnter‘ (Like-Minded Countries) gegeben und würden“, wie gesagt, „Ende August in Kopenhagen eine Besprechung abhalten. Österreich werde bei dieser Gelegenheit erstmals an diesen Beratungen teilnehmen.“

Es ist unbestritten, daß Österreich in diesem Nord-Süd-Konflikt im Rahmen seiner Möglichkeiten eine Rolle zu spielen hat.

Aber ich glaube, eine sehr wesentlichere Aussage eines Fachmannes, die auch in diesem Zusammenhang abgegeben wurde, ist entscheidend, nämlich daß ein immerwährend neutraler Industriestaat nur dann eine besondere Funktion in diesem Konflikt erfüllen kann, wenn er in den

Augen jener Seite, der er auf Grund seines Entwicklungsstandes nicht angehört, also in unserem Falle in den Augen der dritten Welt, glaubwürdig ist. Die Solidarität darf kein Lippenbekenntnis sein, sondern es muß ein echter Beitrag für die Bedürfnisse der dritten und vierten Welt sein.

Ich glaube, meine Damen und Herren, in diesem Lichte ist unsere Rolle im Nord-Süd-Konflikt, sind unsere Beiträge auf dem Sektor der Entwicklungspolitik, die auch in diesem Außenpolitischen Bericht einen sehr breiten Raum einnehmen, zu sehen.

Über die Frage der Entwicklungspolitik und der Entwicklungshilfe wurde im heurigen Jahr erstmalig in diesem Hause eine sehr große Debatte abgeführt, die Entwicklungshilfe ist ja in erster Linie innerstaatlich eine Angelegenheit des Bundeskanzleramtes, nur für die auswärtigen Beziehungen dieser Entwicklungshilfe ist das Außenministerium zuständig.

Bundesparteiobmann Dr. Taus hat, soweit ich das verstanden habe, davon gesprochen, daß keine Initiativen gesetzt wurden. Aber: Wir haben im Jahre 1974 einstimmig das Entwicklungshilfegesetz beschlossen und uns zu modernen Grundsätzen, die auch von den Vereinten Nationen verlangt werden, bekannt, daß die Entwicklungsländer als Partner angesehen werden sollen und deren Selbsthilfebemühungen im Mittelpunkt zu stehen haben. Das partnerschaftliche Verhältnis ist die Grundlage dieses Gesetzes. Es wurde innerstaatlich ein Entwicklungshilfebeirat geschaffen, der eine Demokratisierung und eine Aussprache aller Entwicklungshilfeträger ermöglicht. Die Bundesregierung legt in einem Dreijahresprogramm ihre Grundsätze und ihre beabsichtigten Hilfsmaßnahmen dar. Dabei ist es ein Grundsatz des Entwicklungshilfebeirates, bei den bescheidenen Mitteln, die wir zur Verfügung stellen können, auf eine regionale und auf eine sektorale Schwerpunktbildung hinzuwirken.

Ein Wort, meine sehr geehrten Damen und Herren, zur Frage der bilateralen und der multilateralen Entwicklungshilfe. Wir alle sind uns dessen bewußt - auch das wurde seinerzeit bei der Debatte über die Entwicklungshilfe gesagt -, daß die großen wirtschaftlichen und sozialen Probleme der dritten Welt selbstverständlich nur multilateral durch Zusammenarbeit aller Staaten gelöst werden können, aber ich glaube, auch als Kleinstaat sollen wir die bilaterale Entwicklungshilfe, die sicherlich nur ein Tropfen auf den heißen Stein ist, nicht außer acht lassen.

In unseren außenpolitischen Beziehungen mit den Staaten der dritten Welt ist die Bereitstel-

**DDr. Hesele**

lung von Entwicklungshilfemitteln oft die einzige Möglichkeit einer engeren Kontaktnahme. Diese Hilfe ist nicht nur eine wirtschaftliche Maßnahme, sondern eine echt außenpolitische Angelegenheit. Ein Kleinstaat kann sich in der dritten Welt nur durch die bilaterale Entwicklungshilfe profilieren, sie gibt letztlich die Möglichkeit, nicht nur mit den Regierungen, die fast immer nicht den Grundanschauungen entsprechen, wie wir sie in unseren Grundlagen der österreichischen Außenpolitik festgelegt haben, in Kontakt zu kommen, sondern auch mit der Bevölkerung. Und das ist vielleicht noch die größere Stärke der privaten Entwicklungshilfeorganisationen, weil sie unbedingt und auf jeden Fall die Möglichkeit haben, über Regierungen hinweg mit den Menschen in den ärmsten Ländern Kontakt aufzunehmen.

Zwei Maßnahmen der bilateralen Entwicklungshilfe, die sicherlich bescheiden, aber im Einzelfall wirksam sind: daß Österreich mit dem Expertenbüro eine Vermittlungsstelle im Außenministerium eingerichtet hat, die österreichische Experten in die Länder der dritten Welt entsendet, die dort österreichische Propagandisten sind, aber auch den Menschen in diesen Ländern helfen wollen. Auf der anderen Seite tragen die Entwicklungshilfe-Stipendienaktionen an ausländische Studenten der Entwicklungsländer doch dazu bei – auch das sicherlich eher bescheiden, aber doch sehr wirkungsvoll –, das Image Österreichs in der dritten Welt zu heben.

Selbstverständlich könnte man hier noch sehr lange über die multilateralen Entwicklungshilfeaktionen der Vereinten Nationen, unsere Mitarbeit, unsere Rolle, die wir in diesen Gremien spielen, und unsere Stellungnahme sprechen. Aber ich glaube, meine Damen und Herren, dieser Fragenkomplex ist umfassend in diesem Bericht dargestellt, und wir sind überzeugt, daß es eine moralische Verpflichtung ist, auch in diesen multilateralen Bestrebungen der Staatenwelt für die Menschen in der dritten Welt mitzuhelfen.

Es ist heute schon gesagt worden, daß die Großmächte sicherlich viel Hilfe leisten, aber nicht selbstlos, sondern über den Weg der Entwicklungshilfe versuchen, auch politische Macht in diesen Ländern zu bekommen. Vom Abgeordneten Dr. Karasek wurde hier ein Zitat aus Frankreich anlässlich des Staatsbesuches von Staatspräsident Breschnjew vorgebracht, ich entnehme es ebenfalls der Zeitung: „In Pariser Sicht ist die Entspannung nicht nur eine Angelegenheit von Staaten, sondern muß sich auch auf die Völker auswirken. Entspannung darf auch nicht nur auf Europa beschränkt bleiben, sondern muß sich“ auch „auf andere Konfliktzonen wie Afrika erstrecken.“

Einer deutschen Zeitung entnehme ich ein Zitat des englischen Premiers Callaghan, der auch betont hat, daß Entspannung unteilbar ist, und: „Die Sowjets müßten begreifen, daß eine von ihnen in Afrika betriebene Politik der Einmischung nicht ohne Auswirkungen auf das Ost-West-Verhältnis“ sein kann.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich glaube, es ist notwendig, daß die kleinen und die mittleren Staaten, die nicht mit Großmachtspolitik verbundene Entwicklungshilfe leisten, sich an der multilateralen Entwicklungshilfe beteiligen. *(Der Präsident übernimmt wieder den Vorsitz.)*

Ich darf zum Schluß – weil das auch von einem Vertreter des Außenministeriums bei den Gesprächen in Hernstein über die neue internationale Wirtschaftsordnung und Österreich zum Ausdruck gebracht wurde – sagen, was denn in erster Linie die Aufgabe der österreichischen Beamten des Außenministeriums sein wird: Eine wirkungsvolle Mitarbeit Österreichs in internationalen Gremien wird ferner erfordern, daß die jeweilige österreichische Delegation über eine ausreichende Zahl fachlich entsprechend qualifizierter und konferenzerfahrener Mitglieder verfügt. Angesichts der ständig zunehmenden internationalen Konferenztätigkeit beziehungsweise bei den bei diesen Konferenzen häufig praktizierten Verhandlungs- und Entscheidungsverfahren wird es gerade für kleinere Länder wie Österreich immer schwieriger, für eine ausreichende Beschickung internationaler Tagungen Sorge zu tragen.

Es wird die Aufgabe des Herrn Bundesministers sein, das notwendige fachkundige Personal zu bekommen.

Zum Schluß, meine sehr verehrten Damen und Herren – es ist durchgeklungen; auch der Abgeordnete Peter hat hier gefragt: Müssen wir überall dabeisein und in der ersten Reihe stehen? *(Abg. Peter: Für das Dabeisein bin ich, aber nicht für das In-der-ersten-Reihe-Stehen!)* Ich weiß nicht, ob wir immer in der ersten Reihe stehen –:

Ich verweise auf drei Meldungen der letzten Zeit, weil gerade der Weltraumausschuß der Vereinten Nationen in Wien tagt: Dieser Ausschuß beschäftigte sich unter anderem mit der Frage eines Weltraum-TV und mit Sonnenkraftwerken im Weltraum. Weiters tagt derzeit die Seerechtskonferenz in New York, die neben anderen sehr wesentlichen Problemen die Nutzung des Meeresbodens diskutiert.

Ich glaube, die Aufgabe und die Rolle, die die kleinen Staaten nicht nur im Nord-Süd-Konflikt zu spielen haben, sondern überhaupt in der internationalen Politik, ist es, nicht den Großmächten alles allein, sei es jetzt die Frage des

6136

Nationalrat XIV. GP – 63. Sitzung – 1. Juli 1977

**DDr. Hesele**

Seerechtes, sei es die Frage der Entwicklungshilfe, zu überlassen, sondern in internationaler Solidarität allen Menschen auf dieser Welt selbstlos zu helfen.

Damit, meine Damen und Herren, darf ich zum Schluß noch sagen: Wir fühlen uns, wenn wir diesen Bericht, diesen Außenpolitischen Bericht des Herrn Bundesministers gelesen haben, außenpolitisch gut vertreten. Das können wir dem Bericht entnehmen. Wir fühlen uns als sozialistische Fraktion auch durch den Bundesminister Dr. Pahr außenpolitisch sehr gut vertreten.

Daher geben wir diesen Berichten gerne unsere Zustimmung. *(Beifall bei der SPÖ.)*

**Präsident:** Nächster Redner ist der Herr Abgeordnete Steinbauer.

Abgeordneter **Steinbauer** (ÖVP): Herr Präsident! Hohes Haus! Der Abgeordnete Hesele hat mir durch seinen Gefühlsausbruch am Schluß *(Abg. Teschl: Aus der Seele gesprochen!)* kein Stichwort gegeben. Wir fühlen das nicht ganz so wie er, wenn wir den Bericht ansehen. Aber er hat mir ein Stichwort gegeben durch die Thematik, die er angeschnitten hat. Ich möchte einige Bemerkungen daran anschließen.

Der Außenpolitische Bericht, so wie er vorliegt, ist sicherlich – und dafür haben wir den Beamten, die ihn zusammengestellt haben, zu danken – eine interessante Zusammenstellung der Fakten und hat dazu gedient, daß heute eine interessante Debatte über die Weltlage von den Rednern aller drei Fraktionen abgeführt wurde. Der Außenpolitische Bericht ist aber doch auch lückenhaft, und die Lücken betreffen genau den Bereich, den der Abgeordnete Hesele behandelt hat.

Herr Abgeordneter Hesele, wenn Sie überlegen, was zu Ihrem Thema Entwicklungspolitik in dem Bericht drinnensteht beziehungsweise was nicht drinnensteht, dann müssen Sie sich an die Karte Afrikas erinnern, allerdings nicht an die Karte Afrikas von 1977, sondern an die mit den vielen weißen Flächen aus dem vorigen Jahrhundert. Hier sind große unentdeckte Zonen, die in dem Bericht nicht vorkommen. Was fehlt, sind Fragen wie: Wo ist denn eigentlich die längerfristige Konzeption? Wo ist die längerfristige Linienführung? Wo ist ein bißchen Phantasie? Wo ist die Vorbereitung auf die achtziger Jahre – etwa im Bereich der Entwicklungspolitik – in diesem Bericht verankert?

Ich glaube, von all dem ist relativ wenig vorhanden. Lassen Sie mich einige Bemerkungen daranschließen – nicht hinsichtlich der Vergangenheit. Die Mängelrüge wurde heute schon abgehandelt, etwa die verschiedenen

Erklärungen des Außenministers. Lassen Sie mich einige Fragen dieser achtziger Jahre kurz anschnelden.

Wir haben ein zentrales Problem vor uns. Das sagt auch der Bericht. Er sagt, daß ein Hauptanliegen der internationalen Politik das Verhältnis zu den Drittländern ist. Er sagt, daß Österreich grundsätzlich Verständnis dafür hat.

Aber bitte: Was sagt er denn konkret? – Konkret sollen die Punkte sein, die man in den Drittländern von Industrieländern heutzutage erwartet. Die Mangelhaftigkeit an Konkretisierung ist ja genau das Problem und die Enttäuschungszone der Drittländer gegenüber den Industrieländern. Das Versprechen, das verbale Zusichern, das Versprechen und das Nichterfüllen, das dahintersteht, sind es. Und hier, meine Damen und Herren, ist ein wesentlicher Punkt, bei dem wir, so glaube ich, mit Blick auf die achtziger Jahre ganz einfach vor Versäumnissen stehen.

Dabei muß man auf die Entwicklungshilfe zuerst einmal zu sprechen kommen. Ich glaube nicht, daß der Außenminister, und ich glaube nicht, daß das Außenministerium, sich damit hinwegtrösten können, daß dies ohnehin zum Ressort des Bundeskanzlers gehört. Ich glaube auch nicht, daß man sich damit hinwegtrösten kann, daß ohnehin dafür ein Staatssekretär die Regierungsbank bevölkert. Und ich glaube auch nicht, daß man sich eines Tages damit hinwegtrösten kann, daß halt damals in den siebziger Jahren die budgetäre Lage besonders schwierig war. Die Tatsachen werden uns in den achtziger Jahren Schwierigkeiten machen. Die Tatsachen, daß es damals in den siebziger Jahren Kompetenzschwierigkeiten gegeben hat, daß das Außenministerium nicht die Federführung zunehmend an sich gebracht hat, als es sah, daß wir keine offensive Entwicklungspolitik betreiben, und die Tatsache, daß halt ein Staatssekretär, wenn der Bundeskanzler selbst ihn nicht wirklich schützt, eben herzlich wenig durchsetzen kann.

Ich fürchte, daß wir langfristig, wenn sich das Außenministerium nicht offensiver um die Thematik Entwicklungspolitik annimmt, in eine Position hineingleiten, die mit Blick auf die achtziger Jahre schwierig wird.

Sind wir nicht ein rohstoffarmes Land? Sind wir nicht ein kleines Industrieland? Und sind wir nicht auch in den achtziger Jahren sicher nicht in der Lage, von uns aus Druck auszuüben? Aber sind wir nicht in der Gegenrechnung eines Tages einer jener Punkte, wo man sich die Frage stellen muß: Könnte da nicht einer, der lange Jahre von uns nur Verbales hörte, der lange Jahre von uns nur Hoffnungen hörte, Verspre-

**Steinbauer**

chungen, eine Gegenrechnung aufstellen und sagen: Industrieland, kleiner Industriestaat, nun werden wir den Druck von uns aus auf dich ausüben?

Ich glaube, daß unter diesem Aspekt ganz einfach das Außenministerium stärker als bisher in der Entwicklungspolitik und in der Entwicklungshilfe tätig werden müßte. Wir haben immer noch nicht den Prozentsatz des Bruttonationalproduktes erreicht, den wir damals am 8. September 1970 feierlich für die zweite Dekade der Entwicklungspolitik auch für uns verpflichtend erklärten.

Wir haben in den letzten offiziellen Zahlen statt 1 Prozent immer noch – ich erinnere an den Entwicklungshilfebericht – nur 0,45 Prozent, nicht einmal die Hälfte unserer 1970 beschworenen Zahl. Und wir stehen im öffentlichen Anteil weit unter dem, was wir als Zielsetzung angekündigt haben.

Wir werden sogar von der OECD-Prüfungsorganisation gefragt, ob denn die Regierung das Entwicklungshilfeprogramm wirklich ernst nimmt, ob sie die Entwicklungshilfe wirklich unterstützt. Können wir darauf eigentlich Antwort geben? Was tun wir für den rechtlichen Status unserer Entwicklungshelfer? Was tun wir zur Verwirklichung des Programms? Und: Wieviel Programm ist denn tatsächlich hier vorhanden?

Noch einmal die Frage an das Außenministerium: Es hat im Bericht erwähnt, daß wir die Mitarbeit im Bereich der UN zwar finanziell steigern konnten, den Beitrag bei der UNDP; wir leisten stolze 3,2 Millionen US-Dollar. Aber in dem gleichen Bericht steht, daß Finnland 5,6, Belgien 9,4, Norwegen 21,3 und Dänemark 39,1 Millionen Dollar – im Vergleich zu unseren 3,2 Millionen Dollar – an Beitrag leisten konnten. Werden nicht diese Rechnungen eines Tages auf uns zukommen? Werden das nicht eines Tages Gegenrechnungen sein?

Und ein Punkt, wo ich sage: Kann hier das Außenministerium nicht von sich aus offensiv werden, um endlich das Planungschaos in der Entwicklungshilfe aufzulösen? Die Geheimlisten mit der Schwerpunktbildung. Bitte, seit Jahren wird angekündigt, daß man sich auf Schwerpunktländer festlegen will. Feierlich kündigt die Regierung an, daß sie 12 bis 15 Schwerpunktländer finden möchte. Zwischen 1971 und 1974 haben wir aber im Gegensatz dazu in 43 Ländern Hilfe geleistet.

Und Geheimlisten kursieren. Ist hier nicht der Punkt erreicht, wo das Außenministerium aus politischer Rason und nicht aus der Detailsicht vielleicht von Entwicklungshelferorganisationen diese Schwerpunktzusatzung federführend

und offensiv anzubieten hätte? Wäre das nicht allmählich ein Gegenstand der Behandlung im Außenpolitischen Rat und nicht ein Gegenstand von Geheimlisten, wohin wir die wenigen Mittel, die wir tatsächlich anzubieten haben, tatsächlich leiten wollen? (*Zwischenruf.*) Bitte, die Listen kursieren, fragen Sie in den Entwicklungshelferorganisationen, es sind nur immer verschiedene Listen.

Seit Jahren verspricht man eine Schwerpunktzusatzung in der Entwicklungshilfe, man spricht von 12 bis 13 Ländern – andere Länder haben sogar nur drei, vier Länder als Schwerpunktländer –, und es kommt zu keiner Entscheidung. Das mag am Staatssekretär liegen, das liegt aber als Mitschuld zunehmend auch beim Außenminister, denn er hat sich auch um diesen Bereich zu kümmern. (*Beifall bei der ÖVP.*) Er kann hier nicht sagen, das ist eben ein Staatssekretär im Bundeskanzleramt.

Ich möchte diese Bemerkungen mit ein paar grundsätzlichen Überlegungen schließen. Glauben Sie wirklich, Herr Außenminister, daß die Probleme des Nord-Süd-Dialogs, die eigentlich in dem Bericht nur Randprobleme sind – so im Stellenwert, wie sie dargestellt werden –, tatsächlich in Österreich schon zur Debatte stehen? In Wahrheit ist das noch eine sehr esoterische Fragestellung.

Und glauben Sie nicht, daß Aufklärung, Schwerpunktzusatzung in dieser Problematik, wichtiger wäre als Anzeigenserien, wie sie in diesen Tagen anlaufen?

Und glauben Sie nicht, daß das Außenministerium offensiver werden sollte: damit Entwicklungspolitik nicht nur ein esoterisches Thema für einige Fachleute ist, die sich über den Nord-Süd-Konflikt unterhalten oder unterhalten können, sondern daß es zunehmend die Entscheidung darüber wird, ob wir mit den Drittländern in den achtziger Jahren zu einem Ausgleich oder vielleicht sogar zu einer Kooperation kommen?

Und die Drittländer, die Länder der dritten Welt, werden in den achtziger Jahren einen Stellenwert erreichen, der dann wahrscheinlich einen ganz anderen Bericht zur Folge haben wird, als wir ihn heute vorgelegt bekommen. Aber die Weichenstellung dafür geschieht in diesen Jahren, und das, was angeboten wird, ist herzlich wenig, zuwenig, wie ich sagen wollte. (*Beifall bei der ÖVP.*)

**Präsident:** Nächster Redner ist der Abgeordnete Dkfm. Gorton.

Abgeordneter Dkfm. **Gorton** (ÖVP): Herr Präsident! Hohes Haus! In dem – wenn auch geordneten – Blätterwald des Außenpolitischen

**Dkfm. Gorton**

Berichtes findet sich von Seite 49 bis Seite 54 auch ein Unterabschnitt über die europäische Integration, und auf Seite 50 dieser uns in einem Ordner übergebenen Blätter, die zweifellos den Vorteil haben, daß man sie auch herausnehmen kann, um zu zitieren, steht in einem 18-Zeilen-Absatz auch die Kompetenzverteilung hinsichtlich der Fragen der Integration.

Meine Damen und Herren! Hieraus geht sicherlich auch das Kompetenzdebakel, das letzten Endes für diese Fragen nach dem letzten Ministeriengesetz besteht, hervor. Hier steht nämlich auf der einen Seite:

„Für die zahlreichen Aufgaben, die sich im Zusammenhang mit der Durchführung der Abkommen mit der EG- und der EFTA-Konvention ergeben, ist das Bundesministerium für Handel, Gewerbe und Industrie zuständig, welches diesbezüglich dem Nationalrat auch einen eigenen Bericht vorlegt.“

Ich zitiere dann weiter:

„In Berücksichtigung dieses Umstandes konzentriert sich die Tätigkeit des Bundesministeriums für Auswärtige Angelegenheiten,“ – und jetzt, bitte, steht hier ausdrücklich – „bei dem die Kompetenz für Fragen der wirtschaftlichen Integration liegt, auf die Wahrnehmung der grundsätzlichen außenpolitischen und völkerrechtlichen Belange.“

Ich möchte damit zum Ausdruck bringen, daß auf der einen Seite die Kompetenz ja beim Außenministerium liegt, auf der anderen Seite aber die Aufgaben selbst Sache des Handelsministeriums sind. Es muß der Eindruck entstehen, daß hier das Handelsministerium eine Reihe von Aufgaben ohne tatsächliche Kompetenz erfüllen muß. Und wenn dann, wie doch in den letzten Monaten auch, erwartete Verbesserungen nicht eintreten, wird man sich wahrscheinlich um diese Kompetenzen nicht allzu sehr raufen oder streiten.

Meine Damen und Herren! Nachdem aber der Bericht des Handelsministers erst im Herbst zur Debatte stehen wird, möchte ich doch auf einige Fragen in dem Zusammenhang kurz eingehen. Ich möchte daran erinnern, daß unsere vordringlichsten drei Problemkreise im Rahmen der europäischen Integration sich wie folgt darstellen: Auf der einen Seite ist der Agrarsektor, der in dem Bericht auch kurz behandelt wird und wo auf die Schwierigkeiten hingewiesen wird, dann der verzögerte Zollabbau für die sensiblen Produkte und letzten Endes die Tatsache, daß die österreichischen Exporte in Drittländer, in die sogenannten Mittelmeerländer, durch Sonderabkommen dieser Länder mit der Europäischen Gemeinschaft zweifellos erschwert werden und ins Hintertreffen geraten sind.

Der Außenpolitische Bericht registriert zwar zum Agrarsektor die starke Zunahme des Außenhandelsdefizits gegenüber der Gemeinschaft, er tröstet sich aber darüber, ohne Zahlen zu nennen, hinweg, daß sich ein gewisses Verständnis für die österreichischen Probleme abzeichnete.

Meine Damen und Herren! Ich möchte nicht die Zahlen dieses wachsenden Agrardefizits im einzelnen hier in Erinnerung rufen. Ich muß aber doch feststellen, daß dieselben letzten Endes in der Agrarbilanz im Jahr 1976 auf über 4,3 Milliarden Defizit hinsichtlich der agrarischen Importe und Exporte gestiegen sind.

Wenn der Herr Minister Haiden vor einigen Monaten nach dem Besuch in Brüssel die Aufstockung der Nutzrinder von 30 000 auf 38 000 praktisch schon als gegeben hingestellt hat, so müssen wir bedauern, daß bis heute noch kein Beschluß in dieser Hinsicht gefaßt wurde und wir wahrscheinlich bis Ende 1977 auf die Realisierung eines solchen Beschlusses, den der Herr Minister Haiden im Frühjahr schon fast als gegeben hingestellt hat, noch werden warten müssen.

Soweit die nackten Tatsachen am Agrarsektor, der eben unter der Erfolglosigkeit der Integrationspolitik unserer gegenwärtigen Regierung zweifellos besonders zu leiden hat.

Ich möchte aber auch auf den zweiten von mir eingangs zitierten Problemkreis hinweisen, nämlich auf den verzögerten Zollabbau bei den sensiblen Produkten. Ich habe vor sechs Wochen von dieser Stelle aus bereits darauf hinweisen können und möchte nochmals daran erinnern, daß vor allen Dingen die Eisen- und Stahlindustrie und die Aluminiumindustrie hier eine verzögerte Übergangsfrist haben. Heute, am 1. Juli, wo die ganzen übrigen Industriezölle auf Null abgebaut sind gegenüber der EWG, erscheint es mir besonders wichtig darauf hinzuweisen, daß auf dem Stahl- und Aluminiumsektor der Weg zur Zollfreiheit erst bis zum 1. Jänner 1980 nach den gegenwärtigen Bestimmungen erreicht werden kann und bei Papier gar erst bis 1. 1. 1984.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wenn die Papierindustrie im Jahre 1976 durch diesen verzögerten Zollabbau eine Erlösschmälerung von 242 Millionen Schilling erreicht hat und auch im Jahre 1977 noch dieser Verlust ansteigen wird, so erscheint es mir besonders wichtig, daß seitens des Herrn Handelsministers ab dem heutigen Datum, wo eben nach dem Protokoll 1 unseres Freihandelsvertrages mit den EWG-Ländern die Gegebenheit vorhanden ist, hier Verhandlungen aufgenommen werden, um eine Verbesserung herbeizuführen.

**Dkfm. Gorton**

Meine Damen und Herren! Wenn ich dann gestern zu meiner Bestürzung – muß ich hier sagen – in den Mittagsnachrichten, nämlich im „Mittagsjournal“ vernehmen mußte, daß der Herr Handelsminister sich dahin gehend geäußert haben soll, man werde bei diesen Fragen eben so lange warten müssen, bis sich das Problem von selbst löse, so erscheint mir das als eine äußerst bedenkliche Stellungnahme zum Ausgangspunkt solcher Verhandlungen. Ich möchte hier doch den Herrn Bundesminister für Handel, Gewerbe und Industrie um eine Stellungnahme zu gegebener Zeit ersuchen, ob er eine solche Äußerung, wie sie gestern um 12 Uhr 12 im Mittagsjournal wiedergegeben wurde, auch tatsächlich gemacht hat. Ich würde das als eine äußerste Diskriminierung und Verschlechterung unserer Verhandlungsposition mit der EWG betrachten müssen; das müßte auf das stärkste kritisiert werden.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich möchte zum dritten Problemkreis der Mittelmeerländer zunächst mit Befriedigung feststellen, daß im Laufe dieser Woche die ersten Verhandlungen mit Spanien in der Schweiz begonnen haben, um zu einem Sonderabkommen seitens der EFTA mit diesem Land, das mit der EWG bereits ein Sonderabkommen hat, zu gelangen. Wir bedauern, daß für Verhandlungen mit Griechenland und der Türkei noch keine Fortschritte eingetreten sind.

Meine sehr geschätzten Damen und Herren! Der 1. Juli 1977 hat nicht nur für die Europäischen Gemeinschaften und unser Verhältnis zu ihnen eine wesentliche Bedeutung, sondern zweifellos für uns Kärntner auch mit dem Inkrafttreten der Verordnungen über die sogenannten Ortstafeln und die Amtssprache. Den leidvollen Weg seit 1971, seit dem damaligen Kraftakt, hat Kärnten zweifellos zu spüren bekommen. Wenn auch seitens der Sozialistischen Partei ein Sündenbock damals gefunden wurde, so kann man nicht darüber hinwegsehen, daß zweifellos die gesamte Partei damals für diese gewaltige Belastungsprobe verantwortlich war.

Wir haben gezeigt, daß wir auch als Opposition staatsbewußt sind. Die Sozialistische Partei hat leider Gottes seinerzeit zwischen 1966 und 1970 diesen Standpunkt vermissen lassen.

Meine Damen und Herren! Es wird aber jetzt an der Regierung liegen, diese sinnvolle Einigung auch im Ausland entsprechend verständlich zu machen. Es beginnen schon Zweifel, ob hier im letzten Jahr und in den letzten Monaten auch die entsprechenden Ansätze gezeigt wurden.

Meine Damen und Herren! Der Bericht des

Herrn Außenministers sagt zu unserem Verhältnis zu Jugoslawien, daß das am 29. Dezember 1975 in der Nähe von Krainburg stattgefundenere Treffen des Herrn Bundeskanzlers mit dem jugoslawischen Präsidenten Anfang 1976 zu einer fühlbaren Verbesserung der österreichisch-jugoslawischen Beziehungen geführt hat. Es heißt dann weiter: „Die sich abzeichnende Einigung der drei im Nationalrat vertretenen Parteien über die weitere Vorgangsweise in der Volksgruppenfrage hat zu einer entsprechenden Klimaverschlechterung wieder geführt.“

Meine Damen und Herren! Es tritt hier doch die Frage auf, ob der Herr Bundeskanzler bei diesem Gespräch, wo ja doch die Dreiparteienvereinbarung sich damals schon abzeichnen begann, hier anscheinend dem jugoslawischen Präsidenten andere Versprechungen oder allenfalls Informationen gegeben hat. Hier fragt man sich, ob diese Politik damals gut und klug war. Wir haben jedenfalls nie gehört, was in diesen Geheimgesprächen damals besprochen wurde und wie weit diese Gespräche jetzt nach der Dreiparteienvereinbarung unter Umständen unser Verhältnis hier noch belasten.

Meine sehr geschätzten Damen und Herren! Der Herr Bundesparteiobermann unserer Volkspartei hat schon zum Ausdruck gebracht, daß wir Kommissionen von außen, wie sie vom Herrn Außenminister angedeutet wurden, keineswegs begrüßen, daß ein solcher Weg zweifellos nur der letzte Weg sein kann. Es ist auch schon zum Ausdruck gebracht worden, daß hier sicherlich ein Unterschied sehr scharf zu machen ist, ob man eine solche Untersuchung oder Kontrolle nicht zu scheuen braucht oder ob sie vom Außenminister sozusagen in den Raum gestellt oder angeboten wird. Ich möchte sagen, daß hier eine sehr gewaltige Bandbreite diplomatischer Möglichkeiten vorher gänzlich ausgeschöpft werden muß, bevor der Außenminister mit einem solchen Angebot überhaupt an die Öffentlichkeit tritt.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir erwarten uns von der Außenpolitik, daß sie diese Lösung in Kärnten, die hoffentlich wirklich auch zu einer Befriedigung wird führen können, daß diese Außenpolitik auch im Ausland und gegenüber unseren befreundeten und benachbarten Staaten auch entsprechend günstig zu vermarkten und zu vertreten in der Lage ist.

Herr Bundesminister! Erst wenn Sie mit der Weisheit Ihrer Diplomatie wirklich am Ende sein sollten – ich hoffe, daß Sie das noch nicht sind –, dann soll es Ihnen zweifellos auch freistehen, eine Dreiparteienvereinbarung dafür zu suchen, ob man überhaupt zu einer solchen Kontrolle von außen sich bereit erklären kann. *(Beifall bei der ÖVP.)*

**Präsident:** Zum Wort ist niemand mehr gemeldet. Die Debatte ist geschlossen.

Wünscht einer der Herren Berichterstatter ein Schlußwort? - Das ist nicht der Fall.

Wir gelangen nunmehr zur Abstimmung, die ich über jeden der vier Berichte getrennt vornehme.

Wir kommen zunächst zur Abstimmung über den Antrag des Ausschusses, den Außenpolitischen Bericht des Bundesministers für Auswärtige Angelegenheiten, III-69 der Beilagen, zur Kenntnis zu nehmen.

Ich bitte jene Damen und Herren, die hiezu ihre Zustimmung geben, sich von den Sitzen zu erheben. - Einstimmig angenommen.

Wir gelangen nunmehr zur Abstimmung über den Antrag des Ausschusses, den Bericht der österreichischen Delegation zur Parlamentarischen Versammlung des Europarates über die XXVI. Sitzungsperiode, III-62 der Beilagen, zur Kenntnis zu nehmen.

Ich bitte jene Damen und Herren, die hiezu ihre Zustimmung geben, sich von den Sitzen zu erheben. - Das ist ebenfalls einstimmig angenommen.

Wir gelangen nun zur Abstimmung über den Antrag des Ausschusses, den vorliegenden Bericht über die XXVII. Sitzungsperiode, III-63 der Beilagen, zur Kenntnis zu nehmen.

Ich bitte jene Damen und Herren, die hiezu ihre Zustimmung geben, sich von den Sitzen zu erheben. - Einstimmig angenommen.

Schließlich lasse ich über den Antrag des Ausschusses abstimmen, den Bericht über die XXVIII. Sitzungsperiode, III-64 der Beilagen, zur Kenntnis zu nehmen.

Ich bitte jene Damen und Herren, die hiezu ihre Zustimmung geben, sich von den Sitzen zu erheben. - Einstimmig angenommen.

**5. Punkt: Bericht des Außenpolitischen Ausschusses über die Regierungsvorlage (387 der Beilagen): Vertrag zwischen der Republik Österreich und der Sozialistischen Republik Rumänien über die gegenseitige Förderung und Sicherung sowie den gegenseitigen Schutz von Investitionen (576 der Beilagen)**

**Präsident:** Wir gelangen zum 5. Punkt der Tagesordnung: Vertrag zwischen der Republik Österreich und der Sozialistischen Republik Rumänien über die gegenseitige Förderung und Sicherung sowie den gegenseitigen Schutz von Investitionen (576 der Beilagen).

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Heinz.

Berichterstatter **Heinz:** Herr Präsident! Hohes Haus! Der vorliegende Vertrag bringt weitgehende Sicherungen rechtlicher Art für die Auseinandersetzung österreichischer Investoren sowohl mit ihren Vertragspartnern als auch mit dem rumänischen Staat. Diese Sicherungen reichen bis zur Anerkennung einer Schiedsgerichtsbarkeit. Auch im Fall der Enteignung oder enteignungsähnlicher Maßnahmen sieht der Vertrag die volle Entschädigung sowie eine Reihe von Sicherungen für den Transfer vor.

Der gegenständliche Staatsvertrag hat gesetzändernden Charakter, weshalb sein Abschluß der Genehmigung des Nationalrates gemäß Artikel 50 Abs. 1 Bundes-Verfassungsgesetz bedarf.

Der Außenpolitische Ausschuß hat die gegenständliche Regierungsvorlage in seiner Sitzung am 15. Juni 1977 in Verhandlung gezogen und einstimmig beschlossen, dem Nationalrat die Genehmigung dieses Staatsvertrages zu empfehlen.

Der Außenpolitische Ausschuß hält im gegenständlichen Fall die Erlassung eines besonderen Bundesgesetzes gemäß Artikel 50 Abs. 2 Bundes-Verfassungsgesetz in der geltenden Fassung zur Erfüllung des Vertrages für entbehrlich.

Als Ergebnis seiner Beratungen stellt der Außenpolitische Ausschuß somit den Antrag, der Nationalrat wolle beschließen:

Der Abschluß des Vertrages zwischen der Republik Österreich und der Sozialistischen Republik Rumänien über die gegenseitige Förderung und Sicherung sowie den gegenseitigen Schutz von Investitionen (387 der Beilagen) wird verfassungsmäßig genehmigt.

Für den Fall, daß Wortmeldungen vorliegen, ersuche ich, in die Debatte einzutreten.

**Präsident:** Zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Dr. Blenk.

Abgeordneter Dr. **Blenk** (ÖVP): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich glaube, es ist nicht nur richtig, sondern notwendig, zum gegenständlichen Vertrag einige grundsätzliche Dinge zu sagen, weil es sich hier um einen Vertrag handelt, der in seiner Grundanlage und in seinen Auswirkungen eine Art erstmaligen Modellvertrag darstellt. Es ist der erste Vertrag seiner Art mit einem Oststaat, es ist auch übrigens für Rumänien der erste Vertrag dieser Art, und er ist vor allem auch deswegen interessant, weil er der erste internationale Vertrag mit einer Vollstreckbarkeits-

**Dr. Blenk**

klausel ist, also praktisch der erste Vollstreckungsvertrag auf internationaler Ebene.

Ich meine, er hat also deswegen schon nicht nur grundsätzlich große Bedeutung, sondern auch weite Beispielswirkungen. Ich werde dann an Hand einzelner weniger Bestimmungen dartun, daß wir hier doch ein sehr waches Auge vielleicht in einer früheren Phase der Verhandlungen auf die ganze Ausarbeitung des Vertrages hätten legen müssen, denn es ist anzunehmen, daß bei der doch bekannten, weitgehend abgeklärten Vorgangsweise der Oststaaten nicht damit zu rechnen sein wird, daß etwa einer der künftigen Investitionsschutzverträge mit einem Ostland etwa weniger begünstigende Klauseln enthalten wird oder, anders gesagt, daß man Dinge wird verweigern können, die hier bereits zugestanden wurden.

Wir wissen, daß derzeit - ich glaube, ich bin richtig informiert - ein ähnlicher Vertrag mit Jugoslawien in Verhandlung steht, wo allerdings das Handelsministerium derzeit federführend ist. Ich meine, daß bei allen diesen Verträgen - und das gilt auch für den vorliegenden - insbesondere Augenmerk darauf zu richten wäre, daß nicht durch vielleicht zu wenig überdachte und zu wenig kritische Betrachtung der Formulierungen unserer Wirtschaft Schäden zugefügt werden. Das ist deswegen zu bemerken, weil der Vertrag ja eine Dauer von zehn Jahren hat und daher solche Nachteile für die nächste Zeit fast irreparabel wären. Ich meine damit etwa den Kernpunkt des Vertrages, die Definition des Begriffes Investition.

Dadurch wird der Anwendungsbereich des gesamten Vertrages bestimmt, und ich meine, daß ein solcher Vertrag nur dann sinnvoll und nutzbringend auch vom Standpunkt unserer Wirtschaft her ist, wenn er einerseits den Bestand und die Beweglichkeit der österreichischen Investitionen - in diesem Fall in Rumänien - sichert und fördert, wenn er aber andererseits auch nicht, etwa durch eine Einseitigkeit, Grundlage für eine Wirtschaftstätigkeit des ausländischen Partners bietet, die unter Ausnützung - in diesem Fall etwa innerrumänischer Kostenvorteile - unser Wirtschaftsgefüge stören würde.

Nun meine ich: Dieser Grundsatz, den man an sich unbestritten gelten lassen müßte, wäre am sichersten und am besten durch die Anwendung des Prinzips der materiellen Gegenseitigkeit im Vertrag zu erreichen gewesen. Im Hinblick auf die wesentlich beschränkteren Möglichkeiten in Rumänien würde das bedeuten, daß gleichartige Beschränkungen, wie sie für österreichische Investoren in Rumänien gelten, auch umgekehrt gelten müßten. Dieser Grundsatz ist hier leider -

und das haben wir auch in den Beratungen im Ausschuß sehr nachdrücklich vermerkt - in wesentlichen Punkten nicht befolgt worden.

Es ist zum Beispiel so, daß in Rumänien ein im Jahr 1972 herausgegebenes Dekret über die Gründung, die Organisation und die Funktion sogenannter gemischter Gesellschaften in Rumänien vorhanden ist, in welchem etwa die ausländische Beteiligung generell auf 49 Prozent beschränkt ist. Nun ist das bei uns nicht möglich. Aber dieser Vertrag bietet eine Reihe von Privilegien, etwa in der Absicherung des Transfers von Erträgen, von Liquidationserlösen und so weiter, die im Falle etwa der österreichischen Investitionen in Rumänien sich nur auf diese 49 Prozent letztlich beschränken können, bei uns aber praktisch durchaus 100prozentig rumänischen Gesellschaften zugute kommen.

Es wurde diese Schwachstelle offenbar in den Verhandlungen erkannt, denn man hat unter anderem in den Erläuterungen zum Gesetz hier eine Begründung dafür gebracht und hat gesagt: Ja wir sind in Verhandlungen mit den verschiedenen Ressorts - gemeint Handel, Landesverteidigung und so weiter - zur Meinung gekommen, daß man auf diese Reziprozität verzichten könnte, und dann heißt es wörtlich:

„Selbst bei einem Bestehen auf dem genannten Grundsatz“ - gemeint der materiellen Gegenseitigkeit - „wäre nämlich einer höherprozentigen Beteiligung rumänischen Kapitals in Österreich nichts entgegengestanden, bloß hätten die Bestimmungen des vorliegenden Vertrages nicht auf solche Beteiligungen Anwendung gefunden...“

Und das hätten wir eben gewünscht und für richtig gehalten im Sinne dieser notwendigen materiellen Reziprozität. (*Zustimmung bei der ÖVP.*)

Meine Damen und Herren! Ich möchte noch einige Punkte herausgreifen, die mir dartun und die, glaube ich, sehr deutlich machen, daß dieser Vertrag als Modellvertrag sicherlich nicht geeignet ist. Ich beginne etwa mit dem Problem der „Enteignung und Entschädigung“. Wenn ich Formulierungen lese in einem Vertrag mit einem sozialistischen, lies kommunistischen Land, wo es etwa heißt: „Eine Vertragspartei darf Investitionen ... nur auf Grund ihrer Rechtsvorschriften und nur zum allgemeinen Wohl gegen volle Entschädigung enteignen“, dann muß ich sagen: Die Formulierung „zum allgemeinen Wohl“ kennen wir aus anderen autoritären Regimen. Ich kann also nur sagen: Das ist eine Formulierung, die in ihrer Unbestimmtheit praktisch jeder Willkür Tür und Tor offenläßt.



**Dr. Blenk**

Ich muß dazu sagen: Auch der Begriff der „Entschädigung“ ist nirgends außer mit dem Beiwort „volle Entschädigung“ abgeklärt. Bei uns in Österreich, wann immer wir etwa in ein Gesetz eine Entschädigungsklausel aufnehmen, wird diese sehr präzise gefaßt, etwa nach den Bestimmungen des Eisenbahnteilungsgesetzes. Hier heißt es „volle Entschädigung“, offenbar und sicher eindeutig im Sinne der rumänischen Vorstellungen. Also auch das ist eine, wie ich meine, unbefriedigende Lösung.

Weiters: Problem der „Meistbegünstigung“. Es ist hier eine Meistbegünstigungsklausel enthalten. Man ist sich offenbar auch darüber im klaren gewesen, daß das ein kritisches Element ist, denn in den Erläuterungen wird dazu gesagt: „Die Gefahr, daß Österreich dritten Staaten bessere Bedingungen einräumt“, ist ja nicht gegeben. Es ist „nicht beabsichtigt, mit westlichen Staaten ähnliche Verträge abzuschließen“, und mit östlichen werden sicher keine günstigeren Bestimmungen abgeschlossen.

Mir scheint diese grundsätzliche Aussage durch nichts gedeckt und begründet zu sein. Ich meine also: Auch hier sind gewisse wenig durchdachte Formulierungen enthalten.

Ein Kapitel besonderer Art ist jener Artikel 8, der überschrieben ist mit „Anerkennung der Übernahme von Rechten und Pflichten“. Dort heißt es nämlich ungefähr: Wenn eine Vertragspartei – also Rumänien – gemäß ihrer Rechtsordnung die Rechte und Verpflichtungen aus einer Investition übernimmt – das heißt also: enteignet –, dann erkennt der andere Vertragsstaat diese Übernahme an.

Meine Damen und Herren! Da muß ich sagen: Das ist ja ein Blankoscheck, den ich als Modellvertrag – ich muß schon sagen – fast ungeheuerlich finde.

Und noch ungeheuerlicher finde ich, wenn hinten in den Erläuterungen dazu diese ganze ungeheuer weitgehende Bestimmung mit dem Satz kommentiert wird: „Dieser Artikel regelt die Anerkennung der Rechtsnachfolge.“ – Ich muß gestehen: Auch das ist eine höchst unbefriedigende Regelung. (*Zustimmung bei der ÖVP.*)

Ich möchte am Schluß nur noch eines sagen: Als eine der offenbar besonderen Begünstigungen, die diesem Vertrag zugute kamen – das hat auch der Herr Berichterstatter erwähnt –, wurde die Tatsache der Anerkennung der Schiedsgerichtsbarkeit erwähnt. Es wird hier gesagt: Die Tatsache, daß für Streitigkeiten ein Schiedsgericht angerufen werden kann, wird als ein besonderer Erfolg bezeichnet.

Ich glaube, Herr Bundesminister, auch Ihnen

ist das von mir schon zitierte generelle Dekret aus dem Jahre 1972 über die Gründung von solchen gemischten Gesellschaften bekannt, wo es nämlich ganz schlicht und einfach im letzten Artikel heißt: Endverfügungen. Das ist eine generelle, innerstaatliche rumänische, für solche Gesellschaften vorgesehene Regelung. – Herr Bundesminister! Ist Ihnen das nicht bekannt? (*Abg. Dr. Fischer: Das müßte man schon näher begründen, was Sie da sagen!*) Ich bin dabei, ich bin ja noch nicht fertig, Herr Abgeordneter Fischer. – Ich rede offenbar zu schnell und zu wenig lange. Ich werde das gern näher erläutern. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Es heißt hier, Herr Dr. Fischer – damit Sie ganz genau informiert sind, lese ich es so langsam, daß Sie es mitschreiben können –: Die Streitfragen, die sich aus den Vertragsverhältnissen zwischen solchen Gesellschaften ergeben, können auch durch Schiedsgerichte beigelegt werden.

Das ist eine apodiktische Formulierung in diesem innerstaatlichen Gesetzestext Rumäniens, und das wurde uns verkauft, möchte ich sagen, als besonderes Entgegenkommen Rumäniens.

Ich möchte zusammenfassen und zum Schluß kommen, meine Damen und Herren. (*Rufe bei der SPÖ: Bravo!*) Dieser Vertrag wird von uns akzeptiert. Aber ich möchte hier folgendes sagen: Er wird so akzeptiert, wie leider Gottes alle diese zwischenstaatlichen Verträge seit Jahren leider nur akzeptiert werden können. Das ist ein Problem, das wir in den verschiedensten Ausschüssen schon oft diskutiert haben.

Wir haben hier also einige wesentliche Sachpunkte echt bemängelt. Fazit des ganzen: Man muß es mehr oder weniger zur Kenntnis nehmen, aber geändert werden kann es nicht.

Dieser Vertrag, Herr Bundesminister, hat drei Jahre Verhandlungszeit hinter sich, drei Jahre höchst kontroversieller Verhandlungsvorstellungen. Ich meine, daß man in diesen drei Jahren einmal zumindest Gelegenheit hätte nehmen müssen, etwa den zuständigen Ausschuß des Parlamentes mit den, wie wir hörten, doch sehr kritischen Vorstellungen zu konfrontieren. Das sollte Anlaß sein anzuregen – ich würde sogar sagen: zu verlangen –, daß künftighin solche Verträge, die noch dazu so grundsätzliche Bedeutung haben, wirklich zwischendurch in der entscheidenden Phase dem Parlament vorgelegt werden.

Ich würde meinen, daß damit in jenem Sinne Außenpolitik mitbetrieben würde, wie sie der Herr Bundesparteiobermann unserer Volkspartei heute in seiner ersten Rede gefordert hat, als er sagte, es soll eine Außenpolitik mit mehr

**Dr. Blenk**

Information und damit auch mit mehr Konsens betrieben werden. – Danke. *(Beifall bei der ÖVP.)*

**Präsident:** Zum Wort ist niemand mehr gemeldet. Die Debatte ist geschlossen.

Schlußwort wird keines gewünscht.

Wir gelangen nunmehr zur Abstimmung über den Antrag des Ausschusses, dem Abschluß des gegenständlichen Staatsvertrages in 387 der Beilagen die Genehmigung zu erteilen.

Ich bitte jene Damen und Herren, die hiezu ihre Zustimmung erteilen, sich von den Sitzen zu erheben. – Einstimmig angenommen.

**6. Punkt: Bericht des Ausschusses für Wissenschaft und Forschung über die Regierungsvorlage (444 der Beilagen): Abkommen zwischen der Republik Österreich und dem Kaiserreich Iran über die Zusammenarbeit auf den Gebieten der Erziehung, Kultur, Wissenschaft und Forschung (578 der Beilagen)**

**Präsident:** Wir gelangen zum 6. Punkt der Tagesordnung: Abkommen zwischen der Republik Österreich und dem Kaiserreich Iran über die Zusammenarbeit auf den Gebieten der Erziehung, Kultur, Wissenschaft und Forschung.

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Dipl.-Ing. Dr. Frühwirth. Ich ersuche um seinen Bericht.

Berichterstatter Dipl.-Ing. Dr. Frühwirth: Herr Präsident! Verehrte Damen und Herren! Das vorliegende Abkommen ist ein langfristiger Rahmenvertrag, der den beiderseitigen Willen zur Förderung der Beziehungen in den verschiedenen Bereichen von Kultur und Wissenschaft und auf dem Informationssektor bekundet.

In dem gegenständlichen Staatsvertrag wird die personelle und institutionelle Basis für eine verstärkte Zusammenarbeit zwischen Universitäten und Hochschulen und für die Gewährung von Stipendien geschaffen. Zur Durchführung dieses Abkommens werden Gemischte Kommissionen errichtet, die Arbeitsprogramme erstellen werden.

Das vorliegende Abkommen ist ein gesetzesergänzender Staatsvertrag und bedarf daher zu seinem Abschluß der Genehmigung des Nationalrates gemäß Artikel 50 Absatz 1 Bundes-Verfassungsgesetz.

Der Ausschuß für Wissenschaft und Forschung hat die gegenständliche Regierungsvorlage in seiner Sitzung am 21. Juni 1977 in Verhandlung gezogen und nach einer Debatte, an der sich außer dem Berichterstatter die Abgeordneten Dr.

Blenk, Dr. Ermacora, Dipl.-Ing. Hanreich, Dr. Kaufmann und Luptowits beteiligten, einstimmig beschlossen, dem Nationalrat die Genehmigung des Abschlusses des Staatsvertrages zu empfehlen.

Der Ausschuß für Wissenschaft und Forschung hält im gegenständlichen Fall die Erlassung eines besonderen Bundesgesetzes gemäß Artikel 50 Absatz 2 Bundes-Verfassungsgesetz in der geltenden Fassung zur Erfüllung des Abkommens für entbehrlich.

Als Ergebnis seiner Beratungen stellt der Ausschuß für Wissenschaft und Forschung somit den Antrag, der Nationalrat wolle beschließen:

Der Abschluß des Abkommens zwischen der Republik Österreich und dem Kaiserreich Iran über die Zusammenarbeit auf den Gebieten der Erziehung, Kultur, Wissenschaft und Forschung (444 der Beilagen) wird verfassungsmäßig genehmigt.

Falls Wortmeldungen vorliegen, beantrage ich, in die Debatte einzugehen.

**Präsident:** Wortmeldungen liegen keine vor.

Wir gelangen zur Abstimmung über den Antrag des Ausschusses, dem Abschluß des gegenständlichen Staatsvertrages in 444 der Beilagen die Genehmigung zu erteilen.

Ich bitte jene Damen und Herren, die hiezu ihre Zustimmung erteilen, sich von den Sitzen zu erheben. – Einstimmig angenommen.

**7. Punkt: Bericht des Ausschusses für Wissenschaft und Forschung über die Regierungsvorlage (460 der Beilagen): Abkommen zwischen der Republik Österreich und der Volksrepublik Ungarn über die Zusammenarbeit auf den Gebieten der Kultur und Wissenschaft (579 der Beilagen)**

**Präsident:** Wir gelangen zum 7. Punkt der Tagesordnung: Abkommen zwischen der Republik Österreich und der Volksrepublik Ungarn über die Zusammenarbeit auf den Gebieten der Kultur und Wissenschaft.

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Maderthaler. Ich ersuche um den Bericht.

Berichterstatter Maderthaler: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Das vorliegende Abkommen ist ein langfristiger Rahmenvertrag, der den beiderseitigen Willen zur Förderung der Beziehungen in den verschiedenen Bereichen von Kultur und Wissenschaft und auf dem Informationssektor bekundet.

6144

Nationalrat XIV. GP - 63. Sitzung - 1. Juli 1977

**Maderthaner**

Das vorliegende Abkommen ist ein gesetzesergänzender Staatsvertrag und bedarf daher zu seinem Abschluß der Genehmigung des Nationalrates gemäß Artikel 50 Absatz 1 Bundes-Verfassungsgesetz.

Der Ausschuß für Wissenschaft und Forschung hat die gegenständliche Regierungsvorlage in seiner Sitzung am 21. Juni 1977 in Verhandlung gezogen und nach der Debatte einstimmig beschlossen, dem Nationalrat die Genehmigung des Abschlusses des Staatsvertrages zu empfehlen.

Der Ausschuß für Wissenschaft und Forschung hält im gegenständlichen Fall die Erlassung eines besonderen Bundesgesetzes gemäß Artikel 50 Absatz 2 Bundes-Verfassungsgesetz in der geltenden Fassung zur Erfüllung des Abkommens für entbehrlich.

Als Ergebnis seiner Beratung stellt der Ausschuß für Wissenschaft und Forschung somit den Antrag, der Nationalrat wolle beschließen:

Der Abschluß des Abkommens zwischen der Republik Österreich und der Volksrepublik Ungarn über die Zusammenarbeit auf den Gebieten der Kultur und Wissenschaft (460 der Beilagen) wird verfassungsmäßig genehmigt.

Falls Wortmeldungen vorliegen, beantrage ich, in die Debatte einzugehen.

**Präsident:** Wortmeldungen liegen keine vor.

Wir gelangen zur Abstimmung über den Antrag des Ausschusses, dem Abschluß des gegenständlichen Staatsvertrages in 460 der Beilagen die Genehmigung zu erteilen.

Ich bitte jene Damen und Herren, die hiezu ihre Zustimmung erteilen, sich von den Sitzen zu erheben. - Einstimmig angenommen.

Die Tagesordnung ist erschöpft.

Ich gebe bekannt, daß in der heutigen Sitzung die Anfragen 1319/J bis 1330/J eingelangt sind.

Im Einvernehmen mit den Parteien lege ich dem Hohen Haus folgenden Antrag vor:

Der Herr Bundespräsident wird ersucht, die ordentliche Tagung 1976/77 der XIV. Gesetzgebungsperiode des Nationalrates mit 8. Juli 1977 für beendet zu erklären.

Ich bitte jene Damen und Herren, die diesem Antrag ihre Zustimmung geben, sich von den Sitzen zu erheben. - Der Antrag ist einstimmig angenommen.

**Schlußansprache**

**Präsident:** Hohes Haus! Sehr verehrte Damen und Herren! Mit der heutigen Sitzung hat der Nationalrat die ordentliche Tagung 1976/77 abgeschlossen. Es ist nun schon Tradition, daß aus diesem Anlaß ein kurzer Überblick über das zurückliegende Arbeitsjahr gegeben wird. Gestatten Sie mir deshalb, einige trockene Zahlen zu nennen.

In den 33 Sitzungen dieser Tagung hat der Nationalrat 94 Gesetze verabschiedet, davon 74 einstimmig, 10 mit SPÖ-Mehrheit, 9 mit SPÖ-ÖVP-Mehrheit und 1 Gesetz mit SPÖ-FPÖ-Mehrheit.

Es ist erfreulich, feststellen zu können, daß nach wie vor die weitaus überwiegende Zahl von Gesetzesvorlagen die Zustimmung aller Abgeordneten dieses Hauses gefunden hat. Naturgemäß umfaßt die große Zahl einstimmig beschlossener Gesetze solche von verschiedener Bedeutung; es wäre aber völlig falsch anzunehmen, daß sich darunter ausschließlich jene befinden, die nur für die ordnungsgemäße Führung der Verwaltung Bedeutung haben - wie etwa Gesetze, die den öffentlichen Dienst oder das Bundesvermögen und ähnliches betreffen. Es sind unter diesen auch Materien von großer politischer Bedeutung.

Ich erinnere nur, daß wir beispielsweise das Bundesgesetz über die Volksanwaltschaft, das Insolvenz-Entgeltsicherungsgesetz und das Bundesgesetz über die Neuordnung des Kinshiprechts einstimmig beschlossen haben.

Vom Recht der Gesetzesinitiative haben Abgeordnete insgesamt 29mal während dieser Tagung Gebrauch gemacht. 11 dieser Initiativanträge wurden bereits erledigt, wozu noch 9 Anträge kommen, die schon vor der ordentlichen Tagung 1976/77 eingebracht worden waren.

Von insgesamt 44 Berichten, die zur überwiegenden Zahl von der Bundesregierung, aber auch vom Rechnungshof beziehungsweise von Delegationen und einem Untersuchungsausschuß vorgelegt worden waren, wurden 38 einstimmig, 4 mit der Mehrheit von zwei Fraktionen und nur 2 nur mit den Stimmen der Regierungspartei zur Kenntnis genommen. Überdies wurden in dieser Tagung die Abschlüsse von 40 Staatsverträgen - und zwar alle einstimmig - genehmigt.

Außer durch den bereits erwähnten Untersuchungsausschuß war die Kontrolltätigkeit der Volksvertretung auch sonst sehr intensiv:

In 661 Fällen machten Abgeordnete von ihrem Recht, schriftliche Anfragen zu stellen,

**Präsident**

Gebrauch - sechs hievon wurden dringlich behandelt -, und in 22 Fragestunden wurden 167 mündliche Anfragen beantwortet.

Hohes Haus! Ich habe schon bei anderer Gelegenheit einmal darauf hingewiesen, daß die Sitzungen des Hohen Hauses nur den kleineren Teil der Parlamentsarbeit darstellen, den die Öffentlichkeit wahrzunehmen vermag, während der Hauptanteil der Arbeit der Parlamentarier sich in den Ausschüssen und Unterausschüssen vollzieht.

In dieser Tagung kam aber noch ein Ereignis hinzu, das nebenher besondere Anstrengungen erforderte:

Im vergangenen Monat beherbergte Wien im Rahmen der Konferenz der Präsidenten der Europäischen Parlamentarischen Versammlungen eine große Anzahl bedeutender europäischer Politiker, und es freut mich, an Hand zahlreicher, außerordentlich warmerherziger Dankesbriefe feststellen zu können, daß dieses Treffen nicht zuletzt infolge des Rahmens, den die Bundeshauptstadt und auch unser historisches Parlamentsgebäude abzugeben vermögen, sowie dank der guten Vorbereitung und Organisation sowohl zu einem positiven Konferenzergebnis geführt als sicher auch dazu beigetragen hat, das Ansehen unserer Heimat in den Ländern des freien Europa weiter zu festigen!

Nach diesem nur sehr andeutungsweisen Leistungsbericht drängt es mich, Ihnen, sehr verehrte Damen und Herren, am Ende dieses Arbeitsjahres für Ihre Tätigkeit und dafür, daß Sie meinen Kollegen im Präsidium des Nationalrates und mir die Lenkung der parlamentarischen Geschäfte verhältnismäßig problemlos gemacht haben, herzlich zu danken.

Ebenso möchte ich aber auch allen unsichtbaren und sichtbaren Helfern in der Parlamentsdirektion, die in diesen letzten Wochen nicht nur die gegen Tagungsende immer stärker anschwellende Arbeitslast, sondern auch die Aufgaben im Zusammenhang mit der erwähnten Konferenz zu bewältigen hatten, in Ihrer aller Namen recht herzlich danken. *(Allgemeiner Beifall.)*

Unser Dank gilt natürlich auch den verschiedenen Regierungsstellen, die uns in der Tätigkeit, vor allem in der Tätigkeit der Ausschüsse, wertvolle Unterstützung angedeihen ließen.

Ich möchte mich namens des Hauses aber auch bei den Damen und Herren, die im Wege der Massenmedien - Fernsehen, Hörfunk, Zeitungen und Bildberichterstattung - dazu beigetragen haben, unsere Tätigkeit der Öffentlichkeit zu vermitteln, bedanken. *(Allgemeiner Beifall.)*

Mit dem guten Ausklang dieser Tagung möchte ich alle Beteiligten um Verständnis dafür ersuchen, daß es zweifellos in der Demokratie ein legitimes Informationsbedürfnis der Öffentlichkeit gibt sowie ein Recht der in den Massenmedien Tätigen, dieses Bedürfnis stillen zu helfen. Ebenso aber gibt es das Recht - und die Pflicht - der Volksvertretung, ihre verantwortungsvolle und oft sehr schwierige Arbeit in Ruhe bewältigen zu können, und es gibt einen Anspruch des Parlaments - als Vertretung des souveränen Volkes - darauf, daß die Würde und das Ansehen nicht durch Sensationshascherei beeinträchtigt werden.

Es ist dies nicht etwas, worauf wir aus persönlichen Gründen bestehen, sondern in der Einstellung gegenüber dem Nationalrat, seinen Ausschüssen, seinen Funktionären, seinen Mitgliedern und auch seinen Hilfskräften manifestiert sich das demokratische Bewußtsein einer parlamentarischen Demokratie, ja sogar das politische Leben überhaupt!

Dafür einzutreten, sehr verehrte Damen und Herren, ist eine Aufgabe, die wir nicht allein bewältigen können, sondern dafür muß der Sinn im gesamten öffentlichen Leben geweckt und stets weiter geschärft werden!

Ich wünsche Ihnen, sehr verehrte Damen und Herren des Hohen Hauses, und allen unseren Mitarbeitern eine gute Erholung, schöne Urlaubstage, damit wir uns im September neu gestärkt wieder zusammenfinden können zu gemeinsamer Arbeit im Dienste der österreichischen Bevölkerung, zum Wohle unseres Vaterlandes, der Republik Österreich. *(Allgemeiner Beifall.)*

Die Sitzung ist geschlossen.

*Unter dem neuerlichen Beifall des Hauses begeben sich die Klubobmänner der drei Fraktionen Dr. Fischer, Dr. Koren und Peter zum Präsidenten, um ihm ihrerseits die besten Wünsche für die Sommermonate zu übermitteln.*

**Schluß der Sitzung: 16 Uhr 10 Minuten**